

**Paul Anthony Taylor, Aleksandra Niedzwiecki,
Matthias Rath und August Kowalczyk**

DIE NAZI-WURZELN DER „BRÜSSELER EU“

Dr. Rath Health Foundation

Was Sie schon immer über die
„Brüsseler EU“ wissen wollten,
aber Ihnen niemand zu sagen wagt!

**Wer sich nicht an die Vergangenheit
erinnern kann, ist dazu verdammt,
sie zu wiederholen.**

George Santayana

ISBN 978-90-76332-69-7

1. Ausgabe

© 2011 Dr. Rath Health Foundation

Herausgegeben von Dr. Rath Health Foundation

Vertrieb:

Dr. Rath Education Services B.V.

Postbus 656

NL-6400 AR Heerlen

Tel.: 0031-457-111 222

Fax: 0031-457-111 229

E-Mail: info@rath-eduserv.com

Internet: www.rath-eduserv.com

Dieses Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne ausdrückliche vorherige Zustimmung des Autors unzulässig. Dies gilt insbesondere für Nachdruck, Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Inhalt

Vorwort von August Kowalczyk	5
Einführung	11
Kapitel 1	17
Zusammenfassung der Beweise	
Kapitel 2	77
Walter Hallstein: Prominenter Nazi-Rechtsanwalt - und wichtigster Begründer der Brüsseler EU	
Kapitel 3	161
Das „Großraum-Kartell“ und sein organisatorischer Rahmen	
Kapitel 4	173
Die „Brüsseler EU“ heute: Was das Öl- und Pharma-Kartell und seine politischen Marionetten Ihnen verschweigen	
Kapitel 5	205
Die Herrschaft der Brüsseler EU würde in Großbritannien Jahrhunderte der Freiheit und der Unabhängigkeit beenden	
Kapitel 6	219
Das „Who is Who“ der Brüsseler EU	
Kapitel 7	263
Stafette des Lebens	
Anhang	283
Wichtige Internetseiten für weitere Informationen	



Vorwort

von August Kowalczyk

Freundschaft findet man auf unterschiedliche Weise.

Glücklich ist, wer die WAHRHEIT zum Freund hat.

Glücklich, weil neben Werten wie Glaube, Hoffnung und Liebe noch immer die Gerechtigkeit und das Recht auf WAHRHEIT an erster Stelle steht. Es erscheint oft inmitten der Trümmer unserer Naivität und Unwissenheit – aber es wird eine treibende Kraft unseres „neuen“ Denkens sein und die Notwendigkeit zum Handeln unterstreichen.

Doch dann tauchen im Universum der Menschheit diejenigen auf, die die Wahrheit kennen. Diese, die sie wirklich wissen oder es nur vorgeben.

Diejenigen zu erkennen, die es nur vorgeben, ist für Menschen mit einschlägigen Erlebnissen und Erfahrungen, die in deren Leben und Existenz eingebrannt sind, einfach. Menschen, die diese Erlebnisse nicht hatten, lassen sich jedoch leicht blenden.

Zum ersten Mal erkennen wir die Stimmen derer, die bereits damals eine falsche WAHRHEIT schufen, logen, betrogen und die Fakten umdeuteten. Manchmal sind es die Stimmen derer, die selber töte-



ten, manchmal waren es diejenigen, die den Auftrag dazu gaben. Und nachdem all die Gräueltaten dieser Unmenschen erfolgreich verschleiert worden waren, erheben sie ihre Finger in Richtung Himmel und rufen „nicht töten.“

Und manchmal erkenne ich hinter den Vorhängen, die mit dem Namen der Europäischen Kommission beschriftet sind, Gesichter, die ich schon einmal vor langer Zeit sah. Doch ich kenne nicht ihre Namen.

Dort sitzen jene, die damals vor dem Nürnberger Tribunal angeklagt und verurteilt wurden: die Direktoren, Rechtsberater und

Ingenieure der Baustelle von Oświęcim – dem Chemiewerk der IG Farben in Auschwitz.

Sie alle sahen den Tod und die Qual derjenigen, die sterben mussten, aber sie wandten ihre Augen ab, hin zu einem fernen Horizont.

Sie hörten die durchdringenden Schreie der Gefangenen-Aufseher, ihre Flüche und dumpfen Schläge, die nicht selten tödlich endeten. Jedoch stießen die Hilferufe und Gnadengebete der Gefangenen für deren Zielsetzung auf taube Ohren.

Ihre einzige Priorität war es, Unternehmensergebnisse zu überwachen, ihre Gewinne zu maximieren und jegliche Art von Misserfolg zu verhindern.

Am 14. Juni 2003 – exakt 63 Jahre nach dem ersten Transport von KZ-Häftlingen mit den in den Arm eintätowierten Nummern 31 bis 728 nach Auschwitz – hörte ich in Den Haag, der Hauptstadt von

den Niederlanden, eine ergreifende, zutiefst aufschlussreiche Rede, die aufgrund ihrer Einfachheit und historischen Realität einen bleibenden Eindruck hinterlassen hat. Gesprochen wurde diese Rede von Dr. Matthias Rath, dem Präsidenten der Health Foundation.

Zu dieser Kundgebung in Den Haag versammelten sich Gäste aus der ganzen Welt, die angereist waren, um diese bedeutende Rede selbst mitzerleben. Dieses Treffen endete mit einer Beschwerde an den Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag.

Diese Beschwerde enthielt, wie jede andere Beschwerde, viele Argumente, sollte aber auch lehren. Und dann schien es temporär so, als seien die Vorhänge, die jahrelang die WAHRHEIT verbargen, endlich gefallen. Vielleicht sind sie auch noch nicht gefallen, sondern haben sich gerade erst geöffnet, um belastende Fakten über die Machenschaften der Pharma-Industrie und meine persönlichen Schuldner, dem IG-Farben-Kartell, ans Tageslicht zu bringen.

Eine berechtigte Entschädigung für die Sklavenarbeit, zu der ich von April 1941 bis Mai 1942 auf der IG-Farben-Baustelle in Auschwitz gezwungen wurde, habe ich bis dato nicht erhalten.



Die IG Auschwitz war eine 100-prozentige Tochtergesellschaft des IG-Farben-Kartells (BAYER, BASF, Hoechst). Sie war Europas größte Industrieanlage im Zweiten Weltkrieg und wurde gebaut um synthetisches Benzin und Kautschuk für die Wehrmacht zu produzieren.



Dieser 24 Quadratkilometer große Industriekomplex wurde unter unmenschlichen Bedingungen von inhaftierten Zwangsarbeitern des Konzentrationslagers in Auschwitz errichtet. August Kowalczyk war einer von ihnen. Er ist ein Augenzeuge der europaweiten, brutalen Herrschaft des Kartells.

Die Strukturen, die fast immer der Freiheit entgegengesetzt sind, schlugen sich erneut auf die Seite des Henkers, nicht des Opfers.

Ich unterstützte die Beschwerde an das Internationale Tribunal in Den Haag mit meiner Unterschrift – August Kowalczyk, Häftling des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz, Nummer 6804.

Im Jahr 2003 starteten wir unsere gemeinsame Aktion „Ein Europa für die Menschen und durch die Menschen“, welche die Grundlage für das von Bürgern geschaffene „Projekt für eine europäische Konstitution“ (People's Project for a European Constitution) schaffen sollte.

Dieses Buch soll uns die WAHRHEIT aufzeigen. Die wirkliche Wahrheit, durch Zeugen, Fakten und Erlebnisse.

Und wie persönliche Wahrnehmung, und auch subjektive Wahrnehmung, durch die Weitergabe von Erinnerungen und Erlebtem zu sozialer Offenheit führen kann, um im Namen der WAHRHEIT die Rhetorik der Brüsseler Politik zu erkennen.

Denn wir haben das Recht darauf, die WAHRHEIT zu wissen

August Kowalczyk

August Kowalczyk verfasste seine Erfahrungen als Häftling im Konzentrationslager Auschwitz in seinem Buch „A Barbed Wire Refrain“.

Einführung

Dieses Buch erzählt eine Geschichte, die viele Leser, aus naheliegenden Gründen, zunächst ablehnen werden. Zu Recht werden Sie denken, dass Sie, wenn die weitreichenden folgenden Informationen wahr wären, sicherlich längst davon gehört hätten.

Wir als Autoren sehen uns in der Verantwortung, unsere Leser nicht nur zu ermutigen, das Buch zu lesen, sondern sich auch mit den Originaldokumenten zu befassen, auf die jeweils am Ende der einzelnen Seiten hingewiesen wird.

Fast ein dreiviertel Jahrhundert lang galten Adolf Hitler und sein Gefolge, die Nazis, als Urheber des Zweiten Weltkriegs. Die Fakten sehen allerdings anders aus. Der Zweite Weltkrieg war ein Eroberungskrieg, geführt vom Chemie-, Öl- und Pharma-Kartell, dessen Zielsetzung es war, mit patentierten chemischen Produkten einen Multi-Billionen-Dollar Weltmarkt zu kontrollieren.

Offizielle Dokumente aus dem US-Kongress und dem Nürnberger Prozess zeigen eindeutig, dass der Zweite Weltkrieg vom zu dieser Zeit berüchtigtsten und größten Öl-/Pharma-Kartell, bestehend unter anderem aus Bayer, BASF und Hoechst, nicht nur vorbereitet wurde, sondern dass es diesen auch logistisch und technisch unterstützt und geplant hat. Die Zusammenfassung der Nürnberger Anklageschrift beweist, dass der Zweite Weltkrieg ohne die Unterstützung der IG Farben nicht durchführbar gewesen wäre.

Sie werden in diesem Buch auch erfahren, dass der Erste Weltkrieg, die zweitgrößte Tragödie des zwanzigsten Jahrhunderts, eigentlich der erste Versuch dieser „Interessengruppe“ war, die Welt zu erobern. Nach diesen beiden militärischen Versuchen, Europa und die gesamte Welt zu unterwerfen, startete das Öl- und Pharma-Kartell einen dritten Anlauf: die wirtschaftliche und politische Eroberung Europas durch die „Brüsseler EU“.

Daher überrascht es nicht, dass die Schlüsselpersonen und Gründungsväter der Brüsseler EU demselben Kreis von Technokraten entstammten, welcher schon die Nachkriegspläne für ein Europa unter einer Nazi-/Kartellherrschaft entwarf. Dieses Buch wird Ihnen die Interessenvertreter dieses Kartells vorstellen, die keine Uniformen, sondern graue Anzüge tragen, und in deren Reihen die wohl berühmteste Schlüsselperson des Kartells zu finden war – Walter Hallstein, der erste Präsident der so genannten EU-Kommission.

Die Antwort auf die Frage, warum Ihnen derartige Fakten noch nie zu Ohren gekommen sind, liegt auf der Hand: Nach 1945 investierte dieses Kartell hunderte Milliarden Dollar nur mit einem Ziel: die Verdrehung der Geschichte und Vertuschung der kriminellen Vergangenheit des Kartells und der dazugehörigen Großkonzerne. Diese Verschleierung der wahren Hintergründe der beiden Weltkriege ebnete ganz offensichtlich den Weg für den dritten Anlauf des Kartells, die vollständige Kontrolle über Europa zu erlangen – dieses Mal durch die Brüsseler EU.

Offenbar hatte das Kartell gehofft, dass seine dunklen Wurzeln mit der Kontrolle über Europa durch die Brüsseler EU niemals ans Tageslicht kämen. Allerdings ist dieser Plan gescheitert. Die Veröffentlichung dieses Buches und von Zehntausenden Originaldokumenten, die die Existenz und die Pläne dieses Kartells beweisen, führt nur zu einer möglichen Konsequenz, nämlich dem Ende des Brüsseler EU-„Experiments“. Keine demokratisch gesinnte Person, Organisation oder Partei kann unter diesen Umständen den dritten Eroberungsversuch des Kartells jetzt noch unterstützen.

Dieses Buch ist auch eine einmalige Gelegenheit für all jene Politiker und politischen Parteien, die ohne jegliche Kenntnisse der wahren Hintergründe und Ziele der Brüsseler EU das gegenwärtige EU-Konzept bislang mitgetragen haben. Dazu zählen unter anderem die insgesamt 27 Staatsoberhäupter, die allesamt den „Lissaboner Vertrag“ unterzeichneten, ohne zu wissen, dass es sich dabei um ein Ermächtigungsgesetz zur Machtübernahme durch das Kartell und seiner Anhänger handelt. Diese Politiker und Parteien haben

jetzt die Chance, eine Kehrtwende zu machen und ihre Zustimmung für dieses auf Lug und Trug basierende Modell Europas öffentlich zu widerrufen.

Für die Bürger Großbritanniens ist die Enthüllung des Ursprungs der Brüsseler EU eine reine Provokation. In beiden Weltkriegen war Großbritannien entscheidend daran beteiligt, Europa vor der Machtergreifung durch das Kartell zu bewahren. Mit Bedauern müssen sie nun feststellen, dass diese Bemühung wahrscheinlich fehlschlug. Mit Großbritanniens Unterwerfung unter den Lissaboner Vertrag und die Brüsseler EU werden die heute lebenden 60 Millionen Briten sowie kommende Generationen schon bald von derselben Interessengruppe regiert, die bereits zweimal zuvor die Kontrolle über Großbritannien anstrebte.

Diese wichtigen Informationen dürfen nicht weiterhin verschwiegen werden! Wir möchten Sie als Leser dazu motivieren, Ihr direktes Umfeld – ob Familie, Freunde, oder Arbeitskollegen – anzusprechen, und diese wichtigen Informationen weiterzugeben. Unser Ziel, wie auch Ihr Ziel, sollte es sein, die politischen Repräsentanten auf lokaler, regionaler, nationaler und europäischer Ebene mit diesem Thema zu konfrontieren. Dabei müssen wir die Politiker vor eine Wahl stellen: Entweder sie kehren der Wahrheit weiterhin den Rücken zu und unterstützen eine von Unternehmensinteressen gesteuerte Diktatur in Europa, oder sie können die Demokratie wahren und somit die Interessen und die Gesundheit von Millionen von Menschen schützen und fördern. Diese Entscheidung über ihre Haltung zur Brüsseler EU wird die wohl wichtigste in deren politischer Karriere sein.

Im Jahre 1945, nach dem letzten Versuch des Kartells Europa zu kontrollieren, war die einzige Stellungnahme der politischen Verantwortlichen, dass sie „davon nichts wussten“. Nach der Veröffentlichung dieses Buches und der damit verbundenen Fakten darf kein Politiker mehr hinter der Brüsseler EU stehen.

In Anbetracht der historischen Umstände müssen wir die Menschen Europas mobilisieren! Dies ist unschätzbar wichtig, da die meisten Politiker bereits durch das Öl- und Pharma-Kartell gesteuert und beeinflusst werden. Der einzige Garant für Freiheit, Demokratie und Unabhängigkeit in einem Europa von den Menschen, für die Menschen kann nur die Mobilisierung eines jeden Einzelnen für ein gemeinsames Ziel sein.



**Das „Lissabonner Ermächtigungsgesetz“ –
Plattform des Öl-/Pharma-Kartells und
seiner Übernahmepläne für Europa.**

Kapitel 1

Zusammenfassung der Beweise

Eine Demokratie wird zur Diktatur

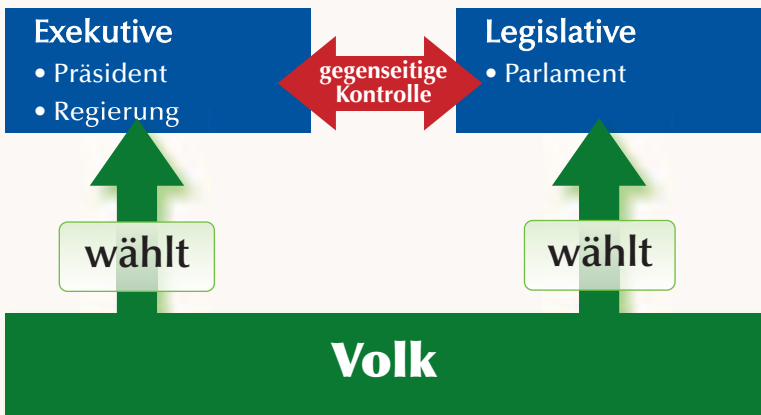
Wie die Europäische Union durch Unternehmensinteressen gesteuert wird

Die Europäische Union stellt sich als leuchtendes Beispiel einer Demokratie des 21. Jahrhunderts dar. Tatsächlich könnte jedoch nichts weniger der Wahrheit entsprechen.

In einer wahren Demokratie geht alle Staatsgewalt vom Volke aus. Das Prinzip der Gewaltenteilung mit seinen drei Ebenen – Exekutive, Legislative und Judikative – schafft Kontroll- und Ausgleichsmöglichkeiten zum Schutz vor Missbrauch. Dieses Prinzip der Gewaltenteilung wurde allgemein akzeptiert, nachdem die Menschheit tausende von Jahren darum kämpfte.

WAHRE DEMOKRATIE

In einer wahren Demokratie geht alle Staatsgewalt vom Volke aus



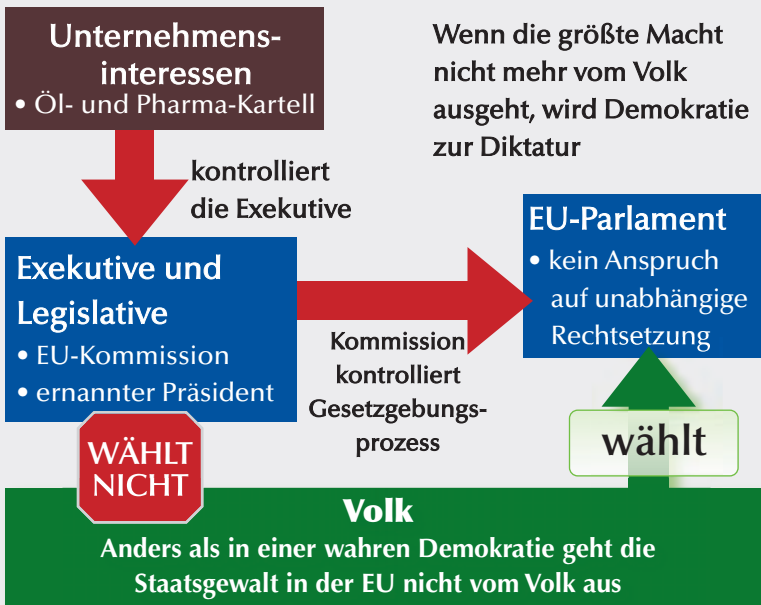
Der Europäischen Union hingegen fehlt es an diesem grundlegenden Prinzip der Gewaltenteilung. Hinzu kommt, dass die Bürger Europas weder die Kontrolle über die Exekutive noch über den Prozess der Gesetzgebung haben. Schlimmer noch: die Bürger wählen ein Parlament, das auch keinerlei Einfluss darauf hat, diese Ebenen wirksam zu kontrollieren.

Um diese Machtlosigkeit zu vertuschen, wurde Artikel 225 in den Lissaboner Vertrag eingefügt, der sogenannte „Feigenblatt-Artikel“. Diese Klausel ermöglicht es dem EU-Parlament, „die Kommission zur Vorlage eines Legislativvorschlags aufzufordern.“ Die Kommission kann Vorschläge natürlich einfach ablehnen.

(Siehe: http://europa.eu/lisbon_treaty/index_en.htm)

Dieses Regieren entgegen jeglicher demokratischer Grundsätze macht die Europäische Union per Definition zu einer Diktatur. Die grundlegende Macht des Volkes zur Bestimmung seiner eigenen Regierung wurde an Unternehmensinteressen abgegeben.

„BRÜSSELER EU“-DIKTATUR



Wie das Öl- und Pharma-Kartell versucht, Europa zu kontrollieren

Die Brüsseler EU präsentiert sich der Welt nach außen hin als parlamentarische Demokratie mit einem EU-Parlament, das eine entscheidende Rolle zu spielen scheint. Die Entscheidungen der Exekutive und der gesamte Gesetzgebungsbereich werden jedoch von der EU-Kommission und ihren 54.000 Mitarbeitern durchgeführt.

In der Zentrale der EU-Kommission, dem Berlaymont-Gebäude, und in anderen Bürogebäuden in Brüssel, arbeitet diese bezahlte Armee von Karrierebürokraten daran, die Gesetze Europas im Sinne der Belange der Großunternehmen zu gestalten.



EU-Kommission: 54.000 Angestellte

Die Angestellten der EU-Kommission operieren jenseits jeglichen demokratischen Grundsatzes und führen die Gesetze Europas nach den Belangen der Großunternehmen aus

Im Gegensatz dazu steht das EU-Parlament mit seinen 754 Mitgliedern aus 27 verschiedenen Nationen, die keinerlei politischen Einfluss auf diese Bürokratenarmee haben. Das EU-Parlament fungiert in der Europäischen Union als nichts weniger als eine Art „Schaufensterdekoration“, um dem europäischen Volk eine Demokratie vorzuspielen.

ÖL- UND PHARMA-KARTELL

beauftragt

EU-KOMMISSION

beauftragt

EU-Bürokratie

- über 42.000 nicht gewählte Bürokraten und andere von der EU-Kommission beschäftigte Mitarbeiter
- über 12.000 „nichtbilanzierte“ Mitarbeiter

=

insgesamt über
54.000 Personen!

herrscht
über

alle 500 Millionen Menschen in Europa

Die EU-Kommission und ihre riesige Bürokratie sind sowohl Exekutive als auch Legislative der Brüsseler EU.

In der Europäischen Union kann kein Gesetz ohne die Zustimmung der von Unternehmensinteressen kontrollierten EU-Kommission erlassen oder verabschiedet werden.

EU-Parlament:
754 Mitglieder



wählen

Die gewählten Mitglieder des EU-Parlaments haben kein Recht auf unabhängige Rechtssetzung!

Weitere Informationen: **GB1CE843**

Die Interessengruppen hinter dem Öl- und Pharma-Kartell

Auf den vorherigen Seiten haben wir insbesondere hervorgehoben, dass Europas Regierung nicht von seinen Bürgern, sondern zunehmend durch Unternehmensinteressen – dem Öl- und Pharma-Kartell – gesteuert und gelenkt wird. Dieses Kartell vertritt die Interessen der chemischen-, petrochemischen- und pharmazeutischen Industrie als Multi-Billionen-Dollar Branche. Dieses Kartell ist der bei weitem größte Investmentkonzern der Welt.

Während des 20. Jahrhunderts wurde dieses Kartell nicht nur dominierende Wirtschaftsmacht, strategisch positionierte es zudem seine politischen „Marionetten“ in den führenden Weltwirtschaftsnationen. Die führenden Repräsentanten aus den Finanzkreisen, die dieses Kartell kontrollieren, sind:

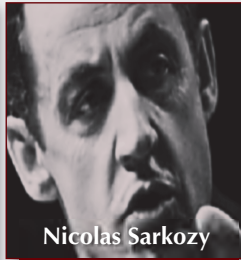
- **Die Rockefeller-Gruppe**, die die Interessen der US-amerikanischen Öl- und Pharmaindustrie repräsentiert. Hierbei handelt es sich um die größte Interessengruppe. Aus dem im 19. Jahrhundert entstandenen Monopol der Standard Oil Company errichtet, kontrolliert die Rockefeller-Gruppe heute Dutzende Chemie-, Pharma- und Öl-Konzerne rund um den Globus. Einer der wohl prominentesten Vertreter dieser Gruppe war in den letzten Jahrzehnten Henry Kissinger.
- **Deutschland und Frankreich**, die führenden Exportnationen für chemische und pharmazeutische Produkte in Europa. Die Wurzeln dieser Gruppe liegen im späten 19. Jahrhundert. Zu ihr zählten Unternehmen wie Bayer, BASF und Höchst, später das berühmte IG-Farben-Kartell. Deren heutige Nachfolger-Firmen sind die führenden Investmentfirmen Europas und trugen maßgeblich zum Aufbau der Brüsseler EU bei.

Wie in den Medien ausführlich berichtet, wurde der derzeitige EU-Präsident Romy Puy-Tag vor seiner Ernennung zu einem Vorstellungsgespräch der „Bilderberg-Gruppe“ eingeladen. Die Bilderberg-Gruppe stellt einen Elitezirkel US-europäischer Unternehmensinteressen dar, angeführt von David Rockefeller und unter dem Vorsitz von Etienne Davignon, Ex-EU-Beauftragter und Pharma-Lobbyist.

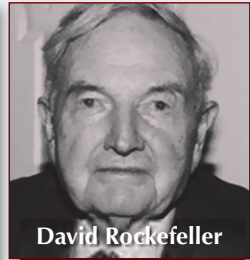
und wie sie den Präsidenten Europas auswählten



Angela Merkel



Nicolas Sarkozy



David Rockefeller

Deutschland:

- Weltweit führender Chemie-Exporteur
- Eines der führenden Pharma-Exportländer

Frankreich:

- Eines der führenden Pharma-Exportländer
- Führend im weltweiten Ölhandel

Rockefeller-Gruppe:

- Weltgrößte Investmentgruppe
- Kernanlagen: Chemikalien, Öl, Pharmazeutika

„Bilderberg-Gruppe“:

Finanzielle und politische Interessenvertreter des Chemie-, Öl- und Pharma-Kartells wie z. B.:

- **Henry Kissinger**, ehemaliger Geschäftsführer des „Rockefeller Brothers Fund“,
- **Etienne Davignon**, ehemaliger EU-Kommissar, Vorstandmitglied des Pharma-Herstellers Gilead



19. November 2009:
EU-Präsident Rompuy posiert vor den Kameras mit einem der Männer, die ihn an die Macht gebracht haben.

KEINE
STIMME

Die Menschen Europas hatten kein Abstimmungs- und Mitspracherecht!

Weitere Informationen: **GB1ST321**

Das Ende der Demokratie und die Rückkehr ins Mittelalter

Für die misstrauischen Leser unter Ihnen mag es hilfreich sein, den Wahlvorgang des ersten Präsidenten und Außenminister der Brüsseler EU zusammenzufassen:

1. Das Entbinden des europäischen Volks von sämtlicher Entscheidungsmacht.
2. Die neuen „Royals“ Europas wurden durch einen Elitezirkel der Großunternehmen ausgewählt.
3. Diese „Krönungszeremonie“ fand in einem üppigen aristokratischen Ambiente statt, im Schloss von Val Duchesse vor den Brüsseler Stadtmauern.
4. „Zeremonienmeister“ war Präsident Sarkozy (Nicolas Paul Stéphane Sárközy de Nagy-Bocsa), Nachkomme von Kleinadligen.
5. Die „Königinnen-Krone“ erhielt hierbei Baroness Catherine Ashton.
6. Die „Königskrone“ ging an eine weitere Person, deren Namen adlige Wurzeln verrät: Herrmann van Rumpoy. Van Rumpoy agiert als vorläufiger „Monarch“ der Brüsseler EU, und zwar so lange bis – wahrscheinlich ausgelöst durch eine internationale Krise – der Kleinadelige [Sarkozy] selbst den Thron einnimmt.

Fakt ist, dass die EU mit diesem Regierungssystem alle demokratischen Errungenschaften der europäischen Zivilisation der letzten tausend Jahre in einen mittelalterlichen Zustand zurückwirft. In eine Zeit, in der Monarchen jenseits demokratischer Grundsätze regierten.

*„Het Kasteel Hertoginnedal (Val Duchesse)“;
Schloss von Val Duchesse, der Ort an dem die Auswahlzeremonie des
Präsidenten der Europäischen Union am 12. November 2009 stattfand.*



Die Europäische Union gibt der Welt vor, das Paradebeispiel einer Demokratie des 21. Jahrhunderts zu sein. Dennoch sollte die stattgefundene Auswahlzeremonie den letzten skeptischen Leser davon überzeugen, dass die EU alles andere als eine Demokratie ist.



Weitere Informationen: **GB1MT165**

Der jahrhundertlange, von den Nationen Europas geführte Kampf für Demokratie wird zunichte gemacht

Geburt der Demokratie



Magna Charta



1648 Unabhängigkeit der Niederlande



1707 Bildung des Parlaments von Großbritannien



1789 Französische Verfassung



Sind Millionen Menschen, die im Ersten und Zweiten Weltkrieg für Demokratie gekämpft haben, umsonst gestorben?

Bombardierung von London



Zerstörung von Coventry



Zerstörung von Rotterdam



Über 100 Millionen Opfer aus zwei Weltkriegen:
Soldatenfriedhof in der Normandie



Haben die Menschen Europas eine über Jahrhunderte gewachsene Demokratie freiwillig aufgegeben?

Für das Öl- und Pharma-Kartell stellt die Brüsseler EU lediglich eine Art operative Basis zur Welteroberung dar. Deren Machtinstrumente sind hierbei politische, ökonomische – und wenn nötig – militärische Mittel. Zu diesem Zweck versucht das Kartell derzeit das undemokratische Konstrukt der Brüsseler EU in andere Regionen der Welt zu „exportieren“. Die Afrikanische Union wird bereits nach dem Modell der Brüsseler EU gestaltet und beinhaltet inzwischen auch eine sogenannte „AU-Kommission“!

Die politischen Drahtzieher des Kartells stellen die EU als vorbildhaftes Beispiel für Demokratie und Frieden im 21. Jahrhundert dar. Betrachtet man den bloßen Umfang dieser weltweiten PR-Kampagne, können die Bürger der Welt den Eindruck gewinnen, dass die Brüsseler EU in einer demokratischen Wahl von den Menschen in Europa gebilligt wurde, und dass dieses politische Gremium ihren Willen widerspiegelt.

Nichts könnte jedoch weniger der Wahrheit entsprechen. Die gegenwärtigen Fakten werfen ein charakteristisches Licht auf die grundlegend- undemokratische Natur der Brüsseler EU – ein Warnzeichen für die Welt:

- Das einzige Land, in dem das Volk über den Lissaboner Vertrag – das Ermächtigungsgesetz für die Brüsseler EU – abstimmen durfte, war Irland, dessen Bevölkerung jedoch weniger als 1% (!) der Gesamtbevölkerung Europas entspricht. Und selbst diese Wahl war das Ergebnis einer Verspottung der Demokratie: Im Juni 2008 hatte das irische Volk diesen Gesetzesentwurf mit einem schallenden „Nein!“ abgelehnt. Die politischen Drahtzieher des Kartells in Brüssel ignorierten jedoch diese Wahl. Sie bestachen die irische Regierung, um ein zweites Referendum abzuhalten, und erzwangen ein „Ja“ durch eine horrend Summe von Schmiergeldern, die direkt von den Drahtziehern des Kartells nach Dublin gingen.
- Über 99 Prozent der europäischen Bevölkerung – mehr als 500 Millionen Menschen – wurde ihres demokratischen Rechts beraubt, in einem Referendum über den Lissaboner Vertrag abzustimmen.

Die Drahtzieher des Kartells entzogen den Bürgern ihre demokratischen Rechte!



Diese Verletzung aller demokratischen Grundsätze durch das Kartell ist kein Zufall. Meinungsumfragen in ganz Europa haben gezeigt, dass die überwältigende Mehrheit der Wähler die Brüsseler EU ablehnt. Die trügerische Natur der Brüsseler EU ist am besten gekennzeichnet durch die Tatsache, dass – obwohl sie von den Kartellvertretern als Symbol der Demokratie bejubelt wird – der Bevölkerung demokratische Grundrechte vorenthalten wurden – aus Angst vor der Meinung der Bürger.

Die strategischen Ziele des Kartells

Auf den vorherigen Seiten erläuterten wir, was die Pläne des Öl- und Pharma-Kartells für die Erschaffung der Brüsseler EU sind. Offensichtlich handelt es sich bei diesem dreisten Vorgehen nicht um ein Zufallsmanöver, sondern um fundierte ökonomische Motive. Die kommende Seite soll das „**Warum**“ hinter der Brüsseler EU erläutern.

Die finanziellen Interessengruppen hinter dem Öl- und Pharma-Kartell sind daran interessiert, gigantische, globale Märkte zu kontrollieren, die buchstäblich jeden Menschen beeinflussen. Bekannte Beispiele sind der Nahrungs-, Gesundheits- und Energiebereich. Im vergangenen Jahrhundert hat das Öl- und Pharma-Kartell seine Märkte in diesen drei Bereichen ausgebaut und zu Multi-Billionen-Dollar Investmentgeschäften gemacht. Das Schaffen solch gigantischer globaler Märkte basierte auf zwei strategischen Hilfsmitteln: Erstens, die Monopolisierung des Markts durch Patente. Zweitens, die öffentliche Desinformation dazu nutzen, dem Volk mögliche Alternativen vorzuenthalten. Folglich bezahlt jeder Bürger in den Industrieländern rund ein Drittel seines verfügbaren Einkommens als „Tribut“ an das Kartell.

Mit Beginn des 21. Jahrhunderts wird das Kartell vor eine vollkommen neue Herausforderung gestellt: Seine wichtigsten Märkte – Öl, Pharmazeutika, Agrarchemikalien und gentechnisch veränderte Organismen – werden von neuen Technologien bedroht, die früher oder später die bestehenden monopolistischen und patentbasierten Märkte ersetzen könnten.

Im Hinblick auf diese Situation ist den Finanzinteressen hinter dem Kartell bewusst, dass der Fortbestand ihres Multi-Billiarden-Dollar-Geschäfts in einer Demokratie akut gefährdet wäre. Somit ist das undemokratische Konstrukt der Brüsseler EU ein strategischer Schritt auf dem Weg in eine weltweite, unternehmensgeführte Diktatur.

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts steht die Menschheit am Scheideweg. Wir werden uns entscheiden müssen, ob wir weiterhin dem Öl- und Pharma-Kartell die Möglichkeit geben wollen, über unser Leben zu bestimmen – durch das Aufzwingen von weitgehend veralteten Technologien – oder ob wir bereit sind, uns von diesem Joch zu befreien, indem wir neue, unabhängige und vor allem nachhaltige Technologien wie erneuerbare Energien, wissenschaftsbasierte natürliche Heilverfahren und ökologischen Agrarbau nutzen.

Die globalen Multi-Milliarden-Dollar-Märkte des Chemie-Pharma-Öl-Kartells

Prozentuale Ausgaben pro Person	Globale Kartell-Märkte	Globale Kontroll-mechanismen des Kartells	Nachhaltige Technologien, die die Menschen weltweit unabhängig vom Kartell machen
Ernährung¹ 15%	• Gentechnik • Agrarchemikalien • Synthetische Lebensmittel-zusatzstoffe	• Gesundheits-„Analphabetismus“ • Patente	Bio-Lebensmittel
Gesundheitswesen² 10%	Synthetische Pharma-Mittel	• Gesundheits-„Analphabetismus“ • Patente	Wissenschaftsbasierte Naturheilverfahren
Energie³ 10%	Öl, Gas, synthetische Brennstoffe und andere petrochemische Produkte	• Wissenschafts-„Analphabetismus“ • Patente	Erneuerbare Energien • Wasser (Wasserstoff) • Solar • Wind • andere

1 Durchschnittlicher Prozentsatz des zur Verfügung stehenden Einkommens für Lebensmittel und nicht-alkoholische Getränke. Quelle: Eurostat

2 Durchschnittlicher Prozentsatz des zur Verfügung stehenden Einkommens für Gesundheit und gesundheitsbezogene Abgaben. Quelle: Eurostat

3 Durchschnittlicher Prozentsatz des zur Verfügung stehenden Einkommens für Treibstoffe im Verkehr, Betriebsmittel etc. Quelle: Eurostat

Die strategischen Ziele des Kartells:

- Den menschlichen Körper zu einem Markt für dessen patentierte Produkte machen.
- Das Weiterführen von längst überholten Technologien des vorherigen Jahrhunderts – inklusive umweltschädlicher petrochemischer Stoffe und giftiger Pharmazeutika –, um die damit zusammenhängenden Multi-Billionen-Dollar-Gewinne auch noch im 21. Jahrhundert zu sichern.

Heute Europa – morgen die Welt

Zwei Monate vor Inkrafttreten des Lissaboner Vertrags ließ das Öl- und Pharma-Kartell keinen Zweifel mehr an seinem globalen Vorhaben. Am 7. Oktober 2009 veröffentlichte die Zeitung „The Daily Telegraph“ in England einen Artikel mit dem Titel: **„EU plant ihre Etablierung als Weltmacht“**. Wenn das Kartell seine Pläne verwirklichen kann, wird die Brüsseler EU ein reines Sprungbrett zur ökonomischen und politischen Welteroberung sein.

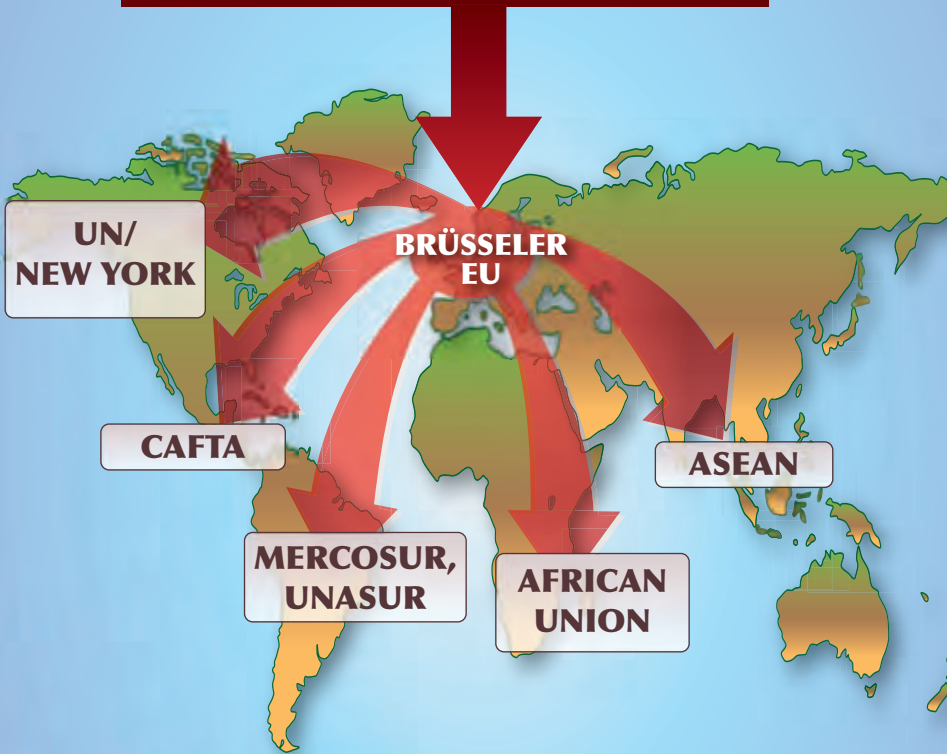
Laut dem Artikel aus dem „Daily Telegraph“ wurden schon die ersten Botschaftsgebäude dieses undemokratischen Konstrukts an strategischen Orten geplant, nämlich in New York (Sitz der vereinten Nationen), Addis Abeba (Sitz der Afrikanischen Union) und Kabul (Interessengebiet aufgrund der aktuellen Kriegsgeschehnisse in Afghanistan), noch bevor der Lissaboner Vertrag in Kraft getreten war.

Jedoch versuchte das Kartell bereits lange Zeit vor dem Entwurf des Lissaboner Vertrags das politische Konstrukt der Brüsseler EU auch als Modell auf andere Länder zu übertragen, um so seine Kontrolle über andere Kontinente auszudehnen.

- **Afrikanische Union.** Die Väter der Afrikanischen Union (AU) leugnen nicht, dass die EU deren Vorbild bei der Gründung darstellte – mit fast identischen institutionellen Strukturen, inklusive einer sogenannten „AU-Kommission“. Der ständige Sitz dieser Kommission liegt in Addis Abeba in Äthiopien, dem geplanten „Brüssel“ Afrikas.
- **ASEAN.** 2009 gaben Führungskräfte ostasiatischer Länder bekannt, dass sie den Grundstein für ein EU-ähnliches Bündnis gelegt haben, das die halbe Weltbevölkerung umfasst. Diese Pläne spiegelten sich 2008 in ähnlicher Form in einer Idee von Kevin Rudd wider, dem Premierminister Australiens.

ÖL- UND PHARMA-KARTELL

Patentierte Chemikalien,
Petrochemikalien, Pharmazeutika



*Das Öl- und Pharma-Kartell versucht jetzt
von seinem neuen Politbüro in Brüssel aus die
Kontrolle über die ganze Welt zu übernehmen*

Weitere Informationen: **GB1TW421**

Die Durchsetzung von pharmazeutischen Patenten als Schlüsselement globaler wirtschaftlicher Kontrolle

In der Vergangenheit wurden weltweit Kriege mit Waffen und Bomben geführt, um andere Länder zu erobern und zu beherrschen. Heute jedoch werden ökonomische und rechtliche Instrumente genutzt, um nicht nur andere Regierungen und Wirtschaftssysteme zu kontrollieren, sondern letztendlich auch Gesellschaften und Menschen.

Die ökonomischen Schlüsselemente der EU sind hierbei Patente, insbesondere Patente auf Chemikalien, Pharmazeutika, genmodifiziertes Saatgut und andere High-Tech-Produkte. Die wohl lukrativsten Patente sind hierbei diese auf pharmazeutische Produkte. 2008 wurde beispielsweise mit dem Verkauf von Pharma-Produkten weltweit ein Umsatz in Höhe von über 773 Milliarden Dollar gemacht – dies übertrifft das gesamte Bruttoinlandsprodukt der 100 ärmsten Länder der Welt.

Im Hinblick darauf scheint es offensichtlich, dass die Stelle des ersten Ministers der EU für Auslandsbeziehungen durch jemanden besetzt wird, der bereits Erfahrung auf diesem Gebiet hat.

In ihrer vorherigen Rolle als EU-Handelskommissarin spielte Catherine Ashton eine zentrale Rolle bei der Beschlagnahmung von pharmazeutischen Produkten, die über die europäischen Häfen laufen, um von Indien nach Afrika und Lateinamerika verschifft zu werden.¹ Der einzige Grund für diese Beschlagnahmungen: Diese Arzneimittel wurden von Unternehmen in Indien hergestellt, die sich auf die Produktion (nicht patentierter) Nachahmerpräparate (Generika) spezialisiert haben. Diese Generika – die einzigen Medikamente, die sich auch wirtschaftlich schwache Länder leisten können – bedrohen die Profite aus patentierten Arzneimitteln europäischer Pharma-Firmen.

¹ Economic Times, Indien. 6. September 2009.

ÖL- UND PHARMA-KARTELL

Patentierte Chemikalien,
Petrochemikalien, Pharmazeutika

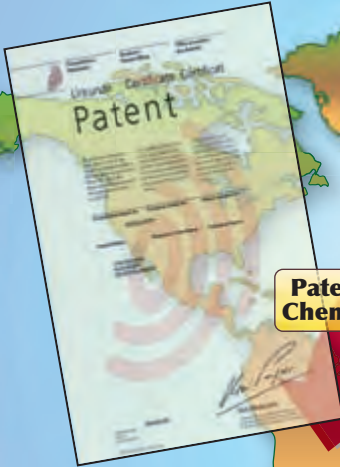
Durchsetzung von weltweiten
Patenten als Basis für das
weltweite Pharma-Investment-
geschäft

**BRÜSSELER
EU**

**Gentechnisch
veränderte
Lebensmittel**

**Patentierte
Chemikalien**

Pharma-Mittel



Catherine Ashton wurde 2008 zur EU-Handelskommissarin ernannt. In dieser Funktion gehörten zu ihren Hauptaufgaben die Überwachung des internationalen Handels und die Durchsetzung von Arzneimittelpatenten als Mittel zur weltweiten ökonomischen und politischen Kontrolle – und somit die Sicherung der Abhängigkeit der Entwicklungsländer von patentierten Pharma-Präparaten europäischer Exporteure.

Weitere Informationen: **GB1PT937**

Patente – Schlüssel zur Weltmacht

Dem Stellenwert von Patenten für die strategische Planung der Brüsseler EU auf dem Weg zur Weltmacht gebührt besonderes Interesse. Generell sind Patente:

- **legale Dokumente**, herausgegeben von den dafür zuständigen Behörden des jeweiligen Landes, zur Definierung des Eigentumsrechts an Produkten oder technischen Prozessen;
- **ökonomische Werkzeuge**, die nationale und internationale Märkte steuern;
- **politische Instrumente** – durch ihre Rolle im bedeutsamen Gesundheitssektor werden Arzneimittelpatente auch genutzt, um ganze Länder zu steuern.

Ein besonders tückischer Aspekt von Patenten ist die Tatsache, dass diese zur Bildung globaler Kartelle jenseits jeglicher rechtlicher Kontrolle genutzt werden. Große multinationale Unternehmen müssen sich nicht formal vereinigen, um den Markt innerhalb eines Kontinents oder in der gesamten Welt mit einem bestimmten Produkt zu kontrollieren – sie müssen nur ihre territorialen Patentansprüche überwachen.

Patente erlauben es multinationalen Firmen, gesamte gesellschaftliche Sektoren über alle Kontinente hinweg zu steuern, ohne irgendwelchen Einschränkungen wie z. B. Staatsgrenzen unterworfen zu sein. In manchen Industriezweigen werden Profite in Höhe von mehreren Billionen Dollar an multinationale Unternehmen geleitet, ohne dass die Öffentlichkeit die Nutznießer identifizieren kann.

Der Versuch des Pharma-Kartells, Patente zur Monopolisierung zu nutzen, ist im Hinblick auf die menschliche Gesundheit besonders verheerend, da der Gesundheitssektor der wohl bedeutsamste in jeder Gesellschaft ist. Der Menschheit wurde somit Jahrzehnte lang der Zugang zu nicht-patentierter Medizin, die im Kampf gegen die heute gängigsten Krankheiten wirksamer, sicherer und vor allem bezahlbarer ist, verwehrt.

Um ihre globalen Anspruchsbereiche zu koordinieren, eröffneten diese multinationalen Großunternehmen eine Art „Kartellzentrale“ – die Brüsseler EU.

ÖL- UND PHARMA-KARTELL

Patentierte Chemikalien,
Petrochemikalien, Pharma-Präparate



PATENTE

**Patente sind die Schlüsselinstrumente
zur Weltkontrolle!**

*Die Brüsseler EU versucht ihre Patent-Strategie auf
andere Kontinente auszuweiten, damit das Kartell
die Kontrolle über die gesamte Welt gewinnt.*

Weitere Informationen: **GB1PC887**

Die Hauptbegünstigten der Brüsseler EU

Ein kurzer Blick auf die Graphiken der gegenüberliegenden Seite sollte jedem Leser genügen, um zu verstehen, wer die Hauptbegünstigten des politischen Konstrukts der Brüsseler EU sind.

Seit ihrer Gründung wurde die Brüsseler EU von den wirtschaftlichen Drahtziehern des Chemie- und Pharma-Kartells aufgebaut und gelenkt. Dieser Fakt wird auf der oberen Grafik der gegenüberliegenden Seite noch einmal verdeutlicht. Die Grafik zeigt den verhältnismäßigen Anteil von Steuergeldern eines jeden der 27 Mitgliedstaaten an die Brüsseler EU im Jahre 2006. Die Tatsache, dass die Mehrheit der kleineren Staaten erst kürzlich beitrug, lässt deren finanzielle Beiträge angesichts der gesamten „Ausgaben“ seitens der Gründerstaaten über einen Zeitraum von einem halben Jahrhundert vergleichbar gering erscheinen.

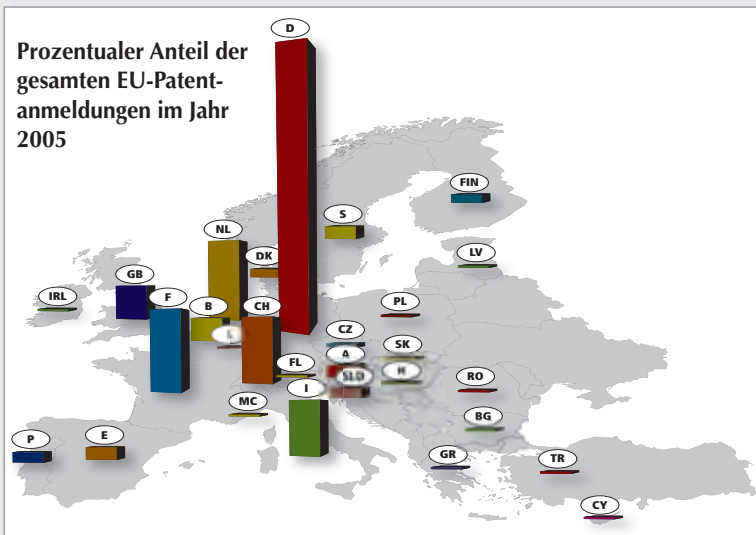
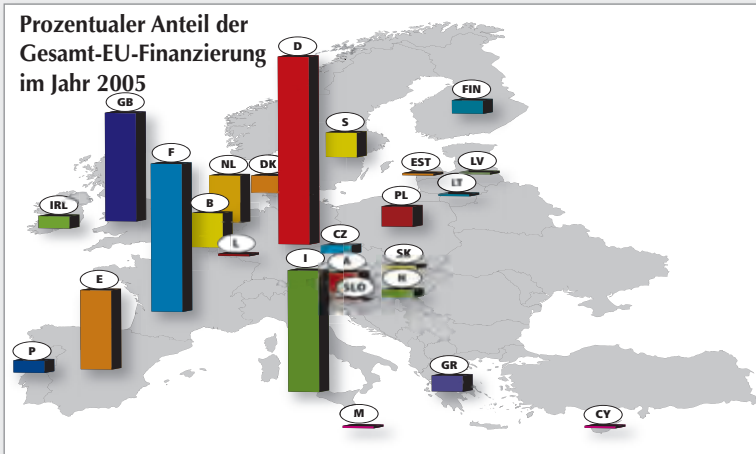
Die untere Grafik auf der gegenüberliegenden Seite zeigt die entsprechende Anzahl jährlich angemeldeter Patente in den 27 jeweiligen Mitgliedsstaaten. Die größte Anzahl von Patenten wird hier von Deutschland, Frankreich, Italien und den Niederlanden erreicht. Zusammengefasst stellen die angemeldeten Patente dieser vier Länder 70 Prozent der in der EU registrierten Patentbewerbungen dar – das ist mehr als die doppelte Anzahl angemeldeter Patente aus den übrigen 23 Ländern zusammengekommen.¹ Daher kann es kein Zufall sein, dass:

- Deutschland, Frankreich, Italien und die Niederlande vier der ursprünglichen sechs Gründungsstaaten der EU darstellen.
- die sechs ursprünglichen Gründungsländer – inklusive Großbritannien, einer weiteren führenden Pharma-Exportnation – die Stimmenmehrheit im Europarat und EU-Parlament haben.

Anknüpfend an die Unterzeichnung des Lissaboner Vertrags stehen die „Investoren“ der Brüsseler EU bereit, die Rendite einzukassieren.

¹ Quelle EUROSTAT 2005.

Europa für Patente kaufen



Es besteht eine auffallende Ähnlichkeit zwischen der Rangfolge der Beitragszahler an die Brüsseler EU und der Anzahl von Patenten, die aus diesen Mitgliedsstaaten eingereicht wurde. Da Patente in ganz Europa gelten, verdeutlicht dieses Bild, welche Nationen den High-Tech-Markt in Europa – und somit das Leben von Millionen von Menschen – steuern und lenken.

Der Gründungsvater der Brüsseler EU

Fragen, die unbedingt einer Antwort bedürfen, sind die folgenden: Wie konnten die Erbauer der Brüsseler EU aus eigentlich demokratischen Ländern solch ein undemokratisches Konstrukt erschaffen, – und welche Personen stecken dahinter? Der Erschaffer und Gründungsvater der Brüsseler EU war Walter Hallstein (1901-1982), ein prominenter deutscher Anwalt zur Zeit des Nationalsozialismus.

Im Juni 1938 nahm Hallstein an den Verhandlungen zwischen Nazi-Deutschland und dem faschistischen Italien teil, um gemeinsam diese aggressiven Ideologien zur Basis eines zukünftigen Europas zu machen. Im Januar 1939, nur einige Monate bevor die verhängnisvolle Koalition der IG Farben – dem größten Öl- und Pharma-kartell zu jener Zeit – und der Nazis den Zweiten Weltkrieg auslöste, hielt Hallstein eine historische Rede über die rechtliche Struktur eines Europas unter einer Nazi- / IG-Farben-Herrschaft.

1941 wurde Hallstein Dekan der Fakultät für Rechts- und Wirtschaftswissenschaften an der Universität in Frankfurt am Main. Dabei war es kein Zufall, dass sich die Zentrale der IG Farben in derselben Stadt befand. Ein paar Jahre später deckte das Nürnberger Kriegsverbrechertribunal auf, dass die wirtschaftliche Eroberung Europas von dieser IG-Farben-Zentrale aus geplant und durchgeführt wurde – Patente sollten hierbei als rechtliche Hilfsmittel eine Schlüsselrolle einnehmen.

1950, nachdem er die Alliierten über seine Nazi-Vergangenheit belogen hatte, wurde Hallstein persönlicher Berater Konrad Adenauers und gleichzeitig wichtigster Koordinator seiner Außenpolitik. Aufgrund seiner vorherigen langjährigen Erfahrung bei der Planung eines Europas unter der Führung des Kartells und der Nazis, wurde er zur Schlüsselperson bei der Gründung der Brüsseler EU.

Hallstein gehörte am 25. März 1957 zu den zwölf Unterzeichnern der Römischen Verträge, dem Gründungsdokument der Brüsseler EU. 1958 wurde er zum ersten Präsidenten der EU-Kommission ernannt und behielt diesen Posten für ein ganzes Jahrzehnt.

Walter Hallstein



1936 - 1945

Hallstein war Mitglied des berüchtigten NS-„Rechtswahrerbundes“ – einer Organisation, die das Ziel verfolgte, ein gesetzlicher Pfeiler eines Europas unter der Kontrolle der Nazi-/Kartell-Koalition zu werden.

1941 - 1945

Hallstein war Professor für Rechts- und Wirtschaftswissenschaften in Frankfurt, der Stadt des IG-Farben-Hauptquartiers, des größten chemischen Kartells und „Hauptsponsors“ der NSDAP.



Hauptquartier des IG-Farben-Kartells in Frankfurt



1950 - 1957

Hallstein war der politische Kopf hinter den Verhandlungen, die zu den Römischen Verträgen führten.

Am 25. März 1957 gehörte Hallstein zu den zwölf Unterzeichnern dieser Verträge – dem Gründungsdokument der Brüsseler EU.

1958 -1967

Hallstein wurde zum ersten Präsidenten der sogenannten „EU-Kommission“ ernannt. Er schuf die Brüsseler EU und regierte Europa zehn maßgebliche Jahre lang von diesem gigantischen Gebäude aus – mit Hilfe Tausender ungewählter Bürokraten – und im Auftrag von Kartellinteressen.



Das neue Hauptquartier des Öl- und Pharma-Kartells in Brüssel

Die Kartell-Gründer der Brüsseler EU



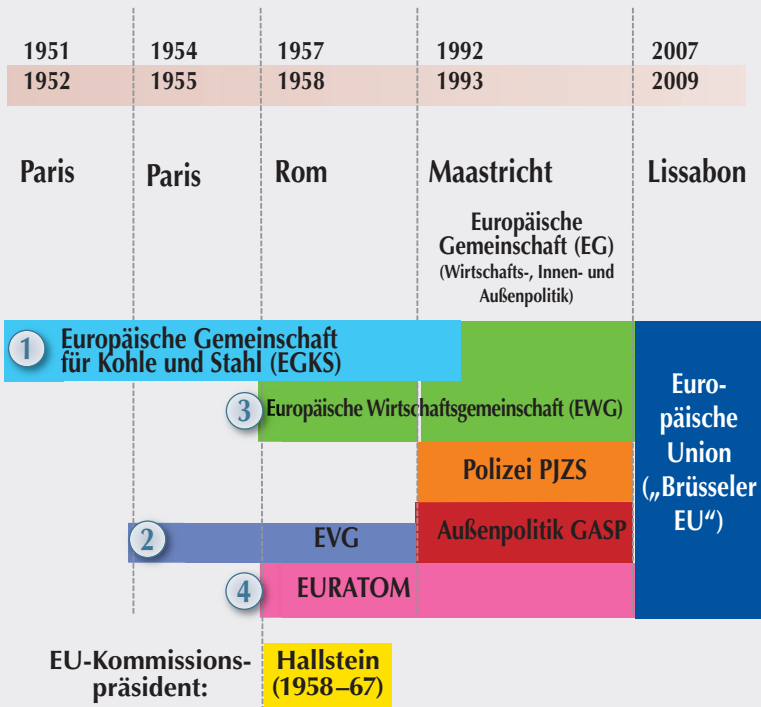
Führendes
Juristenteam

- | | |
|---|-----------|
| ① Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) | Hallstein |
| ② Westeuropäische Union (WEU) | Hallstein |
| ③ Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) | Hallstein |
| ④ Europäische Atomgemeinschaft (Euratom) | Hallstein |

Die heutige Brüsseler EU geht auf zahlreiche Vorgänger-Organisationen zurück, welche schrittweise zum aktuellen Konstrukt führten. Die erste Gründungsphase dieser Organisationen wurde in den 1950er Jahren abgeschlossen; dazu gehörten die **Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl 1951 (EGKS)**, die **Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG)** (ein Projekt, das 1954 vom französischen Parlament abgelehnt wurde), die **Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG)** und 1957 die **Europäische Atomgemeinschaft (EAG oder EURATOM)**.

All diese Organisationen hatten die folgenden Hauptgemeinsamkeiten:

Gründungsverträge der „Brüsseler EU“



1. Sie wurden vom deutschen Öl- und Pharma-kartell betrieben – nach der Niederlage der Nazi-/Kartell-Koalition von 1945 –, in dem Bestreben, einen nächsten Eroberungsversuch Europas zu organisieren.
2. Der textliche Inhalt der Verträge wurde von der juristischen Interessenvertretung des Öl- und Pharma-Kartells vorbereitet – vor allem von Walter Hallstein –, um die für diese Eroberungspläne benötigten diktatorischen Strukturen zu sichern.
3. Fünf andere europäische Länder (Frankreich, Italien und die Benelux-Staaten) wurden mit dem trügerischen Versprechen von Frieden, Sicherheit und wirtschaftlichem Wohlstand in diese „Gemeinschaften“ gelockt.

Die „Sizilianischen Sechs“ –

Vom 1. bis zum 3. Juni 1955 fand in Messina, Sizilien, die entscheidende Sitzung zur Vorbereitung der „Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft“ statt. Die Teilnehmer dieses Treffens sollten später als „Die Sizilianischen Sechs“ bekannt werden.



Gaetano Martino, MD, Italien. Gastgeber der Konferenz.

Formale juristische Ausbildung: Keine.

Vor und während des 2. Weltkriegs: Mitglied der italienischen faschistischen Bewegung unter Mussolini.

Nachkriegskarriere als Mitglied der „Sizilianischen Sechs“.



Antoine Pinay, Frankreich.

Formale juristische Ausbildung: Keine.

Während des 2. Weltkriegs: Mitglied des Vichy-Regimes – das von der Nazi-Kartell-Koalition eingesetzte Marionettenregime im besetzten Frankreich.



Joseph Bech, Luxemburg.

Ausbildung: Jurastudium

Beruf: Im Jahr seiner Zulassung als Rechtsanwalt im Jahr 1914 wurde er Stellvertreter einer rechtsgerichteten Partei. Besaß im Lauf seines Lebens verschiedene politische Funktionen.



Johan Willem Beyen, Niederlande.

Ausbildung: Jurastudium

Beruf: Geschäftsführer (Phillips, Unilever), Banker, diverse politische Funktionen.



Paul-Henri Spaak, Belgien.

Ausbildung: Jurastudium

Beruf: Fünf Jahre private Rechtspraxis.

Ab 1925 diverse politische Funktionen.

und der Juraprofessor der Nazis und des Kartells



Links:
Hallstein unterzeichnet
die „Römischen
Verträge“

Unten:
Seine Unterschrift als
„Gründungsvater“

Die begrenzte juristische Erfahrung dieser fünf „Gründungsmitglieder“ der Brüsseler EU steht im Gegensatz zu den Erfahrungen von Walter Hallstein, dem 6. Mitglied.



Zur Zeit der „Römischen Verträge“ hatte Hallstein eine beinahe drei jahrzehntelange Erfahrung in den Bereichen Bildung, Forschung und Lehre an deutschen Fakultäten und Instituten für Rechtswissenschaften. Seine Schwerpunkte waren Rechtsvergleichung, internationales und Wirtschaftsrecht:

- Studium an den juristischen Fakultäten in Bonn und München, später dann Doktor der Rechtswissenschaften an der Universität Berlin.
- Eliteausbildung in „Vergleichende internationale Rechtswissenschaften“ am Kaiser-Wilhelm-Institut in Berlin, finanziert durch die IG Farben.
- Fast 20 Jahre lang Dekan der Fakultäten für Rechts- und Wirtschaftswissenschaften an den Universitäten in Rostock und Frankfurt am Main.

Ein Blick auf Hallsteins Lebenslauf zeigt uns, wer der wirkliche Drahtzieher bei der Schaffung der rechtlichen Grundlage der Brüsseler EU war.

Hallstein und das Projekt „Verbrannte Erde“

Wie konnte Hallstein trotz seiner dunklen Vergangenheit beim Kartell und den Nazis Chefinitiator der Brüsseler EU und erster Präsident der EU-Kommission werden?

Die Antwort auf diese Frage ist verblüffend einfach:

Erstens: Hallstein verschleierte nach dem Krieg vor dem Oberkommando der Alliierten seine ehemaligen Mitgliedschaften in zahlreichen Nazi-Organisationen. Zweitens: Hallstein stellte sicher, dass seine zahlreichen Publikationen und Vorträge als Vorkämpfer des NS-Kartells zur Eroberung Europas zerstört wurden.

Die nächste Seite zeigt einen Ausdruck aus der Online-Ausgabe der Deutschen Nationalbibliothek, nachdem der Suchbegriff „Walter Hallstein“ verwendet wurde. Diese umfangreichste Online-Bibliothek Deutschlands zeigt folgende Publikationen von Hallstein auf:

- Vor 1933 (dem Jahr der Machtergreifung durch die Nazi-/Kartell-Koalition in Deutschland) findet man lediglich einen einzigen Titel.
- Nach 1945 und der Niederlage der Nazi-/Kartell-Koalition erscheinen mehr als 100 Bücher und Publikationen von Hallstein.
- Erstaunlicherweise findet man für den Zeitraum zwischen 1933 und 1945 – zur Zeit des Terror-Regimes der Nazi-/Kartell-Koalition – nur eine einzige Veröffentlichung von Hallstein. Diese lächerlich kurze Liste mit insgesamt einer einzigen Publikation in einem Zeitraum von 12 (!) Jahren verdient eine Erklärung, besonders im Hinblick auf die Tatsache, dass Hallstein zu dieser Zeit Dekan für Rechtswissenschaften an zwei deutschen Universitäten war.

Für diese Tatsache gibt es nur eine Erklärung: Hallstein und seine Kartellkomplizen hatten sicherstellen wollen, dass all seine Reden und Publikationen als Anwalt der Nazi-/Kartell-Koalition und deren Übernahme Europas nach 1945 verschwanden. Diese Politik der „verbrannten Erde“ war die Voraussetzung für den politischen Aufstieg Hallsteins zum Gründungsvater der Brüsseler EU.

Zur Beantwortung der Frage: „Wer ist der wirkliche Hallstein?“ haben wir für die Bürger Europas ein spezielles Kapitel hinzugefügt.

DEUTSCHE NATIONALBIBLIOTHEK

KATALOG DER DEUTSCHEN NATIONALBIBLIOTHEK

Ergebnis der Suche nach: *per=hallstein and jhr=1925-1951*
im Bestand: Gesamter Bestand

1	Der Schuman-Plan Sahn, Ulrich. - Frankfurt, M. : Kommentato. 1951
2	Der Schuman-Plan Hallstein, Walter. - Frankfurt a.M. : Klostermann. 1951
3	Probleme des Schuman-Plans Hallstein, Walter. - Kiel : Institut f. Weltwirtschaft. 1951. 31 Bl. gedr.
4	Bericht bei der Rektoratsübergabe am 24. September 1948 Hallstein, Walter. - Frankfurt a.M. : Klostermann. 1950
5	Burg Breuberg im Odenwald und ihre nähere Umgebung Hallstein, Karl. - Sandbach i. Odenwald : Selbstver. 1950
6	Wissenschaft und Politik Frankfurt a.M. : Klostermann. 1949
7	Wiederherstellung des Privatrechts Hallstein, Walter. - Heidelberg : L. Schneider. 1946
8	Die Berichtigung des Gesellschaftskapitals Kalveram, Wilhelm. - Frankfurt a. M. : Breidenstein Verlagsges. 1942
9	Die Aktienrechte der Gegenwart Hallstein, Walter. - Berlin : Vahle. 1931
10	Der Lebensversicherungsvertrag im Versailler Vertrag Hallstein, Walter. - Marburg : H. G. Biewert's Ver. 1926

**Nazi Regime
1933-1945**

Ausdruck aus der Online-Suchmaschine der Deutschen Nationalbibliothek. Der Suchbegriff „Walter Hallstein“ zeigt insgesamt nur ein einziges Dokument während seiner 12-jährigen Amtszeit als Förderer der Nazi-/Kartell-Koalition und deren Versuch die Welt zu erobern.

C.F. Ophüls – der Patentexperte des Kartells



Offensichtlich war Hallstein nicht allein in seiner Rolle als Gründungsvater der Brüsseler EU. Er umgab sich mit juristischen Technokraten, welche schon vor 1945 instrumentelle Interessenvertreter der Nazi-/Kartell-Koalition gewesen waren.

Da **Patente** die wichtigsten Instrumente des Kartells zur Sicherung seiner zukünftigen Kontrolle über Europa waren, ist es nicht verwunderlich, dass Hallstein Ophüls – als Experten für Patentrecht – zu seiner rechten Hand machte.

Während des NS-Regimes war **Carl Friedrich Ophüls** führender Experte am wichtigen Patentgericht in Frankfurt am Main, der Stadt des Hauptsitzes der IG Farben. In dieser Rolle kannte Ophüls sämtliche Patentstreitigkeiten im Zusammenhang mit den Plünderungen von chemischen Industriestandorten durch die IG Farben in den eroberten Staaten Europas. Diese Erfahrung qualifizierte ihn natürlich als Komplize des Kartells für den nächsten Versuch, Europa zu erobern.

Der Fragebogen der Alliierten zur Entnazifizierung von 1946 zeigt, dass Ophüls offizielles NSDAP-Parteimitglied (Mitglieds-Nr. 2399061 – **DOKUMENT A**) war. Aufgrund seiner NS-Vergangenheit stufte ihn die alliierte Sicherheitsbehörde 1947 wie folgt ein:

„Diese genannte Person wurde früher durch die Militärregierung als nicht beschäftigungswürdig für eine Tätigkeit in anderer als gewöhnlicher Arbeit befunden.“ (**DOKUMENT B**)

Allerdings lag Hallsteins Urteil zu Ophüls in direktem Gegensatz zu dem der Sicherheitsbehörde. Zusammen mit Gerhard Schiedermaier, Mitglied des berüchtigten Schiedermaier-Klans von Nazi-Juristen, ernannte Hallstein Ophüls innerhalb eines Jahres (1949) zuerst zum Doktor und dann zum Professor der Rechtswissenschaften an der Frankfurter Universität. 1950, ein Jahr später, ernannte Hallstein Ophüls zum „Botschafter in Brüssel“ und als seine rechte Hand beim Aufbau der Brüsseler EU.

B

Weitere Informationen: GB1CO266

Ein „politisch verlässlicher“ Kartell-Nazi wird



In einem offiziellen Brief an den Rektor der Universität Frankfurt vom 17. Dezember 1941 bescheinigt die NSDAP-Zentrale in Frankfurt Carl-Friedrich Ophüls, ein „politisch verlässlicher Nazi“ zu sein. Nur 16 Jahre später unterzeichnet dieser treue Anhänger des Nazi-/Kartell-Regimes die Satzung des Gerichtshofes der Europäischen Union als leitender Initiator.

Wir, die Bürger Europas, müssen zur Kenntnis nehmen, dass die Gründung des Europäischen Gerichtshofs – des wichtigsten Organs der heutigen EU – durch Beteiligte der NS-/Kartell-Koalition – und auch registrierte NSDAP-Mitglieder geplant und in Kraft gesetzt wurde.

Seit einem halben Jahrhundert unterdrückte und vertuschte das Kartell die erschreckenden Vorgeschichten seiner politischen Akteure in Brüssel. Jetzt, wo nun endlich die Wahrheit ans Licht kommt, schwindet die demokratische Legitimität der Brüsseler EU. Keine demokratische Organisation – und kein Wähler – kann und darf diese kriminelle Vergangenheit ignorieren.

Gründungsvater des Europäischen Gerichtshofs



Protocol on the Statute of the Court of Justice Of the European Economic Community 17.4.1957

THE HIGH CONTRACTING PARTIES TO THE TREATY ESTABLISHING THE
EUROPEAN ECONOMIC COMMUNITY,

HAVE DESIGNATED as their Plenipotentiaries:

HIS MAJESTY THE KING OF THE BELGIANS:

Baron J. CH. SNOY et d'OPPEERS, Secretary-General of the Ministry of Economic Affairs,
Head of the Belgian delegation to the Intergovernmental Conference;

THE PRESIDENT OF THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY:

Professor Dr. Carl Friedrich OPHÜLS, Ambassador of the Federal Republic of Germany,
Head of the German delegation to the Intergovernmental Conference;

THE PRESIDENT OF THE FRENCH REPUBLIC:

Mr. Robert MARJOLIN, Professor of Faculties of Law,
Deputy Head of the French delegation to the Intergovernmental Conference;

....

Am 17. April 1957 wurde Carl Friedrich Ophüls (NSDAP-Parteimitglied Nr. 2399061, Mitgliedschaft vom 1. Mai 1933 bis 1945; d. h. während der gesamten Nazi-Herrschaft) wichtigster Gründungsvater von Europas höchstem Gerichtshof.

Weitere Informationen: **GB1PR598**

Die IG Farben, und die kriminelle Geschichte des deutschen Chemiekartells

Welches waren die Interessen hinter Hallstein, Ophüls und deren Komplizen in „grauen Anzügen“? Das IG-Farben-Kartell wurde 1925 von BAYER, BASF, HOECHST und einigen kleineren deutschen Chemieunternehmen gegründet. Es war das weltweit größte Unternehmen mit den aufkommenden Produktbereichen der Farben (daher auch die Namensgebung), Chemie, Pharmazeutika, Kunststoffen und anderen patentierten synthetischen Produkten.

Mit Zehntausenden von Patenten war die IG Farben zu jener Zeit der weltweit größte Patentinhaber. Der letzte Schritt zur Weltkontrolle war eine Verlängerung ihrer Patente mit dem Ziel der weltweiten Monopolisierung der riesigen entstehenden Märkte für patentierte, synthetische Produkte. Bereits 1904 hatte Carl Duisberg, damals Vorsitzender von BAYER, ähnliche Pläne. Er forderte schon damals die Gründung eines Kartells, mit dem ausgesprochenen Ziel, durch die deutsche chemische Industrie die Welt zu regieren.

Zu diesem Zweck versorgten BAYER, BASF und andere deutsche Chemieunternehmen bereitwillig das Heer des Deutschen Kaiserreichs im Ersten Weltkrieg mit Sprengstoff und Giftgas. Im Jahr 1918 war das deutsche Chemie-Kartell mit seinem ersten Welteroberungsversuch aufgrund der heroischen Anstrengungen der Weltgemeinschaft gescheitert. Das Kartell gab jedoch so schnell nicht auf.

BAYER, BASF und HOECHST – seit 1925 gemeinsam als IG-Farben-Kartell agierend – finanzierten den Aufstieg der NSDAP, versorgten sie mit Technik und unterstützten sie logistisch beim nächsten Welteroberungsversuch, dem Zweiten Weltkrieg. Um 1942 kontrollierten die IG Farben über die Hälfte aller chemischen Industrien Europas. 1945 scheiterte der zweite Versuch der Welteroberung jedoch ebenfalls. 1948 wurden mehrere IG-Farben-Vorstände vor dem Nürnberger Kriegsverbrecher-Tribunal unter anderem wegen Völkermord, Sklaverei, Plünderung und Verbrechen gegen die Menschlichkeit verurteilt.

Die treibende wirtschaftliche Kraft hinter zwei Weltkriegen

BAYER

BASF

HOECHST

1914/18

ERSTER WELTKRIEG

Erster Welteroberungsversuch des Öl- und Pharma-Kartells.
Bis spätestens 1914 besaßen diese drei Firmen über mehr als ein-
tausend Patente – zu dieser Zeit die mit Abstand größte Anzahl von
Patenten, die durch eine Unternehmensgruppe kontrolliert wurde.

1925

BILDUNG DES IG-FARBEN-KARTELLS

Das weltgrößte Chemie-/Pharma-Kartell finanziert den Auf-
stieg der Nazis und hilft diesen bei den Kriegsvorbereitungen.

1939/45

ZWEITER WELTKRIEG

Zweiter Welteroberungsversuch des Öl- und
Pharma-Kartells schlägt fehl.

1947/48

Nürnberger Kriegsverbrecher-Tribunal

Führungskräfte der IG Farben werden wegen
Völkermord, Sklaverei, Plünderung und Verbrechen
gegen die Menschlichkeit verurteilt.

Weitere Informationen: **GB1DF377**

Das IG-Farben-Kartell schuf das weltgrößte Vernichtungslager

Als Gegenleistung für die Finanzierung des Aufstiegs der Nazis und das militärische Ausrüsten für den Zweiten Weltkrieg war das IG-Farben-Kartell wirtschaftlich der Hauptbegünstigte der Eroberung Europas. Ein Beispiel für die enge Zusammenarbeit zwischen der IG Farben und den Nazis war das Konzentrationslager Auschwitz. Finanziert durch einen Kredit der Deutschen Bank und der Dresdner Bank in Höhe von einer Milliarde Reichsmark, baute die IG Farben den zu dieser Zeit größten Industriekomplex der Welt im polnischen Auschwitz.

Die Hauptproduktionsgüter der IG Auschwitz waren zu dieser Zeit synthetischer Kautschuk und Benzin. Zusammen mit anderen dort produzierten Chemikalien sollten diese Produkte den Nazis/IG Farben bei der Eroberung von Russland und Asien dienen. Für den Bau dieses gigantischen Industriestandorts wurde das benachbarte Konzentrationslager Auschwitz erweitert und somit später zum weltgrößten Arbeits- und Vernichtungslager.

Diese und viele andere Verbrechen, die vom IG-Farben-Kartell in Auschwitz und anderswo begangen wurden, sind in den Aufzeichnungen des Nürnberger Kriegsverbrecher-Tribunals gegen die Führungskräfte des Kartells zu finden. Die schockierendsten Dokumente belegen hierbei die an den Gefangenen verübten tödlichen medizinischen Experimente – die meisten davon mit patentierten Medikamenten von BAYER, HOECHST und anderen IG-Farben-Unternehmen. Das Nürnberger Tribunal offenbarte unter anderem auch, dass einige der Ärzte, die diese tödlichen Experimente ausübten, darunter auch Dr. Vetter, zu jener Zeit bezahlte Angestellte von BAYER waren.

Weitere Informationen über die Rolle des Öl- und Pharma-Kartells im Zusammenhang mit dem Zweiten Weltkrieg, Auschwitz und anderen Kriegsverbrechen finden Sie unter
www.profit-over-life.org

Zu finden sind dort mehr als 50.000 authentische Dokumente des Nürnberger Kriegsverbrecher-Tribunals gegen das IG-Farben-Kartell.

BAYER, BASF, HOECHST (IG-Farben-Kartell): Die Architekten von Auschwitz



Die **IG Auschwitz** erstreckte sich über 24 km². Sie war eine 100-prozentige Tochtergesellschaft der IG Farben (BAYER, BASF, HOECHST).



Die IG Auschwitz wurde von zehntausenden Zwangsarbeitern des Konzentrationslagers Auschwitz erbaut.



Dr. med. Helmuth Vetter,
Angestellter von BAYER
und SS-Arzt
in Auschwitz.



BAYER und HOECHST testeten ihre patentierten Medikamente an tausenden Insassen. Die meisten von ihnen wurden dabei getötet.

Angestellte von BAYER führten im Konzentrationslager Auschwitz Untersuchungen mit patentierten Pharma-Mitteln durch.



Zwischen 1 und 3 Millionen Menschen wurden in Auschwitz mit Zyklon B ermordet – einem von der BASF-/IG-Farben-Tochter Degesch hergestellten Gas.



1948 wurden die Direktoren des IG-Farben-Kartells in Nürnberg verurteilt. Aufsichtsratsvorsitzender C. Krauch und andere wurden wegen Völkermord, Sklaverei und Verbrechen gegen die Menschlichkeit verurteilt.

Weitere Informationen: **GB1AU388**

Mit der Schaffung der Brüsseler EU gibt das Kartell seine eigene kriminelle Vergangenheit preis

Im letzten halben Jahrhundert hat das Öl- und Pharma-Kartell alles versucht, um die Wahrheit über seine skrupellosen Verbrechen als Initiator zweier Weltkriege zu vertuschen.

Seit nunmehr sechs Jahrzehnten haben die Drahtzieher des Kartells:

- hunderte Milliarden Dollar in die Vertuschung ihrer Vergangenheit investiert,
- Medienkonzerne zur Manipulation der öffentlichen Meinung aufgebaut,
- Geschichtsbücher umgeschrieben und Nachrichten in der ganzen Welt zensiert,
- in Dutzenden von Ländern ganze Generationen von Politikern finanziert und „herangezogen“ – vom linken bis zum rechten Spektrum,
- sogenannte „Torwächter“ in wichtigen Wissenschaftsfächern wie Medizin, Geschichte, Politik- und Sozialwissenschaften sowie auch in anderen wichtigen Bereichen der Gesellschaft wie Kirchen, Gewerkschaften usw. platziert,
- diejenigen gnadenlos gejagt, die das Schweigen zu brechen wagten.

All dies geschah nur aus einem einzigen Grund: Das Vertuschen der kriminellen Vergangenheit des Kartells, und zwar so lange, bis es seinen dritten Versuch der Eroberung Europas erfolgreich vollführt hat. Als Grundstein für diesen Erfolg dient hierbei die Brüsseler EU. Die Vertuschung des größten Verbrechens der Geschichte – die Rolle des Kartells im Zweiten Weltkrieg – kostete das Kartell hunderte Milliarden Dollar im letzten halben Jahrhundert.

Diese unglaubliche Geldsumme, die zur Vertuschung der kriminellen Vergangenheit des Kartells von dessen Interessenvertretern zur Verfügung gestellt wurde, lässt sich nur durch einen Fakt erklären: Dem Kartell ist sehr wohl bewusst, dass die Offenlegung seiner Vergangenheit alle Pläne für den nächsten Eroberungsversuch Europas zerstören würde.

Die Unterzeichnung des „Lissaboner Ermächtigungsgesetzes“ macht, zusammen mit der erzwungenen Herrschaft der Brüsseler EU über das europäische Volk, die Veröffentlichung der in diesem Buch enthaltenen brisanten historischen Dokumente und Fakten zu einem notwendigen Ereignis zur rechten Zeit. Die Verbreitung dieser Informationen in Europa und auf der ganzen Welt wird die Rolle des Kartells bei der Gründung der Brüsseler EU aufdecken und verhindern, dass es eine weitere Chance erhält, die Welt zu erobern.

Der Zweite Weltkrieg: Ein Eroberungskrieg im Auftrag des Öl- und Pharma-Kartells



Dies ist die Titelseite des offiziellen Berichts des US-Kongresses von 1945, der auf Grundlage der Gerichtsverhandlungen über die Ursachen des Zweiten Weltkriegs entstand. Auf über 100 Seiten wird hier eindeutig bewiesen, dass der Zweite Weltkrieg ein „Eroberungskrieg“ im Auftrag des Öl- und Pharma-Kartells war. Das Ziel des Zweiten Weltkriegs war hierbei das gleiche wie im Ersten Weltkrieg: Die Macht über die entstehenden Multi-Billionen-Dollar Weltmärkte für Chemikalien, Petrochemikalien und Pharmazeutika zu erlangen.

Diese offiziellen Regierungsaufzeichnungen wurden mehr als sechs Jahrzehnte lang geheim gehalten. Obwohl es sich hier um die wichtigsten Dokumente zum größten Verbrechen in der Menschheitsgeschichte handelt, wurden diese nicht einmal auf der Website der US-Regierung veröffentlicht. **Jetzt endlich können Sie diese Dokumente selber auf www.relay-of-life.org anschauen.**

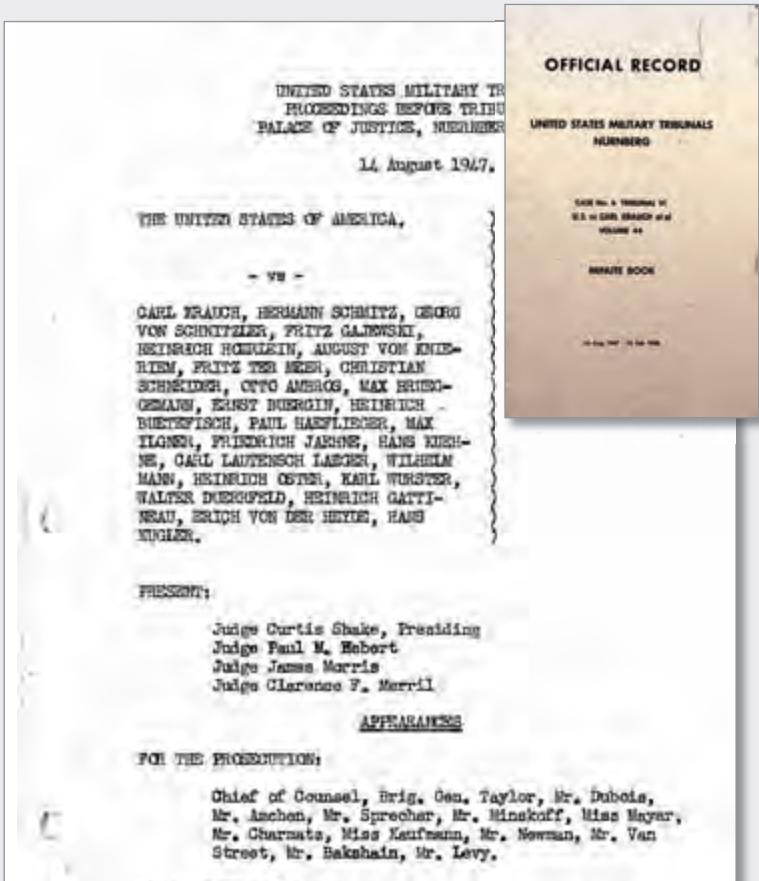
Veröffentlichung nach sieben Jahrzehnten des Stillschweigens: Die Auflistung der Kriegsverbrechen des Kartells

Insgesamt konnten wir mehr als 50.000 Seiten aus den offiziellen Berichten des Nürnberger Tribunals im Verfahren gegen die IG Farben beschaffen. Zum ersten Mal nach sieben Jahrzehnten sind die originalen Aufzeichnungen (inklusive der erschreckenden Exponate) zum 1947/48 stattfindenden Prozess gegen die damaligen Direktoren von BAYER, BASF, HOECHST und anderen IG-Farben-Unternehmen nun einzusehen und der breiten Bevölkerung Online zur Verfügung gestellt worden.

Beim Studieren dieser historischen Dokumente wird Ihnen auffallen, dass Sie im Hinblick auf den wahren Grund des Zweiten Weltkriegs, des größten Verbrechens in der Geschichte unseres Planeten, getäuscht worden sind. Sie werden zum Beispiel erfahren, dass:

- der Zweite Weltkrieg ohne die finanzielle und logistische Unterstützung von BAYER, BASF, HOECHST und anderen IG-Farben-Unternehmen, dem zu jener Zeit größten Chemie-/Pharma-Kartell der Welt, nicht hätte stattfinden können;
- der Zweite Weltkrieg nicht primär nationale oder rassistische Hintergründe hatte, sondern im Auftrag des IG-Farben-Kartells mit dem Ziel geführt wurde, die entstehenden Milliarden-Dollar-Märkte in den Bereichen Chemie, Petrochemie und Pharmazie in Europa und der Welt zu erobern und zu kontrollieren;
- der Zweite Weltkrieg nicht das Resultat eines perversierten Psychopathen namens Adolf Hitler war. Hitler und die Nazis stellten dagegen lediglich politische und militärische Marionetten des Kartells dar. Nach der Staatsanwaltschaft der Nürnberger Kriegsverbrechertribunale war der Zweite Weltkrieg das Produkt eines koordinierten technologischen, logistischen, finanziellen, politischen und militärischen Aufwands – die Staatsanwaltschaft nannte es zu dieser Zeit „die Ehe“ zwischen der IG Farben und den Nazis;
- das Konzentrationslager Auschwitz nicht das Produkt einiger geistesgestörter SS-Anhänger war, sondern ein Sklaven-Arbeitslager für einen gigantischen IG-Farben-Industriekomplex (die IG Auschwitz), der synthetischen Treibstoff und Kautschuk für die Eroberung Osteuropas, Russlands und Asiens herstellen sollte.

Das Nürnberger Kriegsverbrechertribunal gegen das Öl- und Pharma-Kartell



Titelseite des Protokolls von Fall Nr. VI des Nürnberger Kriegsverbrechertribunals „Die Vereinigten Staaten gegen Carl Krauch und andere IG-Farben-Direktoren“, das im Zeitraum vom 27. August 1947 bis zum 30. Juli 1948 stattfand.

Die Enthüllung eines halben Jahrhunderts des Betrugs

Wäre die entscheidende Rolle des Kartells im Zusammenhang mit dem Ersten und Zweiten Weltkrieg schon in der Vergangenheit enthüllt worden, hätte dessen weitere Chance auf eine Eroberung Europas und der Welt von vorn herein vermieden werden können.

Die Vertuschung der kriminellen Vergangenheit des Kartells war somit die Voraussetzung für den Aufbau der Brüsseler EU.

Auf den vorherigen Seiten dieses Buches enthüllten wir die betrügerische Strategie des Kartells. Die Folgeseite fasst nun noch einmal alle essentiellen Fakten zusammen: Während die politischen und militärischen Drahtzieher des Kartells in Nürnberg verurteilt wurden, erhielten ihre Mitspieler aus dem juristischen und wirtschaftlichen Bereich den Auftrag, einen dritten Versuch des Kartells, Europa und die Welt zu erobern, zu planen und durchzuführen.

ÖL- UND PHARMA-KARTELL

IG Farben / BAYER / BASF / HOECHST

INTERESSENVERTRETER

In Uniform



Als „Hauptkriegsverbrecher“ im Nürnberger Kriegsverbrecher-Tribunal zu langen Haftstrafen und zum Tode verurteilt.



Oben: Hermann Göring,
Unten: Joachim von Ribbentrop

In grauen Anzügen

Vom Kartell beauftrag, als „Brüsseler EU“ den nächsten Welteroberungsversuch vorzubereiten.



Walter Hallstein



Carl F. Ophüls

Die Brüsseler EU baut den „uniformierten Arm“ des Kartells wieder auf – welcher nach dem erfolglosen letzten Welteroberungsversuch von diesem zunächst geopfert wurde.

Aufbau einer „europäischen Armee“ – mit Nuklearwaffen – unter der Kontrolle des Brüsseler-EU-Politbüros des Kartells.

Der dritte Versuch des Öl- und Pharma-Kartells, die Welt zu erobern und zu kontrollieren

Während Sie dieses Buch lesen, denken Sie sich sicherlich, dass die enthaltenen aufschreckenden Informationen nicht der Wahrheit entsprechen können, da Sie ja sonst sicherlich früher schon etwas davon erfahren hätten. Jedoch gibt es einen simplen Grund, warum Sie über diese Fakten nicht informiert worden sind.

Als die beiden vorherigen Versuche des Kartells, die Weltherrschaft an sich zu reißen, fehlschlagen, wurde den Interessenvertretern des Kartells eines deutlich: Ein dritter Versuch konnte nur erfolgreich sein, wenn sämtliche Informationen über deren Beteiligung an beiden Weltkriegen aus den Köpfen der Menschen gelöscht würden. Wie erklären Sie sich ansonsten, dass Dokumente vom Nürnberger Kriegsverbrechertribunal gegen die IG Farben, welche über 60.000 Seiten umfassen, mehr als sechs Jahrzehnte in internationalen Archiven unter Verschluss gehalten wurden? Warum mussten erst die Autoren dieses Buchs auf diese Dokumente hinweisen und sie online auf www.profit-over-life.org publizieren?

Während die militärischen und politischen Drahtzieher des Kartells für ihre Verbrechen im Zweiten Weltkrieg zur Verantwortung gezogen wurden, führten deren Wirtschaftsbosse unermüdlich ihre Bemühungen fort, um ihr Ziel zu erreichen. Im Hinblick auf dieses Vorhaben investierten sie einfach gezielt in eine neue Generation von politischen Interessengruppen in den wichtigsten Ländern.

Helmut Kohl, ehemaliger Angestellter von BASF, wurde gefördert, um deutscher Bundeskanzler zu werden, ein Posten, den er 16 Jahre lang besetzt hielt. Während jener Amtszeit investierte er mehrere Milliarden Dollar Steuergelder zur Finanzierung des Aufbaus der Brüsseler EU. Angela Merkel, sein politisches Ziehkind, vertritt heute seinen ehemaligen Posten. Gleichzeitig förderten die „Erben der Architekten von Auschwitz“ Nicolas Sarkozy in Frankreich, damit dieser an die Macht kam. 2005, nach der Ablehnung der Brüsseler EU durch das französische und niederländische Volk, zwangen diese beiden politischen Vollstrecker des Kartells alle anderen Staatschefs Europas zur Unterzeichnung des Lissaboner „Ermächtigungsgesetzes“.

Die Erben der Architekten von Auschwitz wurden die wichtigsten Förderer der Brüsseler EU

Nürnberger Kriegsverbrecher-Tribunal

Nachdem das IG-Farben-Kartell als treibende industrielle Kraft hinter dem Zweiten Weltkrieg enttarnt wurde, ordnete das Nürnberger Kriegsverbrecher-Tribunal die Zerschlagung in seine Unternehmensbestandteile an.

BAYER

Fritz ter Meer

IG-Farben-Vorstand, in Nürnberg wegen Sklaverei, Plünderung und anderen Verbrechen verurteilt.
Nach dem 2. WK: Vorstandsvorsitzender von BAYER von 1956-1967.

BASF

Carl Wurster

Aufsichtsratsmitglied der IG-Farben-Tochterfirma, die das Gas für Auschwitz herstellte.
Nach dem 2. WK: Geschäftsführer, später stellvertretender Vorsitzender von BASF.

HOECHST

AVENTIS

SANOFI

2005: Mit Hilfe des damaligen französischen Innenminister Nicolas Sarkozy „schluckte“ der Pharma-Zwerg Sanofi den Pharma-Riesen „Aventis“.

Helmut Kohl

- Ehemaliger BASF-Angestellter, Protegé von Wurster
- 1982-1998 Kanzler der Bundesrepublik Deutschland



Angela Merkel 1992 und 2009. Ihr Mentor, Helmut Kohl, stellte die junge Merkel als „mein Mädchen“ vor.



Angela Merkel

- Politische Vollstreckerin des deutschen Kartells
- Kanzlerin der Bundesrepublik Deutschland seit 2005

Nicolas Sarkozy

- Politischer Vollstrecker des französischen Kartells
- Französischer Präsident seit 2007

Sarkozy und Merkel wurden die politischen Vollstrecker des Lissabonner „Ermächtigungsgesetzes“ und des nächsten Versuchs des Öl- und Pharma-Kartells, Europa – und danach den Rest der Welt – zu erobern und zu kontrollieren.

Die Welt an der Schwelle einer globalen Diktatur und eines dritten Weltkriegs

Die Geschichte hat uns bereits gezeigt, dass es zweier Voraussetzungen für einen Welteroberungsversuch durch das Kartell bedurfte:

1. Die Errichtung einer Diktatur in einem Territorium, von dem aus der Welteroberungsversuch gestartet werden soll. Der Lissaboner Vertrag schafft in diesem Fall die rechtliche Grundlage dafür.
2. Die systematische Planung von militärischen Operationen, z. B. einen dritten Weltkrieg. Die Bildung einer europäischen Armee, kombiniert mit offenen Drohungen von führenden politischen Drahtziehern des Kartells, die im Zweifelsfall auch nukleare Waffen einsetzen würden, ist ein eindeutiger Schritt in diese Richtung.

Dementsprechend besteht eine historische Parallele zwischen der Machtergreifung des Öl- und Pharma-Kartells in Brüssel und jener vor einem dreiviertel Jahrhundert in Deutschland. Eine eindeutige Parallele besteht zwischen den Jahren 1933 und 2009 – dem Jahr, in dem das Öl- und Pharma-Kartell das „Ermächtigungsgesetz“ durchsetzte. Das Jahr 1934 spiegelt sich hierbei im Jahr 2010 wider, dem Jahr, in dem die Diktatur ihr wahres Gesicht zeigt, indem sie bestimmte Schlüsselbereiche der Gesellschaft gezielt unterwirft und unter ihre Kontrolle bringt. Der von Sarkozy unterstützte Plan, eine zentral gesteuerte europäische Wirtschaft zu erschaffen, ist lediglich der erste Schritt in diese Richtung.

Angesichts dieser Tatsachen sind die Bürger Europas und der Welt zum Handeln verpflichtet. Der Erfolg ihrer Bemühungen wird von folgenden Voraussetzungen abhängig sein:

1. Die richtige politische Analyse (dabei soll insbesondere dieses Buch weiterhelfen).
2. Die wirkungsvolle Verbreitung dieser Informationen unter den Menschen dieser Welt.
3. Die Errichtung einer Bewegung der Menschen, welche sich für den Schutz von Demokratie und Freiheit in Europa und dem Rest der Welt engagieren.

Parallelen zwischen 1933 und heute

Ermächti- gungsgesetze des Kartells	1933 Deutschland	2007/09 Europa -Lissaboner Vertrag-
Begünstigte und Finanziers	Chemie-, Öl- und Pharma-Kartell	die Gleichen
Endziel	Ökonomische und politische Kontrolle	das Gleiche
Territoriale Marktansprüche	Europa, danach Rest der Welt	die Gleichen
Führende Länder	Deutschland	Deutschland, Frankreich
Irreführende Taktiken, um Macht zu ergreifen	Falsche Versprechen über „Gesetz, Ordnung und Frieden“	die Gleichen
Ermächtigungsgesetz	Deutsches Ermächtigungs- gesetz von April 1933	Lissaboner Vertrag
Auslösendes Ereignis	Wirtschaftskrise der späten 1920er Jahre	Die heutige Welt- wirtschaftskrise
Vorbereitungen zur Ein- führung einer Diktatur	Abschaffung der Bürger- rechte, Militarisierung	die Gleichen
Vom Kartell gesteuerte Medien	Kontrolle der öffent- lichen Meinung	die Gleichen

Politiker, die den europäischen Kontinent

Am 13. Dezember 2007 unterzeichneten diese europäischen Politiker das Lissaboner „Ermächtigungsgesetz“. Mit diesem Schritt gaben sie den gesamten europäischen Kontinent in die Hände des Kartells. Wie bereits 1933 durch das deutsche Parlament geschehen, haben diese Politiker im Auftrag von Unternehmensinteressen nun den Weg zu einer diktatorischen Weltherrschaft geebnet. Und ebenso wie im Jahr 1933 verliehen sie dieser Übernahme einen pseudo-demokratischen Mantel.

Politische Schlüsselfiguren des Kartells



**Sarkozy
Frankreich**



**Merkel
Deutschland**



**Verhofstadt
Belgien**



**Stanishev
Bulgarien**



**Rasmussen
Dänemark**



**Andrus
Estland**



**Vanhannen
Finnland**



**Karamanlis
Griechenland**



**Brown
Großbritannien**



**Ahern
Irland**



**Prodi
Italien**



**Zatlers
Lettland**

an das Kartell ausgeliefert haben



Adamkus
Litauen



Junkers
Luxemburg



Gonzi
Malta



Balkenende
Niederlande



Gusenbauer
Österreich



Tusk
Polen



Socrates
Portugal



Basescu
Rumänien



Reinfeldt
Schweden



Fico
Slowakei



Rumsfeld
Slowenien



Zapatero
Spanien



Topolánek
Tschechien



Ferenc
Ungarn



Papadopoulos
Zypern

Fotoquelle: Wikipedia

Geschichte darf sich nicht wiederholen

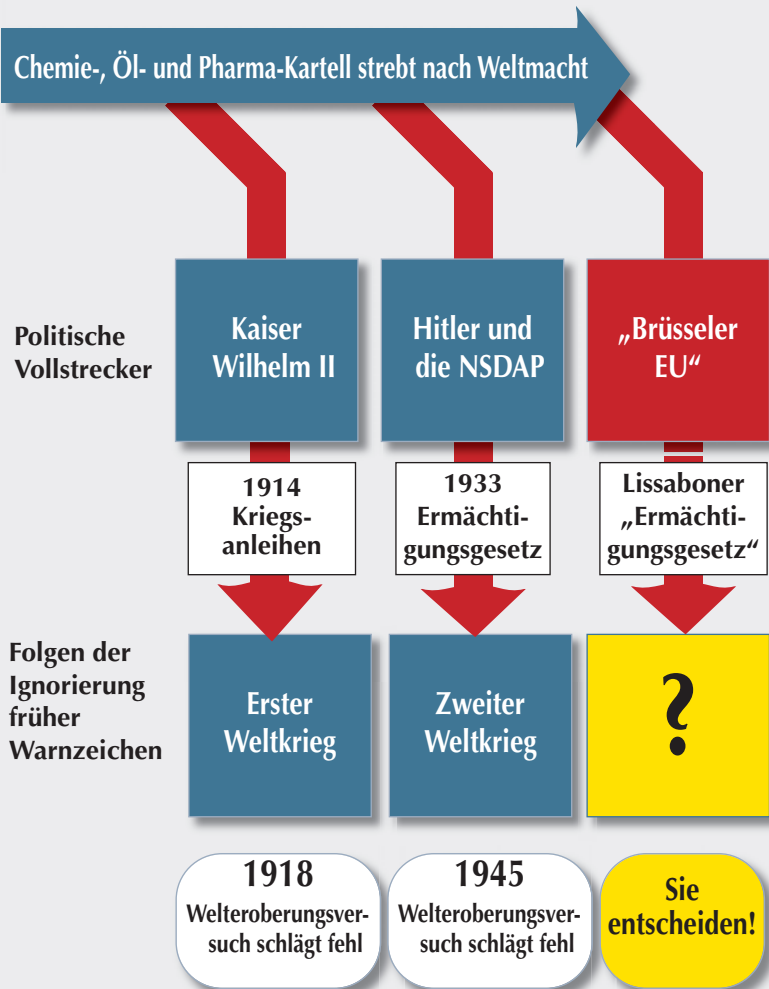
Seitdem offensichtlich ist, dass die politischen Repräsentanten eines gesamten Kontinents nicht fähig waren, den Bürgern ihr Recht auf Demokratie zu gewähren, liegt es nun in der Hand der Menschen dieser Welt, unsere Verantwortungen zu erkennen und zu handeln. Um dies zu ermöglichen, müssen wir aus der Geschichte lernen. Die Folgeseite fasst diese im letzten Jahrhundert gewonnene Erfahrung der Menschheit in grafischer Form zusammen.

Schon zweimal zuvor riss das Öl- und Pharma-Kartell Europa und den Rest der Welt in einen tiefen Abgrund. Mehr als einhundert Millionen Menschen zahlten mit ihrem Leben bei dem Versuch dieser Unternehmensinteressen, die Weltherrschaft zu erlangen. Das zwanzigste Jahrhundert wird als das „Jahrhundert des Todes und der Zerstörung durch das Öl- und Pharma-Kartell“ in die Geschichtsbücher eingehen. Und nun, am Anfang des 21. Jahrhunderts, stehen wir erneut vor der gleichen Situation, nämlich dass die gleichen Interessengruppen versuchen, zum dritten Mal die Weltherrschaft an sich zu reißen.

Dieser dritte Versuch zur jetzigen Zeit ist jedoch besonders tückisch, da das Kartell seine offensichtlichen Motive der globalen Macht hinter einer irreführenden Friedenspropaganda versteckt. Die politischen Drahtzieher des Kartells suggerieren den Europäern, die Brüsseler EU werde benötigt, um Europa bewahren.

Wir müssen **jetzt** eine Entscheidung treffen: Entweder wir schließen weiterhin unsere Augen und ignorieren diese historischen Tatsachen, oder wir erkennen unsere eigene Verantwortung zum Handeln und verhindern, dass sich die Vergangenheit wiederholt. Jetzt zu handeln ist zweifelsohne der einzig richtige Weg. Der erste Schritt, die jahrhundertelange Täuschung der Menschheit zu beenden, durch welche die wahren Schuldigen der größten Verbrechen der Menschheitsgeschichte im Verborgenen bleiben konnten, ist es, diese Informationen mit anderen zu teilen.

Ein Jahrhundert des Todes und der Zerstörung: Das Kartell und sein Streben nach Weltmacht



„Wer die Vergangenheit nicht kennt, ist verdammt, sie zu wiederholen.“

George Santayana

In diesem ersten Kapitel des Buchs konfrontierten wir Sie mit historischen Fakten und Informationen, von denen Sie unter Umständen vorher nie etwas gehört hatten.

Uns ist bewusst, dass einige dieser schockierenden Fakten zunächst schwer zu akzeptieren sind, und möchten Sie daher ermutigen, selber weitere Nachforschungen zum Thema zu betreiben.

Da alle hier angegebenen Fakten historischen Dokumenten entstammen, sind wir davon überzeugt, dass diese sich bei Ihren Nachforschungen bestätigen werden.

Wenn Sie erst einmal realisiert haben, dass Sie, Ihre Familie, Freunde und ganze Generationen jahrelang in Unkenntnis gelassen wurden, werden Sie sich eine entscheidende Frage stellen:

„Wie lange sollen wir den Kartellinteressen noch die Möglichkeit geben, die Zukunft unseres Kontinents zu bestimmen?“

Die folgenden Seiten werden Ihnen einige Ideen vermitteln, was Sie selbst unternehmen können. Im letzten Kapitel folgt dazu noch eine weitere detaillierte Beschreibung.

DAMALS



**Vernichtung
von Millio-
nen Leben ...**



**für Millar-
den-Profit**



HEUTE

BAYER

BASF

HOECHST
Heute SANOFI

Internationales Öl- und Pharma-Kartell

**Glauben Sie, dass im 21. Jahrhundert diese Konzerne aufhören
werden, Millionen von Menschenleben zu riskieren,
um milliardenschwere Gewinne zu machen?**

Weitere Informationen: GB1TA748

Die historische Herausforderung unserer Zeit

Um die derzeitige geopolitische Situation richtig beurteilen zu können, müssen wir einen wichtigen Unterschied aufzeigen zwischen den vorherigen beiden Versuchen des Kartells, die Weltherrschaft zu erlangen, und dem aktuellen Versuch. Der Erste und Zweite Weltkrieg waren Versuche des Öl- und Pharma-Kartells eines einzelnen Landes (Deutschland), eine mögliche Konkurrenz durch andere Nationen und multinationale Unternehmen im neu entstandenen Markt für Chemikalien, Petrochemie und Pharmazeutika von vorn herein auszuschließen.

Im Gegensatz dazu hat der gegenwärtige Versuch der Welteroberung über die Brüsseler EU, der so leidenschaftlich verfolgt wird, einen anderen Hintergrund. In den letzten Jahrzehnten hat die Menschheit neue Technologien entwickelt, die das Monopol der patentierten synthetischen Produkte deutlich bedrohen. Die derzeit dadurch bedrohten Produkte stellen schließlich das Rückgrat des Kartells dar:

- **Öl.** Das Ölmonopol – als Hauptenergieträger der Welt – wird vor allem von den sogenannten erneuerbaren Energien bedroht, wie etwa Wasserkraft (Wasserstoff), Wind-, Solar-, Gezeiten- und geothermischer Energie und anderen Formen. So unterschiedlich all diese Technologien auch sein mögen, eins haben sie alle gemeinsam: Sie befreien den Menschen von der Abhängigkeit von Öl.
- **Patentierte Pharmamittel.** Das Monopol auf patentierte Pharmaprodukte als Hauptlösung für die Gesundheitsprobleme dieser Welt wird bedroht durch wissenschaftsbasierte, wirksame, sichere und bezahlbare natürliche Gesundheitsansätze.
- **Patentierte Nahrungsmittel (Gentechnik).** Der Versuch, die Nahrungsversorgung der ganzen Welt auf patentierte genmodifizierte Nahrung in Form von Früchten, Gemüse oder gar Tieren umzustellen, wird bedroht durch die wachsende Nachfrage der Menschen nach gesunder, dünger- und pestizidfreier, biologisch angebauter Nahrung.

Ein Zusammenbruch von nur einem dieser Weltmärkte würde einen Verlust in Höhe von mehreren hundert Billionen Dollar zur Folge haben. Hinzu kommt, dass die Interessengruppen hinter dem Kartell



erkannt haben, dass die Menschheit entschlossen ist, für diese neuen, „befreienden“ Technologien zu kämpfen. Das weitere Bestehen der globalen patentbasierten Märkte in einem demokratischen System ist dadurch gefährdet. In dieser Situation bleibt dem Kartell nur ein Ausweg, seine wirtschaftlichen Privilegien zu sichern: Das Anheizen von internationalen Krisen und die Anstiftung zu militärischen Konflikten mit dem Ziel, seine diktatorische Macht auf der Welt zu etablieren.

Die Menschen dieser Welt müssen erkennen, dass es sich beim gegenwärtigen Versuch des Kartells, die Weltherrschaft zu erlangen, nicht um den Kampf eines einzelnen Landes gegen den Rest der Welt handelt, wie im Ersten und Zweiten Weltkrieg.

Die heutige Frontlinie wird zwischen den finanziellen Interessen einer Handvoll Aktionäre und dem Gesundheitsinteresse und dem Leben von Milliarden von Menschen und deren zahllosen unborenen Nachfahren gezogen.

Dies ist die Herausforderung unserer heutigen Zeit. Doch in dieser historischen Herausforderung besteht auch eine riesige Chance.

Eine Welt für die Menschen und durch die Menschen

Seitdem offensichtlich ist, dass die politischen Repräsentanten eines ganzen Kontinents darin versagen, das Recht auf Demokratie zu schützen, liegt es an uns, den Menschen dieser Welt, unsere eigene Verantwortung zu erkennen und aktiv zu werden. Nun ist eine globale Bewegung von Nöten, welche die Bewohner dieser Erde heute und in Zukunft davor schützt, weiterhin Opfer der Interessen des Öl- und Pharma-Kartells zu sein. Der Grundsatz dieser Bewegung soll es sein, die Gesundheit und Existenz von Milliarden von Menschen zu schützen. Es soll deshalb eine „Bewegung des Lebens“ werden.

Dieses Buch bietet Ihnen die historische Analyse für die Notwendigkeit und Dringlichkeit einer solchen Bewegung. Die Lehren der Geschichte, dokumentiert in diesem Buch, werden die jahrzehntelange Täuschung der Menschen, die die Grundlage für die Herrschaft des Öl- und Pharma-Kartells war, endlich beenden.

Dieses Buch zeigt uns, dass die verzweifelte Versuche des Kartells, seine Macht mit Hilfe der Brüsseler EU über die ganze Welt auszuweiten, kein Zufall sind, sondern nur dessen Angst vor einem politischen und wirtschaftlichen Kontrollverlust auf unserem Planeten widerspiegeln. Alternative Energieformen drohen die sogenannte „Tyrannei des Öls“ zu beenden. Gleichmaßen sind natürliche Heilverfahren im Begriff, die Abhängigkeit des Menschen von patentierten giftigen Pharmazeutika zu beenden.

Die Interessenvertreter des Status Quo haben erkannt, dass ihre wirtschaftlichen Interessen in einer Demokratie nicht mehr gewährleistet sind. Der einzige Weg, die Multi-Billionen-Dollar-Märkte größtenteils antiquierter Technologien nachhaltig zu sichern, ist die Schaffung totalitärer Regierungsformen. Wie in diesem Buch nachzulesen ist, sind also die aggressiven Versuche des Kartells, seine Macht über Europa und der Welt zu festigen, kein Anzeichen von Stärke, sondern reine Verzweiflung.

Die Geburt der „Bewegung des Lebens“



Warum die Bewegung des Lebens Erfolg haben wird

Das Verstehen dieser historischen Analyse – hinsichtlich der zunehmend verzweifelten Situation der Mächte, die diese Welt in der Vergangenheit beherrschten – ist die Voraussetzung, um eine neue Welt „für die Menschen und von den Menschen“ zu schaffen. Die „Bewegung des Lebens“, welche diese historische Mission einleiten soll, hat zwei Hauptziele:

1. Das Voranbringen neuer Technologien im Energie- und Gesundheitssektor sowie auch in anderen Schlüsselbereichen der Gesellschaft, um das Kartellmonopol an diesen Märkten endgültig zu brechen.
2. Die Demokratisierung dieser Technologien mit der Förderung politischer Demokratie auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene verbinden.

Wenn wir auf diese beiden Ziele hinarbeiten, wird die „Bewegung des Lebens“ dauerhaft das Recht auf Demokratie schützen, Frieden schaffen und dadurch unausweichlich die erneuten Welteroberungspläne des Kartells durchkreuzen.

Mehr über die Dringlichkeit der „Bewegung des Lebens“ erfahren Sie im abschließenden Kapitel dieses Buches.

Kapitel 2

WALTER HALLSTEIN:

**Prominenter Nazi-
Rechtsanwalt –
und wichtigster
Begründer
der Brüsseler EU**

Walter Hallstein (1901-1982)

Walter Hallstein war ein prominenter Anwalt, der in die rechtliche und administrative Planung eines Nachkriegs-Europas unter der Kontrolle der Nazis und ihrer unternehmerischen Verbündeten, des Öl- und Pharma-Kartells „IG Farben“, involviert war.

Hallstein repräsentierte eine neue Generation von Mitgliedern der Nazi- / Kartell-Koalition. Er wurde von Rechtsdozenten ausgebildet, deren hauptsächliches Ziel die Sabotage des „Versailler Vertrags“ (Vertrag über die Reparationszahlungen an Frankreich nach dem Ersten Weltkrieg) war. Am Anfang seiner Karriere erhielt Hallstein eine spezielle Ausbildung am Kaiser-Wilhelm-Institut in Berlin. Diese Privatuniversität wurde weitestgehend durch die IG Farben finanziert, mit dem Ziel, Juristen- und Wissenschafts-Kader für deren nächsten Europa- und Welt-Eroberungsversuch „heranzuziehen“.

Als die Macht der Nazis 1945 ein Ende fand, baute sich die Macht ihrer Komplizen, des IG-Farben-Kartells mit seinen Nachfolgern BAYER, BASF und HOECHST, gerade erst richtig auf. Als strategischen Schachzug für den dritten Europa-Eroberungsversuch platzierten sie, ein knappes Jahrzehnt nachdem ihr letzter Versuch fehlgeschlagen war, einen ihrer Vertreter im neuen Kartell-„Politbüro“ in Brüssel: Walter Hallstein.

Dieses Kapitel dokumentiert, dass das in jeder Hinsicht undemokratische Konstrukt der heutigen Brüsseler EU kein Zufallsprodukt ist. Hallstein, prominenter Nazi-Anwalt und Experte des IG-Farben-Konzerns, wurde von diesen unternehmerischen Interessengruppen ausgewählt, als Erster das Amt des Präsidenten der EU-Kommission einzunehmen. Sein spezieller Auftrag sollte hierbei die Formung der Brüsseler EU nach Originalplänen der Nazi-/IG-Farben-Koalition sein, um Europa über ein „Zentrales Kartellbüro“ zu regieren.

Das Ziel der Öl- und Pharma-Interessen war damals wie heute die Erschaffung eines „Europäischen Kartellbüros“ (d. h. die Brüsseler EU) mit einem Heer ungewählter Kartell-Bürokraten (EU-Kommission), die über die Menschen Europas zugunsten von Unternehmensinteressen des Chemie-, Öl- und Pharma-Kartells herrschen.

Meister der Täuschung



Keine Einzelperson hatte größeren Einfluss auf die heutige Gestalt der Brüsseler EU – und somit auf die Vision des Kartells von einem zukünftigen Europa – als Walter Hallstein. Die in diesem Buch dokumentierten Fakten über Walter Hallstein werden Jahrzehnte der Unwissenheit über diesen „Gründungsvater“ der Brüsseler EU beenden.

Durch das Verständnis der Vergangenheit Walter Hallsteins werden die Bürger Europas in der Lage sein, die wahren Interessen und Motive hinter der Brüsseler EU zu erkennen.

Der Hauptbegründer der heutigen Brüsseler EU

Am 25. März 1957 wurde Hallstein zu einem von zwölf „Gründungsvätern“ – den ursprünglichen Unterzeichnern – der „Römischen Verträge“ ernannt, dem Gründungsdokument der Brüsseler EU, welches er mitverfasst hatte.

Am 7. Januar 1958 wurde Hallstein von den politischen Drahtziehern des Öl- und Pharma-Kartells zum ersten Präsidenten der sogenannten „EU-Kommission“ ernannt, des höchsten Amtes der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und Vorläufers der Brüsseler EU.

1963 wurde Hallstein zu einer zweiten fünfjährigen Amtszeit als Präsident der EU-Kommission eingesetzt. Um ihre Macht über Europa zu zementieren, beschafften das Kartell und seine politischen Interessenvertreter dem „ersten König“ des modernen Europas ein angemessenes Schloss, das gigantische „Berlaymont-Gebäude“ im Zentrum von Brüssel (Bild unten).

Die politischen Führer der 27 europäischen Nationen, die den Lissaboner „Ermächtigungsvertrag“ unterzeichneten, versäumten es, die folgenden entscheidenden Fragen zu stellen:

- 1. Wer konzipierte ursprünglich die undemokratische Struktur der Brüsseler EU?**
- 2. Woher kam der Grundentwurf für das Konstrukt der Brüsseler EU?**



Ganze 10 Jahre lang, von 1958 bis 1967, befehligte Hallstein eine Armee von Tausenden Bürokraten jenseits jeglicher demokratischer Kontrolle. Mit Hilfe dieser gehorsamen Armee, zum größten Teil bezahlt durch das Kartell und deren politische Interessenvertreter, formte Hallstein die Brüsseler EU nach Plänen, die er und seine Komplizen bereits zwei Jahrzehnte vorher schon entworfen hatten – für ein Europa unter der Kontrolle einer Nazi- / IG-Farben-Koalition.

51 Jahre später, am 1. Dezember 2009, oktroyierte der so genannte „Lissaboner Vertrag“ dem europäischen Volk die Hauptelemente von Hallsteins ehemaligem Konstrukt der Brüsseler EU – und somit die Kernelemente des Nazi- / Kartell-Masterplans.

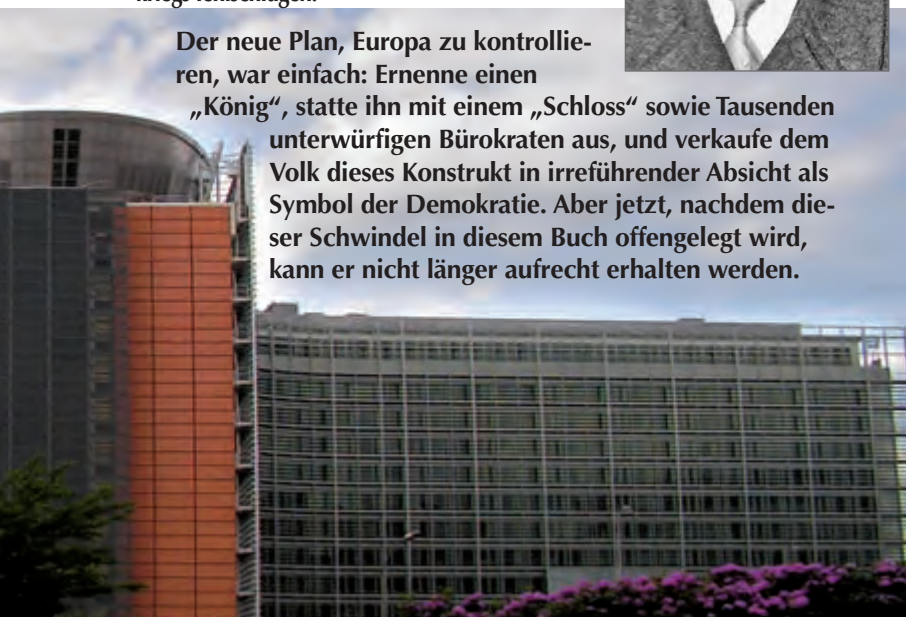
Zu Beginn des 21. Jahrhunderts geschah als direkte Konsequenz aus historischer Unwissenheit daher Folgendes:

- 27 Staatsoberhäupter unterzeichneten den Lissaboner Vertrag, und damit ein so genanntes „Ermächtigungsgesetz“
- Ähnlich wie schon 1933 opferten sie die Demokratie und öffneten Tür und Tor für eine Machtergreifung durch dieselben unternehmerischen Kartell-Interessen, deren Pläne zuvor während des Zweiten Weltkriegs fehlschlagen.



Der neue Plan, Europa zu kontrollieren, war einfach: Ernenne einen

„König“, stattete ihn mit einem „Schloss“ sowie Tausenden unterwürfigen Bürokraten aus, und verkaufte dem Volk dieses Konstrukt in irreführender Absicht als Symbol der Demokratie. Aber jetzt, nachdem dieser Schwindel in diesem Buch offengelegt wird, kann er nicht länger aufrecht erhalten werden.



Vor und während des Zweiten Weltkriegs war Hallstein Mitglied offizieller Nazi-Organisationen



Als fester Bestandteil des Aufbaus ihrer Diktatur und der Vorbereitung des Zweiten Weltkriegs sorgte die Nazi- / IG-Farben-Koalition vor allem für eine ideologische Gleichschaltung aller Schlüsselbereiche der Gesellschaft unter ihrer Macht. Einer der wichtigsten Sektoren war hierbei der Berufsstand der Juristen, welcher benötigt wurde, um dieser Diktatur einen legalen Deckmantel zu verleihen. 1933, direkt nach der Machtergreifung des Nazi-Regimes, wurde der BNSDJ (Bund Nationalsozialistischer Deutscher Juristen) gegründet. 1936 wurde diese Organisation in den berüchtigten „Nationalsozialistischen Rechtswahrerbund“ umgewandelt. „Rechtswahrer“ bedeutete in der Nazi-Sprache nichts anderes als die systematische Zerstörung des demokratischen Rechtssystems und das Ersetzen durch eine diktatorisch-nationalistische/faschistische Gesetzgebung.



Offizielles Emblem der „Rechtswahrer“-Organisation mit Hakenkreuz in der Mitte.

Hallstein war Mitglied sowohl des BNSDJ als auch der verrufenen **nationalsozialistischen „Rechtswahrer“-Organisation**. Die Mitgliedschaft in diesen Organisationen wurde nur denen gewährt, die kompromisslos die Nazi-Ideologie und die Pläne der Welteroberung durch die Nazi-/ IG-Farben-Koalition unterstützten.

Hallstein – „Wahrer“ der Nazi-Gesetze

Die Vereinigung der nationalsozialistischen „Rechtswahrer“ war eine der Säulen des Nazi-Terror-Regimes. Die jeweiligen Funktionen und Verantwortlichkeiten der Mitglieder des Rechtswahrerbundes wurden schriftlich in der offiziellen „Schriftenreihe des NS-Rechtswahrerbundes“, Band 5, 1938, festgesetzt. Hier ein Auszug:



Die Nationalsozialistische Allianz der Rechtswahrer

„Der Nationalsozialistische Rechtswahrerbund (NSRB) ist verantwortlich für die berufliche Organisation des deutschen (Nazi-) Rechtsapparats. Den Vorstand des Rechtswahrer-Bunds stellt Dr. Frank¹, Reichsleiter des Reichsrechtsamts (die Brutstätte der Nazi-Terrorgesetze) der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP), dar.

Durch seine führende Position ist der NSRB mit den Zentralbüros des Reichsrechtsamts der NSDAP verbunden. Auf diesem Weg ist gesichert, dass die politischen Ausrichtungen der beruflichen Aktivitäten mit dem Willen der NSDAP und somit der Führung des (Nazi-) Staats identisch sind. Somit bildet das Bündnis zwischen dem NSRB und der NSDAP eine solide Basis.“



¹ Frank, höchster Jurist im Dritten Reich, wurde am 1. Oktober 1946 im Nürnberger Prozess wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zum Tode verurteilt.

Hallsteins – unter Eid gemachte – Zusicherung seiner unbedingten Unterstützung der nationalsozialistischen Ideologie und deren Ziele förderte seine akademische Karriere maßgeblich. Am 18. Mai 1936, nur acht Monate nach seinem Nazi-Treueschwur, wurde Hallstein zum Dekan für Rechts- und Wirtschaftswissenschaften an der Universität in Rostock ernannt.

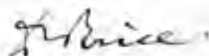
Der Rektor
der Universität Rostock
(Kampfscheit Nr. 7381 (Nationalarchiv 2001))

Rostock, den 18. Mai 1936,

Auf Grund der mir von dem Herrn Reichserziehungs-
minister erteilten Ermächtigung berufe ich Sie hier-
durch zum Dekan der rechts- und wirtschaftswissenschaft-
lichen Fakultät. Ich ersuche um Mitteilung, wen Sie zu
Ihren Vertreter bestellt haben.

Heil Hitler!

Der Rektor.



Herrn

Prof. Dr. Hallstein

H i e r

Nach der Niederlage der Nazis 1945 litt Hallstein plötzlich unter akutem Gedächtnisverlust

Nach dem Fehlschlag des Nazi-/IG-Farben-Welteroberungsversuchs war die erste Aufgabe der Menschheit, die verantwortlichen Kriegsverbrecher zu verurteilen, sowie sicherzustellen, dass sich derartige Verbrechen gegen die Menschheit niemals wiederholen. Unter anderem verhörten die Alliierten die Mitarbeiter öffentlicher deutscher Ämter – einschließlich der Hochschulmitarbeiter – über ihre Nazi-Vergangenheit. Unten sehen Sie die Originalkopie des Fragebogens zu Walter Hallsteins nationalsozialistischer Vergangenheit (Ausschnitt).

Personefragebogen für Hochschulbeamte

Für sonstige wichtige Zwecke des alliierten Oberkommandos sollen Sie den folgenden Fragebogen ausfüllen.
(Übertragen Sie Eintragungen nach Bedarf.)

A. Persönlichkeitsbeschreibung:

Name: <u>Hallstein</u>	Datum und Ort der Promotion: <u>August 1936 Berlin</u>
Anschrift: <u>Frankfurt a. M., Schulstraße 12</u>	Militärdienst: <u>Dezember 1939 Berlin</u>
Alter: <u>44 Jahre</u>	Familienstand: <u>ledig</u> Kinder: <u>keine</u>
Geburtsort: <u>Leine</u>	Beruf und politische Angliederung oder Tendenz:
Ausbildung: <u>Jurist</u>	des Vaters: <u>Anglerungsbeamter bei Reichsbahn</u>
Religion: <u>evangelisch</u>	<u>Leitende Volkspartei</u>
Univ.-Rang: <u>Frankfurt, Rang Schulrat</u>	Militärische Laufbahn: <u>Oberleutnant</u>
Fachgebiet: <u>Rechtswiss., Fach: Privatrecht</u>	Jährl. Einkommen 1930–1944: <u>15–18000 RM</u>

B. Laufbahn und Tätigkeiten seit 1930:

1. Waren Sie seit 1933 Mitglied

2. Einer politischen Organisation innerhalb der Universität: nein
(Falls ja, füllen Sie alle Einzelheiten hinzu.)

12. Haben Sie seit 1933 öffentliche oder außerakademische Reden oder Vorlesungen gehalten (z. B. Rundfunk, Wehrmacht, Nazis, Ordensungen)? nein

13. Haben Sie nach Ihrem besten Wissen je dazu beigetragen:

a) nationalsozialistische oder ähnliche „völkische“ Ideen (einschließlich Rassenkunde und Rassenhaß) zu verbreiten? nein

b) faschistische oder antidemokratische Ideen zu verbreiten? nein

c) Feindschaft oder Geringschätzung gegen die Vereinten Nationen zu erregen? nein

d) militärische, einschl. großdeutsche und deutsch-imperialistische Ideen zu verbreiten? nein

Dieses Dokument trug den Titel „Personalfragebogen für Hochschulbeamte“ und wurde persönlich von Hallstein ausgefüllt. In diesem offiziellen Fragebogen bestritt Hallstein unverhohlen, jemals in die Machenschaften und Ideologien des NS-Regimes involviert gewesen zu sein, es sei denn als reiner Mitläufer. Im Widerspruch zu seiner öffentlichen Akte – einschließlich seines Treueschwurs von 1936 – leugnete er, jemals NSDAP-Mitglied gewesen zu sein oder deren Ideologie befürwortet zu haben.

Hallsteins dreiste Lügen über seine NS-Vergangenheit stellen einen Meineid dar. Es scheint jedoch, dass er damit ein paar Jahrzehnte durchkam.

Im Jahr 1957 wurde der Nazi-„Frontsoldat des Rechts“ (so Hallsteins Selbstbezeichnung im Jahr 1939) beauftragt, den neuen Eroberungsversuch des Kartells mit Hilfe eines neuen zentralen Kartell-Büros zu planen und zu koordinieren: der Brüsseler EU.

Jetzt, ein halbes Jahrhundert später, bricht das Märchen vom Gründungsvater eines demokratischen Europas zusammen und mit Hallstein das Fundament des gesamten Brüsseler-EU-Konstrukts.

Hallstein – offizieller Nazi-Unterhändler



Am 9. Mai 1938 begrüßt der „Duce“ Mussolini Hitler im Bahnhof in Rom.

Als im Mai 1938 die Macht der Nazis in Deutschland gefestigt war, stattete Hitler dem damals ebenfalls faschistischen Italien einen offiziellen Staatsbesuch ab. Etwa ein Jahr vor Beginn des von der Nazi/IG-Farben-Koalition verursachten Zweiten Weltkriegs planten Hitler und Mussolini ein Europa unter ihrer Kontrolle.

Mit diesem offiziellen Nazi-Staatsbesuch wurde zwischen den faschistischen Nationen Deutschland und Italien der Grundstein für die nähere Vorbereitung des Zweiten Weltkriegs in zentralen Be-

reichen gelegt, beispielsweise die Umsetzung eines diktatorischen Rechtssystems in ganz Europa. Aus diesem Grund wurde eine bi-nationale Kommission mit dem Namen „Arbeitsgemeinschaft für deutsch-italienische Rechtsbeziehungen“ gegründet.

Das primäre Ziel dieser Arbeitsgemeinschaft war die Schaffung einer Rechtsgrundlage für die Herrschaft der Koalition von Faschisten und der IG Farben in Europa, die in Kraft treten sollte, sobald der Rest des Kontinents von Deutschland und Italien militärisch unterworfen wurde. Vorrangige Diskussionsthemen dieser Arbeitsgemeinschaft waren „der Schutz des geistigen Eigentums“ – in diesem Fall die Patentverlängerung in ganz Europa (insbesondere des IG-Farben-Kartells) – und der „Rassenschutz“ (Codewort für die Festlegung der arischen Rasse als Weltherrscher).

Nur wenige Wochen nach Hitlers Staatsbesuch im Jahre 1938 fand das erste Treffen dieser faschistischen/nationalsozialistischen Anwälte in Rom statt. Einer der Rechtsexperten, die Nazi-Deutschland bei diesen offiziellen Verhandlungen über die Frage vertraten, wie die Nazis und Faschisten das eroberte Europa regieren könnten, war Walter Hallstein.



Vom 21. bis 25. Juni 1938 vertrat Hallstein die Nazi-Regierung bei Verhandlungen mit dem faschistischen Italien über die rechtliche Grundlage einer europaweiten Diktatur unter der Kontrolle der Nazi-/IG-Farben-Koalition.

Nazi- / Kartell-Anwälte planen Europas Zukunft

Einige der Ergebnisse der Verhandlungen des zweiten Treffens im Frühjahr 1939 wurden wie folgt veröffentlicht:

Der Arbeitskreis für deutsch-italienische Rechtsbeziehungen hat in seinem Treffen in Wien vom 6. bis 11. März 1939 folgende Thesen erarbeitet:

- **Jedes Volk als lebendige Gemeinschaft hat die Rassenfrage in Abhängigkeit von ihrer geistigen und rassischen Eigenart zu lösen. Auf dieser Basis beanspruchen Nationalsozialismus und Faschismus beide das Recht, die europäische Kultur zu schützen und zu perfektionieren.**
- **Der rechtliche Auftrag des Führerstaats ist es, die Integrität, Gesundheit und die Erbgesundheit des Volks zu schützen. ... Die Aufgabe des Nationalsozialismus und des Faschismus ist die kontinuierliche Stärkung des Rassenbewusstseins durch geistige und sittliche Erziehung.**
- **Die höchste Rasse muss vor allem dadurch vor dem Judentum geschützt werden, dass dieses für alle Zeiten von der Volksgemeinschaft ausgeschlossen wird, um die jüdische Rasse an der Ausübung jeglichen Einflusses auf das Leben der beiden Nationen (Deutschland und Italien) zu hindern.**
- **Die Weltherrschaftspläne der jüdischen Rasse stehen im Gegensatz zu den eindeutigen Grundsätzen des deutschen und italienischen Volkes, welche am 15. September 1935 in den Nürnberger Gesetzen in Deutschland und am 6. Oktober 1938 in Italien durch den Großen Rat der Faschisten festgelegt wurden.**

Somit war Hallstein ab Sommer 1938 nicht nur Funktionär des Nazi-Regimes geworden, sondern auch Teilnehmer an hochrangigen Verhandlungen der beiden faschistischen Staaten, Deutschland und Italien. In der Tat war er zu einem wesentlichen rechtlichen und politischen Strategen geworden, um der Nazi- / Kartell-Koalition den diktatorischen Rahmen für ein Europa unter deren Kontrolle zu schaffen.

Hallstein – Architekt eines neuen Europas



Die Stadt Rom spielte eine besondere Rolle in der europäischen Geschichte des 20. Jahrhunderts. Im Juni 1938 wurde dort eine Konferenz der rechtlichen und politischen Akteure des Kartells gehalten. Unter dem Deckmantel einer „juristischen Arbeitsgemeinschaft“ legten sie den diktatorischen Grundstein für ein

Europa unter der Kontrolle des Kartells. Die wahre Bedeutung dieser „Arbeitsgemeinschaft“ wurde durch die dort gefällten Beschlüsse sowie deren Teilnehmer unterstrichen. Hallsteins Gruppe der Kartell-Technokraten wurde von einigen der damals höchsten deutschen Staatsbeamten flankiert, einschließlich Nazi-Minister Hans Frank (1947 für seine Kriegsverbrechen zum Tode verurteilt), und ermutigt durch Grüße von Hitler und Mussolini.

Im Jahr 1945 musste das Kartell erkennen, dass seine Planungen, Europa zu erobern, fehlgeschlagen waren, da seine nationalsozialistischen und faschistischen Marionetten den Krieg verloren hatten. Jedoch war diese Niederlage für das Kartell kaum mehr als ein kleiner Betriebsunfall. In den Nürnberger Kriegsverbrecher-Tribunalen wurden diese militärischen Marionetten der Welt als Alleinschuldige vorgestellt. Im Gegensatz dazu wurden Hallstein und andere juristische und politische Fachkräfte für die Eroberungspläne des Kartells vor einer unwissenden Öffentlichkeit schon bald als Gründungsväter eines neuen, demokratischen Europas mit ihrem Hauptsitz in Brüssel vorgestellt.

Als Hallstein zum Ende der „Eroberungskonferenz“ am 25. Juni 1938 Rom verließ, konnte er noch nicht wissen, dass er nur 19 Jahre später mit derselben Mission in diese Stadt zurückkehren würde. Am 25. Mai 1957 unterzeichnete er die „Römischen Verträge“, zu deren Gestaltung er als Jurist maßgeblich beigetragen hatte. Mit seiner Unterschrift unter diese „Verträge“ erledigte er nun endlich seine Mission, mit der er 1938 beauftragt wurde: die Unterwerfung Europas durch das Öl- und Pharmakartell, jedoch nun über die Brüsseler EU.

Aber lassen Sie uns noch einmal zum Jahre 1938 zurückkehren. Am Ende dieses Jahres geschah etwas, was das Endziel der Koalition zwischen den Nazis und dem Kartell in greifbare Nähe brachte: die Eroberung nicht nur von Europa, sondern von der ganzen Welt.

unter Kontrolle der Nazi-/Kartell-Koalition

IG FARBEN (BAYER, BASF, HOECHST)

Die Pläne des Öl- und Pharma-Kartells von 1938, Europa zu erobern und zu kontrollieren

Militärische Eroberungspläne

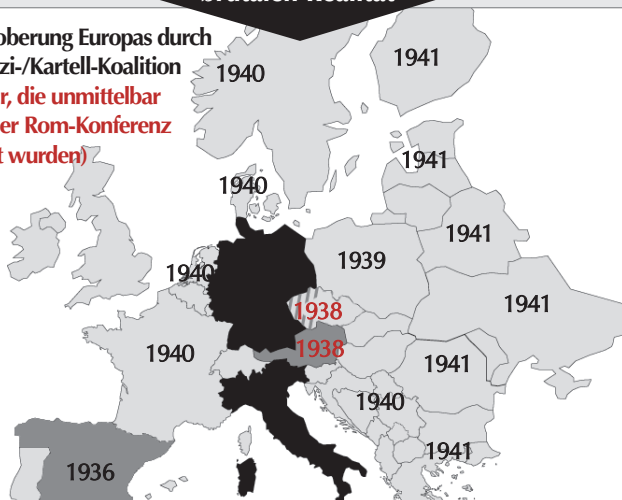


Politische Eroberungspläne



Von der Planung zur
brutalen Realität

Die Eroberung Europas durch
die Nazi-/Kartell-Koalition
(Länder, die unmittelbar
nach der Rom-Konferenz
besetzt wurden)



Der Beginn des nuklearen Zeitalters

Der Jahreswechsel 1938/39 kennzeichnete einen Wendepunkt in der Menschheitsgeschichte. Seit geraumer Zeit hatten Wissenschaftler versucht, die Struktur von Atomen und die unvorstellbar große Energie dahinter zu entschlüsseln. Labore in Frankreich, dem Vereinigten Königreich, den USA, Deutschland und anderen Ländern hatten einen Wettlauf mit der Zeit angetreten, um diese neue Energieform für kommerzielle und militärische Zwecke nutzen zu können.

Am **10. Dezember 1938** hatte der italienische Physiker Enrico Fermi den Nobelpreis in Physik in Anerkennung seiner Pionierarbeit in diesem wichtigen neuen wissenschaftlichen Bereich erhalten – was den allgemeinen nuklearen und chemischen Forschungswettlauf in Nuklearphysik und Chemie noch weiter beschleunigen sollte.

Nur eine Woche später, **am 17. Dezember 1938**, führten der deutsche Chemiker Otto Hahn und sein Partner Fritz Strassmann Experimente am Kaiser-Wilhelm-Institut in Berlin durch. An diesem Tag entdeckten sie, dass das Beschießen von Uran-Atomen mit kleinen Partikeln (Neutronen) eine Spaltung des Uran-Atoms in zwei kleinere Atome bewirkt und dadurch eine unvorstellbar hohe Energiemenge erzeugt wird. Die Kernspaltung war entdeckt worden.

Die dritte Wissenschaftlerin, welche an dieser Forschung über viele Jahre lang entscheidend beteiligt war, die Physikerin Liese Meitner, konnte an diesem Tag nicht anwesend sein. Sechs Monate zuvor war sie gezwungen worden, Deutschland aufgrund ihres jüdischen Herkunft und der sogenannten „Blut und Ehre“-Gesetze der Nazis zu verlassen und nach Stockholm auszuwandern. Hahn und Strassmann legten ihre bahnbrechende Entdeckung am **am 22. Dezember 1938** dem Herausgeber der führenden deutschen Wissenschaftszeitschrift „Naturwissenschaften“ vor, wo sie am **am 6. Januar 1939** sofort veröffentlicht wurde.

Während der ersten Januartage 1939 wurde der wissenschaftlichen Gemeinschaft in Deutschland, Europa und der ganzen Welt bewusst, dass die Welt von diesem Moment an nie mehr dieselbe sein würde. Die Entdeckung der Kernspaltung, die unbeschreiblich großen Mengen an freigesetzter Energie und ihre militärischen Verwendungszwecke, würden das geopolitische Gesicht der Erde neu formen: Die Länder, die von nun an über diese Technologie verfügten, würden die Welt kontrollieren.

Acht Wochen, die den Lauf der Geschichte geändert haben



Oben: Otto Hahn und Lise Meitner im Labor des Kaiser-Wilhelm-Instituts. Rechts: Die wissenschaftliche Publikation über die Kernspaltung vom 6. Januar 1939.



Der Beginn des atomaren Zeitalters wurde von der ganzen Welt zur Kenntnis genommen

Anfang Januar 1939 hatte die gesamte wissenschaftliche Welt über den Beginn des atomaren Zeitalters erfahren. Aber was war mit den Politikern, Gesetzgebern, den Medien und der breiten Öffentlichkeit? Begriffen sie, welche dramatischen Folgen das Aufspalten eines Uran-Atoms auf das Weltgeschehen haben würde?

Sie taten es. Nichts illustriert diese Tatsache besser als der ausführliche Bericht über diese Entdeckung, veröffentlicht am 30. Januar 1939 in der „New York Times“. An diesem Tag, nicht einmal vier Wochen nach der ersten Publizierung in einem Wissenschaftsjournal, waren die experimentellen Ergebnisse des Hahn'schen Teams durch die Universität von Columbia in New York und andere Forschungsinstitute bestätigt worden. Die „New York Times“ – eine Zeitung, die allgemein nicht für Übertreibungen bekannt ist – beschrieb diese Entdeckungen als „Beginn eines neuen Zeitalters“.

Der Bericht ließ keinen Zweifel über den potentiellen militärischen Nutzen dieser Entdeckung: „Das Aufspalten eines Uran-Atoms in zwei Teile, jeder aus einer riesigen ‚Atomkanonenkugel‘ bestehend, mit einer enormen Energie von 100.000.000 Elektronen-Volt, ist die größte jemals durch den Menschen freigesetzte Energiemasse.“ Die detaillierte Beschreibung der Erschaffung von zwei Neutronen-„Kanonenkugeln“ aus einem jeweiligen gespaltenen Atom vermittelte sofort selbst der durchschnittlichen Leserschaft der „New York Times“, wie eine Kernreaktion funktioniert.

Der Artikel beschrieb richtig, dass wichtige Forschungsschritte von Otto Hahn und Liese Meitner am Kaiser-Wilhelm-Institut in Berlin stattfanden. Was der Artikel jedoch nicht erwähnte, war die Tatsache, dass die dort betriebenen Forschungen weitgehend durch das IG-Farben-Kartell finanziert wurden, das auch den Aufstieg der Nazis finanziert hatte und sich aktiv für einen militärischen Welteroberungsversuch mit den Nazis vorbereitete.

Aber das IG-Farben-Kartell hatte auf seinem Weg zur Welteroberung nicht nur in die Entwicklung wichtiger Waffentechnologien investiert.

The New York Times

January 31, 1939



VAST ENERGY FREED BY URANIUM ATOM

Split, It Produces 2 'Cannonballs,' Each of 100,000,000 Electron Volts

HAILED AS EPOCH MAKING

New Process, Announced at Columbia, Uses Only 1-30 Volt to Liberate Big Force

The splitting of a uranium atom into two parts, each consisting of a gigantic atomic "cannonball" of the tremendous energy of 100,000,000 electron-volts, the greatest amount of atomic energy so far liberated by man on earth, was announced here yesterday by the Columbia University Department of Physics in a statement by Dean George P. Pegram of the Columbia Graduate Faculties.

The splitting of the uranium atom, it was said, constitutes an entirely new atomic process, the possibility of which did not even occur to any of the world's atom smashers. This new process, it was added, "yields the largest conversion of mass into energy that has yet been obtained by terrestrial methods."

Small Force Used for Splitting

One of the most startling phenomena in this newly discovered atomic process is the relatively small amount of energy necessary to liberate the enormous amounts developed through the splitting of the uranium atom. The uranium atom is split by means of neutrons, that is, neutral atomic particles carrying no electrical charge. These neutron bullets travel with energies of only one-thirtieth of a volt. Yet they produce two atomic "cannonballs" of a total of 200,000,000 electron-volts, representing an energy 6,000,000,000 times greater. . . .

It was Professor Fermi who first fired neutron bullets into uranium, the heaviest element found in nature. Professor Fermi believed he had succeeded in creating an element heavier than uranium, which, being unstable, disintegrated into an isotope (twin of an element) of radium.

The work was continued at the Kaiser Wilhelm Research Institute for Chemistry at Berlin-Dahlem, Germany, by Dr. Lise Meitner and Professor Otto Hahn, who had been working together for many years. Dr. Meitner was discharged last year for racial reasons and she went to Stockholm, Sweden. . . .

Auszüge aus dem Bericht in der „New York Times“ am 31. Januar 1939

Die strategischen militärischen und politischen Vorbereitungen des Kartells für die Weltherrschaft

1918 scheiterte das Kartell mit seinem ersten Versuch der Welteroberung, dem Ersten Weltkrieg, und seine militärische Marionette, Kaiser Wilhelm II., wurde zur Abdankung gezwungen. Nicht jedoch die unterstützenden Firmen des Ersten Weltkriegs, nämlich BAYER, BASF und HOECHST, deren Güter – Sprengstoffe und Giftgase – diesen verheerenden Krieg angetrieben hatten. Diese Unternehmensinteressen, nach 1925 unter dem Namen „IG Farben“ aktiv, bündelten ihre Kräfte für einen nächsten Versuch der Welteroberung.

Das Kartell machte mit dem Ziel einer zukünftigen Welteroberung aus einer privaten akademischen Einrichtung – ironischerweise benannt nach dem abgedankten Kaiser Wilhelm – eine Lehranstalt für seine Kader. Die IG Farben finanzierte am Kaiser-Wilhelm-Institut (KWI) nicht nur die Forschung von Otto Hahn, sondern auch die Ausbildung einer juristischen Technokraten-Elite für den Bereich des internationalen und vergleichenden Rechts. Hinter diesem Decknamen finanzierte das Kartell die strategische Entwicklung eines gesetzlichen Rahmengesetzwerks zur Kontrolle und Regierung einer unterjochten Welt. Einer dieser Technokraten war Walter Hallstein, dort speziell ausgebildet zwischen 1927 und 1929.



Oben: Das Kaiser-Wilhelm-Institut für Chemie in Berlin, wo die Kernspaltung entdeckt wurde. Rechts: IG-Farben-Vorsitzender Carl Bosch, der 1937 erster Präsident der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft für Chemie und Internationales Recht wurde – zur Vorbereitung des nächsten Welteroberungsversuchs des Kartells.

Die Ausbildung der Elite für die nächste Welteroberung

Deutsches Chemie-Kartell BAYER / BASF/ HOECHST

Mit einer Anzahl von Patenten, die größer ist als die irgendeines anderen Konzerns in der Welt, plant das deutsche Kartell die Eroberung der globalen Märkte für chemische, petrochemische und pharmazeutische Erzeugnisse.

1914 - 1918 Erster Weltkrieg

Kaiser Wilhelm II. und die deutsche Armee werden beauftragt, die Welteroberungspläne umzusetzen. BAYER/BASF produzieren die Sprengstoffe und chemischen Waffen. Der Plan misslingt. Der Kaiser dankt ab – das Kartell macht weiter.

Kaiser-Wilhelm-Institut (KWI)

BAYER, BASF, HOECHST – nach 1925 die IG Farben – finanzieren diese Institution als Lehranstalt für ihre akademischen Kader – in der Vorbereitung auf die nächsten beiden Welteroberungsversuche.

KWI für Chemie
Otto Hahn

KWI für Internationales Recht
Walter Hallstein

Nukleare Waffentechnologie für die Welteroberung

Welt-„Reich“

Kartell regiert Europa und die Welt über:

- übernationalen Staat
- zentrales Kartell-Büro
- Unternehmensdiktatur
- nukleare Bedrohung

Hallsteins „Eroberungsrede“: Das zukünftige Europa unter einer Nazi-/IG-Farben-Herrschaft



Am 23. Januar 1939 hielt Hallstein, zu dieser Zeit Dekan der Fakultät der Rechts- und Wirtschaftswissenschaften an der Universität Rostock, eine Propagandarede über die gesetzliche Umstrukturierung Europas. Seine Präsentation, die am treffendsten als „Eroberungsrede“ charakterisiert werden mag, war ein Beitrag zur Kriegsmobilisierung durch das NS-Regime und seinen Unternehmenspartnern, dem Öl- und Pharma-Kartell IG Farben.

Der Zeitpunkt dieser Rede war höchst bedeutsam. **Nur zehn Monate** zuvor, am 12. März 1938, hatte die Annektierung Österreichs durch die Nazis stattgefunden. Am 10. Oktober 1938, nur drei Monate vor der Rede Hallsteins, hatten die Nazis zusätzlich das tschechische Sudetenland vereinnahmt und mit Krieg gedroht, falls ihre Gebietsansprüche nicht gewährt würden. Auf einer internationalen Konferenz in München, am 29. und 30. September 1938, hatte Hitler der Welt versichert, dass mit dem Sudetenland seine Gebietsansprüche erfüllt seien. Nichts konnte weiter von der Wahrheit entfernt liegen.

Der Beginn des atomaren Zeitalters und das damit verbundene Monopol auf diese neue Technologie ermunterte die Nazis, ihre Pläne zur Welteroberung zu beschleunigen. Die „Eroberungsrede“ Hallsteins lässt keinen Zweifel daran, dass er über die Pläne der Unterwerfung Europas – und später der ganzen Welt – und somit einer kompletten wirtschaftlichen, politischen und gesetzlichen Herrschaft der Nazi- / IG-Farben-Koalition Bescheid wusste und sie auch völlig unterstützte. In seiner Rede beschreibt er detailliert die geplante Eroberung Europas durch die Wehrmacht und die Unterwerfung Europas als **„wirtschaftliches Ereignis von schier unvorstellbaren Folgen.“**

Diese Rede spiegelt natürlich das Dilemma wider, mit dem die Nazis im Januar 1939 konfrontiert wurden – nur sieben Monate vor Beginn des Zweiten Weltkriegs. Während Hallstein und die anderen Nazi-Propagandisten die deutsche Elite auf einen umfassenden Weltkrieg vorbereiten – und dazu motivieren – mussten, konnten sie über ihre Kriegspläne noch nicht öffentlich sprechen.

Der Ort, an dem Hallstein seine Propaganda-Rede hielt, „Mahn und Ohlerichs Keller“ in Rostock, Doberaner Str. 21, ist noch heute eine Sehenswürdigkeit.



Stellen Sie sich vor, Sie sind ein Teil dieses Geschehens vor mehr als 80 Jahren. In einer kalten Winternacht im Januar 1939 haben Temperaturen um den Gefrierpunkt die deutsche Hafenstadt Rostock am Rand der Ostsee fest im Griff. Schnee und Eis bedecken die Straßen, und Finsternis hat die Gegend erfüllt.

Plötzlich ein abruptes Ende der Stille. In den Hauptstraßen der Innenstadt Rostocks scheint sich etwas zu bewegen, im Kopfsteinpflaster hallen die genagelten Stiefel von Soldaten, Braunhemden und NS-Staatsbeamten wider.

Darunter mischen sich lokale Politiker, Universitätsprofessoren und Studenten, alle in formeller Kleidung, um die Wichtigkeit dieser Veranstaltung zu unterstreichen. Die Nazi-Elite strömt zu einem der größten Versammlungssäle der Stadt, „Mahn und Ohlrichs Keller“, dem Veranstaltungsraum der lokalen Brauerei.

Der Hauptredner an diesem Abend ist ein 38 Jahre alter Jura-Professor von der Universität Rostock: Walter Hallstein. Seine Rede, welche auf den folgenden Seiten nachzulesen ist, wird Ihren Blick auf die Brüsseler EU für immer ändern.

Großdeutschland als Rechtseinheit

Vortragabend der Rostocker Universität — Professor Hallstein sprach

Bericht Rostock, 24. Januar.

Gestern abend fand in Rostock in Ostpreußen ein Vortragabend statt, zu dem der Rektor der Universität, Prof. Dr. H. Goldt, eingeladen hatte. In seiner Begrüßungsansprache konnte er Staatsminister Dr. Scharf, die Vertreter der Partei und ihrer Gliederungen, der Wehrmacht, des Reichsarbeitsdienstes, der Stadt, der Wirtschaft und der Studentenschaft begrüßen. Er sprach die Hoffnung aus, daß dieser Abend zum Vertrauen werde, daß die Hochschule in der Öffentlichkeit Vertrauen und Verständnis finden möge, denn sie ließe nicht fern dem allwissenden Geschick, wenn sie auch als alte Einrichtung auf eine lange Geschichte und alte Tradition zurückblicken kann. Wie sehr der Führer die deutschen Hochschulen als Träger wertvoller Tradition achtet, geht daraus hervor, daß an der großen Kulturtagung auf dem Reichsparteitag 1938 die Rektoren in ihren historischen Amtstrachten teilgenommen hätten.

Der Redner des Abends, der Ordinarius der Rechtswissenschaft, Professor Dr. Hallstein, der durch seine vergleichende Forschung in den europäischen rechtswissenschaftlichen Verhältnissen reichliche Erfahrungen gesammelt hat, behandelte darauf die überaus aktuelle Frage der rechtswissenschaftlichen Eingliederung der Ostmark und des Sudetenlandes.

Die anschließenden Ausführungen von Professor Dr. Hallstein wurden mit lebhaftem Beifall belohnt. Ein gefälliges Zusammenkommen schloß den Abend. Unter dem Ehrgefallen standen sich außer dem Staatsminister u. a.: Oberbürgermeister Wolgast, der Stadtordnungsleiter Overhoff, Generaldirektor Dr. Schroeder, ein Vertreter des Reichsleiters, Reichsorganisationsleiter Wagner, SA-Oberführer Behner, Polizeipräsident Dr. Sommer, Ministerialdirektor Dr. Bergbohm, Oberleutnant von Meiningen, Warnemünde.

Originalgetreue Kopie des Zeitungsberichts von Hallsteins Vortrag mit dem Titel „Großdeutschland als Rechtseinheit“. Dieser Augenzeugenbericht über die Propaganda-Veranstaltung der Nazis wurde am folgenden Tag, den 24. Januar 1939, im „Niederdeutschen Beobachter“ veröffentlicht.

Die Tatsache, dass der Vortrag von Hallstein nicht nur eine reine Universitätsversammlung, sondern auch ein offizielles Ereignis des Deutschen Reichs war, wird durch die damalige Anwesenheit des NS-Staatssekretärs, Dr. Scharf – Hitlers Vertreter in Mecklenburg – sowie der gesamten lokalen NS-Elite nur noch unterstrichen.

Der oben gezeigte Artikel erschien einen Tag später, am 24. Januar 1939, offiziell in der nationalsozialistischen Zeitung „Niederdeutscher Beobachter“ und dokumentiert Hallsteins Vortrag und den Rahmen dieses staatlichen Ereignisses.

Großdeutschland als Rechtseinheit

Vortragsabend der Rostocker Universität – Professor Hallstein sprach

Rostock, 24. Januar

Gestern abend fand in Mahn & Ohle-
richs Keller ein Vortragsabend statt, zu
dem der Rektor der Universität, Prof.
Dr. Ruickoldt, eingeladen hatte. In sei-
ner Begrüßungsansprache konnte er
Staatsminister Dr. Scharf, die Vertreter
der Partei und ihrer Gliederungen, der
Wehrmacht, des Reichsarbeitsdiens-
tes, der Stadt, der Wirtschaft und der
Studentenschaft begrüßen. Er sprach
die Hoffnung aus, daß dieser Abend
dazu beitragen werde, daß die Hoch-
schule in der Öffentlichkeit Vertrauen
und Verständnis finden möge, denn sie
stehe nicht fern dem alltäglichen Ge-
schehen, wenn sie auch als alte Ein-
richtung auf eine lange Geschichte
und alte Tradition zurückschauen
kann. Wie sehr der Führer die deut-
schen Hochschulen als Träger wert-
voller Tradition achte, gehe daraus
hervor, daß an der großen Kulturta-
gung auf dem Reichsparteitag 1938
die Rektoren in ihren historischen
Amtstrachten teilgenommen hätten.

**Der Redner des Abends, der Ordi-
narius der Rechtswissenschaft, Pro-
fessor Dr. Hallstein, der durch seine
vergleichende Forschung in den eu-
ropäischen rechtspolitischen Ver-
hältnissen reichste Erfahrungen
gesammelt hat, behandelte darauf
die überaus aktuelle Frage der
rechtspolitischen Eingliederung der
Ostmark und des Sudetenlandes.**

Die tiefeschürfenden Ausführungen
von Professor Dr. Hallstein wurden
mit lebhaftem Beifall belohnt. Ein ge-
selliges Beisammensein schloß den
Abend. Unter den Ehrengästen befan-
den sich außer dem Staatsminister u.a.:
Oberbürgermeister Volgmann, der
Standortälteste Oberst Lieb, General-
arbeitsführer Schroeder, ein Vertreter
des Kreisleiters, Kreisorganisations-
leiter Degner, SA-Oberführer Beh-
nert, Polizeipräsident Dr. Sommer,
Ministerialdirektor Dr. Bergholter,
Oberstleutnant von Bleffingh, Warne-
münde.

Hallstein und die „Neusprache“ der Nazis

Überall in diesem Kapitel wird der Begriff „Nazi-/Kartell-Koalition“ verwendet. Hintergrund hierfür ist die schreckliche „Ehe“ zwischen dem Öl- und Pharmakartell und seinen NS-Gefolgsmännern, die gemeinsam die Eroberung und Kontrolle der Welt anstrebten. Die Begriffe „Koalition“, und manchmal sogar „Ehe“, wurden während der Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse verwendet, um die Beziehung zwischen dem Öl- und Pharmakartell und den Nazis bei der Vorbereitung des Zweiten Weltkriegs zu charakterisieren.

Die „Eroberungsrede“ von Walter Hallstein am 23. Januar 1939 war ein Teil der umfassenden Mobilisierungskampagne der Nazis und des Kartells zum Zweiten Weltkrieg.

Um ihre aggressiven Kriegspläne zu verbergen – und um das Überraschungsmoment zu wahren – perfektionierte die Nazi-/Kartell-Koalition ihre Strategie der Täuschung. Walter Hallstein war in Propaganda-Kampagnen, die zum Zweiten Weltkrieg führten, ein Meister des Betrugs.

Da sie nun veröffentlicht wurde, wird Hallsteins Rede ein klassisches Beispiel dafür abgeben, wie die Propagandisten der Nazis und des Kartells die ganze Welt über deren wahre Absichten täuschten. Die „Eroberungsrede“ von Hallstein wird von Generationen von Studenten der Geschichte, Politik, Jura und anderen Fächern gelesen werden.

Unsere Veröffentlichung dieser Rede dient nicht nur der Darstellung der Interessen, denen Hallstein als Hauptbegründer der Brüsseler EU diente. Sie soll auch eine Warnung für zukünftige Generationen sein, wachsam zu bleiben gegenüber den Handlungen ihrer eigenen politischen Vertreter und deren unaufrichtigen Worten nicht zum Opfer zu fallen.

Im Zuge ihrer getarnten Mobilmachung für den Zweiten Weltkrieg definierten Hallstein und die anderen Propagandisten der Nazi-/Kartell-Koalition systematisch die Bedeutung bestimmter Wörter um.

„Dunkler Anzug oder [Nazi]-Uniform“

Schon einige Wochen vor Hallsteins Rede ließ der Rektor der Rostocker Universität keinen Zweifel daran offen, dass es sich bei dieser Veranstaltung um eine von der Universität organisierte, offizielle Veranstaltung für den NS-Staat handelte.

4569/1

Handwritten by: 1/39.

Ich ersuche mir, die Herren Kollegen
zu dem am Montag, den 23. Januar 1939, um 30.30 Uhr,
im Haus A. Oberische Keller, Döberener Straße 21, statt-
findenden Vortrag des Herrn Kollegen Kallstein
„Die Rechtsseinheit Großdeutschlands“
einzuladen und zu dem anschließenden Kierabend aufzu-
fordern.

Ich hoffe sehr auf die Teilnahme aller Kollegen
an diesem Abend und wäre dankbar, wenn die nach Empfang
des Gasts bis spätestens 20.15 Uhr anwesend wären.

Sneatsall Bealock, den 10. Januar 1939.

References

然而，所以未能如期完工者，

Dunkler Anzug oder Uniform:
Ankunft, auch im Falle der
Behinderung, auf beiliegender
Freikarte erstehen bis 14.1.39

An den
gewählten Lehrkörper
(einschl. Assistenten)

Im Folgenden sind einige Beispiele für die von den Nazis / dem Kartell genutzte Propaganda-Terminologie, die Hallstein – der Meister der Täuschung – in seiner gesamten „Eroberungsrede“ verwendet.

- **„Großdeutschland“ [das Codewort für ein Europa unter der Kontrolle der Nazi- / Kartell-Koalition]** Schon im Titel seiner Rede „Die Rechtseinheit Großdeutschlands“ vermittelt Hallstein den irreführenden Eindruck, ausschließlich über die gesetzlichen Veränderungen innerhalb des deutschen Hoheitsgebiets zu sprechen. Der Begriff „Großdeutschland“ war in der Sprache der Nazis / des Kartells das Codewort für den gesamten europäischen Raum – und später den Rest der Welt – unter ihrer Kontrolle.
- **„Ostmark“ [das Codewort der Nazis und des Kartells für das besetzte Österreich].** Für das besetzte Österreich nutzte Hallstein den Titel „Ostmark“, um den Anschein zu erwecken, dass die Annektierung der österreichischen Nation durch die Nazis lediglich die natürliche Erweiterung des deutschen Reichs nach Osten sei.
- **„Anschluss“ [das Codewort der Nazis und des Kartells für die Unterwerfung eines Landes mit jedem denkbaren Mittel].** Das Einnehmen von Österreich und dem Sudetenland wurde intern in der Nazi/Kartell-Koalition „Anschluss“ genannt, um anzudeuten, dass es sich hierbei lediglich um einen „Verwaltungsanschluss“ der jeweiligen Länder und nicht um eine feindliche Übernahme handelte. Hallstein nutzt diese so genannte Fachsprache sehr oft in seiner Rede. Hintergrund dafür war wohl das Verdecken der wahren Pläne der Nazis und des Kartells, nämlich die Eroberung Europas und später der ganzen Welt.
- **„Rechtswahrer“ [das Codewort der Nazis und des Kartells für die „juristischen Sturmtruppen“, welche mit der Planung und Erschaffung einer totalitären Welt unter deren Kontrolle beauftragt wurden.]** 1936 – drei Jahre nach der Machtergreifung der Nazis in Deutschland – wurden die Nürnberger Rassengesetze verfasst. Im selben Jahr wurde Hallstein Dekan für Rechts- und Wirtschaftswissenschaften an der Rostocker Universität.



In diesem offiziellen Brief an den Kanzler der Universität beschreibt Hallstein sich selbst als Experten für die „europäischen Rechtsordnungen“ und die „Zielsetzungen des Dritten Reichs“.

1936 war zudem das Jahr, in dem die Nazi- / Kartell-Koalition ihren „Vierjahresplan“ zur Vorbereitung des Zweiten Weltkriegs und der militärischen Welteroberung vorstellte. Die deutschen Juristen waren fester Bestandteil dieser Planung. Der Bund Nationalsozialistischer Deutscher Juristen (BNSDJ) wurde neu organisiert und zum „Nationalsozialistischen Rechtswahrerbund“ (NSRB) – der offiziellen Nazi-Organisation der „Rechtswahrer“.

Die Entscheidung, die Hauptbestandteile des Berufsstandes der Juristen in Nazi-Deutschland unter dem Propaganda-Pseudonym „Rechtswahrer“ zu führen, reflektiert die Bedeutung dieses Berufs für das Kartell. Diese „juristischen Sturmtruppen“ waren unerlässlich bei der Einführung der Diktatur in Deutschland – und später bei deren Ausweitung auf den Rest Europas.

Mit der Benennung der gesamten juristischen Berufsform als „Rechtswahrer“ schufen die Nazis eines ihrer eindrucksvollsten Beispiele ihrer Betrugspropaganda. Diese Rechtswahrer hatten natürlich niemals die Absicht, das demokratische Recht zu „wahren“. Ganz im Gegenteil, sie wurden beauftragt, es systematisch zu zerstören. Diese Wahrer des Nazi-/Kartell-Rechts waren die fanatischen Architekten einer Welt unter der Kontrolle der Nazi/Kartell-Koalition. Die einzigen Gesetze, die zu beschützen sie eingeschworen wurden, waren die diktatorischen Gesetze zur Errichtung einer Herrschaft der Nazi-/Kartell-Koalition in der ganzen Welt, im so genannten „Tausendjährigen Reich“.

Walter Hallstein war Mitglied dieser berüchtigten Organisation der „Rechtswahrer“.

Diese Beispiele sind lediglich ein kleiner Teil einer langen Liste irreführender Begriffe, die von Hallstein und anderen Propagandisten aus den Reihen der Nazis und des Kartells bei ihrem Versuch benutzt wurden, die Macht über Europa und der Welt zu erlangen.

Diese Nazi-/Kartell-Propagandatechniken der gezielten Verdrehung von Fakten und Verwendung einer Art Decksprache für deren Zwecke – ein perfektes Beispiel dafür ist Hallsteins Rede – sollte 15 Jahre später als „Newspeak“ („Neusprache“) in George Orwells Roman „1984“ beschrieben werden.

Die nachfolgenden Auszüge aus Hallsteins „Eroberungsrede“ basieren auf dem originalen Manuskript. In Anbetracht des fanatischen Charakters der Rede Hallsteins mögen manche Leser dieses Buchs zweifellos die Echtheit dieses Manuskripts in Frage stellen. Um jegliche Zweifel an der Echtheit dieser Textauszüge auszuräumen, haben wir deshalb Hallsteins gesamte „Eroberungsrede“ Online veröffentlicht.

Ferner verfügen wir über eine Kopie von Hallsteins Rede in handschriftlicher Form; ein Beispiel dazu sehen Sie auf der vorherigen Seite. Erläuterungen zu den jeweiligen Propaganda-Fachausdrücken, die Hallstein während seiner gesamten extremistischen Rede verwendet, werden in den Fußnoten und eckigen Klammern aufgezeigt.

Einige Sequenzen in Hallsteins Text, welche von ihm nur dazu genutzt wurden, die ansonsten militante Art seiner Rede zu maskieren, wurden nicht in dieses Buch aufgenommen. Jedoch können sie Online im Originalmanuskript nachgelesen werden.

Um die Relevanz der „Eroberungsrede“ Hallsteins aus dem Jahre 1939 in Bezug auf das gegenwärtige Europa zu unterstreichen, wurden auf einigen Buchseiten rote Textfelder eingefügt. Diese roten Kästen kennzeichnen die wichtigsten Stellen der Rede, die mit der Unterzeichnung des Lissaboner Ermächtigungsgesetzes 2009 offizielle Teile der Brüsseler EU wurden – genau 70 Jahre, nachdem Hallstein, kurz vor Ausbruch des Zweiten Weltkriegs, diese Rede hielt.

Hallsteins „Eroberungsrede“ ist das beste Beispiel dafür, wie das Öl- und Pharmakartell seine politischen Interessenvertreter über Jahrzehnte austauscht, jedoch seine langfristigen wirtschaftlichen und politischen Ziele weiter verfolgt.

Heutzutage existieren zwar die Nazis und Hallstein nicht mehr, jedoch hat dasselbe Öl- und Pharmakartell, das schon für beide Weltkriege im 20. Jahrhundert verantwortlich war, neue politische Interessenvertreter für das 21. Jahrhundert rekrutiert.

Diese politischen Marionetten – in erster Linie aus den „Exportreichen“ des Kartells, Deutschland und Frankreich – sind entschlossen, die Menschen unseres Planeten für einen dritten Welteroberungsversuch zu opfern.

Ein Großteil dieser Dokumente hätte schon seit längerer Zeit von Menschen, die sich für die wahre Entstehungsgeschichte der Brüsseler EU und die Rolle von deren selbsternannten Gründungsvätern interessieren, eingesehen werden können. Die Tatsache, dass die „Eroberungsrede“ von Hallstein bis zur Veröffentlichung dieses Buches unbekannt war, ist daher unentschuldigbar.

Diese Unterschlagung von äußerst wichtigen Informationen macht Ihnen als Leser deutlich, dass Ihre politischen Anführer es entweder versäumten, sich über Hallstein und die dunkle Vergangenheit der Nazi-/IG-Farben-Koalition zu informieren, oder dass sie darüber Bescheid wussten, aber es nicht wagten, Sie über diese Tatsachen zu informieren.

Mit der Veröffentlichung dieses Buches können sich die politischen Führer Europas nicht mehr hinter der Entschuldigung verstecken, dass sie von all dem nichts wussten. Nun liegt es in Ihrer Hand, Ihre politischen Vertreter – ob von kleiner oder großer politischer Bedeutung – mit diesen historischen Fakten zu konfrontieren.

Wir müssen aus den Fehlern der Vergangenheit lernen, verhindern, dass die Geschichte sich wiederholt und mithelfen, ein neues, demokratisches Europa aufzubauen.

Die Rechtseinheit Großdeutschlands*

Nachfolgend der Originaltext zu Hallsteins „Eroberungsrede“

„Drei Aufgaben sind dem **Rechtswahrer** [des Nazis/**Kartell-Rechts**]¹ gestellt: er soll das Recht erkennen, er soll es anwenden und er soll es fortentwickeln. Den höchsten Rang unter diesen Aufgaben nimmt die dritte ein, da alles menschliche Tun unter dem **Gesetz des [totalitären]² Werdens** steht:“



„die Bemühung also nicht um das geltende, sondern um das künftige Recht [zugunsten der Nazi-/Kartell-Koalition], das Streben danach, nicht nur die bestehende Ordnung zu erhalten, sondern eine **bessere**³ zu finden, kurz die Arbeit der Rechtspolitik.“

„Es bedarf vielleicht eines Wortes der Begründung dafür, dass gerade der **Rechtswahrer**¹ [des Nazi-/Kartell-Gesetzes] es ist, der zu dieser Aufgabe berufen ist.“

„Braucht die Führung des europäischen [Nazi-/Kartell-]Staates⁴, der die unbedingte letzte Entscheidung auch in den Fragen der rechtlichen Formgebung der Volksgemeinschaft⁵ zufällt, da diese sich niemals von den allgemeinpolitischen Fragen lösen lässt, braucht sie dazu den Juristen?“

Heutzutage nimmt die EU-Kommission die sogenannte „Führung des Staates ein, der die unbedingte letzte Entscheidung zufällt ...“

* „Großdeutschland“ als Analogie zu Großbritannien, welches damals die Macht über einen Großteil der Welt durch den so genannten „Commonwealth“ ausübte. Die Nazi-/Kartell-Koalition nutzte dieses Pseudonym, um ihren Weltherrschaftsanspruch hervorzuheben. Der Begriff „Großdeutschland“ diente als Codewort für Europa und später große Teile der Welt unter der Kontrolle der Nazis / des Kartells.

¹ „Rechtswahrer“ – Nazi-„Neusprache“ für die fanatischen Nazi-/Kartell-Juristen, welche beauftragt waren, die demokratische Verfassung zu zerstören und eine totalitäre Rechts-Struktur zu schaffen, welche die Basis für eine Nazi-/Kartell-Diktatur schuf.

² „Gesetz des Werdens“ – Hallsteins „Neusprache“ für den Bedarf, das totalitäre Nazi-/Kartell-Rechtskonstrukt in ganz Europa einzuführen.



1957, nur 18 Jahre nach seiner „Eroberungsrede“, integrierte Hallstein dieses **„Führungsprinzip“** in die Römischen Verträge, die Gründungsdokumente der **„Brüsseler EU“**.

Die **„EU-Kommission“** – im Auftrag des Kartells ernannte Bürokraten – wurde die neue diktatorische **„Führung des [europäischen Kartell-]Staats**, der die **unbedingte letzte Entscheidung** auch in den Fragen der rechtlichen Formgebung der [europäischen] Volksgemeinschaft zufällt“!

2009 (Bild unten) unterschrieben 27 europäische politische Führungskräfte das **„Lissaboner Ermächtigungsgesetz“** und führten somit Hallsteins „Eroberungspläne“ aus – 70 Jahre nach seiner „Eroberungsrede“ von 1939. Damit gaben sie dem Kartell eine dritte Chance, Europa zu erobern.



- 2009**
- ³ „Eine bessere Ordnung“ – Mit der sog. „besseren Ordnung“ umschreibt Hallstein die rechtliche Basis einer diktatorischen Nazi-/Kartell-Herrschaft.
 - ⁴ „Führung des Staates“ – Nazi-Fachausdruck für das so genannte „Führerprinzip“, die totale Unterwerfung unter die Ziele der Nazi-/Kartell-Koalition.
 - ⁵ „Volksgemeinschaft“ – Rassistischer Nazi-Fachausdruck für den „Übermensch“ (Arier) als Angehörigen der dominanten Rasse, auf die als einzige der Begriff der Volksgemeinschaft zutreffen darf.

„Braucht die **Führung des [Nazi-/Kartell-]Staates**, der die unbedingte letzte Entscheidung auch in den Fragen der rechtlichen Formgebung der Volksgemeinschaft zufällt, da diese sich niemals von den allgemeinpolitischen Fragen lösen lässt, braucht sie dazu den Juristen? Der Jurist selber wird das wünschen, und dieser Wunsch ist aus einem – man möchte sagen: berufspsychologischen Grund – sehr begreiflich: Menschen, die ihr ganzes Leben damit zubringen, in einem durch Tausende von Paragraphen eng abgeäugten Gehege den juristischen Straßenverkehr der Gemeinschaft zu regeln und zu überwachen, täglich die Zäune zu flicken und die Gräben zu entschlammen.“

„Solche Menschen werden die Verlockung sehr stark empfinden, die in der **befreienden rechtsschöpferischen Tat**⁶ [der Nazis/des Kartells] liegt, in dem männlichen Wagnis, das jeder Verstoß in unbebautes Land bedeutet, sie werden es dankbar begrüßen, wenn sie an einer **großartigen Gesamtplanung**⁷ [der Nazis/des Kartells] beteiligt werden oder ihnen auch nur ein bescheidenes Gärtlein zur **selbstständigen Gestaltung** überlassen wird.“

„Indessen, die Begründung für die Zuständigkeit des **Rechtswahrers**¹ [Wahrers des Nazi-/Kartell-Rechts] zur **Mitgestaltung**⁸ wird man aus einer anderen Ebene holen müssen, sie wird sich nur aus den Notwendigkeiten und Bedürfnissen der **[arischen] Gemeinschaft**⁹ ableiten lassen.“

„Dabei wird manche schon der mehr technische Gesichtspunkt genügen, dass sicherlich die Rechtspolitik ungern der Mithilfe derer entraten wird, die den Gegenstand, den es umzugestalten gilt, das **[Nazi-/Kartell-]Recht**, beherrschen, die die Gesetze [der Nazis/des Kartells] kennen und mit den Gesetzmäßigkeiten der Arbeit am Recht vertraut sind, denn man muss ja offenbar das Gute kennen, um das **Bessere**¹⁰ [!] finden zu können.“

„Ich glaube freilich, dass man die Rechtfertigung jener Berufung auch zur **[Nazi-/Kartell-]Gesetzgebung** tiefer gründen muss, ich glaube, dass sie sich aus dem Wesen des Auftrages selber ergibt, den das **[arische] Volk**¹¹ seinen **Rechtswahrern**¹ [Wahrern des Nazi-/Kartell-Rechts] mit auf den Weg gibt, dass nach einem Naturgesetz, das im Wesen des Berufs eines Rechtswahrers [Wahrers des Nazi-/Kartell-Rechts] angelegt ist, er der letztlich maßgebende Bildner des **[Nazi-/Kartell-]Rechtes** ist.“

⁶ „**befreienden rechtsschöpferischen Tat**“ – Nazi-/Kartell-Fachausdruck für die Verbreitung ihrer Gesetzgebung in den eroberten und besetzten Ländern.

⁷ „**großartigen Gesamtplanung**“ – Fachausdruck der Nazis für die Eroberung und Restrukturierung des europäischen Kontinents.

⁸ „**Mitgestalter**“ – Hallsteins Aufruf an den juristischen Berufsstand, beim Aufbau eines von den Nazis / vom Kartell regierten Europas.

Brennende Fragen zu Walter Hallstein:



Das Nürnberger Kriegsverbrecher-Tribunal von 1946. Vordere Reihe, von links nach rechts: Göring (war gemeinsam mit IG-Farben-Vorstand Krauch für den „Vierjahresplan“ zur Eroberung Europas durch die Nazi-/Kartell-Koalition verantwortlich), Hess (Hitlers Stellvertreter), Ribbentrop (Außenminister der Nazi-/Kartell-Koalition), Keitel (Chef des Oberkommandos der Wehrmacht) und andere Kriegsverbrecher.

Frage: Wie konnte sich Hallstein der „Entnazifizierung“ der Alliierten entziehen, und warum wurde er nicht wie andere Kriegsverbrecher in den Nürnberger Kriegsverbrecher-Tribunalen verurteilt?*

Antwort: Hallstein hat die Alliierten über seine Zugehörigkeit zu verschiedenen Nazi-Organisationen belogen. Seine „Eroberungsrede“ sowie andere belastende Dokumente wurden von Hallstein bewusst in seinem offiziellen Bericht an die Alliierten ausgelassen. Um diese zu täuschen, gab er sich als „Mitläufer“ oder sogar „Opfer“ des Nazi-Regimes aus.

* Weitere Informationen zu den Nürnberger Kriegsverbrecher-Tribunalen gegen die Nazi-/Kartell-Anwälte (Fall Nr. III) siehe: <http://www.mazal.org/archive/nmt/03/NMT03-C001.htm>

⁹ „Gemeinschaft“ – Fachausdruck für die arische Kerngesellschaft im Nazi-/Kartell-beherrschten Europa, siehe oben.

¹⁰ Hallstein propagiert das totalitäre Nazi-/Kartell-Regime als „besseres“ System im Vergleich zur Demokratie.

¹¹ „Volk“ – Nazi-Fachausdruck für die arischen Menschen.

„Dass nach einem Naturgesetz, das im Wesen des Berufs eines **Rechtswahrs** **[Wahrs des Nazi-/Kartell-Rechts]** angelegt ist, er der letztlich maßgebende **Bildner des [Nazi-/Kartell-]Rechtes**¹² ist.“

„Denn das Verhältnis des **Rechtswahrs** [s.o.] zum Recht ist ja nicht so, wie der Gesetzespositivismus des ausgehenden 19. Jahrhunderts es sich vorstellte und wie die noch um die Jahrhundertwende herrschende Auffassung es sah:“

„**die Schaffung neuen [Nazi-/Kartell-]Rechts ausschließlich die Aufgabe des Gesetzgebers [Gesetz der Nazis/des Kartells], der Richter beschränkt auf die Aufgabe der Subsumtion, der Unterordnung der Lebenssachverhalte unter die gesetzlich fixierten Tatbestände.**“

1957 integrierte Hallstein genau diesen Grundsatz – das exklusive Recht auf die „**Entwicklung einer neuen [Kartell-]Gesetzgebung**“ als **Hauptaufgabe der EU-Kommission** – in die Römischen Verträge.

2009 unterschrieben 27 europäische Politiker den **Lissaboner Vertrag** – und somit die Hauptbestandteile eines „Ermächtigungsgesetzes“ zur diktatorischen Bevollmächtigung der Kartellinteressen über Europa. Mit ihren Unterschriften verhöhnnten diese Politiker – mit Absicht oder ohne Rücksicht – die jahrhundertealten Demokratien in Europa.

„Die Logik des Juristen notwendig analogisch ist, darauf gerichtet, das Gesetz von seinen Zufälligkeiten zu befreien, das tragende Gerüst eines Rechtssatzes bloßzulegen, der an einen zufällig angeschauten Tatbestand eine Rechtsfolge knüpft.“

„Alle Zweige juristischen Wirkens sind an dieser **Läuterungsarbeit** **[!]**¹³ beteiligt: die wissenschaftliche Theorie, deren Erkenntnisse sich zu Lösungsvorschlägen an die Praxis verdichten, und die tägliche Leistung der Frontoffiziere **[!]** des **[Nazi-/Kartell-]Rechts**¹⁴:“

¹² D. h. die Rahmengesetze der Nazis zur gesetzlichen Unterjochung des europäischen Volks.

¹³ „**Läuterungsarbeit**“ – Fachaussdruck für die Entfernung jeglicher demokratischer Elemente im Rahmen des Versuchs der Nazi-/Kartell-Koalition, Europa zu erobern.

Hallsteins internes „Unterstützungsteam“ zur Eroberung Europas mit Hilfe der Brüsseler EU



Konrad Adenauer, Kanzler der Bundesrepublik (rechts) und Herman Josef Abs, Vorstandsvorsitzender der Deutschen Bank und Ziel der Untersuchungen zu den Kriegsverbrechen.



Hans Globke, Chef des Bundeskanzleramts unter Adenauer, Nr. 101 auf der Liste der „meist-gesuchten“ Kriegsverbrecher der Alliierten.



Fritz ter Meer, Vorstandsmitglied von BAYER/IG Farben, wurde in Nürnberg wegen seiner Kriegsverbrechen zu einer Haftstrafe verurteilt, 1956 wiedereingesetzt als Vorstandsvorsitzender von BAYER.



¹⁴ „Frontoffiziere des Rechts“ – dieser Fachausschuss spiegelt Hallsteins Vorhaben wider, den Berufsstand der Juristen der Kriegsmobilmachung unterzuordnen. Hallstein führte diesen militärischen Fachausschuss sieben Monate vor Beginn des Zweiten Weltkriegs in die Anwaltsbranche ein.

des Anwalts, der sich zum Fürsprecher des gekränkten **[Nazi-/Kartell-] Rechtsbewusstseins**¹⁵ [!] macht, der Richter, in dessen Spruch das rechtliche Gebot [des Nazi-/Kartell-Rechts] doch erst seine letzte Geltung gewinnt;“

„sie alle bilden in sorgsamer Einzelarbeit, die täglich dazu nötigt, das **völkische [Nazi-/Kartell-]Rechtsbewusstsein**¹⁶ in sich lebendig zu machen, das Recht fort, und so erschließt sich denn die Wirklichkeit der **Rechtsverfassung eines Volkes**¹⁷ auch nur dem Betrachter, der nicht an den Gesetzen haften bleibt, sondern den Blick auf das **lebensvolle Zusammenwirken all dieser Kräfte richtet**^{16a}.“

„Was liegt also näher, als diese vielfältig erprobte Kunst auch dann nutzbar zu machen, wenn eine **Generalüberholung ganzer Rechtsgebiete**¹⁷ stattfinden soll, die die begrenzten Möglichkeiten der täglichen Korrekturen überschreite, oder wenn gar eine **Rechtsumwälzung**¹⁸ **revolutionären [!] Ausmaßes die Anspannung aller vorhandenen Kräfte fordert!**“

1957 integrierte Hallstein die strategischen „Rechtswerkzeuge“ für die „Generalüberholung ganzer Rechtsgebiete“ ... **revolutionären Ausmaßes** in die **Römischen Verträge** – dem Gründungsdokument der **Brüsseler EU**.

2009 wurde Hallsteins „Generalüberholung ganzer Rechtsgebiete“ durch die Unterschriften von 27 europäischen Politikern in Form des **Lissaboner „Ermächtigungsgesetzes“** finalisiert und somit ein Rechtssystem im Auftrag des Kartells geschaffen.

¹⁵ „**Rechtsbewusstsein**“ – Nazi-/Kartell-Fachausdruck für die „Verletzung“ ihres Wertesystems, die von den Rechtssystemen demokratischer Nationen laut Auffassung Hallsteins und anderer Unterstützer der Nazi-/Kartell-Ideologie ausgeht.

¹⁶ „**Völkisches Rechtsbewusstsein**“ – Nazi-Fachausdruck für die Angleichung der bestehenden Gesetze an das diktatorische Rechtssystem der Nazis und deren Rassenideologie eines (arischen) „Über-Volkes.“

Hallsteins externes Unterstützungsteam zur Eroberung Europas mit Hilfe der Brüsseler EU

HALLSTEINS FUNKTIONÄRE IM DEUTSCHEN AUSSENMINISTERIUM

Viele Beamte und Botschafter des westdeutschen Außenministeriums der Nachkriegszeit waren ehemalige Mitglieder des früheren „Nazi-Außenministeriums“ unter Ribbentrop gewesen. Sie waren allesamt dekorierte Beauftragte der Nazi-/Kartell-Koalition und dazu bestimmt, Europa im Zweiten Weltkrieg zu erobern.

Während der 1950er Jahre – der Gründungsjahre der Brüsseler EU – wurden diese juristischen und politischen Maulwürfe die ausführenden Handlungsbevollmächtigten des Kartells in den Ländern Europas. Sie wurden beauftragt, den nächsten Übernahmeplan durch die Brüsseler EU vorzubereiten.

HALLSTEINS RECHTE HAND IN BRÜSSEL



Carl F. Ophuels,
Nazi-Parteimitglied
von 1933-1945,
Mitgliedsnummer
2399061.

Während des Zweiten Weltkriegs fun-

gierte Ophuels als rechtlicher Experte für Patente, einschließlich Tausender IG-Farben-Patente.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde er von Hallstein zu seiner „rechten Hand in Brüssel“ und zum „Botschafter Deutschlands in Brüssel“ ernannt.



^{16a} „Zusammenwirken der Kräfte“ – Nazi-Fachausdruck für die „Gleichschaltung“ aller Gesellschaftsbereiche unter dem diktatorischen „Führer-Prinzip“ und der Nazi/Kartell-Ideologie einer Weltherrschaft.

¹⁷ „Generalüberholung ganzer Rechtsgebiete“ – Fachausdruck für das Übertragen der Nazi-Gesetzgebung auf die besetzten Staaten Europas.

¹⁸ „Rechtsumwälzung“ – Fachausdruck für den kompletten Austausch demokratischer Rechtsformen mit der diktatorischen Nazi-Gesetzgebung.

„In der Tat sieht denn auch die Gegenwart die Gesamtheit der Rechtswahrschaft, den ganzen „Rechtsstand“, wenn Sie so wollen, an der gewaltigen Arbeit der **Völkischen Rechtserneuerung**¹⁹ beteiligt.“

.....

„Die Wahrheit ist, dass kein Gesetz die ganze Fülle des Lebens fasst, dass jede Tatbestandsformulierung des Gesetzes nur ein Versuch sein kann, die typischen Elemente seiner Entscheidung hervorzuheben, dass daher, wie schon die Alten wussten, die Logik des Juristen notwendig analogisch ist, darauf gerichtet, das Gesetz von seinen Zufälligkeiten zu befreien, das tragende Gerüst eines Rechtsatzes bloßzulegen, der an einen zufällig angeschauten Tatbestand eine Rechtfolge knüpft.“

„Denn das wird für alle Zeiten das hervorstechendste Merkmal der Lage des Rechts in unseren Tagen bleiben: die **„totale [diktatorische] Rechtspolitik“**²⁰ [der Nazis/des Kartells], eine beispiellose Breite und Tiefe der Umwälzung des überkommenen Rechtsstoffes, der bis in seine entlegensten Winkel hinein ergriffen wird, eine **Erneuerung**²¹, deren Ergebnisse dem kulturellen Antlitz der dadurch **eingeleiteten Epoche**^{21a} unserer Geschichte seine wesentlichen Züge geben werden.“

1957 legte Hallstein mit Hilfe der **Römischen Verträge**, den Gründungsdokumenten der Brüsseler EU, den gesetzlichen Grundstein für **„eine beispiellose Breite und Tiefe der Umwälzung des überkommenen [demokratischen, nationalen] Rechtsstoffes“** und unterstützte somit das Kartell, das europäische Volk „bis in die entlegensten Winkel hinein“ unter dessen Kontrolle zu bringen.

2009 unterzeichneten 27 europäische Politiker das **Lissaboner „Ermächtigungsgesetz“** und ermöglichten somit die **„totale Rechtspolitik“ [des Kartells]**, durch die das europäische Volk und alle nachfolgenden Generationen der Herrschaft des Kartells unterworfen werden.

¹⁹ „Völkische Rechtserneuerung“ – Fachausdruck für die Übernahme des Rechtssystems durch die Nazis.

²⁰ „Totale Rechtspolitik“ – Der Begriff „total“ wurde von den Nazis fortwährend in Bezug auf deren „totalitäre“ Regierungsform verwendet.

²¹ „Erneuerung“ – Nazi-„Neusprache“ für die komplette Übertragung der Nazi-Ideologie auf alle Gesellschaftsschichten.

^{21a} „Eine neue Ära“ – Umschreibung der Nazis für die Weltherrschaft der Nazi-/Kartell-Koalition in ihrem „Tausendjährigen Reich“.

Die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl von 1951: Der langsame Aufbau einer Kartell-Diktatur



18. April 1951: Mit der Unterzeichnung der Pariser Verträge wird Hallstein Adenauers Gesandter für Kohle und Stahl

Am 18. April 1951 wurde der erste „Vorgänger“-Vertrag der Brüsseler EU unterzeichnet. Dieser Vertrag sollte auf dem Papier einen gemeinsamen Markt für Kohle und Stahl in Mitteleuropa schaffen. In Wirklichkeit war dies jedoch der erste Schritt des Kartells, einen erneuten Eroberungsversuch zu starten.

Auch wenn die Unterzeichnungs-Zeremonie in Frankreich abgehalten wurde, war der Vertrag selbst größtenteils unter dem Einfluss von Hallstein und seinem Juristen-Team erstellt worden und trug die eindeutige Sprache des Kartells.

Artikel 9 (unten) des Vertrags der Europäischen Stahl- und Kohlegemeinschaft schafft den „Vorgänger“ der „Europäischen Kommission“ mit all seinen diktatorischen Eigenschaften sowie einen Körper, der „überstaatlich“ funktioniert und ausdrücklich „unabhängig“ von demokratisch gewählten Regierungen agiert – all dies sind Gütesiegel einer Diktatur.

(Article 9 contd.)

The members of the High Authority shall, in the general interest of the Community, be completely independent in the performance of their duties. In the performance of these duties, they shall neither seek nor take instructions from any Government or from any other body. They shall refrain from any action incompatible with the supranational character of their duties.

Each Member State undertakes to respect this supranational character and not to seek to influence the members of the High Authority in the performance of their tasks.

„War dieser Vorgang aber bisher ein Ereignis innerhalb der überlieferten Grenzen, eine sozusagen häusliche Angelegenheit des kleindeutschen Raums, so hat er durch die weltgeschichtlichen Ereignisse²² des vergangenen Jahres eine ganz neue Note erhalten:“

1957, 18 Jahre, nachdem Hallstein die Pläne der Nazi-/Kartell-Koalition für ein Nachkriegseuropa unter deren Kontrolle öffentlich bekannt gegeben hatte, erhielt dieser eine zweite Chance das „**kulturelle Antlitz**“ des Kontinents zu erneuern. Mit den **Römischen Verträgen** legte Hallstein den Grundstein für eine Kartellherrschaft über die **Brüsseler EU**.

2009, sieben Jahrzehnte nach Hallsteins „Eroberungsrede“, führten 27 europäische Politiker diese „**neue Epoche**“ unter der Kontrolle des **Öl- und Pharma-Kartells** für Millionen von Europäern ein, indem sie das **Lissaboner „Ermächtigungsgesetz“** unterschrieben.

*„Alle innere Problematik, aller innere Aufgabenreichtum wird überschattet durch die große Wirkung des **Anschlusses [aller anderer Nationen an das Dritte Reich]**²³, wird überwältigt durch die großartigen Impulse, die die **rechtspolitische Arbeit [der Nazis / des Kartells]** von der **Heimkehr [!] der Ostmark und des Sudetenlandes**²⁴ ins Reich empfängt.“*

²² „**Welthistorischen Ereignisse**“ – Die Machtergreifung der Nazi-/Kartell-Koalition in Deutschland, die Annexion Österreichs und der Tschechischen Republik und die Vorbereitung des Zweiten Weltkriegs.

²³ „**Anschluss**“ – Nazi-„Neusprache“ für „Annexion“.

²⁴ „**Heimkehr der Ostmark und des Sudetenlandes**“ – Nazi-Fachausdruck für die Annexion Österreichs und eines Großteils der tschechischen Republik.

Hallstein: Wichtigster Begründer der Westeuropäischen Verteidigungsgemeinschaft



Hallstein war auch aktiv an der Organisation dieses nächsten „Staatsstreichs“ des Kartells beteiligt. Lediglich 7 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und der militärischen Niederlage der Wehrmacht schmiedete das Kartell bereits Pläne für seine nächsten militärischen Einheiten – diesmal unter dem Decknamen „Europäische Verteidigungsgemeinschaft“ (EVG).

Hallstein war der Hauptverfasser des EVG-Vertrags zum Aufbau einer europäischen Armee unter der Kontrolle einer neu gebildeten „Hohen Behörde“ – somit des Kartells. Der Vertrag wurde am 27. Mai 1952 unterzeichnet und von Italien und den Benelux-Ländern bestätigt.



Am 30. August 1954 geriet dieser Plan in Gefahr, da das französische Parlament den EVG-Vertrag zurückwies. Ein wichtiger Grund dafür war die Tatsache, dass namhafte militärische Berater aus Nachkriegsdeutschland hierbei involviert waren – einschließlich General Hans Speidel (**oben:** mit Hitler in Paris, 1940; **links:** Ernennung zum General der neu gegründeten Westdeutschen Armee 1955).

Mit dem Lissaboner Vertrag von 2009 ist die Brüsseler EU dazu autorisiert worden, eine europäische Armee unter der Kontrolle des Kartells aufzubauen. 55 Jahre nachdem ein solcher Plan vom französischen Parlament zurückgewiesen wurde, hat das Kartell seine Absicht erreicht, eine europäische Armee unter seinem Befehl aufzustellen.

*„Denn die Schaffung des großdeutschen Reichs²⁵ ist nicht nur ein politisches Faktum, eine **Führertat von weltgeschichtlichem Rang**²⁶ ...“
„eine von den [historischen] Taten, die die Karte Europas verändern und eine alte völkische Sehnsucht erfüllen²⁷, sie ist nicht nur ein wirtschaftliches Geschehnis von kaum noch absehbaren Folgen²⁸...“*

1957 Hallstein mit den **Römischen Verträgen** den Grundstein für die **Brüsseler EU** und die „**Schaffung eines Großdeutschen Reichs**“ unter der Kontrolle des Kartells.

2009 vervollständigten 27 europäische Politiker durch die Unterzeichnung des **Lissaboner „Ermächtigungsgesetzes“** diese Schaffung eines „Groß-Europäischen Reichs“ und opferten somit die gesundheitlichen und existenziellen Interessen von Millionen Menschen in die Hand den finanziellen Interessen des **Chemie- und Pharmakartells**.

- „eine von den [historischen] Taten, die die Karte Europas verändern und eine alte völkische Sehnsucht erfüllen²⁷,
- sie ist nicht nur ein wirtschaftliches Geschehnis von kaum noch absehbaren Folgen ...“

1957 schuf Hallstein die **Römischen Verträge** und somit auch die **Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG)**. Seine „**Eroberungsrede**“ von 1939 lässt keinerlei Zweifel, dass er zur Zeit der Römischen Verträge denselben Kartell-Interessen diene wie schon vor dem Zweiten Weltkrieg.

2009 trafen 27 europäische Politiker mit ihrer Unterschrift eine Entscheidung „**von kaum noch absehbaren [wirtschaftlichen] Folgen**.“ Sie lieferten den gesamten europäischen Kontinent einer Handvoll internationalen Kartell-Unternehmen aus – unter anderem **BAYER, BASF und HOECHST** (heute **Sanofi**) –, welche schon in zwei Weltkriegen für die Zerstörung des europäischen Kontinents verantwortlich waren.

²⁵ „Großdeutsches Reich“ – Fachausdruck für ein Europa unter Kontrolle der Nazis.

²⁶ „Eine Führertat von weltgeschichtlichem Rang“ – Hallsteins Glorifizierung Hitlers als geschichtliche Heldenfigur.

²⁷ „Eine alte völkische Sehnsucht erfüllen“ – Hallsteins Umschreibung des Zweiten Weltkriegs als rassengesteuerter Akt des Schicksals.

²⁸ „Wirtschaftliches Geschehnis von kaum noch absehbaren Folgen“ – Hallsteins Umschreibung für die wirtschaftliche Kontrolle Europas durch das IG-Farben-Kartell und andere deutsche Unternehmen.

Hallstein – Vordenker der Brüsseler EU

Die Einführung der „Römischen Verträge“

Vom 1. bis zum 3. Juni 1955 fand in **Messina, Sizilien**, die entscheidende Vorbereitungssitzung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft statt, mit Teilnehmern aus Frankreich, Italien, Deutschland und den Benelux-Staaten. Mit drei Jahrzeh-

ten rechtlicher Erfahrung in „Komparativer Internationaler und Wirtschaftlicher Gesetzgebung“ war Hallstein als ergebener Diener des Kartells der Vordenker hinter dieser Vorbereitungssitzung der „Römischen Verträge“.



Gaetano Martino
Italien



Antoine Pinay
Frankreich



Joseph Bech
Luxemburg



Johan Willem Beyen
Niederlande



Paul-Henri Spaak
Belgien

„ein rechtsgeschichtliches Ereignis von außerordentlicher Bedeutung²⁹...“

„Es gilt nicht mehr nur, das baufällig gewordene alte Haus³⁰ zu erneuern, sondern auf erweitertem Grunde [der eroberten Nationen] ein neues Gebäude für die größer gewordene Familie zu errichten³¹ ...“

1957 wurde Hallstein mit den „Römischen Verträgen“ zum Hauptbegründer des „neuen Gebäudes“, d.h. des „Zentralen Kartell-Büros“ der Brüsseler EU „für eine vergrößerte Familie“, d.h. Millionen von Europäern, die heute und in zukünftigen Generationen „auf erweitertem Grunde“ leben werden, d.h. mehr als zwei Dutzend europäische Nationen.

2009 fielen mit dem Lissaboner „Ermächtigungsgesetz“ 27 europäische Politiker der irreführenden Rhetorik der Kartell-Drahtzieher zum Opfer, laut welcher die Europäer ihre „baufällig gewordenen [und auf demokratischem Fundament erbauten] alten Häuser“ verlassen und in ihr „neues Gebäude“ – die Brüsseler EU – einziehen sollen, das der diktatorischen Macht des Öl- und Pharmakartells untersteht.

„Allein, man wird fragen: ein Gebäude? Ist das denn notwendig?...“

*„Wir stoßen damit auf das erste Problem, das der Anschluss der Rechtspolitik stellt: **Warum soll ein Recht in Großdeutschland [d. h. europaweit] gelten?**³²...“*

²⁹ „Ein rechtsgeschichtliches Ereignis von außerordentlicher Bedeutung“ – Hallsteins Beschreibung seiner eigenen Rolle als Jurist in einem zukünftigen Europa unter der Kontrolle der Nazis / des Kartells.

³⁰ „Das baufällig gewordene alte Haus“ – Hallsteins Charakterisierung eines demokratischen Europas.

³¹ „Auf erweitertem Grunde ein neues Gebäude für die größer gewordene Familie zu errichten“ – Hallsteins grässliches Bild für den Tod von 60 Millionen Menschen, die Zerstörung Europas, und ein zukünftiges Europa unter einer Nazi-/Kartell-Herrschaft.

³² „Warum soll ein Recht in Großdeutschland gelten“ – Hallstein stellt diese rhetorische Frage zur Legitimierung der Ausbreitung der Nazi-Gesetzgebung in Europa mit Hilfe der Wehrmacht.

Hallstein – Vordenker der Brüsseler EU

Die Schaffung von „EURATOM“

Der wichtigste militärische Grund, weshalb der Kartellplan zur Eroberung Europas im 2. Weltkrieg fehlschlug, war die Tatsache, dass die Nazi/Kartell-Koalition den Wettlauf um die Atombombe verlor, obwohl sie bei der Entwicklung ihrer Schlüsselkomponenten führend gewesen waren, z. B. bei der Kernspaltung (**oben links:** Hahn) und der Raketen-Technologie (**rechts oben:** von Braun und Nazi-Offiziere), und sie Mittelstreckenraketen entwickelt hatten (**rechts:** V1-Raketen, von der US-Armee in Deutschland gefunden).



Mit der Gründung der Europäischen Atomenergie-Kommission (EURATOM) als Teil der Römischen Verträge „korrigierte“ das Kartell dieses Defizit. Hallstein und seine rechte Hand Ophuels inszenierten diesen Coup auf einer Regierungskonferenz (**rechts:** Sitzung am 28. Januar 1957 mit Hallstein **in der Mitte**).

Durch EURATOM und die Unterzeichnung der Römischen Verträge hatten die aus Unternehmen stammenden Komplizen der ehemaligen Nazi-/Kartell-Koalition mit Hilfe ihres Politbüros, der EU-Kommission in Brüssel, direkten Zugang zur Atomtechnik erhalten. 1957 war das Kartell bereit, einen weiteren Welt Eroberungsversuch zu starten.



„Allein, die Antwort auf jene Frage nach der Notwendigkeit der Rechtseinheit³³ kann für uns heute nicht zweifelhaft sein ...“

1957 schuf Hallstein mit den **Römischen Verträgen** und dem politischen Exekutivorgan, der so genannten „EU-Kommission“, die entgegen jeglichem demokratischen Grundsatz agiert, das Fundament für diese „**Rechtseinheit**“ (die Brüsseler EU).

2009 setzten 27 europäische Politiker mit ihrer Unterzeichnung des **Lisaboner „Ermächtigungsgesetzes“** einen Plan in Kraft, der auf den Reißbrettern der Nazi-/Kartell-Koalition entstanden war. Hallsteins Rede von 1939, die hier dokumentiert ist, lässt keinen Zweifel daran und stellt dementsprechend ein ernüchterndes Zeugnis dar.

*Sicher gehört ihre Nichtverwirklichung gerade zu den Unvollendetheiten und Unfertigkeiten des **Zweiten Reichs**.³⁴*

„Die Bejahung ergibt sich nicht nur aus naheliegenden Gründen materieller Zweckmäßigkeit: dieses Großdeutschland [d. h. der europäischen Kontinent] ist und wird in zunehmenden Maße ein Wirtschaftskörper³⁵ ...“.

³³ „*Notwendigkeit der Rechtseinheit*“ – Die deutsche Nazi-Gesetzgebung muss in allen eroberten Ländern Europas und der Welt verbreitet werden.

³⁴ „*Zweites Reich*“ – Vorläufer des Dritten Reichs, die Epoche der Kaiser Wilhelm I, Friedrich III und Wilhelm II (im Zeitraum von 1871 bis 1918), in dem auch der Erste Weltkrieg stattfand – der erste Versuch Nazi-Deutschlands, Europa und den Rest der Welt zu erobern. Hallstein fordert, dass im Zweiten Weltkrieg das erreicht werden soll, was im Ersten Weltkrieg nicht gelang.

³⁵ Da Deutschland bereits eine Wirtschaftseinheit war, reflektiert dieser Satz den abscheulichen Hintergrund Hallsteins Propaganda-Rede. „*Großdeutschland*“ ist der Nazi-Fachausdruck für ein Europa unter Kontrolle der Nazis und des Öl- und Pharma-Kartells.

Die Architekten von Auschwitz unterstützen die Brüsseler EU Ein Kriegsverbrecher als Vorsitzender von BAYER

1956 war das Jahr, in dem die „Regierungskonferenz“ zur Vorbereitung der Römischen Verträge stattfand. Im selben Jahr wurde der ehemalige BAYER-/IG-Farben-Direktor Fritz Ter Meer, der wegen Versklavung europäischer Bürger und der Plünderung von europäischen Unternehmen zu neun Jahren Haft verurteilt wurde, erneut BAYER-Vorstandsvorsitzender.



Die Motive für die massive Unterstützung der Brüsseler EU durch BAYER und die anderen IG-Farben-Unternehmen lagen auf der Hand: Als Inhaber der meisten Patente für Chemikalien und Pharmazeutika auf der ganzen Welt konnten sie Europa mit Hilfe ihres neuen „Politbüros“ – die Brüsseler EU – kontrollieren.



17 Jahre nach Hallsteins „Eroberungsrede“ im Auftrag des Kartells – und 8 Jahre nach der Inhaftierung seines Kartellchefs Ter Meer wegen Kriegsverbrechen – wurde das Team Hallstein/Ter Meer im Zuge eines neuen Europa-Eroberungsversuchs wiedervereint.

„Und offenbar geht es ja nicht an, dass der [diktatorische] Rechtsverkehr [der Nazis / des Kartells], der den Blutkreislauf dieses Körpers³⁶ darstellt, durch die Verschiedenheit von [demokratischen] Regelungen für verschiedene Glieder abgeschnürt [!] wird...“

*„Wenn es richtig ist, dass ein **Volk**¹¹ nicht nur durch die Gemeinsamkeit körperlicher Bedingungen – ererbter und durch die Umwelt bestimmter –, nicht nur durch die Gemeinsamkeit geschichtlicher*

1957 legte Hallstein mit den **Römischen Verträgen** den Grundstein, um diesen „**abschnürenden Effekt**“ eines demokratischen Rechtssystems zu unterbinden und somit den Plan des Kartells, Europa und die Welt zu erobern, voranzutreiben. Mit der Schaffung einer diktatorischen Rechtsordnung – ohne jegliche Gewaltenteilung – stellte Hallstein sicher, dass der „Blutkreislauf“ der Macht des Kartells über Europa nicht mehr durch den demokratischen Willen der Bevölkerung blockiert wird ...“

2009 lösten die 27 europäischen Politiker mit dem **Lissaboner „Ermächtigungsgesetz“** die letzten „Verstopfungen“, die den „Blutkreislauf“ des Kartells hinsichtlich seiner diktatorischen Übernahme Europas blockierten.“

Schicksale gebildet wird, sondern auch und vor allem durch die Gemeinsamkeit von Überzeugungen und Werturteilen – und das ist unzweifelhaft richtig –, so kann die [Nazi-/Kartell-]Führung eines völkischen [arischen] Staates³⁷, so kann also gerade der Nationalsozialismus zu allerletzt auf das Mittel des Rechtes verzichten, um jene Gemeinsamkeit zu sichern.“

³⁶ Europa unter einer Nazi-Herrschaft.

³⁷ „**Völkischer Staat**“ – Hallsteins rassistische Umschreibung für die Überlegenheit eines arischen Staates.

Hallstein – Vordenker der Brüsseler EU

Die Unterzeichnung der Römischen Verträge von 1957



Am 25. März 1957 vollendete Hallstein die erste Stufe seines Kartellauftrags: Der ehemalige Kreuzritter des Kartells war einer von zwölf Unterzeichnern der Römischen Verträge, welche die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und „EURATOM“ schufen.



Die Unterzeichnung dieser Verträge (Bild links: Hallstein zusammen mit dem deutschen Kanzler Konrad Adenauer) führte zum Startschuss für den nächsten Versuch des Kartells, Europa zu erobern – diesmal mit politischer Macht, wirtschaftlicher Bestechung und der Einführung

von EURATOM. **Der Plan des Kartells war es, mit der Gründung dieser Gemeinschaft eine politische – und schließlich militärische – Basis für seine Macht im 21. Jahrhundert zu schaffen.**

„Es ist das hervorragendste **Erziehungsmittel**³⁸, das der Gemeinschaft zu Gebote steht, denn es gibt wenig Dinge, deren Autorität im Menschenherzen so gefestigt ist wie der **Glaube an Recht und Wahrheit**³⁹[!]“

„Ist somit die Frage des „Ob“ der Rechtseinheit beantwortet, so bleibt die viel schwierigere Frage des ‚Wie‘“.

„Der **Anschluss**²³ [Österreichs] ist ja zunächst nur ein **staatsrechtlicher Vorgang [im Sinne der Gesetze der Nazis / des Kartells]**, er gliedert das Gebiet und die Menschen in den Verband des anschließenden Staates ein, schafft also vor allem **neue Staatsangehörigkeiten**[!]...“

1957 legte Hallstein mit den **Römischen Verträgen** das Fundament für den nächsten Versuch des Kartells, Europa zu erobern. In seiner Rede von 1939 beschrieb Hallstein die Mechanismen der diktatorischen Annexion Österreichs im Auftrag der Nazis-/Kartell-Koalition. Mit den Römischen Verträgen war die Annexion Österreichs 1938 nicht mehr nur ein geschichtliches Ereignis. Mit diesen Verträgen würde die gänzliche Übernahme von kompletten Gesellschaften nicht die Ausnahme, sondern die Regel für alle Nationen Europas sein. Die Menschen Europas würden gezwungen sein, eine „**neue Staatsangehörigkeit**“ zu akzeptieren und sich somit dem Kartell zu unterwerfen.

2009 verliehen 27 europäische Politiker durch das **Lissaboner „Ermächtigungsgesetz“** hunderten von Millionen Europäern eine „**neue Staatsangehörigkeit**“, ohne vorher die Bürger in einem Referendum zu befragen und sie um ihre Zustimmung zu bitten.

³⁸ „**Erziehungsmittel**“ – Bezug zum Begriff „Disziplin“. Hallsteins Ausdruck ist hier wohl gewählt, um die Disziplinarfunktion des totalitären NS-Staates zu verschleiern.

³⁹ „**Glaube an Recht und Wahrheit**“ – und noch einmal verschleiern Hallstein die grausame Realität: Recht und Wahrheit waren die ersten Werte, welche in dem totalitären Nazi-Regime missachtet wurden.

Hallstein – Vordenker der Brüsseler EU

Die Wahl Brüssels als Sitz des Kartell-Politbüros

Alpbach in Tirol, den 30. Dez. 1957

Sehr verehrter Herr Bundeskanzler,

Ihren Wunsch entsprechend, über die Entwicklung der grossen Personalfragen der europäischen Gemeinschaften auf dem Laufenden gehalten zu werden – besonders in Hinblick auf die deutschen Möglichkeiten –, darf ich Ihnen

e) An Brüssel als **Endlösung der Sitzfrage** muss festgehalten werden, da die Belgier sonst zu eigenen Personalwünschen veranlasst würden.

d) Die Italiener müssen abgefunden werden. Wie – das ist noch nicht abzusehen. Bisher haben sie ziemlich kategorisch erklärt, dass sie sich mit dem Präsidenten der Investitionsbank nicht abpeisen lassen würden.

Nach dem Verfassen der Römischen Verträge gehörte es nun zu Hallsteins Aufgabe, als „Chef“ des Kartell-Hauptbüros diese Verträge umzusetzen.

Am 30. Dezember 1957 liess Hallstein dem deutschen Kanzler Adenauer ein dreiseitiges Schriftstück aus dem Urlaubsort Alpbach in den Tiroler Alpen zukommen.

Dieser Brief – der als die Brüsseler „Endlösung“ bekannt werden sollte – beschreibt detailliert den „Kuhhandel“, den das Kartell für Hallstein bei der Sicherung des höchsten Amtes im „neuen Europa“ – die Rolle des Präsidenten der EU-Kommission als „Chef“ des Kartell-Politbüros – eingegangen ist.

Höhepunkte dieses Briefs zur Brüsseler „Endlösung“ sind die folgenden:

- „An Brüssel als Endlösung der Sitzfrage muss festgehalten werden.“ [Man beachte Hallsteins Analogie zum nationalsozialistischen Propaganda-Begriff der „Endlösung der Juden-Frage“.]
- „Die Italiener müssen abgefunden werden [dafür, dass sie den Sitz nicht in Rom haben]. Wie – das ist noch nicht abzusehen.“
- „Der Gedanke, den Sitz in Paris zu stationieren, wurde durch unser [Hallsteins] eingreifen fallen gelassen.“
- „Die bevorstehenden Aufgaben [als Präsident der EU-Kommission] sind wie gemacht für einen Deutschen.[!]“
- „Nach 7 Jahren des Wartens ist [ein deutscher Präsident] überfällig.“

*„... und unterwirft Volk und Raum [des eroberten / angeschlossenen Staates] der staatlichen Hoheit des Mutterstaates [der Nazis / des Kartells], deren Träger in Bezug auf **gesetzgebende wie vollziehende Gewalt** sich aus dessen Verfassung ergeben.“⁴⁰*

2009 wurden „Volk und Raum“ mit dem Lissaboner „Ermächtigungsgesetz“ der „staatlichen Hoheit des Mutterstaats“ – der Brüsseler EU – mit seiner „gesetzgebenden und vollziehenden Gewalt“ unterworfen, welche durch Hallstein 1957 in den **Römischen Verträgen** festgelegt und schon 1939 in dieser Rede öffentlich gemacht wurde.

*„Im Übrigen lässt er dagegen die Rechtsordnungen unberührt: in jedem der **vereinigten Gebiete**⁴¹ [Europa] gelten die alten Gesetze weiter (**außer, natürlich, soweit sie der Verfassung des Gesamtstaates**⁴² [Europa] zuwiderlaufen).“ ...*

In seiner „Eroberungsrede“ von 1939 verwendet Hallstein dieselbe irreführende Sprache, durch die die meisten europäischen Nationen von den politischen Interessenvertretern des Kartells in Brüssel – und seinen Marionetten in den jeweiligen europäischen Ländern – dahingehend „bestochen“ wurden, der Brüsseler EU beizutreten.

Mit dem **falschen Versprechen**, die Brüsseler EU sei lediglich ein **lockerer Zusammenschluss europäischer Staaten**, um Wirtschaftswachstum, Demokratie und Frieden zu fördern, **schlückte der „EU-Krake“ eine europäische Nation nach der anderen.**

Millionen von Menschen in Europa werden jetzt ihre wachsenden Vorbehalte gegenüber der Brüsseler EU bestätigt finden. Die in diesem Buch veröffentlichten Tatsachen werden ihnen helfen, sich von dem „Brüsseler Kraken“ zu befreien, um das Recht auf Freiheit und Demokratie für zukünftige Generationen zu schützen und zu sichern.

⁴⁰ „Gesetzgebende wie vollziehende Gewalt (die) sich aus dessen Verfassung ergibt“ – Hallstein erweckt die Illusion, dass der Nazi-Staat ein demokratisches Konstrukt mit einer Exekutive und Legislative sei. Das exakte Gegenteil ist der Fall: Seit Beginn der Nazi-Herrschaft 1933 wurde in den darauf folgenden sechs Jahren systematisch ein totalitäres Rechtssystem aufgebaut, in dem es keine Gewaltenteilung gab. Hallstein war einer der Begründer dieses totalitären Rechtssystems. In dieser Rede beruft sich Hallstein auf Exekutive und legislative Gewalten – obwohl er wusste, dass diese nicht existierten – und beweist damit, dass er ein skrupelloser Nazi-Propagandist war.

Hallstein – Vordenker der Brüsseler EU Ernannter Chef der ersten „EU-Kommission“



Nur acht Tage nach seiner überzeugenden Selbstinszenierung zahlte sich Hallsteins „Kuhhandel“ aus: Am 7. Januar 1958 wurde er Präsident der ersten EU-Kommission im engen Kreis von sechs Außenministern.

An diesem Tag hatte Hallstein die zweite Aufgabe des Kartells erfolgreich erfüllt: den nächsten Versuch der Eroberung Europas als Chef seines neu gegründeten Politbüros zu koordinieren.

⁴¹ „Vereinigte Gebiete“ – Hallstein beschreibt mit diesem Begriff die Welt als „vereinigtes Gebiet“ unter der Nazi-Herrschaft, d. h. sie wurden vereinigt mit Hilfe der Panzer und Gesetze der Nazis.

⁴² „Soweit sie der Verfassung des Gesamtstaates zuwiderlaufen“ – ein weiteres Beispiel für den irreführenden Charakter von Hallsteins Rede. Diese Aussage impliziert, dass besetzte Territorien ihr Rechtssystem so lange behalten, bis sie dem Nazi-Rechtssystem widersprechen. Hallstein wusste jedoch, dass nirgendwo mehr Demokratie herrschen würde, sobald die Nazis erst einmal die Macht erlangt hatten. Hallstein nutzt noch das Wort „Gesamtstaat“ als Umschreibung für den vereinigten europäischen Staat – heute die Brüsseler EU – und eine spätere neue Weltordnung unter der Kontrolle des Kartells.

„So ist es also auch für das **Großdeutsche Reich**²⁵ die **Rechtseinheit** nicht eine Tatsache, die sich aus der **Schaffung dieses (Zukunfts-) Reiches**⁴³ ohne weiteres ergibt, sondern eine Aufgabe.“

„Nun könnte ein naiver Betrachter dieser Lage wohl meinen, dass nichts leichter sein könne als die Erfüllung dieser Aufgabe. Man brauche nur eine Vorschrift: die, dass alles Recht des Altreichs [Nazi-Deutschlands] auch in der **Ostmark [Österreich] und im Sudetenland**⁴⁴ gelte ... So einfach ist indessen die Sache nicht.“

„Es kann keine Rede davon sein, über ein solches Gebiet mit einem Schlage die ganze Summe unseres geschriebenen [Nazi-/Kartell] Rechts in Kraft zu setzen. Das scheitert schon an den **Grenzen**, die **der Geisteskraft**⁴⁵ des Menschen gezogen sind, die mit diesem Recht arbeiten sollen.“

Hallstein fordert hier hinsichtlich der Absicht des Kartells, Europa und die Welt zu erobern, das Element des **strategischen Betrugs**. Der Hauptgrund für seine Vorsicht ist nicht die „**Grenze der Geisteskraft**“ [man bemerke die arrogante Sprache Hallsteins] der juristischen Fachleute in den annektierten Ländern. Die wahre Gefahr für den Erfolg der Kartell-Strategie liegt in der „**Persönlichkeit der Leute**“ in den unterjochten Ländern – d. h. ihren Widerstand, sich der diktatorischen Gesetzgebung des Kartells zu beugen.

Die Tatsache, dass die Geschäftsinteressenten der **Brüsseler EU** im 21. Jahrhundert mehr als 99 Prozent der Menschen Europas das Abstimmungsrecht über das Lissaboner Ermächtigungsgesetz vorenthielten, spricht für sich selbst. Es zeigt, dass **Hallsteins Angst vor der Intelligenz und der demokratischen „Persönlichkeit der Menschen“** noch heute relevant ist.

⁴³ „**Schaffung dieses Reiches**“ – das Errichten eines Nazi-Reichs in Europa.

⁴⁴ Hallstein lässt mit Bedacht andere Staaten aus, meint jedoch auch die Länder, die noch erobert werden sollen.

⁴⁵ „**Grenzen der Geisteskraft**“ – Hallsteins doppeldeutige Formulierung, dass die Juristen in den besetzten Ländern beschränkte mentale Fähigkeiten besitzen – im Vergleich zu arischen Juristen wie Hallstein. Diese Textstelle deckt zweifellos Hallsteins Unterstützung der fanatischen Nazi-Ideologie auf (Übermensch / Untermensch).

Hallstein – Vordenker der Brüsseler EU

Das Brüsseler „Atomium“ – Symbol eines globalen Herrschaftsanspruchs



Passend zur Entstehung dieses neuen politischen Konstrukts – der Brüsseler EU – fand 1958 in dieser Stadt die Weltausstellung statt.



Das Symbol dieser Weltausstellung – und seitdem Wahrzeichen von Brüssel – wurde das Atomium-Gebäude. Das Bauwerk, das die riesige Vergrößerung eines Atoms darstellt, soll ein Symbol für den Stolz der Menschheit sein, die Atomenergie zu friedlichen Zwecken „gezähmt“ zu haben – und für einen weltweiten Herrschaftsanspruch.

Das Lissaboner „Ermächtigungsgesetz“ verlangt nach dem Aufbau einer europäischen Armee – einschließlich der Verwendung von Kernwaffen – unter der Kontrolle des Politbüros des Kartells, der „EU-Kommission“. Mit diesem 2009 verabschiedeten Gesetz hat das Atomium-Symbol ganz offensichtlich eine neue Bedeutung erhalten: Den Weltherrschaftsanspruch der Brüsseler EU. Mit seinen derzeitigen Plänen, neue Gebäude für die EU-Kommission mit Blick auf das Atomium zu bauen, lässt das Kartell keine Zweifel an seinen wahren Vorhaben.



„Das scheitert auch an der Verwickeltheit des Gefüges einer **modernen sozialen Ordnung**⁴⁶, daran, dass man eine Rechtsordnung nicht wie einen Rock, der unmodern geworden ist, einfach wechseln kann, dass jede grundlegende Änderung irgendwie – ich möchte sagen: – die Persönlichkeit des Volkes selber berührt.“

„Ich komme damit von den grundsätzlichen zu den konkreteren Fragen der **Rechtsangleichung**⁴⁷ [d. h. der **Angleichung des Nazi-/Kartell-Rechts**]: – sicher gibt es gewisse Normen, mit deren Einführung nicht gewartet werden kann – eine Art von „**Sofortprogramm**“ der **Rechtsvereinheitlichung**⁴⁸...“

1957 band Hallstein diese „**Sofortprogramme innerhalb der Rechtsvereinheitlichung**“ als Basis der Brüsseler EU in die **Römischen Verträge** ein – insbesondere durch die Einführung der so genannten EU-Kommission als Exekutivorgan der **Brüsseler EU**.

Die EU-Kommission, dieses eigenartige und in der Geschichte demokratischer Verfassungen beispiellose Konstrukt, wurde von den Reißbrettern der Nazi-/Kartell-Koalition kopiert. Laut ihren Plänen sollte das Nachkriegseuropa von einem diktatorischen „**Zentralen Kartellbüro**“ aus regiert werden.

2009 unterzeichneten 27 europäische Politiker – ohne die Zustimmung ihrer Wähler – das **Lissaboner „Ermächtigungsgesetz“** und bewilligten dadurch das vom Kartell geplante „**Sofortprogramm innerhalb der Rechtsvereinheitlichung**“ – inklusive eines nicht wählbaren „Zentralen Kartellbüros“, welches – wie ein Feudalregime im Mittelalter – das Monopol besitzt, Gesetze für Europa zu erlassen, die jenseits jeglicher demokratischen Kontrolle liegen.

⁴⁶ „**Moderne soziale Ordnung**“ – Hallstein scheut sich nicht, das Nazi-Regime als „modern“ darzustellen.

⁴⁷ „**Rechtsangleichung**“ – Nazi-Fachausdruck für den Austausch eines bestehenden Rechtssystems mit der totalitären Nazi-Gesetzgebung.

⁴⁸ „**Rechtsvereinheitlichung**“ – ein weiterer Ausdruck der Nazis für die Verbreitung von deren totalitären Rechtsformen.

Hallstein – Vordenker der Brüsseler EU

Deutsches Kartell erhält Zugriff auf Nukleartechnologie



Am 1. Januar 1959 gründet die EU-Kommission mit EURATOM offiziell einen „gemeinsamen Markt auf dem Nukleargebiet“.

Somit hatte Hallstein, der Kreuzritter der Nazis / des Kartells, nur ein Jahr, nachdem er zum Chef des Kartell-Politbüros ernannt wurde – und 14 Jahre nach 1945 –, seine dritte Aufgabe erfüllt: den deutschen Kartellinteressen Zugang zur Nukleartechnologie (Nuklearwaffen) verschaffen.

„Es gibt aber andererseits solche (Gesetze), die erst erarbeitet werden müssen, und zwar, da es auf juristischem Gebiet, zumal in einer völkischen Ordnung, keine Erfindungen gibt, sondern allenfalls Entdeckungen, erarbeitet unter Mitwirkung der Rechtswahrer der **Ostmarken**⁴⁹ selbst, die manches [!] dazu beitragen können, dass unsere Rechtsordnung immer lauterer, immer mehr ein **wirkliches Recht des deutschen Volkes** werde.“

„Das ‚Sofortprogramm‘, die Nahziele haben durchweg die Einführung von bereits geltenden Vorschriften des **Altreichs**⁵⁰ zum Inhalt.“

„Und zwar ist die **Technik [bei der Einführung des Nazi-/Kartell-Rechts]** überwiegend die der **Verordnung**⁵¹; die Kompetenz [beim Erlass dieser Verordnungen] **liegt bei den zuständigen [NS-/Kartell-]Reichsministern**, zusammen mit dem [NS-]Reichsminister des Innern.“

Hallstein vereinigte all diese Elemente in den Römischen Verträgen als die Gründungsprinzipien der Brüsseler EU und deren Herrschaft über das heutige Europa:

- Die „**Reichsbeamten**“ [des europäischen Kartells] in Hallsteins „Eroberungsrede“ wurden die **EU-Kommissare**, die nun über Europa im Auftrag des Kartells und jenseits jeder demokratischen Kontrolle herrschen.
- Die „**Direktiven**“ von den Reißbrettern der Nazi-/Kartell-Koalition wurden die „**EU-Richtlinien**“ von heute. Diese „**EU-Direktiven**“ wurden, zusammen mit den so genannten „**EU-Verordnungen**“, die diktatorischen Anweisungen, nach denen das Politbüro des Kartells, die EU-Kommission, die Gesetze erlässt für 500 Millionen Menschen Europas – im Wesentlichen außerhalb jedes demokratischen Prozesses.

⁴⁹ „**Ostmarken**“ – Hallstein nutzt den Plural von „Ostmark“ im Hinblick darauf, dass nach der Annexion Österreichs noch viele weitere östliche Länder erobert werden könnten. Mit dem Angriff auf Polen und Osteuropa – ein gutes halbes Jahr später – wurde Hallsteins Vision zur blutigen Realität.

⁵⁰ „**Altreich**“ – Nazi-Deutschland.

Hallstein – Vordenker der Brüsseler EU

Die Tradition der Symbole



Als Belohnung für die Durchsetzung der Ziele des Kartells erhielt Hallstein während seiner ersten fünfjährigen Amtszeit als „neuer König von Europa“ ein adäquates „Schloss“ und ein dazu gehörendes „königliches Personal“ in Form von mehreren tausend unterwürfigen Bürokraten.

Der Bau des Berlaymont-Gebäudes – welches noch heute Sitz der EU-

Kommission ist – begann 1963 und kennzeichnete den Anfang von Hallsteins zweiter fünfjähriger Amtszeit als Kommissionspräsident. Als Hallstein damals die Entwürfe seines zukünftigen „Schlosses“ sah, muss er von großer Freude überwältigt gewesen sein: Die Grundform des EU-Kommission-Hauptquartiers ähnelte sehr stark dem Abzeichen, das er noch zwei Jahrzehnte zuvor mit Stolz trug.

⁵¹ „Verordnung“ – die diktatorische Verbreitung der Nazi-Gesetzgebung in den besetzten Ländern; es stellt schon eine bizarre Ironie dar, dass Hallstein zwei Jahrzehnte später diese undemokratischen Ansätze als Werkzeug für die Kontrolle Europas durch die Nazi-/IG-Farben-Koalition nutzt. Als Präsident der EU-Kommission führt er die gleichen Direktiven und Regelungen ein und ermöglicht so eine Herrschaft der IG-Farben-Nachfolger über Europa mit Hilfe der Brüsseler EU. Das „Lissaboner Ermächtigungsgesetz“ machte Hallsteins Visionen am 1. Dezember 2009 wahr.

„Unter den Gegenständen dieser **schleunigen Angleichung** [an das Nazi-/Kartell-Recht] scheiden sich zwei Gruppen: Die erste machen die – in Österreich schon wenige Tage nach dem [NS-/Kartell-] **Vereinigungsgesetz**⁵² eingeführten – **Vorschriften des Verfassungsrechts aus, die den nationalsozialistischen Staat als solchen konstituieren**, ihm seine Gestalt, seine Wirklichkeit geben:

- 
- **Die Staatsgrundgesetze gegen die Neubildung von Parteien**⁵³ [in einem Europa unter der Herrschaft der Nazis / des Kartells]
 - **Staatsgrundgesetze zur Sicherung der Einheit von [NS-/Kartell-] Partei und Staat**⁵⁴
 - **Staatsgrundgesetze über den Neuaufbau**⁵⁵ des [europäischen NS-/Kartell-]Reichs
 - **Das Reichstatthaltergesetz**⁵⁶
Gewisse, mit diesen Grundgesetzen zusammenhängende Normenkomplexe, wie z. B. das Reichsbürgergesetz ...
- 

⁵² „Vereinigungsgesetz“ – die Gesetzgebung der Nazis sollte der Annexion Österreichs eine pseudo-legale Basis geben.

⁵³ „Staatsgrundgesetze gegen die Neubildung von Parteien“ – als eine der ersten Amtshandlungen der Nazis nach deren Machtergreifung verhinderten sie die Neubildung von Parteien; die Dringlichkeit dieses Anliegens – und der Verwirklichung in jedem eroberten Land – wurde von Hallstein mehrfach betont – demselben Menschen, der später die Brüsseler EU aufbaute.

Hallstein – Vorkenker der Brüsseler EU Die traditionelle Begünstigung von Kartell-Diktaturen



Von 1933 bis 1955
im Auftrag der
Nazi-/Kartell-Koalition



Von 1958 bis 1967
als erster Präsident
der EU-Kommission
Vom Kartell ernannt

1939 verteidigte Hallstein öffentlich den Aufbau einer Nazi-/Kartell-Zwangsherrschaft über Europa – einschließlich des Verbots anderer politischer Parteien und anderer Eigenschaften eines totalitären Regimes.

Weniger als zwei Jahrzehnte später wurde dieser Kreuzritter für eine europäische Zwangsherrschaft Hauptbegründer der Brüsseler EU.

1957 wurde derselbe Mann vom Kartell zum Präsidenten ihres neuen Politbüros, der EU-Kommission, ernannt.

Um die Öffentlichkeit zu täuschen, waren die militärischen Drahtzieher des Kartells nach 1945 ausgetauscht worden, jedoch brachte das Öl- und Pharmakartell nun seine wichtigsten Technokraten aus dem politischen und juristischen Bereich in die „Pole Position“ der Brüsseler EU ein, um seinen nächsten Eroberungsversuch in Angriff zu nehmen.

⁵⁴ Wichtiges Gesetz zur Etablierung der Nazi-Diktatur in jedem Land.

⁵⁵ „Neuaufbau“ – die Umwandlung einer Demokratie in eine Diktatur.

⁵⁶ „Reichstatthaltergesetz“ – Paragraph 1 dieses Gesetzes besagt, dass der Reichsstatthalter der Repräsentant seiner Reichs-Regierung in seinem Territorium ist und die Aufgabe hat, „für die Beobachtung der vom Führer und Reichskanzler aufgestellten Richtlinien der Politik zu sorgen.“

1957 entwarf Hallstein diese „**Staatsgrundgesetze für die Erschaffung des [europäischen Kartell] Reichs**“ in den Römischen Verträgen.

Mehr als fünf Jahrzehnte später unterzeichneten 27 politische Führer Europas – ohne ihrer Wählerschaft den üblen historischen Ursprung der Brüsseler EU offen zu legen – das Lissaboner Ermächtigungsgesetz und somit die „**Staatsgrundgesetze für die Erschaffung des [europäischen Kartell-] Reichs**“.

*das **Reichsflaggengesetz**, die Vorschriften über **Hoheitszeichen**, **Reichssiegel** und den Schutz der **nationalen Symbole** [d. h. **Hakenkreuze**].“*

„Die zweite, sich noch täglich mehrende Gruppe umfasst die Vorschriften über Staatsorganisation, materielles Recht oder Verfahren, durch die der nationalsozialistische Gesetzgeber⁵⁷ als solcher bereits, sei es durch Erhaltung eines bestehenden Zustandes, sei es – vor allem – durch Neuschöpfung sein Urteil abgegeben hat [beachtenswert ist die extremistische Sprache] ... die causa iudicata sind, d.h. aus dem Stadium der Rechtspolitik schon in das einer geltenden Ordnung eingetreten sind; über sie wird die Beratung nicht wieder aufgenommen[!]...“

⁵⁷ „Nationalsozialistische Gesetzgeber“ – die Hitler-Regierung.

Hallstein – Vordenker der Brüsseler EU Begründer der Kartell-Zwangsherrschaft des 21. Jahrhunderts

**Diktatur
1939**

„Eroberungsrede“



**Diktatur
1957**

„Römische
Verträge“

Unternehmens-Diktatur HEUTE

Beim Durchlesen der vorhergehenden Abschnitte stellt sich die offensichtliche Frage:

- **Wie konnten die politischen Anführer** von 27 europäischen Nationen das „Lissaboner Ermächtigungsgesetz“ unterzeichnen und somit eine politische Plattform billigen, deren Begründer – in aller Öffentlichkeit dokumentiert – ganz offensichtlich ein Befürworter einer politischen und unternehmerischen Diktatur war?
- **Wie können Millionen intelligenter Menschen** quer durch den europäischen Kontinent – einen Kontinent, der behauptet, die Wiege der Demokratie zu sein – die Kontrolle über das Schicksal ihrer Länder an Politiker weitergeben, die unfähig oder unwillig waren, Jahrhunderte alte Grundsätze der Demokratie zu schützen, für die so viele Menschen ihr Leben geopfert hatten?

- 
- 
- „Das Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes⁵⁸...“
 - „So sind die **reichseigenen Verwaltungen** [des europäischen Nazi-/Kartell-Reichs] erstreckt...“
 - a) „die **Finanzverwaltung**,“
 - b) „die **Justizverwaltung**,“
 - c) „die **Eisenbahn- und Postverwaltung**,“
 - d) „die **Luftfahrtverwaltung**“
 - e) „die **Behörden des Propagandaministeriums**“
 - „So sind eingeführt das **Wehrrecht** und das Recht des **Reichsarbeitsdienstes**⁵⁹ und des **Luftschutzes** ...

⁵⁸ „Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes“ – dies ist kein Fehldruck, Hallstein – als Gründungsvater der Brüsseler EU – wies der Vollstreckung der Nürnberger Rassengesetze in eroberten Ländern hohe Priorität zu.

⁵⁹ „Reichsarbeitsdienst“ – Ab 1935 schufen die Nazis als Vorbereitung auf den Wehrdienst den sechsmonatigen Reichsarbeitsdienst, um jeden männlichen Deutschen ideologisch und physisch auf den Krieg vorzubereiten.

⁶⁰ „Sammlungsgesetz“ – das Gesetz von 1934 verbot Versammlungen in der Öffentlichkeit, sofern keine offizielle Genehmigung durch die Nazi-Behörden vorlag.

Hallstein – Vordenker der Brüsseler EU Begründer der Kartell-Zwangsherrschaft des 21. Jahrhunderts

Unterneh-
mensdiktatur
1939



Unterneh-
mensdiktatur
1957



Die politischen Unterstützer des Lissaboner „Ermächtigungsgesetzes“ für die Unternehmensdiktatur der Brüsseler EU

1957 wurde Hallstein, der arische Rassist und treue Kreuzritter der militärischen Unterwerfung Europas unter die Diktaturherrschaft einer Nazi-/Kartell-Koalition, zum wichtigsten Begründer und ersten „Präsidenten“ Europas. Von diesem Moment an durften die Menschen Europas nicht erfahren, wer dieser Hauptbegründer der Brüsseler EU wirklich war.

Nach der Veröffentlichung dieses Buches darf kein Politiker, der das Lissaboner Ermächtigungsgesetz unterschrieb, und keine politische Partei des so genannten „Europäischen Parlaments“ – ein Feigenblatt für die unternehmerische Diktatur der Brüsseler EU – behaupten, dass sie davon nichts wussten.

Es kann nur eine Lösung geben: Europäische Politiker und politische Parteien, die dieses diktatorische Konstrukt der Brüsseler EU trotz dieses verheerenden historischen Beweismaterials unterstützen, müssen aus ihren Büros gewählt werden und durch Vertreter ersetzt werden, die dazu entschlossen sind, wahre Demokratie zu gewähren.

- „... aus dem **Verwaltungsrecht** die **Reichsgemeindeordnung**, das **Sammlungsgesetz**⁶⁰, ein Teil des **Beamtengesetzes**⁶¹, das **Besoldungsrecht**“
- „**wichtige Steuern**“
- „aus dem **ständischen Recht** die **Kulturkammergesetzgebung**, die **Tierärzteordnung**“
- „aus dem **Bauernrecht** das **Erbhofgesetz**, das **Nährstandsgesetz**, die **landwirtschaftliche Marktordnung**“
- „aus dem **Sozialrecht** die **Reichsversicherungsordnung** und **fürsorgerechtliche Vorschriften**“
- „aus dem **Arbeitsrecht** schrittweise das **Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit**“

⁶¹ „**Beamtengesetz**“ – eines der ersten Nazi-Gesetze vom 7. April 1933; es entband alle Personen des öffentlichen Dienstes, die jüdischen Glaubens waren, Oppositionelle und „Personen, die nicht jederzeit rückhaltlos für den nationalen Staat eintreten.“

⁶² „**Verordnung zur Durchführung des Vierjahresplans**“ – die „Vierjahresplan-Behörde“ war die Zentrale für die Koordinierung der kriminellen Aktivitäten der Nazis und des IG-Farben-Kartells, um sich für den Zweiten Weltkrieg vorzubereiten. Die zwei Schlüsselfiguren waren hierbei Dr. Carl Krauch, Geschäftsführer des IG-Farben-Kartells (BAYER, BASF, HOECHST und anderer Chemie-Unternehmen) und Hermann Göring. Wie später durch das Nürnberger Tribunal ans Licht kam, besaß diese „Vierjahresplan-Behörde“ einige wichtige Funktionen wie z. B. folgende:

- a) die technische und logistische Unterstützung Deutschlands für den Zweiten Weltkrieg

Hallstein – Vordenker der Brüsseler EU Begründer der Kartell-Zwangsherrschaft des 21. Jahrhunderts



Wirtschaft

Soziales

Recht

Polizei

Andere
Bereiche

Totale Kontrolle der Gesellschaften in allen europäischen Ländern

Bereits vor Inkrafttreten des Lissaboner „Ermächtigungsgesetzes“ bestimmte die EU schon 80 Prozent aller Rechtshandlungen innerhalb der EU-Mitglieds-länder. Das Monopol für die Einführung solcher Gesetze liegt bei der „EU-Kommission“, dem Politbüro des Kartells, und nicht beim EU-Parlament.

Dies ist das Resultat der so genannten „Römischen Verträge“, welche vor einem halben Jahrhundert von Hallsteins „Mannschaft“ im Auftrag des Kartells angefertigt wurden. Nach der Unterzeichnung des Lissaboner Ermächtigungsgesetzes wird dieser Prozentsatz von 80 auf beinahe 100 Prozent steigen, oder anders: das Kartell hat die vollständige Macht über Europa und sein Volk erhalten.

Die meisten der Gesetze, die Hallstein bereits in seiner „Eroberungsrede“ von 1939 (siehe die vorherigen und folgenden Seiten) erwähnte, werden in ganz Europa durch die Brüsseler EU in Kraft treten. Hallsteins „Eroberungs-rede“ von 1939 ist nicht nur ein einzigartiges historisches Dokument, es ist auch äußerst zeitrelevant: Sie vermittelt dem Leser dieses Buches – eigentlich jedem heutigen europäischen Bürger – einen präzisen Ausblick auf die Zukunft dieses Kontinents unter der Herrschaft der Brüsseler EU.

- „... aus dem **Wirtschaftsrecht** die Verordnung zur **Durchführung des Vierjahresplans**⁶²“

Der „**Vierjahresplan**“ war der zentrale wirtschaftliche Plan der Nazi-/Kartell-Diktatur für die Eroberung Europas.

- „Regeln über den **Aufbau der gewerblichen Wirtschaft**...“

Die „**Regeln über den Aufbau der gewerblichen Wirtschaft**“ waren Teil der zentralisierten, diktatorischen Wirtschaftsführung der Nazi-/Kartell-Diktatur – mit dem Ziel, die wirtschaftliche Macht des Kartells über Europa zu sichern.

„... über **Kartellrecht**, über **Wirtschaftswerbung**, über **Preisbildung** (insbesondere die **Preisstopverordnung**);“

- „aus dem **Zivilprozessrecht** das Gesetz zur Verhütung missbräuchlicher Ausnutzung von Vollstreckungsmöglichkeiten;“
- „aus dem **Strafrecht** insbesondere die **Vorschriften über Hoch- und Landesverrat**;“

- b) die Koordinierung der immensen Produktion von Sprengstoffen und anderen militärischen Gütern zur Unterstützung der Wehrmacht
- c) die Koordinierung von Informationen, die in diversen Ländern durch BAYER, BASF und andere IG Farben-Unternehmen zur strategischen Kriegsplanung gesammelt wurden (Spionage)

Die „Vierjahresplan“-Behörde der Nazis / IG Farben: Modell für die EU-Kommission

Hauptquartier des IG-Farben-
Kartells in Frankfurt



Wirtschaftliches Planungs-
büro der IG Farben in Berlin



Carl Krauch,
zu sechs Jahren
Haft verurteilt
wegen Sklave-
rei, Folter,
Mord und an-
deren Kriegs-
verbrechen



H. Göring,
entzog sich
dem Todesur-
teil durch
Selbstmord



Die „Vierjahresplan“-Behörde der Nazis / IG Farben – auch bekannt als „**Krauch-Behörde**“ (Nürnberger Tribunal) –

- Stattete die Nazis technisch und logistisch für den Zweiten Weltkrieg aus
- Koordinierte die Plünderungen in den eroberten Ländern Europas
- Wurde von IG-Farben-Direktor Carl Krauch geleitet, welcher tausende Technokraten befehligte
- War die „Wirtschaftsregierung“ des eroberten Europas
- Wurde das Modell des Kartells – und Hallsteins – für die EU-Kommission.

d) die Koordinierung der Plünderungen der wichtigsten Unternehmen in den eroberten Ländern durch das IG-Farben-Kartell – was letztendlich zur Verurteilung zahlreicher IG-Farben-Verantwortlicher vor dem Nürnberger Kriegsverbrecher-Tribunal führte – wegen Völkermord, Sklaverei und Plünderung.

Die „Wirtschaftsregierung“ des Kartells

1936 bis 1945: Die Vierjahresplanbehörde

Die „Vierjahresplanbehörde“, die **„Wirtschaftsregierung“** für die Eroberung Europas, veröffentlichte ein monatliches Journal mit dem Namen: „Der Vierjahresplan, Zeitschrift für nationalsozialistische Wirtschaftspolitik“.

Die erste Ausgabe des „Vierjahresplans“ wurde 1936 veröffentlicht und sollte Deutschland auf den Zweiten Weltkrieg – unter der technologischen und wirtschaftlichen Führung des IG-Farben-Kartells – vorbereiten.



Viele dieser "Vierjahresplan"-Ausgaben konnten bis heute aufbewahrt werden. Oben: Titelseite der Ausgabe von Januar 1937 mit Hitler und Göring auf der Deckseite. Links: Titelseite während des Krieges, die verdeutlicht, dass die Wirtschaftseroberung der wahre Grund für den Zweiten Weltkriegs war.

Der umfassende Werbeteil dieses Magazins liest sich wie ein „Who is Who“ Unternehmer-Deutschlands. Diese Ausgaben erläutern den wahren Hintergrund des Zweiten Weltkriegs – deutlicher als die meisten Geschichtsbücher.

Die „Wirtschaftsregierung“ des Kartells

Heute: Die Brüsseler EU



Mail

Wednesday, Mar 31 2010

Britain faces losing power over its own Budget under new plans for an 'economic Government of the EU'

By JASON GROVES

Britain could be forced to have its Budget signed off by European leaders under plans to impose an 'economic government of the EU', it emerged yesterday.

German Chancellor Angela Merkel is pressing for 'oversight' of national economies to be included in controversial arrangements that were agreed by EU leaders yesterday.



65 Jahre, nachdem die letzte Ausgabe der Nazi-/Kartell-Zeitung „Vierjahresplan“ veröffentlicht wurde, bereitet sich das Kartell auf das Wiederaufleben desselben totalitären Konstrukts vor: Durch die heute agierenden politischen Marionetten des Kartells, die politischen Spitzen führender Exportnationen, wird erneut eine diktatorische Wirtschaftsregierung geschaffen – diesmal unter der Kontrolle der Brüsseler EU. **Die Menschheit darf nicht auf eine nächste Katastrophe und ein zweites Nürnberger Tribunal warten, um diese Pläne zu stoppen!**

Weitere Informationen: **GB2EG298**

- ... aus dem **Privatrecht** das neue **Aktiengesetz**, das **Wechsel- und Scheckrecht**, die **Eisenbahnverkehrsordnung u.a.**⁶³...”

„Bei all diesen mit großer Beschleunigung eingeführten Vorschriften bei ihnen allen ist es freilich nicht mit dem nackten Satze getan, der ihre Geltung in den neuen [von den Nazis / dem Kartell eroberten] Gebieten anordnet ...“

*„... die übrigens nicht gleichmäßig auch (wie in Österreich) im Sudetenland in Geltung gesetzt worden sind – wegen **der geringeren bisher zur Verfügung stehenden Zeit**⁶⁴, aber auch...*

Mit der Realisierung des „**Lissaboner Ermächtigungsgesetzes**“ übernimmt das Kartell **nicht nur die Macht über einen „gesamten Staatsapparat“**, sondern über **alle europäischen Länder**, inklusive deren Wirtschaften, Gesellschaften und das Leben aller zukünftigen Generationen.

*... weil ja dort [im Sudetenland] nicht ein **gesamter Staatsapparat mit geschlossener Regelung übernommen [!] werden konnte.**“*

*„Die neu zu schaffende österreichische und sudetendeutsche Verwaltungsorganisation wird, wie Reichsminister Frick vor einigen Tagen vor der Hamburger Verwaltungsakademie ausgeführt hat, geradezu das Muster der **künftigen Reichsverwaltung**⁶⁵ abgeben:*

- *in der Unterstufe Stadt- und Landkreise, die Landkreise, von Landräten geführt, zugleich staatliche Verwaltungsbezirke und Selbstverwaltungskörperschaften ...“*

⁶³ Dass Hallstein diese spezifischen Gesetze in einer solch expliziten Weise darstellte, war keinesfalls ein Zufall. Diese scheinbar unzusammenhängenden Gesetze und Bestimmungen führten alle zum gleichen Ziel: der internen und externen Kriegsmobilisierung.

Hallsteins Vision von 1939 wird heute Wirklichkeit



Fury as EU approves GM potato

Critics claim plant could spread antibiotic-resistant diseases to humans

By Martin Hickman and Genevieve Roberts

Thursday, 4 March 2010

The introduction of a genetically modified potato in Europe risks the development of human diseases that fail to respond to antibiotics, it was claimed last night.

German chemical giant BASF this week won approval from the European Commission for commercial growing of a starchy potato with a gene that could resist antibiotics – useful in the fight against diseases such as tuberculosis.

Farms in Germany, Sweden, the Netherlands and the Czech Republic may plant the potato for industrial use, with part of the tuber fed to cattle, according to BASF, which fought a 13-year battle to win approval for Amflora. But other EU member states, including Italy and Austria and anti-GM campaigners angrily attacked the move, claiming it could result in a health disaster.

Durch die Patentierung von Nahrungsmitteln verfolgt das Kartell nicht nur das Ziel, einen Multi-Billionen-Dollar-Markt zu schaffen, es gibt auch noch eine politische Komponente: Die ultimative Abhängigkeit von Millionen Menschen von gentechnisch veränderter Nahrung wird ganze Bevölkerungen

abhängig machen von diesen Unternehmen, die die Patente dafür besitzen.

Es ist kein Zufall, dass BASF – ein damaliges Mitglied des kriminellen IG-Farben-Kartells – diese schicksalhafte Entwicklung an vorderster Front vorantreibt.

⁶⁴ Seit der Annektierung im Oktober 1938 und Hallsteins Rede im Januar 1939.

⁶⁵ „künftigen Reichsverwaltung“ – welche in den eroberten Ländern angewandt werden soll.

⁶⁶ „Reichsstatthalter“ – fanatische SS-Mitglieder, Nazi-Soldaten oder Bürokraten, die schworen, gadenlos die Befehle des Öl- und Pharmakartells und seiner Marionetten aus der Politik auszuführen.

- „... in der Mittelstufe die Reichsgaue, gleichfalls staatliche Verwaltungsbezirke und Selbstverwaltungskörperschaften, geführt von **Reichsstatthaltern**⁶⁶...“

! „Diese wenigen Beispiele mögen eine Andeutung davon geben, wie viel geleistet werden muss, um nach der politischen auch die **rechtliche Eindeutschung der neuen Gaue**⁶⁷ zu vollziehen. Eine überwältigende Fülle großer Möglichkeiten liegt auch vor dem deutschen Rechtswahrer [des NS-/Kartell-Rechts].“ !

! „Er wird sie mit tiefem Vertrauen in die Zukunft unseres [arischen] Volkes und mit dem Bewusstsein ergreifen, dass es seine Ehre ist, wenn bei der Vollendung der **großen geschichtlichen Aufgabe Deutschlands**⁶⁸, die wir haben erleben dürfen, es ihm zukommt, zu einem bescheidenen Teile die Last der gestaltenden Arbeit mitzutragen.“ !

Die Durchführung des „Lissaboner Ermächtigungsgesetzes“ von 2009 würde die wichtigen finalen Absätze von Hallsteins „Eroberungsrede“ ernüchternde Realität werden lassen – für die Menschen Europas und der ganzen Welt.

⁶⁷ „Nach der politischen auch die rechtliche Eindeutschung“ – die [militärische und] politische Unterjochung Europas durch das Etablieren eines neuen, deutschen Rechtssystems in Europa und auf der ganzen Welt.

⁶⁸ „Große geschichtliche Aufgabe Deutschlands“ – die große historische Mission des deutschen Chemie-, Öl- und Pharmakartells, Europa und die Welt zu erobern.

Hallsteins Vision von 1939 wird heute Wirklichkeit



UK economy News - Friday 26th March 2010

EU leaders make play for new European government



Friday 26th March 2010

European Union leaders from Germany and France are said to be behind a potentially controversial move which would see the introduction of "an economic government of the EU". In simple terms this would be an authority within the European Union which would oversee the economies of member countries and where "relevant" would have the power to implement fines if states continue with long term high budget deficits. So what would this mean for the UK?

Die politischen Erben der „Architekten von Auschwitz“ sind heute die Anführer des Kartells bei seinem nächsten Versuch, über Millionen von Menschen die Kontrolle zu erlangen.

Merkel (BAYER, BASF) und Sarkozy (HOECHST, heute SANOFI) sind die politischen Drahtzieher der drei Kartell-Schwestern, die für beide Weltkriege verantwortlich waren.

Die Veröffentlichung der Wahrheit über die kriminelle Geschichte dieser Kartellfirmen geschieht zum richtigen Zeitpunkt. Die weltweite Verbreitung der Informationen dieses Buches wird es der Menschheit ermöglichen, ihre Lehren aus der Geschichte zu ziehen und einem erneuten dritten Versuch des Kartells nicht zum Opfer zu fallen.

Keiner kann sagen: „Ich wusste davon nichts!“



Sein ganzes Leben lang blieb Hallstein ein notorischer Diener des Kartells. Wie ein Wiederholungstäter, der zwanghaft ein Verbrechen nach dem anderen begeht, so war auch Hallstein stets bestrebt, unermüdlich seine Aufgabe zu erfüllen, das heißt Europa an das Kartell auszuliefern.

Während Hallstein aus naheliegenden Gründen nicht die Unternehmensinteressen, denen er diente, offen legen konnte, schrieb er auffallend freimütig über seine Absichten beim Aufbau der Brüsseler EU.



In seinem 500-seitigen Buch „Die Europäische Gemeinschaft“ – welches bis 1979 bereits in der fünften Auflage erschienen war – prahlt er sogar damit, dass das Herzstück der Brüsseler EU, die EU-Kommission, konstruiert „ohne Beispiel in der Geschichte“ sei.

Die Fortsetzung der Kartell-Zwangsherrschaft

Die Verfassungsorgane

• Die Kommission

Von der [EU-]Kommission geht jede Handlung aus.

Die Organisation der [Europäischen] Gemeinschaft hat ihren Ursprung in der [EU-]Kommission, die in der Geschichte beispieldios ist.

Ihre Aufgabe ist es, die [Europäische] Gemeinschaft nach innen und nach außen zu repräsentieren. ...

Die EU-Kommission ist nicht von den Regierungen der Mitgliedsstaaten abhängig. Sie muss von den Mitgliedsstaaten keine Weisungen annehmen oder befolgen.

Die EU-Kommission besitzt ein Monopol auf Gesetzesinitiativen. ...

Walter Hallstein
“Die Europäische Gemeinschaft”

5. Auflage
Econ Verlag, Düsseldorf, 1979

Wiedergabe frei nach Walter Hallstein, „Die Europäische Gemeinschaft“

Es ist offensichtlich, dass nur wenige Unterzeichner des „Lissaboner Ermächtigungsgesetzes“ Hallsteins Buch gelesen haben – und dass sogar noch weniger Politiker ihn wirklich ernst nehmen.

Gestärkt durch diese Selbstgefälligkeit machte das Kartell

unbeirrt weiter. Jetzt es ist höchste Zeit, dass demokratische Politiker und Millionen von Menschen sich erheben und die Grundrechte auf Freiheit und Demokratie einfordern. Wenn wir jetzt nicht handeln, könnte es unter Umständen zu spät sein.

Sieben Jahrzehnte, nachdem Hallstein in dieser Rede seine Zukunftsvisionen für Europa skizzierte, stehen wir nun kurz davor, dass diese tatsächlich zur Realität werden.

Sarkozy, Merkel, Berlusconi und andere Politiker führen die Befehle des Öl- und Pharmakartells kompromisslos aus.

Es ist kein Zufall, dass genau diese Politiker andere politische Führer dazu zwingen, das „Lissaboner Ermächtigungsgesetz“ für die Eroberung Europas durch das Kartell zu unterschreiben.

Da diese Politiker nicht den Mut hatten, dem Zwang der Kartellinteressen zu widerstehen, muss das Volk Europas nun eine Entscheidung treffen: Es akzeptiert eine Unternehmensdiktatur über Europa – oder es ist bereit, das Grundrecht auf Demokratie für diese Generation von Europäern und alle noch nachfolgenden zu schützen.

Kapitel 3

Das „Großraumkartell“ und sein organisatorischer Rahmen

Walter Hallstein war keineswegs der einzige Architekt einer Nachkriegswelt unter der Kontrolle der Nazi-/Kartell-Koalition. Um 1941 unterhielt das nationalsozialistische Regime mehrere offizielle „Institute“, die nur einem einzigen Zweck dienten: Die zukünftige wirtschaftliche und politische Welt zu formen, die nach dem Sieg der Nationalsozialisten im Zweiten Weltkrieg fest etabliert werden sollte.



Eines dieser „Eroberungs-Institute“ war das „Zentralforschungsinstitut für nationale Wirtschaftsordnung und Großraumwirtschaft“ in Dresden. Der Leiter dieses offiziellen Planungsinstitutes des Kartells/der Nazis war Arno Sölter.

1941 fasste Sölter die Pläne des Kartells / der Nazis für ein Nachkriegs-Europa unter ihrer Kontrolle in seinem Buch „Das Großraumkartell – ein Instrument der industriellen Marktordnung in einem neuen Europa“ zusammen.

**Sölters Buch wurde eine Vorlage für die Brüsseler EU.
Die Parallelen sind atemberaubend.**

Das nationalsozialistische Großraumkartell – Vorlage für die Struktur und Funktion der Brüsseler EU

EINFÜHRUNG

Das Wort „Großraum“ bezeichnet einen „größeren geographischen Bereich“.

Im Sommer 1941 hatte die Koalition des Öl- und Pharmakartells IG Farben – Bayer, BASF, Hoechst (heute ein Teil von Sanofi-Aventis) – und seine politischen / militärischen Interessenvertreter, die Nationalsozialisten, Frankreich besetzt und große Teile Europas brutal erobert.

Genau zu dieser Zeit begann das Öl- und Pharmakartell IG Farben, seine Nachkriegspläne offenzulegen. Mit der Finanzierung des Aufstiegs der Nationalsozialisten und des Aufbaus seiner Kriegsmaschinerie (die fast 100 Prozent der Sprengstoffe, des Benzins, Kautschuks und die Mehrheit weiterer kriegswichtiger Güter bereitstellte) trachtete das Öl- und Pharmakartell nach exorbitanten Kapitalrenditen.

Diese Tatsachen werden detailliert in den US-Kongressanhörungen zu den IG Farben im Rahmen des Nürnberger Kriegsverbrecher-Tribunals dargestellt (www.cartel-roots-www2.org).



Arno Sölter, Leiter des offiziellen nationalsozialistischen „Zentralforschungsinstituts für nationale Wirtschaftsordnung und Großraumwirtschaft“ und Autor des Buches „Das Großraumkartell“.

Das IG-Farben-Kartell erhielt genau die Kapitalrendite, nach der es verlangte. Von den ungefähr 20 Ländern, die brutal durch die Nazi-Truppen erobert wurden, bekam die IG Farben im Wesentlichen alle chemischen, pharmazeutischen, petrochemischen, mineralischen und andere Industrien – meistens ohne finanzielle Entschädigungen dafür zu leisten. Hinter jedem Panzer, der nach Belgien, den Niederlanden, Frankreich, Polen, der Tschechoslowakei, Dänemark, Norwegen und in alle anderen europäischen Länder rollte, folgten die „Männer in grauen Anzügen“ – die Repräsentanten der IG Farben –, immer auf der Suche nach Beute.

Diese skrupellose Plünderung ganzer Industriezweige und Länder wurde zur Vorlage späterer globaler Raubzüge – bis zum heutigen Tage: Halliburton, verschiedene multinationale Öl- und Pharmakonzerne und andere „Investoren“ während der Präsidentschaft Bushs, haben sichergestellt, dass der Irakkrieg für sie reichlich Gewinne abwirft.

Aber zurück zum Zweiten Weltkrieg: Die IG-Farben-Terminologie einer Nachkriegsherrschaft über einen „Großraum“ beschreibt ursprünglich den europäischen Kontinent inklusive Russland. Diese bewusst dehnbare Formulierung wurde daher gewählt, da mit den geplanten militärischen Siegen über Asien und Amerika der Begriff „Großraum“ sogar die ganze Welt beschreiben könnte.

Diese Pläne zur militärischen Eroberung der Welt und späteren ökonomischen Unterwerfung durch die Nazi-/IG-Farben-Koalition sind detailliert im Nürnberger Kriegsverbrechertribunal gegen die Direktoren des IG-Farben-Kartells aufgeführt. Mehr als 40.000 Originaldokumente dieses historischen Prozesses wurden mehr als sechs Jahrzehnte vor der Öffentlichkeit in den US-Staatsarchiven geheim gehalten. Im Jahr 2007 wurden sie endlich online auf der Webseite www.profit-over-life.org veröffentlicht.

Die folgende detaillierte Beschreibung der IG-Farben-Nachkriegspläne wurde 1941 in einem Buch von Arno Sölter mit dem Titel „Das Großraumkartell – ein Instrument der industriellen Marktordnung in einem neuen Europa“ veröffentlicht.

Die Veröffentlichung dieses Buches war keine Handlung eines Einzelnen. Sölter war zu dieser Zeit Leiter des offiziellen nationalsozialistischen „Zentralforschungsinstituts für nationale Wirtschaftsordnung und Großraumwirtschaft“ in Dresden. Dieses „Institut“ war eines der offiziellen wirtschaftlichen Planungsbüros für ein Nachkriegseuropa der Nazi-/IG-Farben-Koalition.

Dieses Buch war die Vorlage dessen, was später die Struktur der Europäischen Union werden sollte – eine Vereinigung von Kartellinteressen, die „Großräume“ als ihre Märkte beansprucht und fernab jeglicher demokratischer Kontrolle operiert.

AUSZÜGE AUS SÖLTERS BUCH VON 1941

KAPITELÜBERSCHRIFT: „DAS GROSSRAUMKARTELL“

„Wir erinnern an die Hierarchie der Marktordnung: Staat – Wirtschaftseinheit – Kartell, die wir für das Großraumkartell etabliert haben. In diesem Zusammenhang lassen wir die Staatsverantwortung in den Bereichen der Wirtschafts- und Währungspolitik innerhalb des Großraumkartells zunächst außer Acht. Stattdessen wollen wir uns detaillierter dem Problem der Organisation eines europäischen Marktes aus Sicht des Kartells und später dem Problem der Wirtschaftspolitik des Staates widmen, welche unweigerlich die Prinzipien der Marktregulierung des gesamten Bereiches des Großraumkartells betreffen. Direkt verantwortlich für das Großraumkartell ist die Wirtschaftsgruppe, deren marktregulierende Funktionen wir in einem ‚Kartellbüro‘ zusammengeführt sehen wollen.“

„Zu diesem Zweck sollte die existierende Kartellabteilung der Wirtschaftsgruppen erweitert werden, um die Funktionen dieses neuen Büros zu übernehmen. Über dem Kartellbüro gäbe es das Zentrale Kartellbüro, welches auf Grund des zugewiesenen Aufgabenbereiches mit der heutigen ‚Kartellüberwachungsabteilung‘ der deutschen Industriegruppe (Reichsgruppe Industrie) korrespondieren sollte, aber auch mit der Kartellabteilung oder Spezialabteilung des deutschen Ministeriums für Wirtschaftsangelegenheiten.“¹

Die heutige EU-Kommission ist eine exakte Kopie dieses „Zentralen Kartellbüros“. Sie herrscht im Auftrag der Kartellinteressen und fernab jeglicher demokratischer Kontrolle.

„Von einem praktischen Gesichtspunkt betrachtet müssten die Aufgaben aufgeteilt werden, um eine Duplizierung der Arbeit zu verhindern. Es wäre angebracht, die faktische Überwachung der Kartellbüros dem Ministerium für Wirtschaftliche Angelegenheiten zu übertragen, wohingegen die Aufgaben des zentralen Kartellbüros eher mit Fragen der fundamentalen Marktorganisation und der rechtlichen und zwischenstaatlichen Kartellangelegenheiten zu tun hätten. Um effizient arbeiten zu können, müsste das Industriebüro über jedes aufkommende Problem informiert werden. Wenn wir später die Ziele des ‚Zentralen Kartellbüros‘ diskutieren, sollten wir auch das zugehörige Geschäft und organisatorische Probleme, wie zum Beispiel solche, die noch nicht von den oben genannten Autoritäten aufgeschlüsselt wurden, diskutieren.“

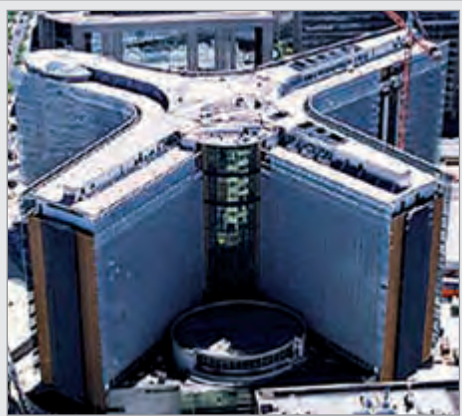
„Es ist natürlich klar, dass die deutsche Methode der Kartellüberwachung auch in den nicht-deutschen Gebieten des unter ihrem Einfluss stehenden Europäischen Großraumes eingeführt werden wird. Das Ausmaß und die Natur dieser Organisation in anderen Ländern würden natürlich in Abhängigkeit vom Grad der Industrialisierung variieren. Im Folgenden diskutieren wir die Vorgehensweise der Kartellorganisation in Bezug auf die vorherrschenden Bedingungen in Deutschland.“

¹ Aufgrund der Organisationsvereinfachung sehen wir die Involvierung der Deutschen Wirtschaftskammer (Reichswirtschaftskammer) als nicht gewünscht an.

1. Das Zentrale Kartellbüro

- a) *Das Zentrale Kartellbüro ist die höchste Regulierungsbehörde, demzufolge ist es:*
- i) *verantwortlich für finale zu treffende Entscheidungen zu Fragen in Verantwortungsbereichen der Kartellüberwachung;*

- ii) *verantwortlich für das Aufrechterhalten engen Kontaktes mit den höchsten Körperschaften, zum Beispiel für Wirtschafts- und Handelspolitik, Preispolitik, Verbrauchsgüterpolitik, etc.) und für die Koordination mit diesen Körperschaften, deren sachbezogene Entscheidungen und deren fundamentalen Anweisungen an untergeordnete Institutionen.*



Das „Zentrale Kartellbüro“ der Brüsseler EU: Das Berlaymont-Gebäude der EU-Kommission in Brüssel. Tatsächlich ist dieses Gebäude nur eines mehrerer Dutzend Bürokomplexe der „EU-Kommission“ in Brüssel. Diese Strukturen sind die operativen Schaltzentralen für mehr als 54.000 nicht-gewählte Karriere-Bürokraten, die Europa im Auftrag des Kartells beherrschen.

- b) *Das Zentralkartellbüro unterhält Kontakte mit potentiellen nationalen Kartellbüros anderer europäischer Länder, sowohl zum einen zur Besprechung fundamentaler Belange, als auch zum anderen bezüglich Entscheidungen in Verantwortungsbereichen, in denen sich das Großraumkartell oder die einzelnen nationalen Kartelle nicht einigen können.*



Der „Thronsaal“ des „Zentralen Kartellbüros“ der Brüsseler EU: Der Sitzungssaal der EU-Kommission auf der 13. Etage ihres Brüsseler Hauptquartiers.

c) Demzufolge repräsentiert das Zentrale Kartellbüro die entsprechende Beschwerde-Abteilung hinsichtlich der Entscheidungen der Kartellbüros. Auch Beschwerden gegen Handlungen und Verstöße ausländischer Kartelle sollten über das Zentrale Kartellbüro abgewickelt werden.

d) Das Kartellrecht, welches heute noch sehr unterschiedlich und schlecht organisiert ist, müsste reformiert und so weit wie möglich für das Großraumkartell standardisiert werden.

Mehr als sechs Jahrzehnte später führt die EU-Kommission eine fast exakte Kopie dieses Planes ein, mit dem Ziel der Etablierung eines „standardisierten Kartellrechtes“, um über fast 500 Millionen Europäer zu herrschen, wohlgemerkt ohne jegliche demokratische Kontrolle.

e) Grundsätzliche Marktregulierungsprinzipien für den europäischen Großraum müssten aufgezeigt werden. In Bezug auf Markt- und Kartellregulierung müssen ähnliche Regeln festgelegt

werden, so wie die Beschlüsse, die durch das Ministerium für Wirtschaftsangelegenheiten bereits für das Buchhaltungssystem erarbeitet wurden oder in Arbeit sind.

Wenige Jahrzehnte später wurden die Beschlüsse der Nazis / des IG-Farben-Kartells zur EU-Direktive. Sie beherrschen nicht nur Gesundheit und Leben der Menschen in Europa, sondern legen ebenfalls ihre Wirtschaftssysteme trocken.

- f) Auch in der Wirtschaftsökonomie muss es Kooperationen mit nicht-deutschen Ländern geben, um in der Lage zu sein, feste Marktregulierungen (einschließlich zwischenbetrieblicher Vergleiche) vorzubereiten.*
- g) Ein Modellplan der Organisation eines „Großraumkartells“ müsste entworfen werden, zusammen mit einem klaren und einfachen Modell eines Gesellschaftsvertrages. Um eine effektive Kartellüberwachung sicherzustellen, ist der Entwurf eines Kartellvertrags unabdingbar. Aufgrund geschichtlicher Entwicklungen und meistens zahlloser Änderungen der Vertragsbestimmungen sind viele Kartellabkommen mittlerweile völlig undurchsichtig. Deshalb muss in Zukunft ein passend formulierter Rahmenvertrag am Ende stehen, der die Details jedweder Änderung oder Zusatzvereinbarungen regelt.*

Dieser „Rahmenvertrag“ wurde schließlich tatsächlich zum so genannten „Lissaboner Vertrag“ der EU – einem „Ermächtigungsgesetz“, welches 2009 verabschiedet wurde und der Kartell-EU-Kommission eine quasi-diktatorische Macht verleiht. Aufgrund der Gefahr der Ablehnung durch die Menschen in Europa erlaubte das Kartell aus gutem Grund kein demokratisches pan-europäisches Referendum zu diesem „Rahmenvertrag“. Bemerkenswert bleibt, dass die Bürger des einzigen Landes, welches über die Verträge abstimmte (Irland), ein schallendes „Nein“ an das „Zentrale Kartellbüro“ – die EU-Kommission in Brüssel – im Juni 2008 zurückgaben.



h) *Passende uniforme Klassifizierungsschemata müssen ebenfalls für die Produktions- und Verteilungstatistik des Kartells entworfen werden. Die Verkaufsstatistiken müssen so entworfen werden, dass die Verteilung jederzeit an den Konsumbedarf angepasst werden kann.*

i) *Ein zentrales Kartellregister muss nicht nur für die deutschen, sondern*

aber auch für die internationalen Teilnehmer in allen Einflussbereichen des Großraumkartells aufgestellt werden. Das Kartellregister muss sowohl die Art der erreichten Abkommen als auch Details zu Gebrauchsgütern, Beschaffung, Geschäftsräumen, Produktionsbedingungen und dergleichen beinhalten. Zu einem gewissen Grad muss das Register ein Spiegelbild des Großraumkartells als Ganzes repräsentieren.

j) *Das Zentralkartellbüro müsste die Veröffentlichung eines Journals mit dem Titel „Das Großraumkartell“ einrichten, welches alle Entscheidungen der höchsten Behörde bzgl. aller fundamentaler Fragen der europäischen Marktregulierung, Direktiven [!] und vergleichbarer Sachverhalte publizieren würde.*

Auch dieser Punkt wurde von der Brüsseler EU übernommen, die ein „Amtsblatt der Europäischen Union“ als ihr „Gesetzblatt“ herausgibt. Keine Regelung oder Direktive kann in Europa Gesetz werden, solange sie nicht in diesem Amtsblatt veröffentlicht wurde.

Die fettgedruckten Texte und Einschübe sind zugefügte Kommentare.

ARNO SÖLTERS KARRIERE ALS ARCHITEKT DER „BRÜSSELER EU“

Niemandem ist ein Vorwurf zu machen, der glaubte, Arno Sölter sei einer der nationalsozialistischen Verbrecher gewesen, die 1945, am Ende des „Tausendjährigen Reiches“, einfach von der Erdoberfläche verschwanden.

Eine derart naive Annahme entspricht jedoch keinesfalls der Wahrheit. In Wirklichkeit wurde Sölter, der Europa den Kartellinteressen unterwarf, in den Nachkriegsjahren ein gefragter Mann. 1962, fünf Jahre nach Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, machte er sich als Kartellstrategie innerhalb der EWG erneut einen Namen.

Unter dem Titel „Vertriebsbindungen im gemeinsamen Markt unter wirtschaftlichem und EWG-kartellrechtlichen Aspekten“ publizierte Sölter in Ausgabe 4/1962 der regelmäßig erscheinenden „Kartellrundschau“ des Carl Heymann Verlags seine alten und neuen Kartellkonzepte.

Im Hinblick auf den nahtlosen Übergang von den europäischen Strategen des Dritten Reichs zu den Begründern der Brüsseler EU, den wir in diesem Buch darstellen, sollte niemand mehr über den quasi-diktatorischen Charakter der Brüsseler EU überrascht sein.

Kapitel 4

DIE „BRÜSSELER EU“ HEUTE:

**Was das Öl- und
Pharma-Kartell und
seine politischen
Marionetten
Ihnen verschweigen**

Die EU-Verträge: Das Öl- und Pharma-Kartell versucht, seine politische Macht über Europa zu festigen

In den 1990er Jahren und den ersten Jahren des 21. Jahrhunderts konnte man beobachten, wie sich das Öl- und Pharma-Kartell auf der politischen Bühne zunehmend um die Festigung seiner politischen Macht in Europa bemühte – letztlich mit dem Ziel, ein globales Politbüro zur Bekämpfung der Bedrohung durch natürliche Heilmittel zu gründen und das globale Kartellmonopol auf patentierte Medikamente zu sichern. Zu den maßgeblichen Elementen dieser Pläne zählen der Maastrichter Vertrag von 1992, der Amsterdamer Vertrag von 1997, der Vertrag von Nizza von 2001 und der Lissaboner Vertrag, der im Dezember 2009 rechtskräftig wurde.

Für jeden dieser Verträge galt, dass die überwiegende Mehrheit der europäischen Bevölkerung keine wie auch immer geartete Möglichkeit hatte, die Entscheidung ihrer Regierungen, auf ihre Rechte und Freiheiten durch diese Verträge zu verzichten, abzulehnen. Wenn die EU eine wahre Demokratie wäre, hätten alle EU-Bürger zuerst das Recht gehabt, ihren Willen per Volksentscheid zu äußern, sodass mit großer Wahrscheinlichkeit diese Verträge nie unterzeichnet worden wären.

Der Maastrichter Vertrag:

- Strukturierte die EU neu und ebnete den Weg zur politischen Integration. Auf diese Weise gab er dem Kartell eine größere politische Kontrolle über die EU-Länder.
- Begründete die Wirtschafts- und Währungsunion. Auf diese Weise gab er dem Kartell eine größere wirtschaftliche Kontrolle über die EU-Länder.
- Etablierte eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik. Auf diese Weise gab er dem Kartell mehr Kontrolle über die Aktivitäten der EU-Länder auf internationaler Bühne.

- Etablierte „Verbraucherschutz“-Richtlinien. Auf diese Weise ermöglichte er dem Kartell, diese als Deckmantel für die Durchsetzung seiner Interessen zu nutzen. Die in 2002 verabschiedete Richtlinie über Nahrungsergänzungsmittel ist zu einem klassischen Beispiel dafür geworden. Mit Hilfe dieser Richtlinie wurden Verkaufsbeschränkungen für Vitamin- und Mineralstoff-Präparate eingeführt, mit der Begründung, sie seien notwendig für die Gewährleistung eines hohen Maßes an Verbraucherschutz. In Wirklichkeit sind die Einschränkungen natürlich nur dafür gedacht, das Multi-Milliarden-Euro-Geschäft aus dem Verkauf patentierter synthetischer Pharmaprodukte zu schützen, das – als Ergebnis der Entdeckung des Zusammenhangs von Skorbut und Herzerkrankungen – von nicht-patentierbaren natürlichen Heilprodukten, wie z. B. Vitaminpräparaten, bedroht wird.



Die Unterzeichnung des Maastrichter Vertrags am 7. Februar 1992

Der Amsterdamer Vertrag:

- Nahm in die Verträge Regelungen zum freien Personenverkehr innerhalb der EU auf. Dies machte es notwendig, Informationssysteme auf europäischer Ebene zu etablieren. So hatte das Kartell mehr Möglichkeiten, in die Privatleben der EU-Bürger einzugreifen.

- Stimmte einem Programm zur Entwicklung der Tätigkeiten von Europol (Europäische Polizeibehörde) zu. So wurde es dem Kartell ermöglicht, seine Kontrolle über die Freiheiten der EU-Bürger grenzübergreifend auszuweiten.
- Entwickelte die gemeinsame Sicherheitspolitik weiter, um die allmähliche Bildung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik zu ermöglichen. So erhält das Kartell die Mittel, die es letztendlich für eine militärische Kontrolle auf globaler Ebene benötigt.

Der Einfluss des Öl- und Pharma-Kartells auf den Inhalt des Amsterdamer Vertrags und das europäische Risikobewertungssystem



Zusammentreffen der politischen Führungsspitzen Europas zur Unterzeichnung des Amsterdamer Vertrags, 02.10.1997

Im Januar 2010 haben Akademiker an den Universitäten von Bath und Edinburgh in Großbritannien Beweise veröffentlicht, dass Hersteller von Öl, Medikamenten, Chemikalien, Nahrungsmitteln und Tabak Mitte der 1990er Jahre eine erfolgreiche langfristige Lobbystrategie verfolgten, um die EU nach ihren Interessen zu formen.

Laut dieser Studie, die im Journal der *Public Library of Science Medicine* veröffentlicht und über die auf der Webseite euobserver.com berichtet wurde, haben bedeutende Unternehmen wie Shell, Bayer, Zeneca, SmithKline Beecham, Unilever, Tesco and British American Tobacco eine langjährige Lobbykampagne durchgeführt. Das Ziel dieser Kampagne war die Gestaltung des europäischen Folgeabschätzungssystems, um sicherzustellen, dass mehr Gewicht auf Geschäftsinteressen – zu Lasten der öffentlichen Gesundheit – gelegt wird.

Diese von den multinationalen Unternehmen durchgesetzte Form der Folgeabschätzung wurde schlussendlich durch die Verabschiedung des Amsterdamer Vertrags von und in der EU integriert.

Bemerkenswert ist, dass die EU-Richtlinie über Nahrungsergänzungsmittel, die in 2002 Rechtskraft erlangte, Risikobewertungen anwendet, um europaweite Beschränkungen für den Verkauf von Vitamin- und Mineralstoffpräparaten einzuführen. Diese schützen den Handel der Pharma-Industrie und deren patentierte synthetische Medikamente.

Der Vertrag von Nizza:

- Führt ein System der Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit für den Europäischen Rat ein. Die Möglichkeit einzelner EU-Staaten, sich gegen die Interessen des Kartells zu stellen, wurde dadurch weiter reduziert. Als Ergebnis dieser Änderung liegt die Macht im Rat nun bei den drei wichtigsten Kartellländern – Deutschland, Frankreich und Großbritannien – sowie Italien.
- Erhöhte und verteilte die Sitze im Europäischen Parlament neu zum Vorteil der drei wichtigsten Kartellländer – Deutschland, Frankreich, Großbritannien – sowie Italien.

Der Lissaboner Vertrag

Der Lissaboner Vertrag, der im Dezember 2009 in der EU in Kraft



Die Unterzeichnung des Vertrages von Nizza, 26. Februar 2001

trat, hob den Versuch des Öl- und Pharma-Kartells, seine politischen Kräfte über Europa weiter zu festigen, auf eine komplett neue Ebene. Als Legitimation des Brüsseler-EU-Konstrukts bildet der Vertrag die Basis eines zukünftigen Europas, das vollkommen undemokratisch ist. Der Vertrag – ein klarer und unmissverständlicher Schritt zur Durchführung einer europaweiten Diktatur – bietet:

- keine Gewaltenteilung – und eliminiert damit das Hauptelement einer Demokratie.
- keine Möglichkeit für die europäischen Bürger, ihren Präsidenten demokratisch zu wählen. Stattdessen wird der Präsident heimlich von der europäischen politischen Elite im Auftrag von Konzerninteressen gewählt.

- keine Möglichkeit für die Bürger, die 27-köpfige Europäische Kommission zu wählen. Stattdessen wird diese Exekutivebene oder das Kabinett der europäischen Regierung von der politischen Elite im Auftrag von Konzerninteressen „ernannt“.
- keine Möglichkeit für die Bürger, die Europäische Kommission zu ersetzen – sogar wenn die Mehrheit der Überzeugung wäre, dass die Kommission ihre Menschenrechte missbraucht und einschränkt.
- keine Möglichkeit für die Bürger, die weitere Untergrabung ihrer Rechten und Freiheiten zu verhindern. Als „beliebig veränderbare“ Gesetzgebung entworfen, erlaubt der Lissaboner Vertrag der Brüsseler EU eine Entscheidung darüber zu treffen, wie und wann sie mehr Macht benötigt – und sich diese zu nehmen, ohne den Bürgern ein Referendum gewähren zu müssen.

Die undemokratische Geschichte des Lissaboner Vertrags

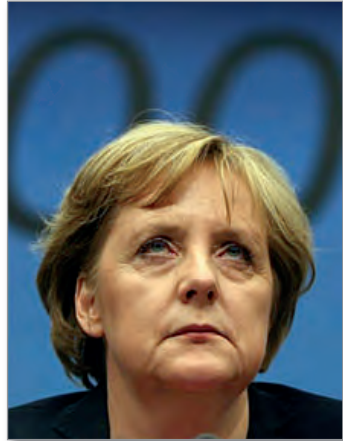
Der „Konvent zur Zukunft Europas“, eine Institution unter Vorsitz des früheren französischen Präsidenten Valéry Giscard d'Estaing, hatte ursprünglich im Februar 2002 damit begonnen, an einer so genannten „europäischen Verfassung“ zu arbeiten. Der erste Entwurfstext der Verfassung wurde im Juni 2003 einem europäischen Gipfeltreffen vorgelegt und im Juni 2004 beschlossen.

Im Mai 2005 allerdings stimmten die französischen Bürger in einem nationalen Referendum mit „Nein“ zur Verfassung. In den folgenden zwei Monaten stimmten auch die Bürger der Niederlande mit „Nein“. Die Verfassung wurde folgerichtig zur weiteren Überprüfung „auf Eis“ gelegt und zumindest für eine kurze Zeit schien es möglich, als ob sie nie wieder auftauchen würde.

Deutschland unter Angela Merkel übernahm im Januar 2007 die EU-Präsidentschaft und beendete somit die Zeit der Überprüfung. Kaum zwei Monate später, im März, wurde die Berliner Erklärung

– die Absichtserklärung aller EU Mitgliedstaaten, sich rechtzeitig zu den Parlamentswahlen im Jahr 2009 auf einen neuen EU-Vertrag zu einigen – von allen EU-Mitgliedstaaten angenommen. Der Text des neuen Vertrages, der seitdem als Lissaboner Vertrag bekannt ist, wurde anschließend am 4. Juni 2007 veröffentlicht.

Besonders schockierend für Franzosen und Niederländer – aber auch für unzählige weitere Millionen demokratische Bürger in ganz Europa – war jedoch, dass 96 Prozent der Artikel sich als einfache Kopien des bereits abgelehnten Verfassungsentwurfs erwiesen. Sobald der Schock verdaut und Wut aufkam, musste selbst Valéry Giscard d'Estaing, der hauptverantwortliche Verfasser des Entwurfes, zugeben, dass die Unterschiede des Vertrages und der Verfassung „kaum vorhanden und eher kosmetischer Natur“ seien.

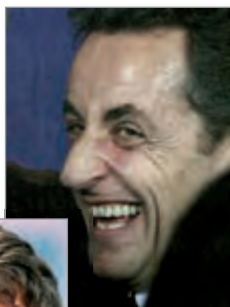


Bundeskanzlerin Angela Merkel war maßgeblich an der Wiederbelebung der Europäischen Verfassung und deren Umbenennung in „Lissaboner Vertrag“ beteiligt.

Trotz des offensichtlichen stattgefundenen Betruges wurde der Lissaboner Vertrag von allen Regierungschefs der 27 EU-Mitgliedsstaaten am 13. Dezember 2007 in Lissabon, Portugal, unterschrieben. Das einzige Land, welches danach entschied, den Vertrag einem öffentlichen Referendum zu unterziehen, war Irland. In allen anderen 26 Mitgliedsstaaten – einschließlich Frankreich und den Niederlanden, die beide die fast identische EU-Verfassung bereits in einem öffentlichem Referendum abgelehnt hatten – wurde der Vertrag durch die nationalen Parlamente verabschiedet und eine erneute Volksabstimmung nicht zugelassen.

In Portugal wurde die Möglichkeit eines Referendums durch den Druck des britischen Premierministers Gordon Brown und des fran-

zösischen Präsidenten Nicolas Sarkozy ausgeschlossen. Brown und Sarkozy telefonierten mit José Sócrates, dem portugiesischen Premierminister, und bestanden darauf, dass ein Referendum nicht notwendig sei. (Sarkozy selbst hat dem französischen Volk ein Referendum verwehrt, obwohl in einer Meinungsumfrage 58 Prozent der Wähler ein solches befürworteten.)



Der britische Premierminister Gordon Brown und der französische Präsident Nicolas

Sarkozy riefen José Sócrates, den portugiesischen Premierminister, an, um darauf zu bestehen, dass ein Referendum zu dem Lissaboner Vertrag nicht notwendig sei.

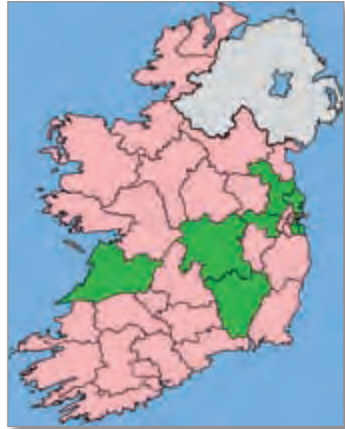
Im Juni 2008 stimmten die irischen Bürger in einem Referendum zu dem Vertrag mit einem klaren „Nein“; dies spiegelt die Wahlergebnisse der Franzosen und Niederländer zur EU-Verfassung aus dem Jahr 2005 wider. In einer klaren und entschlossen gezeigten Opposition zur EU wurde der Lissaboner Vertrag in 33 von 43 Wahlkreisen abgelehnt. Bei einer Wahlbeteiligung von mehr als 53 Prozent hätte jede wahre Demokratie an diesem Punkt auf die Stimme der Bürger gehört und die Verträge in die Müllkörbe der Geschichte geworfen, in die sie gehören.

Stattdessen – und trotz Umfragen, die zeigen, dass Dreiviertel der irischen Wähler gegen ein zweites

Referendum zu den Verträgen waren – zeigte die EU ihr wahres Gesicht und verlangte von den Iren eine neue Abstimmung, um das richtige Ergebnis zu produzieren. Anstatt sich dem Willen des Volkes zu beugen, wie es in einer echten Demokratie geschehen wäre, reagierten die europäischen Staats- und Regierungschefs auf die „Nein-Wahl“ mit einem viermonatigen Ultimatum. Irland sollte innerhalb dieser Zeit erklären, wie es die öffentliche Unterstützung für die Verträge gewinnen könnte. Besonders Nicolas Sarkozy bestand darauf, dass „die Iren nochmal wählen müssen“.

Danach folgte in einer Neuwahl schließlich ein „Ja“. Dies ist auf verschiedene Einflussfaktoren zurückzuführen wie z. B. die politische Einflussnahme der Europäischen Kommission, ein Bedrohen und Belügen der irischen Wählerschaft – einschließlich der Propaganda, dass ein „Nein“ Irland in die ökonomische Isolation drängen würde, unternehmerische Eingriffe wie durch Ryanair (das eine halbe Millionen Euro in eine Kampagne für ein „Ja“ investierte), Intel (das mehrere Hunderttausende ausgab) und der Medikamentenhersteller Pfizer (der im Falle eines „Neins“ öffentlich vor einer Kapitalflucht aus Irland warnte), und nicht zuletzt die eklatante Missachtung der irischen Richtlinien zur Objektivität der Medien (wodurch sichergestellt wurde, dass kommerzielle Radio- und Fernsehsender beiden Parteien nicht die gleiche Sendezeit einräumen mussten). Das „Ja“ führte dazu, dass der Vertrag am 1. Dezember 2009 in der EU in Kraft trat.

Irishes Referendum zum Lissaboner Vertrag, Juni 2008



Der Lissaboner Vertrag wurde im Juni 2008 stattfindenden irischen Referendum in 33 von 43 Wahlkreisen zurückgewiesen. Die Wahlkreise, die den Vertrag ablehnten, sind in rosa dargestellt.

Bildquelle: Wikipedia.

Der Lissaboner Vertrag: Fakten und Fiktion

Fiktion:

Der Lissaboner Vertrag verändert nicht den grundsätzlichen Charakter Europas.

Die Fakten sind: Der im Lissaboner Vertrag enthaltene Artikel 1 der Änderungen des Vertrags über die Europäische Union und des Vertrags über die Verfassung zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft besagt, dass „die Union an die Stelle der Europäischen Gemeinschaft tritt. Zusätzlich besagt Artikel 46 A: „Die Union besitzt Rechtspersönlichkeit.“ Demzufolge ist es absolut klar, dass die Union „nach Lissabon“ eine völlig neue konstitutionelle und rechtliche Instanz ist und dass die Europäische Gemeinschaft mit ihren 27 Mitgliedsstaaten nicht mehr existiert.



Weiterhin kann die Brüsseler EU nun durch Artikel 24 der Änderungen des Vertrags über die Europäische Union und des Vertrags über die Verfassung zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft in allen Zuständigkeitsbereichen Verträge mit anderen Ländern und internationalen Organisationen im Auftrag ihrer Mitgliedsstaaten unterzeichnen.

Mit dem Lissaboner Vertrag ist Herman von Rompuy zum EU-Präsidenten bestellt worden, während Catherine Ashton EU-Außenministerin wurde. In beiden Fällen hatten die europäischen Bürger keinerlei Möglichkeit, über diese Ernennung abzustimmen.

Nicht zu vergessen, dass durch die Verträge natürlich ebenfalls die Ämter des EU-Präsidenten (zu dem Herman von Rompuy ohne jegliche öffentliche Wahl benannt wurde), der EU-Außenministerin (zu der Catherine Ashton ohne öffentliche Wahl benannt wurde) und des diplomatischen Korps der EU geschaffen wurden.

In Wahrheit bleibt daher festzustellen, dass der „grundsätzliche Charakter“ Europas tatsächlich substantiell verändert wurde.

Fiktion:

Der Lissaboner Vertrag erleichtert eine verstärkte demokratische Kontrolle von Seiten nationaler Parlamente.

Die Fakten sind: Artikel 7 des Vertragsprotokolls über die Anwendung der Grundsätze der Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit gibt den nationalen Parlamenten im Grunde nur das Recht, sich im Falle einer gegenteiligen Meinung zu beschweren. Er stellt eigentlich keinen erwähnenswerten Mechanismus zur Anfechtung bereit, und eine Beschwerde kann nur eingereicht werden, wenn sie durch ein Drittel aller nationalen Parlamente unterstützt wird. Allerdings ist die Brüsseler EU nicht dazu verpflichtet, irgendeine Maßnahme abzuändern oder zu widerrufen. Sie kann einfach eine solche Beschwerde unberücksichtigt lassen, wenn sie es möchte.

Sogar im Fall, dass die Mehrheit der nationalen Parlamente eine Beschwerde zu einem Gesetzesvorschlag der Europäischen Kommission einreicht, entsteht hieraus für die Kommission immer noch keine Verpflichtung, irgendeine ihrer Maßnahmen zu ändern oder zu widerrufen. In dieser Situation kann sie die Beschwerde einfach ignorieren und zur weiteren Klärung auf den Europäischen Rat und das Europäische Parlament verweisen. Eigentlich sollte die demokratische Kontrolle der nationalen Parlamente erhöht werden. Praktisch gesehen wird es jedoch durch diese bürokratischen Prozesse sehr unwahrscheinlich, dass der diktatorische Charakter der Brüsseler EU durch diese Mechanismen gezügelt werden kann.

Fiktion:

Der Lissaboner Vertrag macht den Entscheidungsfindungsprozess der Brüsseler EU demokratischer.

Die Fakten sind: Von allen Täuschungen der Brüsseler EU ist diese Aussage wohl eine der unaufrichtigsten. Zum einen bleibt im Gegensatz zu einer wahren Demokratie das Europäische Parlament unfähig, in jedwedem Anwendungsbereich und aus eigenem Antrieb freiheitlich Gesetzesinitiativen zu betreiben und Gesetze zu erlassen. Zum anderen schuf der Lissaboner Vertrag, wie bereits ge-

schildert, die Ämter des Präsidenten und des Außenministers und schrieb fest, dass beide ohne öffentliche Wahl ernannt werden sollen. Zusätzlich werden natürlich die 27 Mitglieder der Europäischen Kommission, der europäischen Exekutive, weiterhin ohne öffentliche Wahl bestellt.

Erschwerend kommt noch hinzu, dass Artikel 48 über die Änderungen des Vertrags über die Europäische Union und des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft besagen, dass der Vertrag beliebig veränderbar ist. Dies bedeutet, dass er in Zukunft ohne eine Regierungskonferenz oder ein Bürgerreferendum geändert werden kann.



Der Lissaboner Vertrag ist beliebig veränderbar und kann ohne ein europäisches Bürgerreferendum geändert werden.

Nach Abwägung dieser Tatsachen bleibt festzustellen, dass die exekutive Entscheidungsmechanik der Brüsseler EU im Wesentlichen der einer nicht gewählten Diktatur entspricht und weit davon entfernt ist, „demokratisch“ zu sein.

Fiktion:

Der Lissaboner Vertrag ist die Antwort auf Bedenken europäischer Bürger und wird für die Legitimität in der Funktionsweise der EU sorgen.

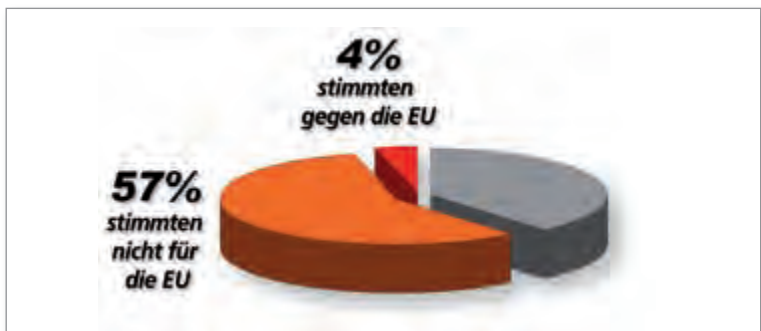
Die Fakten sind: Obwohl besorgte Bürger in Frankreich und den Niederlanden die so genannte „Europäische Verfassung“ in nationalen Referenden im Jahr 2005 umfassend abgelehnt haben, ist es ein Fakt, dass 96 Prozent des Textes des Lissaboner Vertrags identisch mit dieser Verfassung ist und dass 99 Prozent der europäischen Wähler keine Möglichkeit zur Abstimmung darüber hatten. All dies führt die Behauptungen der EU ad absurdum.

Weiterhin sollte nicht vergessen werden, dass 57 Prozent der wahlberechtigten Bevölkerung bei der EU-Wahl im Juni 2009 gegen die Brüsseler EU protestierten, indem sie sich absichtlich der Stimme enthielten. Weitere 4 Prozent haben sich bewusst gegen die EU-Diktatur ausgesprochen, indem sie Parteien wählten, die gegen die EU bzw. den Lissaboner Vertrag sind. So ist gelinde gesagt jede Vorstellung, dass der Lissaboner Vertrag die Bedenken dieser Menschen aufgreift, im besten Falle wahnhaft.

Fiktion:

Der Lissaboner Vertrag erschafft keine Europäische Armee.

EU-Wahlen 2009



57 Prozent der wahlberechtigten europäischen Bevölkerung enthielten sich bei der EU-Wahl 2009 absichtlich der Stimme, während weitere 4 Prozent bewusst gegen die EU-Diktatur stimmten.

Die Fakten sind: Artikel 28A (c) 3, Paragraph 1 über die Änderungen des Vertrags über die Europäische Union und des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft besagt, dass „Mitgliedstaaten zivile und militärische Kapazitäten zur Einführung einer gemeinschaftlichen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Union zur Ver-

fügung stellen sollen. Paragraph 2 militarisiert die Brüsseler EU weiter, indem gesagt wird: „Mitgliedstaaten verpflichten sich, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern.“ Er stellt außerdem klar, dass die Europäische Verteidigungsagentur in diese geänderten Verträge eingebunden wird.

Was die politischen Verantwortlichen der Brüsseler EU über den Lissaboner Vertrag gesagt haben

Ihr Vergleich des Vertrags mit der abgelehnten Europäischen Verfassung:



„Die Öffentlichkeit wird dazu gebracht werden, Vorschlägen zuzustimmen, die sie überhaupt nicht kennt und wir wagen es auch nicht, sie zu veröffentlichen ... Alle früheren Vorschläge sind in dem neuen Vertrag, aber irgendwie versteckt und verschleiert.“

Valéry Giscard D'estaing, früherer französischer Präsident und Vorsitzender des Konvents, der die Europäische Verfassung ausarbeitete; Le Monde, 14.06.2007 und Sunday Telegraph, 01.07.2007



„Die Substanz der Verfassung wurde erhalten. Das ist eine Tatsache.“

Bundeskanzlerin Angela Merkel in ihrer Rede vor dem Europäischen Parlament, 27.06.2007



„Das Gute daran, es nicht ‚Verfassung‘ zu nennen, ist, dass keiner ein Referendum verlangen kann.“

Giuliano Amato, früherer italienischer Premierminister und Zweiter Vorsitzender des Konvents, der die Europäische Verfassung ausarbeitete; Rede an der London School of Economics, 21.02.2007



„Die Substanz des Abkommens von 2004 wurde erhalten. Was fehlt ist der Name Verfassung“.

Dermot Ahern, irischer Außenminister, Daily Mail Irland, 25.06.2007



„Virtuelle Unverständlichkeit hat gerade die Einfachheit als Kernansatz der Reform zur EU ersetzt. Die vorgeschlagenen Änderungen zum Verfassungsvertrag sind meistens Augenwischerei und haben keinen praktischen Effekt. Sie wurden einfach dafür geschaffen, es bestimmten Köpfen der Regierung zu ermöglichen, ihrem Volk zu verkaufen, dass es besser ist, Änderungen durch das Parlament und nicht durch ein Referendum ratifizieren zu lassen.“

Dr. Garret Fitzgerald, früherer irischer Premierminister, Irish Times, 30.06.2007

Über ihre Absicht, den EU-Bürgern den Vertrag verständlich zu machen:



„Man hat einfach beschlossen, dass das Dokument unlesbar sein sollte. Wenn man es nicht lesen kann, dann ist es nicht verfassungsgemäß – ungefähr so wurde das gesehen ... Und die Premierminister – stellen Sie sich den britischen Premier vor –, können zum Unterhaus gehen und sagen: ‚Sie sehen, das ist absolut unlesbar, typisch für Brüssel. Das kennt man ja, da braucht man auch kein Referendum.‘ Sollte man es direkt

beim ersten Lesen verstehen, gäbe es vielleicht einige Gründe für ein Referendum, weil einiges neu ist.“

Giuliano Amato, früherer italienischer Premierminister und Zweiter Vorsitzender des Konvents, der die Europäische Verfassung ausarbeitete; aufgenommen von Open Europe, The Centre for European Reform, London, 12.07.2007



„Der Verfassungsvertrag musste lesbarer sein; dieser Vertrag muss unklar sein ... Die Verfassung sollte klar sein, wohingegen dieser Vertrag unverständlich sein musste. Das ist gelungen.“
Karel de Gucht, belgischer Außenminister, Flan dreinfo, 23.06.2007

Über das irische „Nein“ zum Vertrag im Jahr 2008:



„Alle [politischen Führer] wissen sehr gut, dass, falls dieselbe Frage ihrer Wählerschaft im Rahmen eines Referendums gestellt worden wäre, die Antwort in 95 Prozent der Länder wohl wahrscheinlich ebenfalls ‚Nein‘ gewesen wäre.“
Charlie McCreevy, irischer EU Kommissar, Irish Times, 27.06.2009

Über das französische „Nein“ zur Europäischen Verfassung 2005 (die mit den Verträgen zu 96 Prozent übereinstimmt):



„Frankreich war einfach das erste aller Länder, die mit ‚Nein‘ gestimmt haben. Das würde in allen Mitgliedsstaaten passieren, wenn es dort ein Referendum gäbe. Es gibt eine Kluft zwischen Volk und Regierung ... Ein heutiges Referendum würde Europa in Gefahr bringen. Es gäbe keinen Vertrag, wenn wir ein Referendum in Frankreich abhalten würden, und welchem wiederum ein Referendum im Vereinigten Königreich folgen würde.“

Der französische Präsident Nicolas Sarkozy in einer Rede bei einem Treffen der Mitglieder des Europaparlaments, The Economist, 14.11.2007

Darüber, der Bevölkerung Macht und Souveränität zu entziehen:



„... Ich denke nicht, dass es eine gute Idee ist, diese langsame und effektive Methode zu ersetzen – sie hält die einzelnen Nationen frei von Angst, während sie ihre Macht abgeben – in großen institutionellen Sprüngen ... Deshalb bevorzuge ich, es langsam anzugehen, die Souveränität stückchenweise aufzubrechen, um einen schroffen Übergang von nationaler zu föderaler Macht zu vermeiden. Ich denke, dies ist das Mittel, mit dem wir Europas gemeinschaftliche Politik bauen werden müssen.“

Der italienische Premierminister Giuliano Amato, vor seiner Wahl als Vize-Präsident des Europäischen Konvents, im Gespräch mit Barbara Spinelli, La Stampa, 13.07.2000

Das Öl- und Pharma-Kartell bringt Nicolas Sarkozy in Frankreich an die Macht



Nicolas Sarkozy wurde in Frankreich durch das Öl- und Pharma-Kartell im Jahr 2007 an die Macht gebracht. Als Sohn eines ungarischen Aristokraten war sein Aufstieg und seine Machtübernahme Teil des „Plan B“ des Kartells. Im Falle, dass das Weiße Haus in den USA an Kräfte verloren ginge, die seinen Interessen weniger freundlich gewogen wären als Präsident Georg W. Bush – was tatsächlich eintrat, als Präsident

Barack Obama im November 2008 gewählt wurde –, musste das Kartell sicherstellen, dass andere einflussreiche Regierungen diesen Verlust schnell kompensieren konnten. In dieser Situation war das nuklear bewaffnete Frankreich der ideale Kandidat.

Sarkozys Machtergreifung wurde strategisch vom Kartell geplant. Im Jahr 2004, in seiner Zeit als Innenminister, erzwang er die Fusion zwischen dem französischen Pharma-Zwerg Sanofi und dem schweizerischen / deutschen Pharma-Riesen Aventis/Hoechst. Die Hoechst AG, die wertvollste „Braut“ in dieser erzwungenen Heirat, war natürlich eines der berühmtesten drei Unternehmen (zusammen mit Bayer und BASF), welche Hitler an die Macht brachten und die Vorbereitungen zum Zweiten Weltkrieg finanzierten, einschließlich des Aufbaus des Konzentrationslagers Auschwitz. Mit der Verlegung der Hoechst AG von Deutschland nach Frankreich wanderte auch das gesamte Know-How in dieses Land – d. h. wie man politische Interessengruppen aufbaut, die Kontrolle der Exekutive an sich reißt, quasi-diktatorische Regierungen schafft und letztendlich eine globale Dominanz anstrebt. Die Streuung wirtschaftlicher Macht und politischen Wissens von Deutschland nach der Nazi-Zeit nach Frankreich war eine jener perfekten Täuschungen, die Markenzeichen des Kartells sind.

Die Wahlkampagne Nicolas Sarkozys war fast eine direkt Kopie der letzten Wahlen in Deutschland vor dem Zweiten Weltkrieg. Die Wahlkampagne des Kartellkandidaten wurde durch französische Öl-, Pharma- und Atomenergiekonzerne finanziert – begleitet von der Medienpropaganda des Kartells. Auf fast dieselbe Art und Weise wie in den 1930er Jahren führte Sarkozy eine Zwietracht säende Wahlkampagne gegen Ausländer und Immigranten, mit dem Ziel, die französische Mittelschicht zu verängstigen und in die Arme des Kartellkandidaten zu treiben. Sarkozy ging sogar so weit, entrechtete Jugendliche in den Pariser Vororten als „Abschaum“ zu bezeichnen und somit bewusst das politische Klima aufzuheizen sowie sich selbst als Kandidaten von „Recht und Ordnung“ zu präsentieren. Nachdem er in den Wahlen im Mai 2006 die Macht erlangte, „krönte“ er sich zusammen mit der deutschen Kanzlerin Angela Merkel zum neuen Oberhaupt des Brüsseler-EU-Konstrukts. Dies geschah in einer Art und Weise, die eher mittelalterlichen Herrschern gleicht.

Aber Europa war Nicolas Sarkozy und seinen Sponsoren aus der Wirtschaft nicht genug. Nach zwei Jahren im Amt proklamierte er sich selbst zum Herrscher eines mediterranen Königreiches, indem er mehr als ein Dutzend Mittelmeerranrainernstaaten in die Kartellherrschaft einbettete. Das gemeinsame europäische / mediterrane Königreich gleicht auffallend der Ausdehnung des Römischen Imperiums unter Julius Caesar, dem Sarkozy, neben Napoleon, offensichtlich nacheifern möchte.

Sarkozy – Verbindungen zu Konzernen

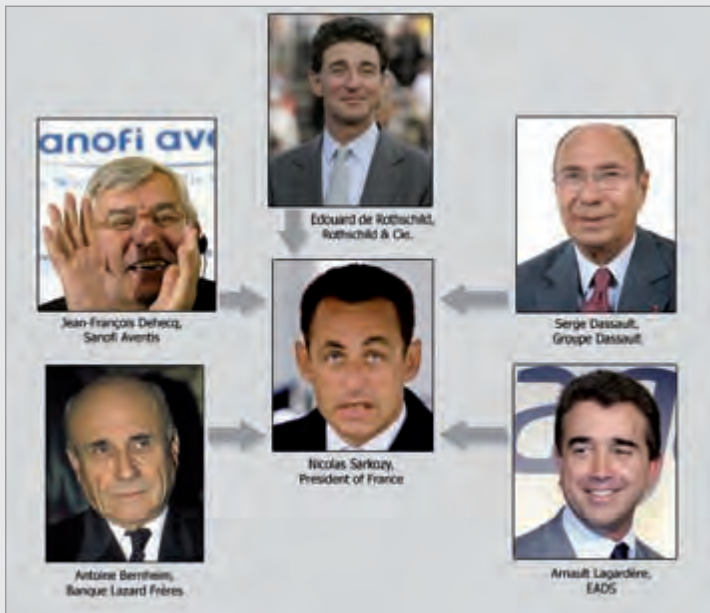
Sarkozys Machtergreifung in Frankreich im Jahr 2006 wurde von der französischen Wirtschaft finanziert. Seine Hauptgeber sind unten aufgelistet.

Aber diese Konzern-Unterstützung hätte allein nicht genügt, seine Wahl durchzubringen. Seine Wahlkampagne wurde daher durch die systematische Propagierung von Angst angetrieben – ähnlich wie bei der Wahl Bushs 2004. Aber Sarkozy ging noch einen Schritt weiter: Hass auf Immigranten wurde ein zusätzliches Markenzeichen seiner Kampagne. Sarkozy wurde weltbekannt mit der Äußerung, junge Immigranten in Pariser Vororten seien „Abschaum“ – womit er Rassenhass schürte. Diese Methode der psychologischen Kriegsführung gegen das eigne Volk zielte darauf ab, ängstliche und verunsicherte Wähler in seine Arme zu treiben.

Die beiden Standbeine der Wahlkampagne Sarkozys – offenkundige Bedienung der Kartellinteressen bei gleichzeitiger Beeinflussung der Wählerschaft durch Schüren ihrer Ängste – sind eine exakte Kopie einer anderen Wahlkampagne aus dem Jahre 1933, die ebenfalls vom Öl- und Pharma-Kartell finanziert wurde. In jenem Jahr brachte das deutsche Kartell IG Farben (Bayer, BASF und Hoechst, heute ein Teil des französischen Unternehmens Sanofi/Aventis) einen anderen skrupellosen Politiker mit verheerenden Konsequenzen für unseren Planeten an die Macht. Die Details dieser Unterstützung der Machtergreifung der NSDAP im Jahr 1933 durch das Öl- und Pharma-Kartell sind in den Nürnberger Prozessen gegen die IG Farben von 1948 dokumentiert.

Die Geschichte lehrt uns: „Wer sich nicht an die Vergangenheit erinnert, ist dazu verdammt, sie zu wiederholen.“ (George Santayana)

Die Unternehmensinteressen, die Nicolas Sarkozy an die Macht brachten:



Wenn man schaut, was er jenen Ländern anbieten kann, wird die Hoffnungslosigkeit von Sarkozys Unternehmungen im 21. Jahrhundert in Europa, Nordafrika und dem Mittleren Osten offensichtlich. In einer Zeit, in der die Welt bereit ist, bereitwillig Wasserstoff und andere Formen erneuerbarer Energie anzunehmen – nicht nur zum Autofahren, sondern auch, um den Großteil der gesamten Energieversorgung abzudecken –, versucht Nicolas Sarkozy, – wie ein verzweifelter Verkäufer – die veraltete Nukleartechnologie zu nutzen, um Dutzende von Entwicklungs- und Schwellenländer in eine verhängnisvolle Abhängigkeit vom Öl-, Pharma- und Nuklearenergie-Kartell zu drängen.

In den Augen des Kartells ist Sarkozy offensichtlich der ideal Ersatz für George W. Bush als Hauptvertreter seiner globalen Interessen.

Infiltration durch Freimaurer und Mafia, Betrug, Korruption, Propaganda und die Erosion der bürgerlichen Freiheiten in der Brüsseler EU

Moralische Werte oder dubiose Verbindungen?

Korruption unter den Offiziellen ist seit ihrer Gründung ein konstantes Problem innerhalb der Europäischen Kommission. Der Standpunkt der Kommissare zu moralischen Fragen wird am besten durch ein Ereignis zusammengefasst, welches sich im November 2004 abspielte. Rocco Buttiglione, ein strenggläubiger Katholik und persönlicher Freund des damaligen Papstes Johannes Paul II, war als neues Mitglied in die Europäische Kommission berufen worden. Kurz danach wurde er aufgrund seiner standhaften katholischen Überzeugungen, die er öffentlich verteidigt hatte, wieder entlassen.

Buttiglione wurde durch Franco Frattini ersetzt, einem Intim-Freund des Premierministers Silvio Berlusconi. Wie in der Times in London am 10.11.2004 berichtet wurde, „warf Buttiglione Frattini bei seinem Abgang noch eine Warnung hinterher: ‚Ich hoffe, niemand wird Frattini fragen, ob er Freimaurer ist!‘“

Trotz dieser offenen Warnung wurde Frattini Vize-Präsident der Europäischen Kommission und ironischerweise verantwortlich für den Bereich Justiz, Freiheit und Sicherheit. In dieser Funktion in der Zeit von 2004 bis 2008 überwachte Frattini persönlich die Einsetzung



**Franco Frattini,
Vize-Präsident der
Europäischen Kom-
mission für Justiz,
Freiheit und Sicher-
heit, 2004-2008**

einer Gesetzgebung, die alle Bürgerrechte in Europa beschneiden und grundlegend alle Bereiche im Leben der EU-Bürger beeinflussen würde.

Diese Geschichte, so harmlos sie auch scheint, wirft ein erhellendes Licht auf die moralischen Werte der Brüsseler EU.

Infiltration durch Freimaurer und Mafia in der Brüsseler EU



Licio Gelli, früherer Großmeister von P2 (Propaganda Due), einer illegalen, rechtsorientierten Freimaurerloge mit Verbindungen zum Nazismus. Zu den Mitgliedern von P2 gehörte ebenfalls der heutige Premierminister Italiens, Silvio Berlusconi.

(Bildquelle:
Wikipedia)

Freimaurerei ist ein hochsensibles Thema in Italien seit 1981, als eine geheime und illegale rechtsorientierte Freimaurerloge, bekannt als P2 – Propaganda Due –, inmitten eines öffentlichen Skandals zerschlagen wurde. Bemerkenswert ist, dass Silvio Berlusconi, der jetzige Premierminister Italiens, auf der fast tausend Namen umfassenden Mitgliederliste zu finden war – einschließlich führender Leute aus Banken, Wirtschaft, Geheimdienst, Presse, Militär und Politik. Berlusconi, der 2009 mit einer Mafia-Attentatsserie durch einen Kronzeugen in Verbindung gebracht wurde, trat P2 vermeintlich im Jahr 1978 bei.

Historisch betrachtet ist P2 bekannt dafür, Verbindungen zum Nazismus und zu extrem rechtsorientierten Gruppierungen unterhalten zu haben. Licio Gelli, der frühere Großmeister von P2, kam 1998 wegen Korruption und Betrug im Zusammenhang mit dem Banco-Ambrosiano-Skandal ins Gefängnis und wurde von der New York Times unumwunden als „bekannter Faschist“ beschrieben. Der investigative Autor David A. Yallop hat in seinem Buch „Im Namen Gottes? Der mysteriöse Tod des 33-Tage-Papstes Johannes Paul I.“,

behauptet, dass Gelli in die Verschwörung verstrickt war, die zur Ermordung von Papst Johannes Paul I führte, der 1978 nur 33 Tage im Amt war. Noch besorgniserregender sind einige Quellen, einschließlich der New Zealand Herald und der Zeitung The Observer in Großbritannien, die P2 mit Staatsterrorismus in Verbindung bringen. Andere wiederum, wie die BBC, behaupten, P2 unterhalte Beziehungen sowohl zur Mafia als auch zu rechtsorientierten Terrorgruppen.

In seinem Interview mit der BBC im Jahr 2000 sprach Paul van Buitenen, der Informant, welcher wegen der Offenlegung von Betrug und Missmanagement in der Europäischen Kommission unter Jacques Santer seinen Rücktritt einreichen musste (siehe unten), offen über seine Ängste über die Infiltration der Brüsseler EU durch Mafia und Freimaurer.

Betrug in der Europäischen Kommission und Bestrafung der Informanten

Im Jahr 1999 musste die gesamte Europäische Kommission unter Führung von Jacques Santer nach der Veröffentlichung eines Berichtes eines Informanten zurücktreten. Eine Hauptzielperson dieses Berichtes war die französische Kommissarin Edith Cresson, welche des schweren und wiederholten Betruges, der Vertragsfälschung, Unterschriftenfälschung sowie des Unterschlagens von EU-Geldern zur eignen Bereicherung bezichtigt wurde. Während ihrer Zeit als Kommissarin ging sie sogar so weit, einen engen Bekannten, Rene Berthelot, einen Zahnarzt, als hochbezahlten EU-Berater für Fragen zu AIDS/HIV einzustellen, obwohl er keinerlei Expertise in diesem Bereich besaß. Berthelot wurde später dann als unqualifiziert beurteilt. Er fertigte in den mehr als zwei Jahren, die er für Cresson arbeitete, 25 Seiten von Notizen an, die keinen oder einen nur sehr geringem Wert hatten. Im Jahre 2006 befand der Europäische Gerichtshof, dass Cresson in klarem Gegensatz zu ihren Verpflichtungen als Europäische Kommissarin gehandelt hatte.

Die Anschuldigungen, die zur Auflösung der Kommission führten, wurden von dem niederländischen EU-Abgeordneten Paul van Buitenen erhoben, der zu dieser Zeit als Prüfer in der Finanzkontrollstelle der Kommission arbeitete. Als Bestrafung für seine Informationsweitergabe hat die EU ihn wegen Verstoßes gegen die Geschäftsordnung diszipliniert. Sein Gehalt wurde für vier Monate um 50 Prozent gekürzt und ihm wurde eine unwichtige Aufgabe in der Auftragsüberwachung für Dinge wie Glühbirnen zugewiesen.

Aber im Vergleich zu einigen anderen EU-Informanten ist van Buitenen noch glimpflich davongekommen. Im Jahre 2004 wurde Marta Andreasen, die frühere Rechnungsführerin der Europäischen Kommission, wegen ihrer Behauptung gefeuert, die EU-Buchhaltung sei durchsetzt von „Schmiergeldern und Betrug“. Obwohl ihre Behauptung eindeutig von den veröffentlichten Berichten der EU-Wirtschaftsprüfer bestätigt wurde – die sich um 2004 weigerten, aufgrund mutmaßlicher Betrugsversuche in den letzten 10 Jahren die Rechnungsabschlüsse zu unterzeichnen –, wies das EU-Gericht für den öffentlichen Dienst ihre Bitte um Aufhebung der Kündigung zurück und hielt in einem 55-seitigen Urteil jede einzelne Beschwerde der Kommission zu ihrer Person aufrecht.

Betrug im Europäischen Parlament

Der Galvin-Bericht, benannt nach Robert Galvin, einem EU-internen offiziellen Prüfungsbeamten, dessen Name auf dem Einband erschien, wurde Ende 2006 geschrieben und beinhaltet stichprobenartig die Prüfung von Ausgaben und Aufwandsentschädigungen von mehr als 160 EU-Abgeordneten. Er beschrieb schwerwiegende und wiederholte Unregelmäßigkeiten bei den Ausgaben für Büroassistenten und –Service, bedenklich große Barzahlungen an Personal und Dienstleister über das Gehalt hinaus, missbräuchliche Registrierung und unsaubere Steuerehrlichkeit, laxer oder nicht-existente Rechnungsstellung sowie undurchsichtige oder nicht erfasste Aufwandsentschädigungen.

Dieser schockierende Bericht wurde bis Februar 2008 geheim gehalten, als seine Existenz durch den britischen Europaabgeordneten Chris Davies veröffentlicht wurde. Selbst dann blieb der Inhalt geheim, und nur einer ausgewählten Gruppe von Abgeordneten wurde erlaubt, den Bericht einzeln in einem abgeschlossenen und bewachten Raum zu lesen. Als der Bericht bekannt wurde und sie beschuldigt wurden, massiven Betrug begangen zu haben, stimmten die Abgeordneten dafür, den Bericht nicht zu veröffentlichen und ihre Spesentricksereien geheim zu halten.

Korruption in der EU-„Anti-Verbrechens-Abteilung“

Sogar Eurojust, die EU-Behörde zur Verbrechensbekämpfung, war in die Korruptionsskandale verwickelt. Zum Beispiel: Im Dezember 2009 trat Jose da Mota, der Präsident von Eurojust, zurück, nachdem er für 30 Tage seines Amtes suspendiert war. Er hatte Druck auf die portugiesische Staatsanwaltschaft ausgeübt, um eine Korruptionsuntersuchung zu stoppen, die auch den portugiesischen Premierminister José Sócrates im Auge hatte. Sócrates wird laut der Nachrichtenagentur UPI vorgeworfen, in seiner Zeit als portugiesischer Umweltminister Bestechungsgelder für die Erteilung einer Baugenehmigung in einem Schutzgebiet angenommen zu haben.

Der Propaganda-Krieg der Brüsseler EU

Anstatt den Bürgern gegenüber transparent zu arbeiten, unterhält die Brüsseler EU eine riesige Propagandamaschine, die von den Steuerzahlern finanziert wird.

Laut Maria Rankka, die die schwedische Denkfabrik Timbro betreibt, stellt die ungewählte Europäische Kommission zum Beispiel von der EU gesponserten Radiostationen und Webseiten Gelder zur Verfügung, die das offizielle Budget von 213 Millionen Euro weit überschreiten. Die von Rankka genannten Beispiele umfassen das Europäische Radionetzwerk „Euranet“ und den EU-YouTube-Kanal „EU Tube“.

Rankka unterstellt ebenfalls, dass der Sender Euronews jedes Jahr 10,8 Millionen Euro aus Geldern der Brüsseler EU erhält, während das Europäische Journalismuszentrum (EJC) in Brüssel und Maastricht, welches zukünftige Reporter ausbildet, einen Zuschuss von ungefähr 1 Millionen Euro in 2008 erhielt. Eines ist klar. Wenn solche Organisationen große Geldmengen aus politischen Kreisen bekommen, muss man deren Objektivität ernsthaft hinterfragen.

Aber dies ist noch nicht alles. Laut Rankka sponsert die Brüsseler EU ebenfalls Organisationen wie das „Centre for European Policy Studies“ (Zentrum für Europäische Politikstudien), die „Europäische Bewegung“, das „Europa für Bürger und Freunde Europas“. Da diese Organisationen offensichtlich sehr pro-EU eingestellt sind, ist anzunehmen, dass ein solches Sponsoring einfach als ein Mittel der Öffentlichkeitsarbeit der Brüsseler EU bereitgestellt wird, um für die Unterstützung ihrer Politik in der Gesellschaft zu werben.

Bisher zielten die Propagandabemühungen der Brüsseler EU hauptsächlich auf die wahlberechtigten Bürger ab. In der Zukunft scheint es jedoch wahrscheinlich, dass sie ihre Aufmerksamkeit auch auf die Einbeziehung von Kindern erweitert. Angesichts der „Lügen“ und des „Misstrauens“, die angeblich über die Brüsseler EU verbreitet werden, wollen einige Mitglieder des Europäischen Parlaments nun, dass Schüler in allen 27 Mitgliedsstaaten gezwungen werden sollen, Unterrichtsstunden über die EU zu erhalten. Ohne jeden Zweifel beinhaltet der angestrebte Lehrplan Fächer über die „Gründungsväter der EU“ und „Wie die EU das tägliche Leben beeinflusst“, wobei die Schüler die wahren Tatsachen darüber, so wie sie in diesem Buch zu finden sind, allerdings wohl kaum kennen lernen werden.

Die Täuschungen der Brüsseler EU in Bezug auf Menschenrechte und die Grundfreiheiten

Die Brüsseler EU hat verstärkte Anstrengungen unternommen, die Illusion aufrechtzuerhalten, dass sie die Menschenrechte und die

fundamentalen Freiheiten ihrer Bürger beschützt. Von allen Täuschungen in diesem Bereich ist der „Sacharow-Preis für geistige Freiheit“ ein klassisches Beispiel.

Der Preis wurde 1988 ins Leben gerufen, um „Menschen zu ehren, die sich für die Verteidigung der Menschenrechte und der Meinungsfreiheit einsetzen“ und wird jährlich in einer feierlichen Sitzung durch das Europäische Parlament in Strassburg verliehen.

Obwohl wir in keiner Weise die Tapferkeit und Selbstlosigkeit einiger der bemerkenswerten Personen schmälern wollen, die diesen Preis im Laufe der Jahre bekommen haben, ist es eine Tatsache, dass es zutiefst unaufrichtig von der Brüsseler EU ist, einen solchen Preis zu vergeben. Gleichzeitig schafft sie nämlich einen Überwachungsstaat, der die Privatleben der Bürger überwacht und ihre Rechte untergräbt, verspottet sie das Grundprinzip der Demokratie, indem sie ihre Bürger davon abhält, ihre Repräsentanten der exekutiven Regierungsebene zu wählen, und ergreift sie Maßnahmen, ihren Bürgern wissenschaftlich fundierte, lebensrettende natürliche Therapien und die Informationen darüber vorzuenthalten.

Die Schaffung eines europäischen Überwachungsstaates

Die Brüsseler EU gibt Millionen Euro für die Entwicklung einer „Orwellischen“ Computertechnologie aus, die Bilder von Videoüberwachungsanlagen überprüfen und das Internet nach „abnormalem Verhalten“ durchsuchen soll. In einem fünfjährigen Forschungsprogramm, genannt „Project Indect“, versucht sie nun Computerprogramme zu entwickeln, die Informationen von Webseiten, Diskussionsforen, Datenservern, Peer-to-Peer-Netzwerken und sogar privaten Computern überwachen und weiterverarbeiten. Darüber hinaus ist es eine Tatsache, dass Details zu





Die Brüsseler EU gibt Millionen Euro für die Entwicklung einer „Orwellschen“ Computertechnologie aus, die Bilder von Videoüberwachungen untersuchen und das Internet nach „abnormalem Verhalten“ absuchen soll.

E-Mails, Webseitenbesuchen und Telefonanrufen bereits jetzt von europäischen Internetseviceanbietern auf der Basis von EU-Recht gespeichert werden.

Parallel dazu erhöht die EU ebenfalls ihre Bemühungen zur Bildung eines paneuropäischen Überwachungssystems und die Erstellung eines Personalausweisregisters. Falls diese Pläne Früchte tragen, werden autoritäre Satellitenüberwachungssysteme, automatische Grenzkontrollsysteme mit Geräten zur Lesung von biometrischen Da-

ten und Profilerstellungen zur Risikoeinschätzung Normalität für alle 500 Millionen EU-Bürger.

Es kommt aber noch schlimmer. Die Entscheidungen zur Erweiterung der inneren Sicherheit („Homeland Security“) der EU werden anscheinend genau von jenen Unternehmen getroffen, die letztendlich davon profitieren werden. Laut der britischen Bürgerrechtsbewegung „Statewatch“ wurde die Umsetzung des 1,4 Milliarden schweren Europäischen Programms für Sicherheitsforschung (ERSP) „in genau die Unternehmen ausgelagert, die am meisten von dessen Einführung profitieren werden“, wie z.B. die Verteidigungsunternehmen Thales, Finmeccanica, EADS, Saab und Sagem Défense Sécurité.



Kapitel 5

800 JAHRE NACH
DER MAGNA CARTA:

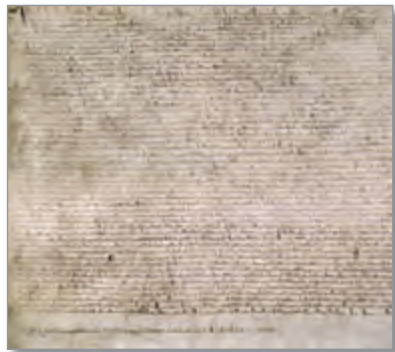
**Die Herrschaft der
Brüsseler EU würde
in Großbritannien
Jahrhunderte der
Freiheit und der
Unabhängigkeit
beenden**

800 Jahre nach der Magna Carta: Die Herrschaft der Brüsseler EU würde in Großbritannien Jahrhunderte des Friedens und der Unabhängigkeit beenden

Dieses Gesetz steht über dem König, und nicht einmal er darf es brechen. Diese Wiederbestätigung eines höchsten Rechts und die Niederlegung in einer grundsätzlichen Urkunde ist das große Vermächtnis der Magna Carta; und dies allein begründet den Respekt, warum sie immer in Ehren gehalten wurde.

Winston Churchill, 1956

Von all der stolzen, von Freiheit und Unabhängigkeit geprägten Geschichte Europas, die durch eine Herrschaft der Brüsseler EU zu Ende gehen würde, wäre besonders das Ende der jahrhundertelangen Freiheitsgeschichte und Selbstbestimmung Großbritanniens ein sehr tragischer Verlust. Alle Menschen dieses Landes, das bereits zweimal eine entscheidende Rolle der Verhinderung der Welteroberung durch das Chemie-, Öl- und Pharma-Kartell spielte, müssen nun mitansehen, wie Europa an genau diesen Verursacher von zwei Weltkriegen ausgeliefert wird. Millionen ihrer tapferen Vorfahren gaben ihr Leben, um dies zu verhindern.



Englands Magna Carta, die im Juni 1215 unterzeichnet wurde, war beispielhaft für die Entwicklung des Verfassungsrechts und wird mehrheitlich als eines der wichtigsten Gesetzesdokumente in der Entwicklungsgeschichte der Demokratie gesehen.

(Bildquelle: Wikipedia)

Schaut man weiter zurück in die Geschichte, so ist es ebenfalls bemerkenswert, dass Britannien durch England, seinem größten Mitgliedsland, der Welt die Magna Carta gab – weltweit das wahrscheinlich wichtigste Rechtsdokument in der Geschichte der Demokratie. Es wurde in Runnymede in der englischen Grafschaft Surrey im Juni 1215 unterzeichnet und galt über Jahrhunderte als ein Bollwerk gegen die Tyrannei in England. Indem man Rechte beachtete wie Habeas-Corpus-Akte – ein Gefangener hat das Recht auf eine Anhörung vor einem unabhängigen Gericht, um feststellen zu lassen, ob seine Verurteilung rechens ist – und sogar Fürsten und Magistrate in die Rechtsprechung miteinbezog, war Englands Magna Carta entscheidend an der Entwicklung der Grundgesetze beteiligt.

Vielen Briten ist jedoch gänzlich unbekannt, dass der so genannte „Europäische Haftbefehl“ der Brüsseler EU, der 2002 verabschiedet wurde, Habeas-Corpus-Recht aufhebt. Ebenso hebt der Lissaboner



Das britische Parlament wird weithin dafür anerkannt, weltweit ein Modell für parlamentarische Systeme gewesen zu sein. Nichtsdestoweniger wurde seine Souveränität, zusammen mit den Souveränitäten all der anderen Nationalparlamente in der Brüsseler EU, durch den Lissaboner Vertrag aufgehoben.

(Bildquelle: Wikipedia)

Vertrag nicht nur den Schutz der Magna Carta gegen Willkür und eine unberechenbare Rechtsprechung, sondern auch direkt die Souveränität des britischen Parlamentes auf – eines Rechtskörpers, der beispielhaft für alle parlamentarischen Systeme auf der ganzen Welt war.

Eine stolze Geschichte: Großbritannien verteidigt die Welt vor dem Öl- und Pharma-Kartell

Großbritanniens Eintritt in den Ersten Weltkrieg fand am 4. August 1914 statt, nachdem der damalige Premierminister Herbert Asquith dem Deutschen Kaiserreich als Reaktion auf die Invasion Belgiens den Krieg erklärte. Unter den vielen wichtigen Faktoren, die Deutschlands Niederlage im Ersten Weltkrieg sicherstellten, wird die Schlüsselrolle der Britischen Marine – der größten Seestreitmacht der Welt zu jener Zeit – häufig übersehen. Tatsächlich war die Rolle der Britischen Marine so wichtig, dass es dem Land ohne sie nicht möglich gewesen wäre, den Krieg weiter zu führen.



**Sir Winston Churchill,
Premierminister Groß-
britanniens
1940-1945, 1951-1955**

Obwohl es nur ein Seegefecht während des Ersten Weltkrieges bei Jütland am 31. Mai 1916 gab, hat die Britische Marine dadurch erfolgreich verhindert, dass die Deutsche Marine das beengte Seegebiet der Nordsee verlassen konnte. Auf diese Weise spielte sie eine entscheidende Rolle, einen Seehandel zwischen Großbritannien und seinen Alliierten während des Krieges zu ermöglichen. Zusammen mit dem zur Verfügung gestellten Massenheer war Britannien ebenfalls das Arsenal und der Finanzgeber der Alliierten und hielt entschieden stand gegen die deutsche Bekanntmachung der uneingeschränkten U-Boot-Kriegsführung im Februar 1917¹. Es ist also klar, dass ohne die Anstrengungen Großbritanniens das Ende des Ersten Weltkriegs ganz anders ausgesehen hätte.

¹ Britain and World War One, 1901 – 1918; BBC History.

Großbritannien trat am 3. September 1939 in den Zweiten Weltkrieg als Folge der deutschen Invasion Polens ein. Mit der Ablehnung eines Waffenstillstands war Britanniens Rolle, die Welt gegen das Kartell ein zweites Mal zu verteidigen, nicht weniger entscheidend als bereits 25 Jahre zuvor. Mit Winston Churchill, dem britischen Premierminister und dem in Kriegszeiten wohl bemerkenswertesten politischen Führer der neueren Geschichte, hielt Großbritannien dem vom Kartell finanzierten Krieg stand. Es hat Hitler mit fast unvorstellbar geringen Chancen erfolgreich in einen Zwei-Fronten-Krieg gezwungen, der letzten Endes Deutschlands Untergang bedeutete.

Dennoch begannen die Kräfte des Kartells, sich bereits wenige Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg erneut gegen Großbritannien neu zu formieren und ein neues geheimes Komplott zu schmieden.

***Das Aktionskomitee für die Vereinigten Staaten von Europa* schmiedete ein Komplott, um Großbritannien in die Brüsseler EU zu locken**



Die Geschichte des Aktionskomitees für die Vereinigten Staaten von Europa wurde den britischen Bürgern weitgehend verheimlicht.

Das Aktionskomitee für die Vereinigten Staaten von Europa, welches am 13. Oktober 1955² von Jean Monnet gegründet wurde, ist kaum bekannt und wurde weitgehend der europäischen Bevölkerung vorenthalten. Monnet, ein Geschäftsmacher, der nie in ein öffentliches Amt durch demokratische Wahlen bestellt wurde, war in der Vergangenheit Präsident der Hohen Behörde der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) – ein Posten, den er einen Monat zuvor abgegeben hatte. Die Treffen des Aktionskomitees begannen im Januar 1956 und wurden privat abgehalten.

² Action Committee for the United States of Europe: Statements and Declarations 1955-67. Pub. Chatham House, London, 1969.

Von Anfang an machte Monnet sehr klar, was beabsichtigt war. In einem Brief an die Politiker und Gewerkschafter, die ihn bei der Gründung des Komitees unterstützten, stellte er Folgendes fest:

„Bloße Kooperationen zwischen Regierungen werden nicht genügen. Für Staaten ist es unerlässlich, einige ihrer Befugnisse an europäische föderale Institutionen zu delegieren, die einem Mandat aller partizipierenden Länder als Ganzes unterstellt sind. Zur gleichen Zeit muss die enge Anbindung Großbritanniens an diese neuen Errungenschaften sichergestellt werden.“ Kurz gesagt, das Endziel des Komitees war es, wie bei seiner Gründung ausgeführt wurde, „mit konkreten Leistungen die Vereinigten Staaten von Europa zu bilden.“

So gab Jean Monnet in einem Brief vom 28.09.1968 bekannt, dass das Komitee entschieden habe, die drei größten britischen politischen Parteien als Vollmitglieder einzuladen. Er gab sogar unumwunden zu, dass die politischen Parteien und Gewerkschaften, die das Komitee bildeten, entschlossen seien, „den Weg zum britischen Eintritt in die Europäische Gemeinschaft schnellstmöglich zu ebnen.“

Dem britischen Volk war jedoch unbekannt, dass das dienstälteste Mitglied des Exekutivkomitees Kurt Georg Kiesinger war, der von Januar 1956 bis Mai 1965 darin tätig war. Kiesinger war Mitglied der NSDAP (Mitgliedsnr.: 2633930) und hatte im Zweiten Weltkrieg eine Stellung im Reichsaußenministerium, wo er als Leiter der Rundfunkpolitischen Abteilung³ arbeitete. Später wurde er von 1966 bis 1969 Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland.



Jean Monnet, ein Geschäftemacher, der nie in ein öffentliches Amt durch demokratische Wahl bestellt wurde, gründete das Aktionskomitee der Vereinigten Staaten von Europa im Jahr 1955. Alle drei mächtigsten britischen politischen Parteien wurden Mitglieder des Komitees und spielten so eine entscheidene Rolle dabei, Britannien in die Brüsseler EU zu locken.



Das dienstälteste Mitglied des Aktionskomitees für die Vereinigten Staaten von Europa war Kurt Georg Kiesinger. Kiesinger war Mitglied der NSDAP und hatte im Zweiten Weltkrieg eine Stellung im Reichsaußenministerium, wo er als Leiter der Rundfunkpolitischen Abteilung arbeitete

(Bildquelle: Wikipedia)

Zu den weiteren namhaften Mitgliedern des Komitees zählt der Italiener Aldo Moro, politischer Sekretär von Mai 1959 bis Dezember 1962. Im Vorfeld des Zweiten Weltkriegs war Moro Mitglied der Faschistischen Universitätsorganisation (Gioventù Universitaria Fascista) Italiens, einer Gruppe, die von Mussolinis faschistischer Partei finanziert wurde. Moro wurde zweimal Premierminister Italiens, von 1963 bis 1968 und von 1974 bis 1976.

Erstaunlicherweise jedoch reagierten die Führer aller drei politischen Parteien Großbritanniens extrem positiv auf Monnets Einladung – trotz der oben genannten Fakten. Premierminister Harold Wilson schrieb zum Beispiel im Namen der regierenden Labour-Partei: „Die Ziele des Aktionskomitees entsprechen weitgehend denen der Labour-Partei.“ Er fügte hinzu, er sei erfreut, die Einladung der Labour-Partei zu akzeptieren, dem Komitee als ein „Vollmitglied“ beizuwohnen. Wilson nominierte drei sei-

ner Parteigenossen – George Brown, Walter Padley und Michael Stewart – als ihre Vertreter.

Anthony Barber, Parteivorsitzender der Konservativen Partei, reagierte ähnlich positiv, nämlich dass es ihm eine große Freude sei, nach Rücksprache mit seinen Kollegen die Einladung anzunehmen. Seine Partei würde die Mitgliedschaft begrüßen. Barber nominierte ebenfalls drei Mitglieder seiner Partei – Mr. Reginald Maudling, stellvertretender Parteivorsitzender; Sir Alec Douglas-Home, Sprecher für Außenpolitik; und Mr. Selwyn Lloyd, den früheren Sekretär im Außenministerium und Schatzmeister – als seine Repräsentanten.

³ New York Times, 10. März 1988.

Jeremy Thorpe, Sprecher der Liberalen Partei, war genauso enthusiastisch und sagte, er würde dem Aktionskomitee mit „großer Hoffnung“ beitreten. Er fügte hinzu, dass der Bereich der Kooperation „vergrößert werden muss, um die Bereiche der Diplomatie, Verteidigung und große Teile der Sozial- und Kulturpolitik zu integrieren.“

Daraus resultierte, dass am 14. Treffen des Komitees am 11. März 1969 Mitglieder der drei mächtigsten Parteien Großbritanniens teilnahmen, die allesamt der Sitzung als nominierte Repräsentanten ihrer Parteien und nicht als Privatpersonen beiwohnten. Das Treffen wurde in London abgehalten und wurde zu einem Schlüsselmoment, Großbritannien in die Brüsseler EU zu locken.

Die Sitzungen des *Aktionskomitees der Vereinigten Staaten von Europa* wurden von den sechziger Jahren bis ins Jahr 1973 gehalten, als Großbritannien in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft eintrat.

Die Dezimalisierung der britischen Währung – ein erster Schritt zur Abschaffung des Pfunds

Nach den „Erfindern“ der Brüsseler EU sollte mit der Schaffung einer einheitlichen europäischen Währung sichergestellt werden, dass niemand wieder die Europäische Union würde verlassen können. Die dahinter liegende Logik war einfach: Die nationale Währung abzuschaffen und sie somit der Kontrolle einer Kartell-kontrollierten Zentralbank zu unterstellen, macht aus einem autonomen Staat nur noch einen Gliedstaat in einem unternehmenskontrollierten Superstaat.

Vor der Erschaffung des Euro basierten die Geldsysteme der sechs Gründerländer der Brüsseler EU auf dem Dezimalsystem. So hatte man entschieden, dass auch die neue paneuropäische Währung auf dem Dezimalsystem beruhen sollte.

Das Britische Pfund Sterling – die älteste noch gebräuchliche Wäh-

rung auf der Welt – war bis 1971 in 240 Pence unterteilt. Eine Umstellung auf das Dezimalsystem der sechs Gründungsmitglieder wurde als notwendig erachtet, um die britischen Bürger so zur Abschaffung des Pfunds zu zwingen und eine einheitliche europäische, auf dem Dezimalsystem basierende Währung zu akzeptieren.

Dies ist der Ursprung dessen, was später als „Dezimalisierung“ der britischen Währung benannt wurde.

Der damalige britische Schatzmeister James Callaghan kündigte am 1. März 1966 an, dass die britische Währung „dezimalisiert“ wird, und beschrieb dies als eine „historische und bedeutsame“ Entscheidung. Obwohl die wahren Gründe dieses Wechsels dem britischen Volk nie vollständig offengelegt wurden, gab Callaghan öffentlich zu, dass „große Bereiche“ der Industrie, des Handels und der Banken zu dem Schluss gekommen seien, dass die Dezimalisierung der Wirtschaft zugute kommen würde.⁴ Es ist überflüssig zu erwähnen, dass Callaghans präzise Begründung dafür, warum die alte Unterteilung in 240 Pence verantwortlich für die Anfälligkeit der britischen Wirtschaft sei, niemals wirklich erklärt wurde. Trotz dieser Tatsachen wurde die neue Dezimalwährung am 15. Februar 1971 im ganzen Land eingeführt.



Das Britische Pfund Sterling ist die älteste noch im Umlauf befindliche Währung.

Edward Heath – der Mann, der Großbritannien an die Brüsseler EU auslieferte

Großbritannien schloss sich der EU im Januar 1973 unter ihrem damaligen Premierminister Edward Heath an, einem Mann, der schon lange den Wunsch hegte, sein Land in eine europäische Föderation

⁴ Britain to go decimal in 1971. BBC News.

⁵ D-Day delivers new UK currency. BBC News.

einzubinden. In seiner parlamentarischen Antrittsrede vor dem Britischen Unterhaus am 26. Juni 1950 forderte Heath die Regierung offen auf, sich dem Schuman-Plan anzuschließen. Der nur einen Monat vor Heaths Eintritt in das Parlament vorgestellte Schuman-Plan, benannt nach dem französischen Außenminister Robert Schuman, führte letztendlich direkt zur Gründung der Brüsseler EU.

Heath unterhielt gute Beziehungen zu der Elite des Kartells. Er nahm 1976 an einem Treffen der geheimen Bilderberg Gruppe⁶ teil und sprach 1980 auf einem Treffen der von David Rockefeller gegründeten Trilateralen Kommission⁷. Er war von 1970 bis 1974 britischer Premierminister und gleichzeitig ein Freund des Vorstandsvorsitzenden und Geschäftsführers des Pharma-Herstellers Glaxo, Sir Austin Bide – dem Mann, der von der britischen Zeitung Independent als „grundsätzlich verantwortlich für die Umwandlung Glaxos von einem Hersteller von Babynahrung in eines der weltgrößten Pharma-Unternehmen“ beschrieben wird.⁸ Wiederum bemerkenswert ist, dass Bide, der während des Zweiten Weltkrieges für Glaxo arbeitete, sich mit Vitaminen und Penizillin beschäftigt hatte und auch für Patente zuständig war.⁹



Edward Heath, britischer Premierminister zwischen 1970 und 1974, unterhielt gute Beziehungen zur Elite des Kartells und hat 1973 Großbritannien in die Hände der Brüsseler EU ausgeliefert.

Ein weiterer enger Freund von Heath war Eric Roll, der spätere Baron Roll of Ipsden und Mitglied des Britischen Oberhauses. Roll wohnte ebenfalls regelmäßig den Treffen der Bilderberg Gruppe bei und war Mitglied des mächtigen Lenkungsausschusses der Gruppe.¹⁰

Aber Bide und Roll waren keineswegs die einzigen umstrittenen

⁶ The Daily Collegian. 9. September 1976. ⁷ 1980 Trilateral Commission Plenary.

⁸ Sir Austin Bide: Industrialist who transformed Glaxo into a world force and then clashed with Thatcher at British Leyland. The Independent; Samstag, 24 Mai 2008.

Verbündeten Heaths. Nachdem der französische Präsident, Charles de Gaulle, in den sechziger Jahren ein Veto gegen Großbritanniens Eintritt in die Brüsseler EU eingelegt hatte, lud Heath den ehemaligen Nazi-Anwalt Walter Hallstein, zu seiner Zeit Präsident der Europäischen Kommission, nach Chequers ein, seinem Landsitz als Minister. Es sollte besprochen werden, warum der Eintritt gescheitert war.¹¹ Dies war einer von mehreren Besuchen, die Hallstein Chequers und Heath in dessen Zeit als Premierminister abstattete. Hinter den Kulissen haben sich Hallstein und Heath in den zehn Jahren vor dem EU-Beitritt Großbritanniens im Jahre 1973 oftmals getroffen und eng zusammengearbeitet.



Ex-Nazi-Anwalt Walter Hallstein traf den britischen Premierminister Edward Heath bei zahlreichen Ereignissen und arbeitete eng mit ihm zusammen. Hallstein versprach Heath, an seiner Seite die britische Mitgliedschaft in der Brüsseler EU durchzudrücken.

In Anerkennung ihrer engen Arbeitsbeziehungen schrieb Hallstein sogar das Vorwort für die deutsche Ausgabe von Andrew Roths 1973 erschienenem Buch „Edward Heath – Ein Mann für Europa“.¹² Hieraus geht nach eigener Aussage hervor, dass Hallstein Heath als ein Politbarometer benutzte, bevor er offizielle Treffen und Verhandlungen über den Beitritt Großbritanniens zur EU aufnahm. Indem er versprach, an Heaths Seite die britische Mitgliedschaft durchzudrücken, wird gleichwohl klar, dass Hallstein fest entschlossen war, Großbritannien auch gegen den Willen des britischen Volkes in die Brüsseler EU aufzunehmen. Bemerkenswerterweise fasste Hallstein daher die Rolle Heaths bei der Auslieferung des Landes in die Arme der Brüsseler EU wie folgt

zusammen: „Der Gewinn dieses Kampfes war in entscheidendem Maße sein Sieg.“

⁹ Sir Austin Bide: After success at Glaxo, he failed to deliver at British Leyland. The Guardian. Donnerstag, 5. Juni 2008. ¹⁰ British House of Lords, Register of Lords' Interests. ¹¹ Heath and the Heathmen. Andrew Roth. Pub. Routledge & Kegan Paul, 1972. p169. ¹² Edward Heath - Ein Mann für Europa. Andrew Roth. Übersetzt von Heinrich Gottwald. Pub. Böhlau-Verlag, Köln, 1973.

Heath verlor 1974 die Macht an Harold Wilsons Labour-Partei, deren Wahlversprechen es war, den britischen Bürgern ein Referendum darüber zu ermöglichen, ob Großbritannien im Gemeinsamen Markt bleiben, neu verhandeln oder ihn sogar ganz verlassen sollte.

In der dem Referendum vorausgehenden Kampagne vom 06. Juni 1975 übernahm der millionenschwere Geschäftsmann Alastair McAlpine das Amt des Schatzmeisters für die mit „Ja“ stimmende Seite. Er wurde später unter Heath Schatzmeister der Konservativen. In einem Gespräch mit der Independent im Juni 2005 gab McAlpine zu, dass „die Banken und die Großindustrie der ‚Ja‘-Seite sehr große Geldbeträge spendeten.“

Die Zeitung Independent beschreibt auch, wie laut einer Organisatorin der „Ja“-Kampagne, Caroline de Courcey Ireland, die „Ja“-Seite von zusätzlichen Geldern aus den Mitteln der Europäischen Kommission profitierte. Diese Gelder wurden benutzt, um Düsenflugzeuge der früheren British Caledonian Airlines zu mieten und fast 1000 pro-europäische Sprecher zu Vorgesprächen von hochrangigen Eurokraten zu fliegen. De Courcey Ireland beschreibt dieses Geld als „eine Art Sonderabgabe“ der Kommission.¹³

Auf die Referendums-Frage „Sollte Großbritannien in der Europäischen Gemeinschaft (dem Gemeinsamen Markt) bleiben?“, hat die „Ja“-Seite nach massiver Finanzierung durch Unternehmen und die Europäische Kommission knapp mehr als 67 Prozent der Stimmen erhalten. Nach der Wahl sagte Heath, er habe „25 Jahre für dieses Ziel gearbeitet.“¹⁴

Bis zum heutigen Tag bleibt das Referendum von 1975 das einzige, welches die britischen Bürger je zu Europa hatten.

¹³ How we were talked into joining Europe. The Independent. Samstag, 4. Juni 2005.

Werden die britischen Bürger um ihre Freiheit und Unabhängigkeit kämpfen?

Durch die Verabschiedung der Lissabonner Verträge steht nun fast alles, was Göring – als Oberbefehlshaber der deutschen Luftwaffe im Zweiten Weltkrieg – für das Kartell erreichen wollte, kurz vor seiner Vollendung. Der große Verlust an Menschenleben und die selbstlose Aufopferung im Kampf gegen die unternehmerische Gier, die zu zwei Weltkriegen geführt hat, werden umsonst gewesen sein, wenn die britischen Bürger nicht bereit sind, weiterhin für ihre Freiheit und Unabhängigkeit zu kämpfen.

Obwohl Großbritannien in den Weltkriegen gegen das Öl- und Pharma-Kartell bisher auf der richtigen Seite gestanden hat, könnte alles, wofür die Väter und Großväter des Landes in der Vergangenheit gekämpft haben, bald verloren sein, falls das Volk nicht gegen die Brüsseler EU und gegen die Übernahme ihres Landes kämpft.

¹⁴ UK embraces Europe in referendum. BBC News.

Kapitel 6

Das „Who is Who“ der Brüsseler EU

Das „Who is Who“ der Brüsseler EU

In diesem Kapitel dokumentieren wir in kurzen biografischen Notizen einige ausgewählte Personen, die in diesem Buch erwähnt werden. Diese Liste ist eine willkürliche Auswahl und die Namen werden in alphabetischer Reihenfolge präsentiert.

Die Auswahl der gezeigten Personen soll keinesfalls irgend eine Zugehörigkeit zu einer spezifischen Organisation oder Partei andeuten. Der gemeinsame Nenner dieser Personen ist, dass Sie entweder in der Vergangenheit oder zum heutigen Tag als wirtschaftliche oder politische Interessenvertreter des Chemie-, Öl- und Pharmakartell dienten.



Abs, Hermann Josef

(*1901 †1994)

Hermann Josef Abs war eine der zentralen Figuren der deutschen Wirtschaft von den späten 1930er bis in die 70er Jahre.

- Von 1940 an war Abs Mitglied des Aufsichtsrates der IG Farben mit Schwerpunkt auf finanzielle Transaktionen.
- In seiner Hauptaufgabe als Vorstandsmitglied der größten deutschen Bank („Deutsche Bank“) war sein Fachgebiet die Sicherstellung eines Spitzenplatzes der Bank in den besetzten europäischen Ländern.
- Abs war ebenso Aufsichtsratsmitglied in vielen anderen Unternehmen, die sich mit der deutschen Besetzung Osteuropas beschäftigten.
- 80 Prozent aller finanziellen Transaktionen zum Aufbau des Auschwitzer Fabrikkomplexes von IG Farben wurden über die Deutsche Bank getätigt und gingen durch die Hände von Abs.
- Abs war Anführer der deutschen Delegation bei den Verhandlungen zum 1953 unterzeichneten „Abkommen über deutsche Auslandsschulden“, die mit relativ geringen Zahlungen Deutschlands für Nachkriegs- und Kriegsschulden an die Siegermächte endeten, welche bereits alle zukünftigen Forderungen von Opferorganisationen beinhalteten.

- Abs war direkt in die Zwangsenteignungen jüdischer Unternehmen in Deutschland und in den besetzten Ländern verwickelt.
- Nach dem Krieg wurde Abs kurz inhaftiert, konnte aber schnell wieder seine Geschäfte aufnehmen, indem er Kontakte zu den britischen und amerikanischen Besatzungsmächten knüpfte.
- Bevor er seinen alten Job bei der Deutschen Bank wieder aufnahm, war Abs Kopf der „Kreditanstalt für Wiederaufbau“ und Finanzberater von **Konrad Adenauer**. Er war somit maßgeblich an der Wiedererstarkung der deutschen Wirtschaft beteiligt.
- In den sechziger Jahren war Abs Aufsichtsratsmitglied in 30 Unternehmen und diente 20 Unternehmen als Vorstandsmitglied – ein unübertroffenes Ausmaß an Macht.



Adenauer, Konrad

(*1876 †1967)

Konrad Adenauer, Deutschlands erster Bundeskanzler nach dem Krieg, benutzte seinen Einfluss, um viele der Nazi-Handlanger wieder an die Macht zu bringen.

- Nachdem er seinen Posten als Kölner Bürgermeister 1933 verloren hatte, kontaktierte Adenauer im August 1934 hochrangige NS-Politiker und bot der Nationalsozialistischen Bewegung seine Dienste an. Er erhielt regelmäßige Gelder von der NS-Regierung.
- In Verhandlungen mit den Besetzungsmächten im Jahr 1949 bemühte sich Adenauer, die Demontage von Laboren des Medikamentenherstellers Bayer zu verhindern.
- Während seiner 14-jährigen Amtszeit besetzte Adenauer strategisch geschickt Regierungsposten mit nationalsozialistischen Verbrechern. Anderen wurde geholfen, aus dem Gefängnis entlassen zu werden und ihre früheren Posten in Unternehmen wiederzuerlangen.
- Einer dieser nationalsozialistischen Verbrecher war **Hans Globke**, den Adenauer als Staatssicherheitsberater anstellte.
- Ein weiteres Beispiel war **Walter Hallstein**, den Adenauer als Hauptarchitekten der Brüsseler EU etablierte und der erster Präsident ihrer so genannten Europäischen Kommission wurde.

- 1956 gründete Adenauer den „Bundesnachrichtendienst“ (BND). Der Chef des BND und eine große Anzahl seiner Mitarbeiter wurden aus ehemaligen SS- und Gestapo-Mitgliedern rekrutiert.



Ambros, Otto

(*1901 †1990)

Otto Ambros war von 1938 bis 1945 Vorstandsmitglied der IG Farben.

- Ambros überwachte die Standortauswahl, Planung, Konstruktion und den Betrieb der „IG Auschwitz“-Fabrik / des Konzentrationslagers als Betriebsleiter.
- Zwischen 1940 und 1945 war Ambros Berater des Chefs der „Vierjahresplan“-Behörde, **Carl Krauch**, und Leiter der Abteilung für Forschung und Entwicklung.
- Ambros wurde zum „Wehrwirtschaftsführer“ mit der Zuständigkeit für Chemiewaffen ernannt. Er empfahl Hitler persönlich den Einsatz der Nervengase Sarin und Tabun.
- Ambros entwickelte für die IG Farben die chemischen Kampfstoffe Sarin (1939) und Soman (1944).
- Beim Nürnberger Prozess gegen die IG Farben wurde Ambros für die Verbrechen, die er im Zweiten Weltkrieg begangen hatte, zur Verantwortung gezogen. Er wurde der „Sklaverei“ für schuldig befunden und erhielt eine achtjährige Gefängnisstrafe.
- Er wurde 1952 vorzeitig aus dem Gefängnis entlassen. Anschließend wurde er als Berater von **Konrad Adenauer** und für verschiedene Medikamentenfirmer angestellt.

Augstein, Rudolf

(*1923 †2002)

Rudolf Augstein, Herausgeber des „Spiegel“, war einer der wichtigsten Journalisten Nachkriegsdeutschlands.



- Augstein nutzte seinen Einfluss, um die Öffentlichkeit von der Verantwortung der Nazis für den Reichstagsbrand von 1933 abzulenken. Der Mythos, das Feuer sei von Marinus van der Lubbe, einem Einzeltäter, gelegt worden, wurde in einer Artikelreihe in „Der Spiegel“ ausführlich behandelt.
- Augstein nutzte die Erfahrung ehemaliger SS- und Gestapo-Angehörigen, ein System des „investigativen Journalismus“ einzuführen, das die deutsche Nachkriegspolitik beeinflussen sollte.
- Augsteins Verhaftung von 1962 nach der so genannten „Spiegel-Affäre“ wurde als Propaganda benutzt, um der Öffentlichkeit weis zu machen, er sei „linksgerichtet“. Es überrascht nicht, dass „Der Spiegel“ seitdem als Verteidiger der deutschen Pressefreiheit gilt.
- Augstein besetzte gezielt wichtige Positionen der Redaktionsbelegschaft mit hochrangigen NS-Funktionären:

Wilfried van Oven, persönlicher Presseoffizier des NS-Propagandaministers Josef Goebbels, wurde Korrespondent für Südamerika – persönlich ausgewählt von Augstein, der seinen Presseausweis unterschrieb.

Paul Carell, früherer Pressesprecher des Außenministers im Zweiten Weltkrieg, **Joachim von Ribbentrop**, schrieb regelmäßig für Augsteins Magazin.

Georg Wolff, SS-Hauptsturmführer im Dritten Reich, wurde in den frühen fünfziger Jahren vom Spiegel angeheuert und in den sechziger Jahren schließlich Chefredakteur des Magazins.

Horst Mahnke, ein hochrangiger Beamter des Reichssicherheitshauptamtes der SS, wurde Leiter der Auslandsabteilung des Spiegels. Mahnke schrieb später ebenfalls für Axel Springer.

Karl-Friedrich Grosse, ein hochrangiger Beamter im Ministerium Ribbentrops, wurde Leiter des Berliner Büros des Spiegel.

Erich Fischer, Abteilungsleiter in Goebbels Ministerium, wurde Verlagsleiter des Düsseldorfer Büros des Spiegel.

Rudolf Diels, erster Chef der Gestapo, wurde angestellt, um eine Artikelserie über seine eigene Geheimpolizei zu schreiben, in der seine früheren, aber in Nachkriegsdeutschland weiterhin aktiven Kollegen, eine weiße Weste erhielten. 1933 war Diels Verhörer von Marinus van der Lubbe nach dem Reichstagsbrand.

Bangemann, Martin

(*1934)

Martin Bangemann, ein deutscher Politiker, war Mitglied der Europäischen Kommission zwischen 1989 und 1999.



- Während seiner ersten Amtszeit in der Europäischen Kommission zwischen 1989 und 1985 fungierte Bangemann als EU-Kommissar für den Binnenmarkt bzw. für Industriepolitik.
- Als Kommissar bekam Bangemann in den neunziger Jahren Schwierigkeiten, da er saftige Geldsummen für Reden annahm – obwohl dies Kommissaren verboten ist.
- Bangemann wurde außerdem des Amtsmissbrauchs bezichtigt, als er seinen Chauffeur dazu brachte, seine Limousine nach Südfrankreich zu einem Treffen bei seiner Jacht zu fahren.
- Bangemann war während Jaques Santer's Amtszeit EU-Kommissar für Industriepolitik, Informationstechnik und Telekommunikation. 1999 war er in einen Betrugsskandal verwickelt und musste sein Amt wie alle anderen Mitglieder der Santer-Kommission niederlegen.
- Nach dem Rücktritt der Santer-Kommission wurde Bangemann nur einige Wochen später in den Vorstand der spanischen Telekommunikationsfirma Telefónica berufen. Die EU reichte 1999 Klage wegen möglicher Interessenskonflikte ein. Die Klage wurde später fallen gelassen, nachdem Bangemann zusagte, nicht vor 2001 für Telefonica zu arbeiten.



Bolkestein, Frits

(*1933)

Frits Bolkestein war Europäischer Kommissar für Binnenmarkt und Dienstleistungen von 1999 bis 2004.

- 1996 versuchte Bolkestein, zu dieser Zeit Leiter der regierenden VVD-Partei der Niederlande, den niederländischen

Gesundheitsminister Els Borst zu überzeugen, ein cholesterinspiegel-senkendes Medikament in den Kostenerstattungsplan des niederländischen Gesundheitsdienstes mit aufzunehmen. Das Medikament, Cozaar, wurde von Merck, Sharp & Dome vermarktet. Bolkestein war zu jener Zeit Direktor der Firma. Laut dem Fernsehsender Netwerk wurde ebenfalls von Bolkestein berichtet, dass dieser Borst bedrängte, die Erstattungsgrenze des Medikaments Zocor, ebenfalls von Merck, Sharp & Dome hergestellt, zu reduzieren.

- Während seiner Zeit als Europäischer Kommissar für Binnenmarkt entwarf Bolkestein die „Europäische Richtlinie über Dienstleistungen im Binnenmarkt“. Diese so genannte „Bolkestein-Richtlinie“ zielte auf die Herstellung eines Gemeinsamen Marktes für Dienstleistungen, ganz im Sinne der Pläne, die von Nazi-Anwalt Walter Hallstein entworfen wurden.
- 2001 weigerte sich Bolkestein, bei der Aufklärung geheimer Konten mitzuhelfen, die bei Clearstream, einer Abteilung des Finanzdienstleisters Deutsche Börse, geführt wurden – obwohl EU-Abgeordnete die Kommission dazu aufgefordert hatten. Fünf Jahre später, im Jahr 2006, behauptete der EU-Informant Paul van Buitenen – der 1996 den Santer-Kommission-Skandal aufgedeckt

hatte –, dass Bolkestein Gründungsmitglied der russischen „Bank Menatep“ war. Die „Bank Menatep“ soll laut Harlem Désir, einem französischen EU-Abgeordneten, ein nicht-veröffentlichtes Geheimkonto bei Clearstream unterhalten haben – was daher Fragen aufkommen lässt hinsichtlich Bolkesteins Entscheidung, keine Schritte gegen Clearstream zu unternehmen.

- Bolkestein arbeitete von 1960 bis 1975 für das Energie-Unternehmen Royal Dutch Shell.



Bosch, Carl

(*1874 †1940)

Carl Bosch war von 1931 bis zu seinem Tod Vorsitzender des Aufsichtsrates der IG Farben.

- 1910 erfand Bosch zusammen mit Fritz Haber einen Prozess zur Herstellung von Ammoniak, welches für die Sprengstoffherstellung benötigt wurde. Dies eröffnete ein hoch profitables Ammoniakmonopol für Boschs Firma BASF und später für die IG Farben.
- 1918 war Bosch für die deutsche Regierung wirtschaftlicher Berater bei den Friedensverhandlungen nach dem Ersten Weltkrieg. Entgegen dem anfänglichen Vorhaben der Siegermächte, die kompletten Produktionsanlagen für chemische Erzeugnisse zu demontieren, erzielte Bosch die Einigung, dass die Firmen vor dem Aus gerettet werden. Als Gegenleistung erlangten die Alliierten das Geheimwissen der Farbstoffindustrie und des Haber-Bosch-Prozesses zur Ammoniakgewinnung.
- Nach der Gründung der IG Farben 1925 wurde Bosch Vorstandsvorsitzender.
- 1931, nach dem Tode von **Carl Duisberg**, wurde Bosch Aufsichtsratsvorsitzender der IG Farben. Er behielt diese Position bis zu seinem Tod 1940.
- 1937 wurde Bosch Vorstandsvorsitzender der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, der Dachorganisation der Kaiser-Wilhelm-Institute und eine der Speerspitzen unethischer wissenschaftlicher Forschungen in der Nazi-Ära. Die Gesellschaft wurde aus öffentlichen und privaten Mitteln finanziert. Unter den Privatfinanciers waren die IG Farben und die Rockefeller Foundation.

Daitz, Werner

(*1884 †1945)

Werner Daitz war einer der führenden Befürworter der nationalsozialistischen Großraumkartell-Theorie eines Europas unter deutscher Kontrolle.



- Werner Daitz studierte Technische Chemie und arbeitete 10 Jahre als Generaldirektor für „Schön & Co.“ Die Fabrik wurde später Teil der IG Farben.
- 1916 gebrauchte Daitz als Erster den Begriff „Europäische Wirtschaftsgemeinschaft“. Vierzig Jahre später wurde der Begriff von seinen Nachfolgern genutzt, um das Vorgängermodell der EU zu beschreiben.
- Ungefähr zu dieser Zeit begann Daitz, Artikel und Bücher über wirtschaftliche und soziale Themen zu veröffentlichen, mit dem Schwerpunkt eines Großeuropäischen Marktes unter der Kontrolle Nazi-Deutschlands.
- 1931 wurde Daitz Mitglied der Wirtschaftspolitischen Abteilung der NSDAP.
- Ab 1933 war Daitz Mitglied des Reichstags für die NSDAP.
- 1933 wurde Daitz Leiter des Büros für Sonderaufträge und der Abteilung Außenhandel im Außenpolitischen Amt der NSDAP.

Das Außenhandelsbüro war eine der ideologischen Denkfabriken der Nationalsozialisten und wurde von Arnold Rosenberg geleitet, einem von Hitlers Ideengebern für ausländische Angelegenheiten.

- 1939 gründete Daitz die Gesellschaft für europäische Wirtschaftsplanung und Großraumwirtschaft, die vom Außenhandelsbüro der NSDAP finanziert wurde.
- Ein direkter Ableger der Gesellschaft war das Zentralinstitut für nationale Wirtschaftsplanung und Großraumwirtschaft, geführt von **Arno Sölter**.

Davignon, Étienne

(*1932)

Etienne Davignon ist ein ehemaliger EU-Kommissar. Momentan ist er Vorstandsvorsitzender der Bilderberg-Gruppe und Vorstandsmitglied des Pharma-Unternehmens Gilead.



- Davignon war von 1977 bis 1981 als Kommissar für Binnenmarkt, Verwaltung der Zollunion und industrielle Angelegenheiten Mitglied der Europäischen Kommission. Von 1981 bis 1985 war er EU-Kommissar für industrielle Angelegenheiten und Energie während der Thorn-Kommission.
- Davignon ist Mitglied der Trilateralen Kommission.
- Von 1989 bis 2001 war Davignon Vorstandsvorsitzender der belgischen Société Générale de Belgique.
- Seit 1990 ist Davignon Vorstandsmitglied der Pharma-Firma Gilead Sciences – desselben Unternehmens, bei dem der frühere US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld als Vorstandsmitglied und -vorsitzender arbeitete.
- 2005 wurde Davignon Vorstandsvorsitzender der geheimen Bilderberg-Gruppe, die ihre Treffen heimlich und unter Ausschluss der Öffentlichkeit abhält. Ein Besuch der Treffen der reichen und mächtigen Ultraelite aus Aristokratie, Politik, Wirtschaft, Bankwesen und Journalismus ist nur nach persönlicher Einladung möglich.



Frattini, Franco

(*1957)

Franco Frattini ist der derzeitige italienische Außenminister und ehemaliger EU-Kommissar.

- Mit der Berufung in die Kommission im Jahre 2004 wurde Frattinis Wahl sofort von vielen Kontroversen begleitet, darunter die, dass er ein Freimaurer sei.
- 2008 kündigte Frattini Pläne an, von jedem Besucher, der die europäische Grenze überschreitet, Fingerabdrücke zu nehmen und Einreisende einer Sicherheitskontrolle zu unterziehen. Im folgenden Jahr wurde es zur Pflicht, dass neue EU-Pässe einen digitalen Fingerabdruck und ein Foto beinhalten. Ab 2011 müssen alle Nicht-EU-Bürger, die ein Visum für die EU beantragen, ebenfalls ihre biometrischen Daten anführen.
- Frattinis Freunde, wie der italienische Premierminister Silvio Berlusconi, wurden beschuldigt, Verbindungen zu Freimaurern und zur Mafia zu unterhalten.

Globke, Hans

(*1898 †1973)

Hans Globke war an der Ausarbeitung der Holocaustgesetze der Nazis beteiligt und war die „graue Eminenz“ hinter Konrad Adenauer, dem ersten Kanzler der Nachkriegszeit.



- Globke studierte Rechts- und Politikwissenschaften bevor er in den preußischen bzw. später in den deutschen Verwaltungsdienst eintrat.
- 1929 wurde Globke Regierungsrat im preußischen Innenministerium.
- Nach dem Reichstagsbrand beteiligte Globke sich an der Ausarbeitung des Ermächtigungsgesetzes und des Preußischen Auflösungsbeschlusses. Er wurde daraufhin in das Innenministerium versetzt.
- Globke machte sich einen Namen als Experte für Angelegenheiten zu Rassenfragen. Er arbeitete an der „Zweiten Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Änderung von Familiennamen und Vornamen“.
- Die Gesetze und Verordnungen, an denen Globke im Innenministerium arbeitete, spielten eine entscheidende Rolle bei der Vorbereitung der Nürnberger Rassengesetze.
- 1936 schrieb Globke als Co-Autor den Kommentar zu den Nürnberger Rassengesetzen.

- Im Zweiten Weltkrieg hatte Globke einen entscheidenden Anteil an der Übertragung der Holocaustgesetze auf die annektierten europäischen Gebiete.
- In Nachkriegsdeutschland wurde Globke zur „grauen Eminenz“ hinter dem ersten Kanzler **Konrad Adenauer**. In dieser Rolle hatte er immense Macht bei der Neugestaltung Deutschlands und der Ausarbeitung der Pläne zur Brüsseler EU.

Göring, Hermann

(*1893 †1946)

Hermann Göring war einer der führenden nationalsozialistischen Politiker und Leiter des IG-Farben-„Vierjahresplans“.



- Göring war der Sohn des ersten Reichskommissars für Deutsch-Südwestafrika (das heutige Namibia).
- Im Ersten Weltkrieg ging er zur deutschen Luftwaffe, nachdem er anfangs für die deutsche Infanterie gekämpft hatte. 1917 wurde er Leiter der Jagdstaffel und 1918 Kommandeur eines Kampfgeschwaders. Am Ende des Ersten Weltkriegs hatte er den Rang eines Hauptmanns.
- Während er 1922 in München Geschichte und Wirtschaft studierte, traf Göring Adolf Hitler. Dieser ernannte ihn zum Führer der Sturmabteilung (SA). 1928 wurde Göring Parlamentsmitglied für die NSDAP und in seiner zweiten Amtszeit Reichspräsident. In dieser Position spielte Göring eine entscheidende Rolle bei der Zerstörung der deutschen Demokratie und der Etablierung der nationalsozialistischen Diktatur.
- 1933 wurde Göring Reichsminister der Luftfahrt und wurde mit dem Wiederaufbau der deutschen Luftwaffe beauftragt. Für seine Verdienste in diesem Bereich wurde Göring von Hitler zum Generalfeldmarschall befördert – der höchstmögliche Militärrang bis 1940, als der noch höhere Rang „Reichsmarschall“ geschaffen wurde.

- 1936 wurde Göring Generalbevollmächtigter des Vierjahresplans und somit verantwortlich für die Vorbereitung des deutschen Militärs auf einen Krieg innerhalb von vier Jahren. **Carl Krauch**, der sich um diese Position beworben hatte, bekam später eine Hauptrolle in diesem Plan. Im Nachhinein dankte Göring Hermann Schmitz, dem Vorstandsvorsitzenden der IG Farben, im Rahmen einer Geburtstagsfeier für die Überlassung von Krauch.
- In seiner Funktion als Beauftragter des „Vierjahresplans“ war Göring verantwortlich für die wirtschaftliche Ausbeutung der besetzten Gebiete. Die Tatsache, dass Millionen Menschen an Hunger starben, wurde von Göring als „notwendig“ eingeschätzt.
- Obwohl Görings „Vierjahresplan“ 1940 erweitert wurde, schwand sein Einfluss auf die nationalsozialistische Regierung. Hitler wurde immer unzufriedener mit Göring, der süchtig nach Morphinum geworden war. 1942 kümmerte sich Albert Speers Rüstungsministerium um die meisten Aufgaben des „Vierjahresplans“.
- Nach dem Krieg wurde Göring in den Nürnberger Prozessen als Hauptkriegsverbrecher angeklagt. 1946 wurde er der Verschwörung gegen den Weltfrieden; Planung, Entfesselung und Durchführung eines Angriffskrieges; Verbrechen gegen das Kriegsrecht und Verbrechen gegen die Menschlichkeit für schuldig befunden. Er wurde zum Tod durch Erhängen verurteilt, aber beging kurz vor der Exekution Selbstmord.

Heath, Edward

(*1916 †2005)

Edward Heath war britischer Premierminister zwischen 1970 und 1974. Großbritannien trat im Januar 1973 unter seiner Führung der „Brüsseler EU“ bei.



- Heath hatte lange den Wunsch, sein Land in eine europäische Föderation einzubinden. In seiner parlamentarischen Antrittsrede am 26.06.1950, beim Eintritt in das englische Unterhaus, forderte er seine Regierung offen auf, dem Schuman-Plan beizutreten. Dieser wurde erst kurz vor Heaths Parlamentsmitgliedschaft durch den französischen Außenminister Robert Schuman vorgestellt und führte letztendlich direkt zur Gründung der Brüsseler EU.
- Heath unterhielt gute Beziehungen zur Elite des Kartells, nahm im Jahre 1976 an einem Treffen der geheimen Bilderberg-Gruppe und 1980 an einem Treffen der von David Rockefeller geleiteten Trilateralen Kommission teil. Er war außerdem ein Freund des Vorstandsvorsitzenden des Pharmaunternehmens Glaxo, Sir Austin Bide.
- Ein anderer guter Freund Heaths war Eric Roll, der spätere Baron Roll of Ipsden und Mitglied des britischen Oberhauses. Roll war auch ein regelmäßiger Gast bei Treffen der Bilderberg-Gruppe und Mitglied des machtvollen Lenkungsausschusses der Gruppe.

- Nachdem der französische Präsident Charles de Gaulle ein Veto gegen den britischen Eintritt in die Brüsseler EU eingelegt hatte, lud Heath den ehemaligen Nazi-Anwalt Walter Hallstein, zu dieser Zeit Präsident der Europäischen Kommission, nach Chequers ein, seinem ersten Landsitz. Dieser Besuch war einer von mehreren, die Hallstein in Heaths Zeit als Premierminister Chequers abstattete. In dem Jahrzehnt, das zum britischen EU-Beitritt 1973 führte, haben sich Hallstein und Heath hinter den Kulissen viele Male getroffen und eng zusammen gearbeitet.
- In seinem Vorwort der deutschen Ausgabe von Andrew Roths Buch „Edward Heath – Ein Mann für Europa“ von 1973 fasst Hallstein Heaths Rolle bei der Auslieferung Großbritanniens in die Arme der Brüsseler EU deutlich zusammen: „Der Gewinn dieses Kampfs war zu einem entscheidenden Teil sein Verdienst.“

Ilgner, Max

(*1899 †1966)

Max Ilgner war Vorstandsmitglied der IG Farben und sozusagen die Hauptschnittstelle zwischen der NS-Regierung und der IG Farben.



- Ilgner wurde in das Chemiegeschäft hineingeboren. Sein Vater arbeitete bei BASF. Nach dem Besuch der Preußischen Offiziersanwärter Schule in Berlin studierte Ilgner Chemie, Recht, Metallurgie und Wirtschaftspolitik.
- 1924 war Ilgner Leiter der Materialwirtschaft und Prokurist für Cassella, das erste Unternehmen für chemotherapeutische Medikamente.
- Nachdem Cassella mit IG Farben fusionierte, wurde Ilgner Leiter der zentralen Finanzabteilung in Berlin.
- In den folgenden Jahren errichtete Ilgner für die NS-Regierung ein System der Einflussnahme, auch „System Ilgner“ genannt. In den Berliner Büros der IG Farben wurde die Abteilung für Wirtschaftspolitik, geführt von Ilgner, gegründet, um mit Regierungsrepräsentanten zu verhandeln.
- Die Wirtschaftsabteilung des von Ilgner geführten Berliner Büros der IG Farben wurde für die nationalsozialistische Regierung zur Auslandsspionage genutzt. Die Berichte der Abteilung wurden vielfach in den Regierungsbüros eingesetzt.
- Ilgner war ein wesentlicher Teil des sogenannten „F-Kreises“ der Industrie-Chefs. Der „F-Kreis“ traf sich in Ilgners Büro, beriet Joseph Goebbels, Hitlers Propagandaminister, in Angelegenheiten, die die ausländische Propaganda deutscher Industrien betrafen.

- Max Ilgner wurde 1938 zum Wehrwirtschaftsführer berufen.
- Ein Teil von Ilgners Verantwortlichkeit in den Berliner Büros der IG Farben war die Entwicklung einer europäischen Großraumwirtschaft. In dieser Angelegenheit vertrat er – als stellvertretender Vorsitzender – aktiv die Interessen der IG Farben im Zentraleuropäischen Wirtschaftsforum – eine Interessengruppe aus deutscher Industrie, Banken und Handelsgesellschaften mit dem Ziel der Eroberung des zentraleuropäischen Marktes.
- Im Vorfeld der deutschen Invasion in Polen legte Ilgner der nationalsozialistischen Regierung eine Wunschliste mit Fabriken vor, die sich die IG Farben aneignen wollte. Diese Prozedur wurde dann im Folgenden bei jeder Besetzung eines neuen Landes vollzogen.
- Ilgner wurde 1945 durch das US-Militär verhaftet und zu drei Jahren Haft wegen Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit durch die Plünderung besetzter Gebiete und wegen Enteignung von Produktionsstätten verurteilt.

Kohl, Helmut

(*1930)

Helmut Kohl ist ein ehemaliger Kanzler der Bundesrepublik und „Vollzeit-Lobbyist“ der Pharma-Industrie.



- Nach dem Zweiten Weltkrieg zog die chemische und pharmazeutische Industrie systematisch Politiker für die höchsten Regierungsstellen heran. Einer von ihnen war Helmut Kohl.
- Von 1959 bis 1969 war Kohl im „Verband der Chemischen Industrie“ Vollzeit-Lobbyist der Pharma-Industrie.
- 1969 wurde Kohl Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, einem Bundesland unter starkem Einfluss der Pharma-Industrie.
- 1982 erlangt Kohl den Spitzenplatz der deutschen Bundesregierung – den Posten des Kanzlers – durch ein so genanntes Misstrauensvotum. Das Pharma-Kartell machte aus dem einfachen BASF-Angestellten Kohl einen Spitzenpolitiker, der nun die zentralen Machtbereiche kontrollierte.
- Kohl zeigte besonderes Interesse an der europäischen Vereinigung. Er war einer der Hauptbegründer des Maastrichter Vertrages und des Euro. Die Entscheidung, Frankfurt zum Hauptsitz der Europäischen Zentralbank zu machen, war größtenteils seinem Einfluss zu verdanken.
- 16 Jahre lang vertrat Helmut Kohl die weltweiten politischen Interessen des Pharmakartells von seinem Kanzleramt der Bundesrepublik Deutschland aus.

- Als Kohl Kanzler war, wurde 1995 bekannt, dass ein Waffenhändler eine Reihe von nicht angegebenen Spenden an Kohls CDU getätigt hatte. Der Skandal weitete sich im November 1999 aus, als die Augsburger Staatsanwaltschaft einen Haftbefehl gegen einen früheren Schatzmeister der CDU wegen Steuerhinterziehung wegen des Verdachts der Steuerhinterziehung erließ. Ermittler fanden ebenfalls, dass das Geld keine Einmalzahlung war, sondern dass die CDU bereits seit langem ein System „schwarzer Kassen“ zur Spendenabwicklung nutzte. Nichtsdestotrotz verweigerte Kohl regelmäßig die Angabe der Namen der Spender, und es bleibt weiterhin unklar, wie viele Millionen seine Partei auf diesem Wege tatsächlich erhalten hat.

Krauch, Carl

(*1887 †1968)

Carl Krauch war Aufsichtsratsvorsitzender der IG Farben.



- Carl Krauch studierte Chemie und begann 1912 für die BASF zu arbeiten. Er wurde 1922 Geschäftsführer der BASF-Ammoniakwerke in Merseburg.
- 1929 wurde Krauch Leiter der neuen IG-Farben-Abteilung „Hochdruck-Chemie“ und 1934 Mitglied des Vorstandes der IG-Farben.
- Neben seiner Position als Leiter der „Hochdruck-Chemie“-Abteilung wurde er ebenfalls Leiter der „Vermittlungsstelle Wehrmacht“, der Verbindungsstelle von IG Farben und dem deutschen Militär.
- 1936 wurde Krauch in der Vierjahresplanbehörde Leiter der Abteilung Forschung und Entwicklung des Amtes für deutsche Roh- und Werkstoffe. Der Vierjahresplan war eine Regierungsabteilung für die Vorbereitung Deutschlands auf den Krieg innerhalb von vier Jahren. Vor der Gründung dieser Abteilung hatte Krauch sich bereits aktiv für die Errichtung einer Behörde zur Kriegsmobilmachung eingesetzt.
- 1938 wurde Krauch Generalbevollmächtigter für Sonderfragen der chemischen Erzeugung im Vierjahresplan. Sein besonderes Augenmerk galt dem umfangreichen Einsatz von Giftgas der IG Farben im kommenden Krieg.

- 1939 wurde Krauch Präsident des Reichamtes für Wirtschaftsausbau im Vierjahresplan.
- 1940 folgte Krauch Carl Bosch als Aufsichtsratsvorsitzender der IG Farben. Zusätzlich zu seiner neuen Tätigkeit war Krauch jedoch weiterhin für den Vierjahresplan aktiv.
- 1948 wurde Krauch bei den Nürnberger Prozessen zu sechs Jahren Haft wegen Kriegsverbrechen und wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit durch Teilnahme an Versklavung und Sklavendeportation verurteilt.
- Er wurde 1950 aus der Haft entlassen und war anschließend Aufsichtsratsmitglied der Chemischen Werke Hüls AG, eines der Unternehmen, die nach der Zerschlagung der IG Farben entstanden.

Merkel, Angela

(*1954)

Angela Merkel wurde 2005 deutsche Bundeskanzlerin und unterhält enge Beziehungen zur Lobby der chemischen Industrie.



- Merkel studierte von 1973 bis 1978 Physik an der Universität von Leipzig. Später promovierte sie mit einer Dissertation zur Quantenchemie. Zwischen 1978 und 1990 arbeitete und studierte Merkel am Zentralinstitut für physikalische Chemie (ZIPCh) der Akademie der Wissenschaften in Berlin-Adlershof.
- Nach der Wiedervereinigung wurde Merkel 1990 in den deutschen Bundestag gewählt.
- 1991 wurde Merkel Bundesministerin für Frauen und Jugend in Helmut Kohls Kabinett. Von 1994 bis 1998 war Merkel Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit. Sie pflegte eine enge Beziehung zu Kohl und wurde als „sein Mädchen“ bekannt. Im Jahr 2000 übernahm Merkel den Parteivorsitz der CDU von Helmut Kohl.
- 2005 wurde Merkel deutsche Bundeskanzlerin. In einer Rede kurz vor ihrer Wahl sagte sie: „Wir haben wahrlich keinen Rechtsanspruch auf Demokratie und soziale Marktwirtschaft auf alle Ewigkeit.“ Es ist offensichtlich, dass Merkel von den Repräsentanten des Kartells Anweisungen erhalten hatte.
- Eine ihrer engen Berater ist der Vorstandsvorsitzende der BASF, Jürgen Hambrecht. Im Zweiten Weltkrieg war die BASF Mitglied des IG-Farben-Kartells.



Oettinger, Günther

(*1953)

Günther Oettinger wurde 2010 EU-Kommissar für Energie.

- 1972 begann Oettinger ein Studium der Rechtswissenschaft und Volkswirtschaftslehre an der Universität von Tübingen. Seit 1984 arbeitet er als Anwalt in Ditzingen.
- Seine politische Karriere begann 1983, als er den Vorsitz der „Jungen Union“, der Jugendorganisation von CDU/CSU, in seinem Heimatland Baden-Württemberg, übernahm.
- In seiner Zeit als Vorsitzender der Jungen Union war Oettinger Mitbegründer des „Andenpakts“. Der „Andenpakt“ ist eine nichtoffizielle Interessengruppe innerhalb der CDU, in der auch die ehemaligen Ministerpräsidenten Roland Koch (Hessen) und Christian Wulff (Niedersachsen), die ehemaligen Minister Matthias Wissmann und Franz-Josef Jung, der Europaabgeordnete Elmar Brok und der ehemalige Präsident des Europäischen Parlaments, Hans-Gerd Pöttering, Mitglied waren.
- 2005 wurde Oettinger Ministerpräsident von Baden-Württemberg. Während seiner Amtszeit hielt Oettinger eine Trauerrede zu Ehren eines Vorgängers, des Nazi-Anwalts Hans Filbinger. Anstatt Filbinger als den Nazi-Verbrecher zu beschreiben, der er war, versuchte Oettinger ihn als einen Gegner des NS-Regimes darzustellen.

- Trotz Oettingers offensichtlichen Versuchs, die Nazivergangenheit Filbingers zu leugnen, schlug Angela Merkel ihn als neues deutsches Mitglied der Europäischen Kommission vor. So wurde Oettinger 2010 EU-Kommissar für Energie. Es überrascht nicht, dass seine Ernennung – bedingt durch die fehlende Erfahrung in der europäischen Politik und bei globalen Energiethemen – stark kritisiert wurde.



Ophüls, Carl Friedrich

(*1895 †1970)

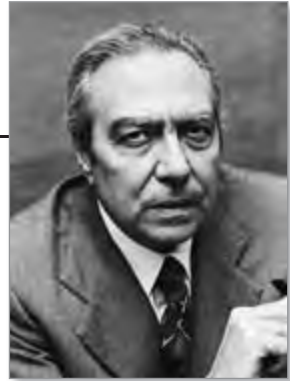
Carl Friedrich Ophüls war ein deutscher Anwalt.

- Ophüls studierte Wirtschaftslehre und Rechtswissenschaften, bevor er 1923 zum Kommissar des Auswärtigen Amts berufen wurde.
- Zwischen 1925 und 1931 arbeitete Ophüls für die deutsche Botschaft in London.
- Nach der Machtergreifung der Nazis arbeitete Ophüls als Richter für Patentrecht und war Amtsgerichtsleiter in Frankfurt / Main.
- 1942 bekam er eine Professur an der Frankfurter Universität.
- Nach dem Krieg wurde Ophüls Rechtsberater der deutschen Regierung in Belangen der europäischen Integration. Zwischen 1955 und 1958 war er deutscher Botschafter in Belgien.

Ortoli, François-Xavier

(*1925 †2007)

François-Xavier Ortoli war von 1973 bis 1977 Präsident der Europäischen Kommission und EU-Kommissar von 1977 bis 1984.



- Ortoli wurde 1968 französischer Minister für Wirtschaft und Finanzen. Von 1969 bis 1972 war er Minister für Industrie und Wissenschaftliche Entwicklung.
- Ortoli wurde 1973 Präsident der Europäischen Kommission. In dieser Funktion war er bis 1977 tätig. In der folgenden Kommission unter Roy Jenkins war er EU-Kommissar für Wirtschaft und Währung.
- 1983 nahm Ortoli am ersten Treffen des „Europäischen Runden Tisches“ der Industriellen teil, einer einflussreichen Interessengruppe, die u. a. durch hochrangige Repräsentanten der Chemie-, Öl- und Pharma-Industrie besetzt ist. Unter den Teilnehmern des Treffens, dem Ortoli beiwohnte, waren u. a. hochrangige Repräsentanten des Mineralölunternehmens Shell, des Pharma-Unternehmens Ciba-Geigy und des Chemieunternehmens ICI zu finden.
- 1984, direkt nach seiner letzten Amtszeit in der EU-Kommission, wurde Ortoli in den Vorstand des französischen Mineralölunternehmens Total berufen.



Reithinger, Anton

(*1898 - ?)

Anton Reithinger war Leiter der wirtschaftspolitischen Abteilung der IG Farben in Berlin. Seine Abteilung wurde von der nationalsozialistischen Regierung dazu verwendet, ausländische Regierungen auszuspionieren. Deren Berichte wurden in den Regierungsbüros der Nazis benutzt.

- Anton Reithinger war Leiter der „Volkswirtschaftlichen Abteilung“ (Vowi) der IG Farben in den Berliner Büroräumen NW7.
- Reithingers Vowi wurde im Auftrag der NS-Regierung zur Spionage eingesetzt. Die Berichte wurden in Regierungskreisen häufig genutzt und boten daher viel Spielraum für Manipulationen.

von Ribbentrop, Joachim

(*1893 †1946)

Joachim von Ribbentrop war zwischen 1938 und 1945 deutscher Außenminister. Als verurteilter Kriegsverbrecher wurde er nach den Nürnberger Prozessen 1946 erhängt.



- Nachdem er im Ersten Weltkrieg für Deutschland gekämpft hatte und den Rang eines Oberleutnants erreichte, wurde von Ribbentrop Verkaufsrepräsentant eines französischen Wein- und Likör-Herstellers. 1920 heiratete er Anna Elisabeth Henkell, die Tochter von Otto Henkell, dem reichen Inhaber des Champagner-Unternehmens Henkell & Co. Während der zwanziger Jahre war von Ribbentrops Import-Export-Firma eine der größten Deutschlands.
- Von Ribbentrop traf Adolf Hitler in den späten zwanziger Jahren und trat 1932 der NSDAP bei. Im Verlauf des Jahres arrangierte er Kontakte zwischen den Nationalsozialisten und anderen einflussreichen Persönlichkeiten, die Hitlers Machtergreifung erleichterten.
- Nachdem Hitler an die Macht kam, wurde von Ribbentrop Beauftragter der NSDAP für außenpolitische Fragen. Später wurde er zum Außerordentlichen und Bevollmächtigten Botschafter des Deutschen Reiches. Diese Position hatte er von 1935 bis 1936 inne. Nach zweijähriger Amtszeit als Deutscher Botschafter in London wurde von Ribbentrop 1938 Reichsminister des Auswärtigen.

- Von Ribbentrop war eine treibende Kraft der anti-britischen Haltung Hitlers und der deutschen Regierung. 1939 spielte er eine Schlüsselrolle bei den deutsch-sowjetischen Verhandlungen zum Nichtangriffspakt.
- Nach der erfolgreichen Besetzung Frankreichs und anderer westeuropäischer Länder wurde von Ribbentrops Ministerium zuständig für die Juden, die in diesen Gebieten lebten. Von Ribbentrop war aktiv an der Organisation der Judenermordung in diesen Regionen beteiligt und erhielt 1943 dafür 1 Million Reichsmark als Belohnung von Adolf Hitler.
- Von Ribbentrop wurde 1945 verhaftet und bei den Nürnberger Prozessen wegen Verschwörung, Verbrechen gegen den Frieden, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit schuldig gesprochen. Er wurde zum Tode verurteilt und im Oktober 1946 erhängt.

Sarkozy, Nicolas

(*1955)

Nicolas Sarkozy ist der momentane Präsident Frankreichs. Er übernahm das Amt 2007.



- Sarkozy studierte Öffentliches Recht und Politikwissenschaft an der Universität von Paris-Nanterre in Frankreich. Später arbeitete er als Anwalt, spezialisiert auf Wirtschafts- und Familienrecht. Einer seiner Kunden war Silvio Berlusconi, der italienische Premierminister und Medienmogul.
- Sarkozys politische Karriere begann 1982 mit der Ernennung zum Bürgermeister von Neuilly-sur-Seine, einer der wohlhabendsten Kommunen Frankreichs. Er blieb bis 2002 im Amt.
- 2002 wurde er französischer Innenminister. Während seiner Amtszeit erzwang er die Hochzeit zwischen dem französischen Pharma-Zwerg Sanofi und dem schweizer/deutschen Pharma-Giganten Aventis/Höchst. Zwischen 2004 und 2005 war Sarkozy französischer Finanzminister, um dann von 2005 bis 2007 wieder das Amt des französischen Innenministers zu besetzen.
- 2006 gab Sarkozy seine Präsidentschaftskandidatur bekannt. In seiner polarisierenden Wahlkampagne kritisierte Sarkozy Ausländer und Immigranten, um die französische Mitte zu verängstigen. Er ging sogar so weit, entrechtete Jugendliche in den Pariser Vororten als „Abschaum“ zu bezeichnen. Damit heizte er bewusst das politische Klima an und stellte sich selbst als der auf der Seite von „Recht und Ordnung“ stehende Kandidat dar.



Sölter, Arno

(*1911 †1987)

Arno Sölter war ein starker Befürworter der nationalsozialistischen Großraum-Theorie.

- Sölter war Leiter des offiziellen „Zentralforschungsinstituts für Nationale Wirtschaftsordnung und Großraumwirtschaft“.
- 1941 schrieb Sölter das einflussreiche Buch „Das Großraumkartell“, welches einen Wirtschaftsplan für ein Europa unter deutscher Kontrolle darlegte.
- Nach dem Zweiten Weltkrieg arbeitete Sölter für den deutschen „Bundesverband der Industrie“ (BDI), einer industriellen Lobby-Gruppe.

Sutherland, Peter

(*1946)

Peter Sutherland war von 1985 bis 1989 EU-Kommissar und hat mehreren Multi-Milliarden-Dollar-Unternehmen, einschließlich British Petrol (BP), als Vorstandsmitglied gedient.



- Sutherland studierte Jura an der Universität von Dublin. 1982 wurde er Generalstaatsanwalt Irlands.
- Er wurde 1985 als Kommissar für Wettbewerb in die EU-Kommission berufen. Nach dem Ende seiner Amtszeit 1990 ging er in den Vorstand des Energieunternehmens BP. 1997 wurde er zum Vorstandsvorsitzenden gewählt.
- Als Vorstandsmitglied von BP wurde Sutherland 1992 Vorsitzender eines Komitees, welches der EU-Kommission über die Wirksamkeit des so genannten „Binnenmarktes“ der EU berichtet.
- 1995 wurde er Generaldirektor der Welthandelsorganisation.
- Neben seinem Vorstandsvorsitz bei BP wurde Sutherland 2007 Berater für Fragen zu Energie und Klimawandel des Präsidenten der EU-Kommission Barroso.
- Neben seiner Funktion als Vorstandsvorsitzender von BP wurde Sutherland ebenfalls Vorstandsvorsitzender von Goldman Sachs International. Davor war er nicht-exekutives Mitglied der Royal Bank of Scotland und Vorstandsmitglied des multinationalen Unternehmens ABB.
- Sutherland ist Mitglied des einflussreichen Lenkungsausschusses der Bilderberg-Konferenz. Er ist ebenfalls europäischer Vorsitzender der Trilateralen Kommission, deren Mitglieder sich aus der Weltelite der Wirtschaft, Medien, Wissenschaft, Politik und aus Nichtregierungsorganisationen aus Japan, Europa und Nordamerika zusammensetzten.



ter Meer, Fritz

(*1884 †1967)

Fritz ter Meer war Vorstandsmitglied der IG Farben und ein verurteilter Kriegsverbrecher.

- ter Meer studierte Chemie und Jura in Frankreich und Deutschland und arbeitete anschließend in der Chemiefabrik seines Vaters, Dr. E. Ter Meer & Cie. 1925 fusionierte das Unternehmen mit der IG Farben.
- Von 1925 bis 1945 war er Vorstandsmitglied von IG Farben. Er war ebenfalls Mitglied des Arbeitsausschusses und des Technischen Ausschusses der IG Farben.
- ter Meer arbeitete ebenfalls als Leiter der Sparte II im Reichskriegsministerium.
- 1939 überzeugte er den Leiter des Heereswaffenamts, das Nervengas Tabun herzustellen.
- Von 1941 an war ter Meer verantwortlich für den Bau und den Betrieb der IG-Farben-Fabrik nahe dem Konzentrationslager Auschwitz.
- 1943 wurde ter Meer Generalagent für Italien bzw. Reichsminister für Rüstung und Kriegsproduktion.

- Ter Meer wurde 1945 verhaftet und musste sich bei den Nürnberger Prozessen gegen die IG Farben verantworten. Er wurde der Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, der Plünderung und Verwüstung besetzter Gebiete, der Enteignung von Produktionsstätten und der Teilnahme an Versklavung und Deportation von Sklavenarbeitern für schuldig befunden. Er wurde zu sieben Jahren Haft verurteilt, aus der er jedoch bereits 1950 vorzeitig entlassen wurde.
- 1952 wurde ter Meer Aufsichtsratsvorsitzender der Bayer AG.
- Während der Nürnberger Prozesse gegen das IG-Farben-Kartell wies Fritz ter Meers Anwalt eigens darauf hin, dass das Konzept eines einheitlichen europäischen Wirtschaftsraumes das eigentliche Ziel seines Klienten war.



Wurster, Carl

(*1900 †1974)

Carl Wurster arbeitete für die IG Farben und Degesch und ist einer der Leute, die verantwortlich für die Entwicklung des Giftgases Zyklon B waren.

- Wurster studierte Chemie und begann 1924 für BASF zu arbeiten. 1925 wechselte er zur Abteilung für anorganische Chemie der IG Farben.
- 1934 wurde Wurster Leiter dieser Abteilung.
- Wurster war ebenfalls im Vorstand von Degesch, dem Hersteller von Zyklon B, der zur IG Farben gehört. Zyklon B wurde in den Gaskammern von Auschwitz eingesetzt.
- Wurster wurde 1938 Vorstandsmitglied der IG Farben.
- 1952 wurde er Geschäftsführer der neugestalteten BASF.

Kapitel 7

Stafette des Lebens

Stafette des Lebens

Die vorangegangenen Kapitel dieses Buches waren eine ernüchternde Analyse der Art und Weise, wie die Erben der Architekten von Auschwitz einen neuen Versuch unternehmen, die Welt zu erobern.

In Anbetracht des großen Ausmaßes an Betrug und Täuschung, durch welches diese Interessensgruppen sogar eine reelle Chance hätten, ihr Vorhaben in die Tat umzusetzen, sollte jeder Leser Folgendes gelernt haben: Die einzige Möglichkeit, heute und in der Zukunft die Übernahme der Herrschaft über die Welt zu verhindern, ist es, uns selbst gegen die Lügen und Täuschungen resistent zu machen, die grundsätzlich die Grundlage des Modus Operandi dieser Interessensgruppen bilden.

Da wir nun die Wahrheit über die Architekten von Auschwitz offengelegt haben, ist es noch wichtiger, dass wir es jetzt als unsere Pflicht ansehen, einen Weg für die Zukunft vorzuschlagen.

Dieses Buch macht nichts weniger, als die Geschichte des 20. Jahrhunderts neu zu schreiben.

Als Schlussfolgerung müssen die Pläne für das 21. Jahrhundert auf Basis dieses neuen Verständnisses der Vergangenheit überarbeitet werden.

Die ernüchternde Analyse, die in diesem Buch präsentiert wird, bietet uns jetzt eine einzigartige Gelegenheit, die Zukunft zu gestalten, ohne die Fehler der Vergangenheit zu wiederholen. In Anbetracht der Ausmaße dieser Fehler müssen die Schritte, die jetzt unternommen werden müssen, mutig, weitreichend und globaler Art sein.

Darüber hinaus ist jetzt die richtige Zeit, den Weg in eine bessere Zukunft zu gestalten. Denn wenn wir nicht sofortige und präzise

Schlüsse aus den Lehren der Geschichte ziehen, wird die Menschheit eine wichtige Chance zur Kursänderung verlieren.

In diesem Kapitel werden wir die nötigen Schritte aufzeigen, die für den Aufbau einer gesunden, friedlichen und sozial gerechten Welt notwendig sind. Diese Welt ist nicht länger eine Illusion. Sie kann und muss jetzt aufgebaut werden.

Wie schnell diese Welt Realität werden kann, hängt von einem einzigen Faktor ab: Wie viele von uns sind bereit, sich dem Erreichen dieses Ziels zu verpflichten? Dieser Aufruf zum Handeln ist speziell an die junge Generation gerichtet, da es ihre Welt und ihre Zukunft ist, über die schon heute entschieden wird.

Die Menschheit steht an einem Scheideweg. Die Alternativen könnten sich nicht klarer voneinander unterscheiden. Auf der einen Seite stehen die ökonomischen Interessen, die von Krankheiten, Not und dem Tod von Millionen Menschen profitieren. Auf der anderen Seite steht die Weltbevölkerung, deren höchstes Interesse der Schutz ihrer Gesundheit und ihres Lebens ist.

Die Überlebenden des Konzentrationslagers Auschwitz haben den entscheidenden Moment in der Menschheitsgeschichte erkannt. Als die wenigen Überlebenden der damaligen Hölle auf Erden geben sie mit ihrem Ruf nach einer „Stafette des Lebens“ diese moralische Verpflichtung an die ganze Menschheit weiter.

Die „Stafette des Lebens“ ist aber nicht nur eine moralische Verpflichtung, sondern im weitesten Sinne auch ein Aufruf, das Leben auf Erden zu schützen und so den Grundstein für eine bessere Welt zu legen.

Die Ziele

Die Menschheit hat nun die Möglichkeit, eine gesunde, friedliche und sozial gerechte Welt zu schaffen. Aber diese neue Welt wird nicht von selbst entstehen. Wir, die Menschen, sind gefordert, diese selbst zu erschaffen.

Dieses Buch legt den Grundstein für eine der größten Bewegungen in der Geschichte der Menschheit: Der „Bewegung des Lebens“. Der Zweck dieser Bewegung ist, die Menschheit von den Fesseln einer jahrhundertelangen Abhängigkeit vom Öl- und Pharmakartell zu befreien und das menschliche Leben für alle zukünftigen Generationen zu schützen.

Für jede Bewegung sind klar definierte Ziele wichtig. Die Ziele der „Bewegung des Lebens“ sind die folgenden:

- **Verbreitung der Wahrheit**

Es ist nun offensichtlich, dass wir, die Menschen dieser Welt, hinsichtlich so wichtiger Fragen betrogen wurden wie: Wer war letztendlich verantwortlich für die größten Verbrechen des 20. Jahrhunderts, für die 60 Millionen Toten des Zweiten Weltkrieges? Wenn die Interessensgruppen, die uns diese Informationen über sieben Jahrzehnte lang vorenthalten haben, heute immer noch die öffentliche Meinung kontrollieren, dann müssen wir uns weitere wichtige Fragen stellen:

1. Warum haben sie uns belogen?
2. Wenn sie uns bei so wichtigen Themen wie diesen belogen haben, warum sollten wir ihnen heute noch irgendetwas glauben?

Es ist offensichtlich, dass das Verständnis und die Verbreitung dieser geschichtlichen Wahrheiten die Grundlage für die Schaffung einer besseren Welt bilden.

- **Der Schutz von Gesundheit und Leben**

Das wichtigste Ziel der „Bewegung des Lebens“ ist der Schutz der Gesundheit und des Lebens der heute und in Zukunft auf diesem Planeten lebenden Menschen vor den unternehmerischen Interessen.

- **Verbot von Patenten auf Gesundheit und Leben**

Die Menschheit musste zwei Weltkriege mit über 100 Millionen Toten erleben, um zu erkennen, dass deren Ursache der Grundsatz der Patentierbarkeit war. Demzufolge muss ein Hauptziel das Verbot von Patenten auf Gesundheit und Leben sein.

- **Schaffung eines neuen Gesundheitssystems**

Im Laufe des letzten Jahrhunderts haben pharmazeutische Interessengruppen versucht, ein weltweites Gesundheitsmonopol aufzubauen, das auf zwei Hauptelementen basiert: Die ausschließliche Anwendung von patentierten Medikamenten als Therapien und die Privatisierung des Gesundheitssektors unter ihrer Kontrolle. Es versteht sich von selbst, dass die Beseitigung dieser zwei Kontrollelemente Voraussetzung für die Schaffung eines neuen Gesundheitssystems ist.

Konträr zum heutigen Gesundheitssystem, welches auf der Förderung und Verbreitung von Krankheiten für patentierte Medikamente beruht, liegt das Augenmerk des neuen Gesundheitssystems auf der Prävention und Ausmerzungen dieser Krankheiten. Der erste Schritt, ein neues Gesundheitssystem zu schaffen, das auf diese Ziele ausgerichtet ist, ist die Abschaffung aller Patente für therapeutische Medikamente und andere Arzneimittel.

Im zweiten Schritt muss der Gesundheitssektor unter die Kontrolle der Bevölkerung gebracht werden. Dies ist der einzige Weg, um zu garantieren, dass die medizinische Forschung, Ausbildung und Praxis ausschließlich dem Interesse des Volkes und nicht den finanziellen Interessen hinter der Pharmaindustrie dienen.

- **Der Schutz des Lebens**

Das menschliche Genom, die Blaupause und biologische Basis des Lebens, gehört uns allen. Sämtliche Bemühungen, diesen genetischen Code zu besitzen, um den menschlichen Körper oder Teile davon nachzubauen, verkaufen oder manipulieren zu können, sollten verboten werden.

- **Schutz der Nahrungsversorgung**

Die genetischen Informationen in Tieren, Pflanzen und der Nahrung, die seit Jahrtausenden auf unseren Feldern und in unseren Gärten wachsen, gehören uns allen. Die Manipulation und Veränderung des genetischen Codes des Lebens mit dem Ziel der Patentierung und der Schaffung globaler Marktmonopole, birgt die Gefahr, dass unsere Nahrungsmittelvorräte kontrolliert und für den politischen Machtzuwachs unternehmerischer Interessensgruppen eingesetzt werden.

- **Schutz der Umwelt**

Unsere Gesundheit und unsere Lebensbedingungen sind abhängig davon, dass die Luft und das Wasser sauber sind und unsere Umwelt keine toxischen Chemikalien enthält. Im Laufe des letzten Jahrhunderts wurde die von den öl- und kohlefördernden Industrien hervorgerufene Kohlenstoffbelastung der Atmosphäre eine der größten Gefahren für unsere Umwelt. Die globale Erwärmung und andere Folgen bedrohen ebenfalls das Überleben unseres Planeten. Zusätzlich wurden Boden und Grundwasservorräte durch den großflächigen Einsatz von patentierten toxischen Pestiziden, Herbiziden und Düngemitteln der konventionellen intensiven Landwirtschaftstechniken verschmutzt. Hierdurch werden das ökologische Gleichgewicht und sogar das Leben selbst gefährdet.

Im 21. Jahrhundert müssen kohlenstoffbasierte Energieträger durch wasserstoffbasierte, Solar-, Wind- oder Wellenenergie sowie andere erneuerbare Energieformen ersetzt werden, um so gleichzeitig das menschliche Leben und die Umwelt zu

schützen. Ebenso müssen intensive Agrartechniken durch die biologische Landwirtschaft und andere dezentrale natürliche Landwirtschaftsmethoden ersetzt werden.

- **Sicherung des Weltfriedens**

Die Erhaltung des Friedens war schon immer der Traum einer jeden Generation in unserer Geschichte. Während die meistens Kriege lokale Auseinandersetzungen waren, erlebte das 20. Jahrhundert zwei Kriege, die praktisch die ganze Welt betrafen.

Die korrekte Auswertung der Ursachen dieser zwei Weltkriege ist die Voraussetzung für die Prävention eines erneuten globalen Konfliktes. Da dieser Konflikt ohne Zweifel den Einsatz von Massenvernichtungswaffen beinhalten würde, wird diese Auswertung auch über das Überleben der Menschheit entscheiden.

Die in diesem Buch dokumentierten Fakten lassen nur einen Schluss zu: Die Beendigung des Grundsatzes der Patentierbarkeit in den Bereichen der Gesundheit und des Lebens ist die Voraussetzung für die Erhaltung des Weltfriedens.

In gleicher Weise wird durch die Beendigung der Abhängigkeit des Weltenergiebedarfs vom Öl die Profitmöglichkeit bei einer militärischen Invasion reicher Ölregionen eliminiert. Sprich: Je früher der Weltvorrat an Energie durch dezentralisierte und erneuerbare Energieformen abgedeckt wird, desto geringer wird demzufolge die Wahrscheinlichkeit sein, dass neue Kriege ausbrechen.

- **Herstellung von sozialer Gerechtigkeit**

Die Kolonialreiche früherer Jahrhunderte, die die Welt in Arm und Reich aufteilten, wurden durch Exportnationen ersetzt, die weltführend im Export von chemischen, pharmazeutischen und petrochemischen Produkten sind. Die globalen Interessen des Öl- und Pharmakartells festigen nicht nur die Ungerechtigkeiten auf unserem Planeten, sondern verschärfen diese sogar jeden Tag.

Von all diesen modernen Formen wirtschaftlicher Abhängigkeit ist wohl die abscheulichste die des „Pharma-Kolonialismus“. Unter dem betrügerischen Vorwand der Barmherzigkeit und Bekämpfung von Epidemien werden giftige und tödliche Medikamente, die die Bevölkerungen dezimieren und die ökonomische Abhängigkeit verstärken, in allen Entwicklungsländern verbreitet.

In gleicher Weise wird die Kluft zwischen armen und reichen Nationen weiter vertieft, indem patentiertes genmodifiziertes Saatgut und Nahrungsmittel unter dem falschen Vorwand der Bekämpfung des Welthungers in den Entwicklungsländern verbreitet wird.

Die Lehren aus der Geschichte sind klar: So lange die Menschheit den Erben der Architekten von Auschwitz weiterhin erlaubt, als Strippenzieher der heutigen globalen ökonomischen Ordnung zu fungieren, wird es keine soziale Gerechtigkeit geben.

Die Beendigung des Investmentgeschäfts mit patentierten Medikamenten und Nahrungsmitteln ist eine Voraussetzung, um die Kluft zwischen den Industrie- und Entwicklungsländern zu verringern und weltweit soziale Gerechtigkeit herzustellen.

Die modernen dezentralen Technologien in den Bereichen der Gesundheit, Ernährung, Energie etc. sind die Basis für ökonomisches Wachstum in den Entwicklungsländern und die Reduzierung ihrer Abhängigkeiten. Die Beendigung der „Tributzahlungen“ von Entwicklungsländern an das Öl- und Pharmakartell wird darüber hinaus in jenen Ländern riesige Mengen ökonomischer Ressourcen freisetzen, die für die Befriedigung der Grundbedürfnisse der dortigen Bevölkerung eingesetzt werden könnten – so z. B. Nahrung, Gesundheit, Ausbildung und Beschäftigung.

Wir, die Menschen, sind die Architekten dieser neuen Welt

Zum jetzigen Zeitpunkt der Geschichte haben wir, die Menschen, zwei Alternativen: Entweder können wir unternehmerischen Interessen weiterhin erlauben, ihr weltweites Monopol in den Kernbereichen unseres Lebens zu festigen und auszubauen – oder wir übernehmen Verantwortung und erschaffen diese neue Welt für uns selbst und für alle zukünftigen Generationen.

Wenn wir diese Welt unternehmerischen Interessen überlassen, werden diese weiterhin ihr Geschäft mit Armut, Hunger, Umweltverschmutzung, Krankheit und Tod machen. Natürlich kann diese Welt – und die daraus entstehenden wirtschaftlichen Profite – nur durch eine globale Diktatur erhalten werden, die diesen unternehmerischen Interessen erlaubt, die Bürgerrechte zu beschneiden und den Willen der Menschen zu missachten.

Wenn wir, die Menschen, Verantwortung übernehmen, können wir die Vorteile der modernsten Technologien, wie erneuerbare Energien oder wissenschaftsbasierte natürliche Heilansätze, nutzen und so eine gesunde, friedliche und sozial gerechte Welt schaffen. Der freie Austausch von Informationen zwischen den Menschen und der enorme Umfang plötzlich frei werdender wirtschaftlicher Ressourcen werden es der Menschheit erlauben, einen Quantensprung in Richtung einer solchen Welt zu machen.

Die Wahl scheint offensichtlich. Für alle müssen allerdings zwei Aspekte klar sein: Erstens müssen wir, die Menschen, diese Welt eigenständig schaffen, weil wir und unsere Kinder es sein werden, die den größten Nutzen davon haben. Zweitens müssen wir es jetzt tun. Jeden Tag, den wir verstreichen lassen, wird das Establishment versuchen, seine Kontrolle über diesen Planeten weiter zu festigen.

Die nächsten Schritte

Jeder Leser dieses Buches und jeder Empfänger dieser Dokumentation, der die Dringlichkeit eines sofortigen Handelns versteht, sollte jetzt damit beginnen, Maßnahmen zur Schaffung einer besseren Welt zu ergreifen. Im Folgenden sind einige der dringendsten Aufgaben, die angegangen werden müssen, genannt:

- **Überlegen Sie selbst!**

Wenn Sie über den Inhalt dieses Buches nachdenken und Ihre eigenen Untersuchungen anstellen, werden sie feststellen, dass Ihr voriges Geschichtsverständnis und auch das Verständnis Ihrer eigenen Vergangenheit nur Lug und Trug waren. Sie müssen insbesondere den Medien gegenüber eine kritische Haltung entwickeln, weil diese dem gegenwärtigen Zustand zuarbeiten und dadurch zur globalen Täuschung beitragen.

- **Verbreiten Sie die in diesem Buch enthaltenen Informationen.**

Dieses Buch enthält einzigartige Informationen, Dokumentationen und Analysen, die sie nirgendwo sonst finden werden. Wir haben versucht, so viel wie möglich durch offizielle Quellen zu belegen. Dies beinhaltet lange geheim gehaltenes Material aus Regierungs- und internationalen Archiven. Wir möchten Sie ermutigen, alle Links der Online-Version dieses Buches zu prüfen und Ihre eigenen Nachforschungen zu betreiben. Ebenso möchten wir Sie ermuntern, die Online-Version dieses Buches an ihre Bekannten mit einem persönlichen Kommentar hinsichtlich des hier Gelernten weiterzugeben.

- **Kontaktieren Sie Ihre politischen Vertreter.**

Nehmen Sie nicht an, dass Ihre politischen Vertreter die Fakten in diesem Buch kennen. Während einige von ihnen durch diese Interessensgruppen an die Macht gekommen sind, sind viele andere, wie wir selbst, einfach nur zu Opfern geworden. Letztere verdienen eine Chance zu beweisen, dass sie wirklich ihre Interessen vertreten.

Senden Sie deshalb eine Kopie des Buches an ihre politischen Vertreter.

Fragen Sie Ihre Politiker, ob sie sich der historischen Fakten, die in diesem Buch enthalten sind, bewusst sind. Die Antwort wird Sie vielleicht überraschen.

- **Organisieren Sie die Verbreitung der Aussagen dieses Buches.**

Der beste Weg sicherzustellen, dass dieses Buch die entferntesten Winkel Ihres Dorfes, Ihrer Stadt oder des Landes erreicht, ist die Bildung einer Gruppe von weiteren Lesern, die genau wie Sie handeln möchten. Die erste Aufgabe einer solchen Gruppe ist es natürlich, Wege zu finden, dieses Buch in Ihrer Gemeinschaft zu verteilen und sicherzustellen, dass es wirklich jeder liest. Ein Ergebnis daraus wird sein, dass sich viele andere Aktivitäten entwickeln.

- **Suchen Sie Gleichgesinnte und arbeiten Sie mit diesen zusammen.**

Es gibt viele Möglichkeiten und viele Bereiche, in denen man aktiv werden und sich in Kampagnen einbringen kann. Dazu gehören:

- Umweltschutz
- Alternative Energien
- Wissenschaftsbasierte natürliche Heilansätze
- Ökologischer Gemüsebau
- Mikrofinanzierungen und andere alternative Ökonomien
- Jeder andere Bereich, in dem die Macht der unternehmerischen Interessen auf diesem Planeten reduziert werden kann.

- **Wählen Sie mit Ihrer Geldbörse.**

Seien Sie genauso achtsam bei der Wahl, wo und wofür Sie Ihr Geld ausgeben, wie bei der Wahl Ihrer Politiker. Wo und wie Sie Ihr Geld ausgeben, kann wirklich die Welt verändern. Zum Beispiel:

Indem Sie organische Produkte kaufen, beziehen Sie Stellung gegen das Pestizidgeschäft der chemischen Industrie.

Indem Sie ein energieeffizientes Auto kaufen, beziehen Sie Stellung gegen die petrochemische Industrie und die Umweltverschmutzung.

Indem Sie und Ihre Familie sich für wissenschaftsbasierte natürliche Heilmethoden entscheiden, beziehen Sie Stellung gegen das Pharma-Geschäft mit der Krankheit und sein Gesundheitsmonopol.

Die Basis einer neuen Welt

Die Dokumentation und Analyse in diesem Buch bilden die Ausgangsbasis für den Aufbau einer besseren Welt.

Bereits vor zwei Jahren haben sich mehr als zwei Dutzend Überlebende dieser Konzentrationslager in der Stadt Auschwitz versammelt, um den europäischen Regierungen eine neue Verfassung vorzustellen. Diese Verfassung „Für die Menschen, durch die Menschen“ unterstrich die Notwendigkeit, die Interessen der Menschen gegen unternehmerische Gier zu schützen.

Leider wurde dieser als „Stafette des Lebens“ vorgestellte historische Aufruf der Gruppe mit der wohl höchsten moralischen Autorität von den politischen Führern Europas ignoriert. Im Gegenteil, durch die Unterzeichnung des Lissaboner „Ermächtigungsgesetzes“ haben diese kurzsichtigen Politiker einem Prozess grünes Licht gegeben, der den ganzen europäischen Kontinent an dieselben unternehmerischen Interessengruppen ausliefert, die bereits für zwei Weltkriege verantwortlich sind.

In Anbetracht dieser Situation haben wir, die Autoren dieses Buches, uns entschieden, diesen Aufruf in dem vorliegenden Buch abzudrucken und ihn als politische Basis und Voraussetzung für den Erhalt der Demokratie – für diese und zukünftige Generationen – zu verbreiten. Auf den folgenden Seiten dokumentieren wir den historischen Aufruf zu einer „Stafette des Lebens“ hinsichtlich der Bildung eines Europas und letztendlich einer Welt „für die Menschen, durch die Menschen“. Im Gegensatz zu vielen nationalen und regionalen politischen Plattformen kann dieser internationale Aufruf von einem überwältigenden Zuspruch der Menschen dieser Welt getragen werden, weil er eine beispiellose Glaubwürdigkeit und Autorität besitzt: Das moralische Gewicht der Überlebenden der schlimmsten Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Verbindung mit einer fundierten Analyse der Ursachen zweier Weltkriege.

STAFETTE DER ERINNERUNG – STAFETTE DES LEBENS

AUFRUF ZU EINEM EUROPA FÜR DIE MENSCHEN – DURCH DIE MENSCHEN

Präambel

Wir, die Überlebenden des Holocaust – gebrandmarkt als Sklaven durch die Nummern, die uns in den deutschen Konzentrationslagern eingebrannt wurden –, spüren, dass die Zeit schnell vergeht und unsere Mahnungen gegenüber der Weltöffentlichkeit über Hunger und Elend, über Vernichtung durch Sklavenarbeit, über Krieg, Hass und über andere Verbrechen der Nazis immer mehr verhallen.

Jetzt, wo sich unser eigenes Leben dem Ende zuneigt, werden wir Zeuge der allmählichen Verwirklichung der wunderbaren Idee eines neuen Europas. Dieses Europa muss auf der Erinnerung der Vergangenheit aufbauen, als Grundlage eines Europas für die Menschen, durch die Menschen.

Leider müssen wir heute erkennen, dass diese Grundlage immer öfter verletzt wird. In der Geschichte Europas waren die grundlegenden Menschenrechte auf Gesundheit und Leben diejenigen Rechte, die am häufigsten verletzt wurden.

Allein im letzten Jahrhundert kosteten zwei Weltkriege mehr als 100 Millionen Menschen das Leben. Im Ablauf der Ereignisse, die das Bild Europas prägten, stach ein Ort ganz besonders hervor als Symbol für Leiden und Tod: das deutsche Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau.

Hunderttausende Männer und Frauen aus ganz Europa, die in Konzentrationslagern gefangen gehalten wurden, starben als Sklavenarbeiter und wurden der Gier der Konzerne geopfert.

Zehntausende Menschen verloren ihr Leben bei pseudo-medizinischen Experimenten, die an ihnen als Gefangene durchgeführt wurden. Diese geschahen zum Zwecke der Patentierung unterschiedlicher Pharma-Präparate im Namen verschiedener Pharmakonzerne, die zur IG Farben gehörten.

Das Neue Europa entsteht zu einer Zeit, in der wir, die „Zeitzeugen“, immer noch Zeugnis über die Folgen dieser Missachtung menschlichen Lebens und menschlicher Grundbedürfnisse ablegen.

Unser Leben wurde durch eine Zeit geprägt, in der menschliches Leben keinerlei Wert hatte und der Sklave nur wegen seiner Arbeitskraft gebraucht wurde. Die absoluten Besitzer eines Menschen waren nicht so sehr die SS-Männer, sondern vielmehr die „Roboter von Geld und Macht“ der IG Farben Auschwitz.

Aus diesem Grund fühlen gerade wir uns verantwortlich für den Prozess der Schaffung eines neuen Europas für die Menschen und durch die Menschen.

Dies ist nicht eine Frage der politischen Meinung.

Dies ist unser Aufruf zur Erinnerung.

Dies ist unser Aufruf zum Leben.

Zu rationalem Denken.

Zu einem Europa für die Menschen und durch die Menschen.

Zu einer Stafette der Erinnerung.

Zu einer Stafette des Lebens.

Wir sollten niemals zulassen, dass diese Stafette unterbrochen wird, auch wenn hinter den Vorhängen eines neuen Europas befremdliche Masken auftauchen, die dem Antlitz von IG Farben Auschwitz ähneln.

AUFRUF ZUR „Bewegung des Lebens“

Die grundlegendsten Menschenrechte sind die Rechte auf Gesundheit und Leben. Diese Rechte sind durch globale Wirtschaftsinteressen, die den menschlichen Körper als ihren Marktplatz und Quelle unbegrenzter Gewinne betrachten, bedroht. Heute, zu Beginn des 21. Jahrhunderts, müssen sich die Menschen der Welt zusammenschließen, um die unveräußerlichen Menschenrechte zu schützen.

DAS RECHT AUF GESUNDHEIT

Der Schutz unserer Gesundheit ist das wichtigste Menschenrecht. Im vergangenen Jahrhundert ist unsere Gesundheit unter den zunehmenden Einfluss einer Investmentindustrie geraten, die durch die Fortführung und Ausbreitung von Krankheiten als Märkte für patentierte Medikamente floriert. Die Bestrebungen der Pharma-Unternehmen, die menschliche Gesundheit auf globaler Ebene zu monopolisieren, sind zum größten Hindernis für die Prävention und letztendlich Beseitigung der heute häufigsten Erkrankungen geworden.

Jedes Geschäftsmodell, das auf der absichtlichen Ausbreitung von Krankheiten beruht, verstößt gegen das Grundrecht auf Gesundheit und muss weltweit verboten werden. Dies wird den Weg für die Menschheit dazu ebnen, Herzerkrankungen, Krebs und viele andere Krankheiten innerhalb dieses Jahrhunderts weitgehend auszumerzen.

DAS RECHT AUF LEBEN

In ähnlicher Weise ist das Recht auf die biologischen Grundlagen des Lebens durch ebendiese unternehmerischen Interessen bedroht. Das menschliche Genom – der Bauplan des Lebens und die biologische Grundlage unserer Existenz – ist durch die Patentierung von Genen zum Ziel einer groß angelegten kommerziellen Ausbeutung geworden.

Der genetische Code ist unveräußerliches Eigentum der ganzen Menschheit. Alle Bemühungen der Kommerzialisierung dieses genetischen Codes mit dem Ziel, den menschlichen Körper oder Teile davon

für Unternehmensgewinne neu zu erschaffen, zu verkaufen und zu manipulieren müssen weltweit verboten werden. Das Wissen über unseren Bauplan des Lebens sollte ausschließlich zum Nutzen der gesamten Menschheit verwendet werden.

DAS RECHT AUF NATÜRLICHE NAHRUNG

Ebenso gehören die genetischen Informationen aller Pflanzen und der Nahrung, die auf unseren Feldern und in unseren Gärten seit Jahrtausenden gewachsen ist, der Menschheit. Manipulation und Veränderung des genetischen Codes von Pflanzen mit dem Ziel, sie zu patentieren und globale Marktmonopole für die menschliche Ernährung zu schaffen, birgt die Gefahr, dass unsere Nahrungsmittel missbraucht werden, um Unternehmensinteressen zu dienen. Die Monopolisierung unserer Nahrung ermöglicht Unternehmen die Kontrolle über das Schicksal ganzer Gesellschaften. Dies untergräbt die Grundlagen der Demokratie und verletzt die Menschenrechte. Der Zugang zu gesunder und unveränderter Nahrung ist eine Voraussetzung für eine gesunde Gesellschaft.

EINE ATEMBERAUBENDE PERSPEKTIVE

Als Folge können die riesigen wirtschaftlichen und menschlichen Ressourcen, die nach der Befreiung der menschlichen Gesundheit freigesetzt werden, dazu verwendet werden, die brennendsten globalen Probleme unserer Zeit einschließlich Hunger, Unterernährung, Armut, Analphabetismus, Arbeitslosigkeit und Gefahren für die Umwelt zu bekämpfen.

UNTERSTÜTZEN SIE DIE BEWEGUNG DES LEBENS

Diese Grundrechte werden Ihnen vom Staus Quo nicht freiwillig gegeben werden. Wir, die Völker der Welt, müssen unsere grundlegenden Menschenrechte verteidigen – jetzt.
Dies ist das Ziel der „Bewegung des Lebens“!

**März 2011 - August Kowalczyk, Jerzy Ulatowski,
Aleksandra Niedzwiecki, Waheed Roomi, Paul A. Taylor, Matthias Rath**

Dieses Dokument ist natürlich nicht einfach nur ein weiterer leidenschaftlicher Aufruf für eine bessere Welt. Die detaillierte Analyse und die prägnanten Prinzipien, die in dem Dokument dargelegt sind, prädestiniert es dazu, der Eckpfeiler einer Welt zu sein, die bereits zu unseren Lebzeiten erreicht werden kann.

- **Wie Sie sich der „Stafette des Lebens“ anschließen können**

Wenn Sie als Person oder Organisation eine aktivere Rolle in der Bewegung „Stafette des Lebens“ spielen wollen, kontaktieren Sie uns bitte. Wir sind daran interessiert, ein Netzwerk von Leuten und Organisationen aufzubauen, die sich der Verbreitung der historischen Wahrheit und Beendigung der jahrzehntelangen weltweiten Täuschung verschreiben. Die Informationen in diesem Buch und die zugehörigen Referenzen bilden dabei unseren Wegweiser.

Sie können uns per E-Mail unter **info@dr-rath-foundation.org** kontaktieren.

Anhang

Wichtige Internetseiten für weitere Informationen

www4.dr-rath-foundation.org

Dr. Rath Health Foundation

Die Dr. Rath Health Foundation ist eine Stiftung, die gemeinnützige Ziele verfolgt. Sie setzt sich ein für die Verbesserung der Gesundheit



von Menschen in aller Welt durch Forschung und Aufklärung und durch die Verteidigung des Rechts von Patienten, sich für Naturheilverfahren zu entscheiden. Die wissenschaftlichen Entdeckungen ihres Gründers Dr. Matthias Rath, einem Pionier in der Erforschung von Naturheilverfahren, sind Meilensteine in

der natürlichen Behandlung von Herzerkrankungen, Krebs und anderen Leiden.

Dr. Raths Vision, die sich auf seine umfangreichen Forschungen stützt, hat das Potenzial freigesetzt, diese Erkrankungen auf natürlichem Wege zu kontrollieren. Deshalb leistet die Stiftung einen maßgeblichen Beitrag zur Förderung der Aufklärung über Naturheilverfahren und des Rechts der Menschen auf Gesundheit weltweit.



www.eu-facts.org

„EU Facts“-Website

Die historischen Dokumente, die auf der „EU Facts“-Website einsehbar sind, sind ein Beweis dafür, dass die Vorlage der undemokratischen „Brüsseler EU“ auf den Reißbrettern der Nazi-Führer im Zweiten Weltkrieg entstand. Die Veröffentlichung dieser Informationen ist der Beginn des Endes des undemokratischen „Brüsseler EU“-Experiments.



www.eu-referendum.org

Initiative für ein Europäisches Referendum

Die „Initiative für ein Europäisches Referendum“ ist eine Kampagne für Bürger und deren Recht, in einem Referendum abzustimmen, wenn bedeutsame Gesetzesänderungen auf nationaler oder euro-



päischer Ebene vorgenommen werden, die sie betreffen. Derzeit gehören dazu eine Petition für ein Europa für die Menschen und durch die Menschen, eine Petition für die Ablehnung des Lissaboner Vertrags sowie eine Petition für ein Referendum über Naturheilverfahren. Bis jetzt

haben bereits rund 250.000 Menschen in ganz Europa diese Petitionen unterzeichnet.

www.health-peace-justice.org

Internationale Allianz für Gesundheit, Frieden und soziale Gerechtigkeit

Die Internationale Allianz für Gesundheit, Frieden und soziale Gerechtigkeit ist eine globale Bewegung, deren Ziel es ist, eine gesunde, friedliche und gerechte Welt zu schaffen, indem sie Menschen aller Nationen, Kulturen, Rassen und Religionen zusammenbringt, um gemeinsam diese Ziele zu erreichen. Sie lädt alle Menschen und Organisationen (sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene) dazu ein, sich ihr anzuschließen und sich am Aufbau einer besseren Welt zu beteiligen.



www.nuremberg-tribunal.org

NT2-Projekt: Forderung eines zweiten „Nürnberger Tribunals“

Das ursprüngliche Nürnberger Tribunal war Teil der von der US-Regierung und den Regierungen anderer Alliierten getätigten Bemühungen, die Verantwortlichen des Zweiten Weltkriegs festzustellen und jene zur Rechenschaft zu ziehen, die Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen hatten. Zwischen 1945 und 1948 fanden viele der Nürnberger Prozesse im Justizpalast in Nürnberg statt. Einer der wichtigsten war der Prozess gegen das Öl- und Pharma-Kartell, die IG Farben. Die Führungskräfte des Kartells waren laut Telford Taylor, dem US-Chefankläger, die Hauptkriegsverbrecher, ohne die der Zweite Weltkrieg nicht möglich gewesen wäre. Doch der Erfolg des Tribunals war nicht von langer Dauer, denn die Wurzeln des Pharma-Kartells wurden nur wenige Jahre später wieder eingesetzt.



Seitdem hat die trügerische Vermarktung teurer und oftmals tödlicher Pharmamittel zur Entstehung eines Multi-Milliarden-Dollar-Marktes geführt, der eher auf der Ausdehnung als auf der Beseitigung von Krankheiten basiert. Während die Pharma-Industrie also vorgibt, die häufigsten Krankheiten der Welt zu beseitigen, lebt sie in Wahrheit von der Ausbeutung von Krankheiten für Profite. Schlimmer noch: die Industrie ignoriert, verheimlicht und blockiert den Einsatz effektiver, sicherer und wissenschaftsbasierter Naturheiltherapien, welche in der Lage wären, die größten Gesundheitsprobleme der Welt in den Griff zu bekommen. Daher hat sich das NT2-Projekt zum Ziel gesetzt, ein zweites „Nürnberger“ Tribunal einzuführen, um so sicherzustellen, dass die Verbrechen des Kartells für immer der Vergangenheit angehören.

www.profit-over-life.org

Profit Over Life



Nach 60 Jahren des Schweigens stellt das Online-Archiv „Profit over Life“ zum ersten Mal die Original-Akten und Beweisstücke des Nürnberger Prozesses gegen den Chemie-/Pharma-/Öl-Konzern IG Farben einer weltweiten Öffentlichkeit zur Verfügung. Dieses Archiv enthält zahllose Dokumente, die die Rolle dieses Konzerns (damals

bestehend aus Bayer, BASF, Hoechst und anderen) bei der Vorbereitung des Zweiten Weltkrieges aufzeigen – eines Krieges, der 60 Millionen Menschen das Leben kostete.

Wir ermutigen Schüler, Studenten, Lehrer, Politiker und Millionen Menschen weltweit, dieses Online-Archiv als Grundlage für ein besseres Verständnis der Geschichte zu nutzen. Dies ist insbesondere deshalb wichtig, da multinationale Unternehmensinteressen bis heute militärische Gewalt einsetzen, um ihre weltweiten Ziele zu erreichen.



www.reject-the-eu.co.uk

Die Nazi-Wurzeln der Brüsseler EU

Für die Bürger Großbritanniens ist die Enthüllung des Ursprungs der Brüsseler EU eine reine Provokation. In beiden Weltkriegen war Großbritannien entscheidend daran beteiligt, Europa vor der Machtergreifung durch das Kartell zu bewahren. Mit Bedauern müssen sie nun feststellen, dass diese Bemühung wahrscheinlich umsonst war. Mit Großbritanniens Unterwerfung



unter den Lissabonner Vertrag und die Brüsseler EU werden die heute lebenden 60 Millionen Briten sowie kommende Generationen schon bald von derselben Interessengruppe regiert, die bereits zweimal zuvor die Kontrolle über Großbritannien anstrebte.

Diese wichtigen Informationen dürfen nicht weiterhin verschwiegen werden! Wir möchten Sie als Leser dazu motivieren, Ihr direktes Umfeld – ob Familie, Freunde, oder Arbeitskollegen – anzusprechen, und diese wichtigen Informationen weiterzugeben. Unser Ziel, wie auch Ihr Ziel, sollte es sein, die politischen Repräsentanten auf lokaler, regionaler, nationaler und europäischer Ebene mit diesem Thema zu konfrontieren.

www.relay-of-life.org

Relay of Life – Stafette des Lebens



Die Website „Relay of Life“ beschreibt, wie am 13. November 2007 über 30 Überlebende des Vernichtungslagers Auschwitz und anderer Konzentrationslager der Nazis zu einer eintägigen Konferenz in Auschwitz zusammenkamen. Auf der Grundlage ihrer einzigartigen moralischen Überzeugung beschloss diese Gruppe außergewöhnlicher Men-

schen der Diskussion um die Zukunft Europas Gewicht zu verleihen. Im Rahmen einer feierlichen Zeremonie sprachen sie über ihre Erfahrungen aus der Vergangenheit und schlugen eine Verfassung für ein „Europa für Menschen, von Menschen“ vor.

Die Konferenz wurde gemeinsam mit der Dr. Rath Health Foundation organisiert, einer gemeinnützigen Stiftung, die entscheidend an der Aufdeckung des betrügerischen Geschäfts mit Krankheit beteiligt war und gezeigt hat, dass das Leitprinzip der Pharma-Industrie damals wie heute „Profit steht über dem Leben“ („Profit over Life“) lautet. In Anerkennung ihrer Arbeit erhielt die Foundation von den Überlebenden von Auschwitz die „Stafette des Lebens“, d. h. die symbolische Aufforderung, die Erinnerung an Auschwitz in die Zukunft zu tragen.

